



Plenarprotokoll

100. Sitzung

Donnerstag, 15. Oktober 2015

Gemeinsame Beratung

a) Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge

8421

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3396

b) Nur Integration schafft Perspektiven

8421

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3404 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen
von SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN sowie der Abgeordneten
des SSW
Drucksache 18/3474

Nur Integration schafft Perspektiven - Grundrecht auf Asyl verteidigen

8421

Änderungsantrag der Fraktion der
PIRATEN
Drucksache 18/3477

c) Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein koordinieren

8421

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3413

d) Studienzugang für Flüchtlinge ..

8421

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so-
wie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3419

e) Rechtsfreie Räume verhindern ..

8421

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3421

- | | | | |
|---|-------------|--|---|
| <p>f) Berichts Antrag - Ergebnisse des Bund-Länder-Treffens vom 24.09.2015 in Berlin sowie des Treffens mit den kommunalen Vertretern am 30.09.2015 in Kiel zur Flüchtlingspolitik</p> | <p>8421</p> | <p>Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses Drucksache 18/3427</p> | |
| <p>Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3422</p> | | <p>k) Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein</p> | <p>8421</p> |
| <p>g) Medizinische Versorgung von Flüchtlingen sicherstellen</p> | <p>8421</p> | <p>Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3343 (neu)</p> <p>Mündlicher Bericht der Landesregierung</p> | |
| <p>Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3425</p> | | <p>Simone Lange [SPD], Berichterstatterin.....</p> | <p>8422</p> |
| <p>h) Rechtsstaat durchsetzen - Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften</p> | <p>8421</p> | <p>Peter Lehnert [CDU], Berichterstatter.....</p> <p>Torsten Albig, Ministerpräsident...</p> <p>Daniel Günther [CDU].....</p> <p>Dr. Ralf Stegner [SPD].....</p> <p>Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....</p> <p>Wolfgang Kubicki [FDP].....</p> <p>Torge Schmidt [PIRATEN].....</p> <p>Lars Harms [SSW].....</p> <p>Astrid Damerow [CDU].....</p> <p>Serpil Midyatli [SPD].....</p> <p>Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....</p> <p>Dr. Ekkehard Klug [FDP].....</p> <p>Angelika Beer [PIRATEN].....</p> <p>Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....</p> <p>Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten....</p> <p>Dr. Axel Bernstein [CDU].....</p> <p>Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....</p> <p>Dr. Heiner Garg [FDP].....</p> <p>Bernd Heinemann [SPD].....</p> <p>Astrid Damerow [CDU], zur Geschäftsordnung.....</p> <p>Angelika Beer [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....</p> | <p>8422</p> <p>8422</p> <p>8422</p> <p>8429</p> <p>8436</p> <p>8445</p> <p>8450</p> <p>8458</p> <p>8462, 8492</p> <p>8467</p> <p>8472</p> <p>8476</p> <p>8480, 8484</p> <p>8485, 8488</p> <p>8489</p> <p>8495</p> <p>8502</p> <p>8504</p> <p>8505</p> <p>8508</p> <p>8510</p> <p>8510</p> |
| <p>Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3426</p> | | <p>i) Bericht der Landesregierung zum Antrag „Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein“</p> | <p>8421</p> |
| <p>Bericht der Landesregierung zum Antrag „Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes“</p> | <p>8421</p> | | |
| <p>Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3340</p> <p>Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3399</p> | | | |
| <p>j) Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen</p> | <p>8421</p> | | |
| <p>Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2449 - selbstständig -</p> | | | |

Beschluss: 1. Berichtsanhträge Drucksachen 18/3419 und 18/3422 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt
2. Überweisung des Antrags Drucksache 18/3396 an den Finanzausschuss
3. Überweisung des Antrags Drucksache 18/3404 (neu) und der für selbstständig erklärten Änderungsanhträge Drucksachen 18/3474 und 18/3477 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss
4. Überweisung der Anträge Drucksachen 18/3413 und 18/3421 an den Innen- und Rechtsausschuss
5. Überweisung des Antrags Drucksache 18/3426 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss
6. Annahme des Antrags Drucksache 18/3425
7. Annahme des Antrags Drucksache 18/2449 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 18/3427
8. Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 18/3340.....

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung. Erkrankt sind die Abgeordneten Barbara Ostmeier und Uli König und Frau Ministerin Britta Ernst. - Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen ist heute Nachmittag Herr Minister Dr. Habeck beurlaubt. Der Abgeordnete Dr. Garg hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er in der Zeit von 11:30 Uhr bis 16:30 Uhr an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war in der letzten Sitzung! - Heiterkeit)

- Sehr geehrter Herr Dr. Garg, dann freuen wir uns, dass Sie heute den ganzen Tag bei uns sind.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Regionalen Berufsbildungszentrums Wirtschaft, Kiel, und der Gemeinschaftsschule am Brook aus Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte des heutigen Tages wird für die Bürgerinnen und Bürger des Landes von ganz außerordentlicher Bedeutung sein. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich zu Beginn dieser Debatte wörtlich aus der Rede des Herrn Bundespräsidenten zitiere, die er am 3. Oktober dieses Jahres anlässlich des Staatsaktes des Tages der Deutschen Einheit in Frankfurt gehalten hat. Ich zitiere:

„Wenn wir Deutsche uns an die ‚Das-Boot-ist-voll-Debatten‘ vor zwanzig Jahren erinnern, dann erkennen wir, wie stark sich das Denken der meisten Bürger in diesem Land inzwischen verändert hat. Der Empfang der Flüchtlinge im Sommer dieses Jahres war und ist ein starkes Signal gegen Fremdenfeindlichkeit, Ressentiments, Hassreden und Gewalt. Und was mich besonders freut: Es ist ein ganz neues, ganz wunderbares Netzwerk entstanden - zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Es haben sich auch jene engagiert,

die selbst einmal fremd in Deutschland waren oder aus Einwandererfamilien stammen. Auf Kommunal-, Landes- wie Bundesebene wurde und wird Außerordentliches geleistet. Darauf kann dieses Land zu Recht stolz sein und sich freuen. Und ich sage heute: Danke Deutschland!

Und dennoch spürt wohl fast jeder, wie sich in diese Freude Sorge einschleicht, wie das menschliche Bedürfnis, Bedrängten zu helfen, von der Angst vor der Größe der Aufgabe begleitet wird. Das ist unser Dilemma: Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich.

In einer offenen Gesellschaft kommt es nicht darauf an, ob diese Gesellschaft ethnisch homogen ist, sondern ob sie eine gemeinsame Wertegrundlage hat. Es kommt nicht darauf an, woher jemand stammt, sondern wohin er gehen will und mit welcher politischen Ordnung er sich identifiziert.

Gerade weil in Deutschland unterschiedliche Kulturen, Religionen und Lebensstile zu Hause sind, gerade weil Deutschland immer mehr ein Land der Verschiedenen wird, braucht es eine Rückbindung aller an unumstößliche Werte - einen Kodex, der allgemein als gültig akzeptiert wird.

Und diese, unsere Werte, sie stehen nicht zur Disposition! Sie sind es, die uns verbinden und verbinden sollen, hier in unserem Land. Hier ist die Würde des Menschen unantastbar. Hier hindern religiöse Bindungen und Prägungen die Menschen nicht daran, die Gesetze des säkularen Staates zu befolgen. Hier werden Errungenschaften wie die Gleichberechtigung der Frau oder homosexueller Menschen nicht infrage gestellt und die unveräußerlichen Rechte des Individuums nicht durch Kollektivnormen eingeschränkt - nicht der Familie, nicht der Volksgruppe, nicht der Religionsgemeinschaft. Und vor diesem Hintergrund gewinnt der Satz, den wir alle kennen - Toleranz für Intoleranz darf es nicht geben - seine humane Basis.

Wir befinden uns aktuell in einem großen Verständigungsprozess über das Ziel und das Ausmaß dieser neuen Integrationsaufgabe. So etwas ist in Demokratien auch verbunden mit Kontroversen - das ist normal. Aber meine dringende Bitte“

- ich mache sie mir persönlich zu eigen -

(Präsident Klaus Schlie)

„an alle, die mitdebattieren, ist: Lassen Sie aus Kontroversen keine Feindschaften entstehen. Jeder soll merken, wir debattieren, weil es uns um Zusammenhalt geht, um ein Miteinander, auch in der Zukunft.“

- So weit der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14, 15, 24, 27, 29, 30, 33, 34, 36, 37 und 45 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung**a) Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3396

b) Nur Integration schafft Perspektiven

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3404 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3474

Nur Integration schafft Perspektiven - Grundrecht auf Asyl verteidigen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3477

c) Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein koordinieren

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3413

d) Studienzugang für Flüchtlinge

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3419

e) Rechtsfreie Räume verhindern

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3421

f) Berichts Antrag - Ergebnisse des Bund-Länder-Treffens vom 24.09.2015 in Berlin sowie des Treffens mit den kommunalen Vertretern am 30.09.2015 in Kiel zur Flüchtlingspolitik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3422

g) Medizinische Versorgung von Flüchtlingen sicherstellen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3425

h) Rechtsstaat durchsetzen - Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3426

i) Bericht der Landesregierung zum Antrag „Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein“

Bericht der Landesregierung zum Antrag „Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3340

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/3399

j) Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2449 - selbstständig -

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses
Drucksache 18/3427

k) Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3343 (neu)

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Vor Eintritt in die Beratung gebe ich folgende Hinweise zum Ablauf: Ich werde zunächst die Ausschussberichte zu den Tagesordnungspunkten 36,

(Präsident Klaus Schlie)

Innen- und Rechtsausschuss, und 37, Europaausschuss, aufrufen. Anschließend werde ich über die Berichtsansträge zu der laufenden Tagung abstimmen lassen. Anschließend wird die Beratung mit der Worterteilung an den Herrn Ministerpräsidenten eröffnet. Daran schließt sich eine Grundsatzdebatte auf der Grundlage des Antrags der Fraktion der CDU an. Es wird dabei berücksichtigt, dass alle Fraktionen und die Abgeordneten des SSW vor der Mittagspause das Wort erhalten. Heute Nachmittag wird die Beratung fortgesetzt. Zunächst wird die CDU-Fraktion als stärkste Fraktion das Wort erhalten. Zu einem späteren Zeitpunkt wird die Worterteilung an den Herrn Innenminister vorgesehen.

Ich erteile zunächst zu Tagesordnungspunkt 36 das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses. Die Abgeordnete Barbara Ostmeier ist erkrankt. Das macht Frau Lange in ihrer Vertretung. - Bitte schön.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlagen.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke Ihnen, Frau Berichterstatterin. - Ich sehe, Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor.

Ich erteile dann das Wort zu Tagesordnungspunkt 37 dem Berichterstatter des Europaausschusses, dem Abgeordneten Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke Ihnen, Herr Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor.

Mit den Anträgen Drucksachen 18/3419 und 18/3422 werden Berichte in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob die Berichte in dieser Tagung gegeben werden sollen. Ich bitte Sie um Ihr Handzeichen, wenn Sie dafür sind. - Ich sehe, das ist einstimmig.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke für die einführenden Worte, Herr Präsident, mit denen Sie noch einmal auf die in der

Tat sehr bedeutende Rede des Herrn Bundespräsidenten anlässlich der Feierlichkeiten des 3. Oktober in der Alten Oper in Frankfurt hingewiesen haben. Er hat genau wie die Frau Bundeskanzlerin und wir hier in der Debatte zu der Regierungserklärung in der letzten Landtagstagung die **Größe der Aufgabe**, vor der wir stehen, beschrieben, die - so sagt er, und so sagen viele, und das ist richtig - die größte Herausforderung Deutschlands seit der Wiedervereinigung ist. Darüber hinaus stellt diese Aufgabe eine der größten Herausforderungen unseres Kontinents in seiner jüngeren Geschichte dar.

Er hat die Größe dieser Herausforderung beschrieben. Er hat aber auch beschrieben, dass wir bei der Bewältigung dieser Herausforderung an Punkte gelangen können, wo das Gefühl immer größer wird, dass wir an **Grenzen unserer Leistungsfähigkeit**, unserer Handlungsfähigkeit geraten, wo wir merken, dass wir nicht schnell genug sind, dass die Art und Weise, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen, nicht sofort dazu führt, dass Menschen genau spüren, so, wie wir das miteinander tun, wird es einen guten Ausgang nehmen.

Wir erleben das in all den Gesprächen, die wir ja alle vor Ort führen, in all den Begegnungen in Erstaufnahmeeinrichtungen, in den Kommunen, die sich vorbildlich um die kümmern, die zu uns kommen. Wir erleben, wenn wir mit den Ehrenamtlichen reden, sei es vom Roten Kreuz, sei es von der AWO oder mit denen, die sich in Flüchtlingsinitiativen auf den Weg machen, an Bahnhöfen stehen, dass sie uns berichten, bald nicht mehr zu können, wenn jeden Tag 300, 400 Flüchtlinge ihrer Hilfe bedürfen, man immer wieder neu ansetzen muss, immer wieder Antworten geben muss. In der Tat ist das eine historisch große Aufgabe.

Richtig ist - auch das hat der Herr Bundespräsident gesagt -, dies meint vor allem die, meine Damen und Herren, die dort sind, wo Hilfe verlangt wird. Es meint vor allem die, die sich in unserer Gesellschaft auf den Weg machen, Antworten zu geben. Denen geht langsam die Luft aus. Es meint vor allem die, wenn ich nach Boostedt und in andere kleine Orte schaue, wo Erstaufnahmen stattfinden und wo entgegen dem, was wir ursprünglich einmal zugesagt haben - und zwar nicht, weil wir das einfach daher gesagt haben, sondern weil es unser fester Wille war - nämlich die Anzahl auf 500 zu begrenzen, nun 2.000 ankommen. Es wird gesagt, in meinem kleinen Ort führt das zu Diskussionen und möglicherweise zu Verwerfungen, die wir nicht mehr halten können. Diese haben allen Grund, mit uns ernsthaft zu debattieren und uns zu fragen: Tut

(Ministerpräsident Torsten Albig)

ihr als Staat, als Bundesrepublik, als Europa, als Land genug, um uns zu helfen? Wir müssen miteinander darüber beraten, was wir noch tun können.

Es meint aber nicht - das ist mir ganz wichtig, und das hat auch der Herr Bundespräsident gesagt -, dass unsere Gesellschaft, weder die deutsche noch die europäische, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen ist. Es meint nicht, dass, wenn 2,8 Millionen Menschen 50.000 eine Heimat geben sollen, wenn auf 1.000, die hier leben, in diesem Jahr 18 dazukommen, sich damit der Zustand unseres Landes fundamental verändert. Das meint nicht - das hat der Herr Bundespräsident genauso wie die Frau Bundeskanzlerin sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wofür ich zutiefst dankbar bin -, dass diese Entwicklung eine ist, vor der wir uns als Gesellschaft ängstigen müssten, weil sie die **Gesellschaft** auf eine Art und Weise verformt oder **verändert**, dass wir sie nicht wiedererkennen würden. Wenn 18 auf 1.000 kommen, dann bleibt die Gesellschaft die, die sie vorher war. Und wenn sie es gut macht, dann wird sie eine noch humanere, eine, die neue Impulse bekommt, aber keine, die sich in ihrem Kern verändert.

Wir müssen dringend das aufnehmen, was der Herr Bundespräsident und die Frau Bundeskanzlerin vor wenigen Minuten in ihrer Regierungserklärung und wir an ganz vielen Stellen sagen und denken. Wir müssen dringend verhindern, dass wir eine Debatte führen, die so tut, als würde hier in unserem Land gerade der Islamische Staat gegründet, weil 20 Menschen aus Syrien kommen, die auf 1.000 treffen, die schon in Schleswig-Holstein sind. Das ist für die, die bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und oft darüber hinaus helfen, eine Herausforderung, das verändert aber nicht unsere Gesellschaft. Es ist wichtig, dass wir die Debatte nicht auf diesen Punkt verkürzen, meine Damen und Herren, weil wir uns dann in eine verkehrte Richtung bewegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es kann doch keine Frage sein - und das wird auch nicht ernsthaft bestritten, weder von Frau Merkel und vom Herrn Bundespräsidenten noch von mir und von anderen, die an dieser Debatte beteiligt sind -, dass wir es besser machen könnten, hätten wir eine planbare Zuwanderung. Es kann nicht ernsthaft bestritten werden, dass es besser wäre, wenn wir in der Lage wären, das Signal auch in die Flüchtlingslager in Jordanien, im Libanon und in der Türkei zu senden, dass wir jedes Jahr geordnet 400.000, 500.000 Menschen nach Deutschland

bringen und die Strukturen dafür in aller Ruhe aufbauen werden. Das wäre besser für all das, was wir auch aus humanitären Gründen tun. Das wäre es! Alle, die an dieser Debatte beteiligt sind und sie mit Realitätssinn beobachten, sagen, das, was im Augenblick geschieht, ist nicht das, was wir können. Es gibt ein solches europäisches funktionierendes Instrument gerade nicht. An keiner Stelle gibt es das.

Ich denke, wir sollten es ernst nehmen, wenn die Bundeskanzlerin Gespräche auch auf internationaler Ebene führt. Wir sollten sie dabei unterstützen und nicht zuwiderhandeln. Dieser Wunsch, der vielleicht auch am Ende europäischer Debatten steht, ist einer, an den zu glauben und ihn auch Stück für Stück umzusetzen wir nicht nachlassen dürfen. Er braucht europäische und internationale Solidarität. Die haben wir im Augenblick nicht.

Allerdings ist mit ganz breitem Stift zu unterstreichen, was die Bundeskanzlerin gesagt hat: Da kann es dann nicht gelten, dass wir so tun, als gehe uns das Leid der Menschen nichts an. Wenn die anderen in Europa sich nicht so verhalten wie wir, dann haben wir eine deutsche Verantwortung. Über die muss man dann aufgrund seines Wertekanons streiten. Aber da bin ich auch zu streiten bereit. Denn es kann nicht sein, dass wir so tun, als wären unsere Grenzen Außengrenzen, und sagen: Pech gehabt, wenn Du der 401. bist, der zu uns kommt. - Das kann nicht die deutsche Antwort sein. Wir müssen darum ringen und uns mühen, eine **europäische Regelung** zu bekommen. Ich denke, die Bundesregierung tut das mit allen Möglichkeiten, die sie hat. Aber es ist eben schwer. Wir müssen darum ringen, dass sich die Situation in den Herkunftsländern verändert. Wir müssen darum ringen - dazu gibt es auch Instrumente -, dass das UNHCR-Programm für Ernährung wieder aufgestockt wird und nicht gekürzt bleibt,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und PIRATEN)

dass sich die Lage in den Lagern verbessert. Das, meine Damen und Herren, ist wohl der zentrale Schlüssel auch dafür, dass sich nicht eine noch größere Bewegung auf den Weg macht. Umgekehrt kann es der zentrale Schlüssel dafür sein, wieder ein Gefühl von Ruhe vor Ort zu geben.

Wenn wir uns mit Verteilszenarien europäisch aufstellen, können wir auch Antworten finden, wie wir an den Außengrenzen Europas Verteilungen so verbindlich vornehmen, dass sie eine gemeinsame Last für Europa schaffen und sie nicht nur auf deutschen

(Ministerpräsident Torsten Albig)

und schwedischen und manchmal österreichischen Schultern liegt. Aber das sind mühsame Wege. Ich warne uns davor, dass wir diese Debatte auf den Schultern derjenigen austragen, die jetzt an unseren Grenzen stehen, jetzt zu uns kommen und Zuflucht suchen. Denn sie können am wenigsten für diese Debatte, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das zu benennen meint nicht - ich weiß, dass mir das auch immer wieder vorgeworfen wird -, **Realität** zu verkennen. Nein, es ist das Gegenteil. Es ist das Anerkennen von Realität, die eben auf mehreren Ebenen stattfindet. Ich sehe die Realität bei der Annahme durch das Rote Kreuz. Ich sehe die Realität in Boostedt. Ich sehe die Realität hier unten bei den Flüchtlingen, die auf dem Weg nach Schweden sind. Ich sehe sie, bin dort und erlebe das.

Aber ich sehe eben auch, dass die Antworten in einer Debatte, die sich immer um **Grenzsicherung** bemüht und auf die wir im Augenblick viel politische Zeit verwenden, mit diesen Menschen gar nichts zu tun haben, meine Damen und Herren,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

weil von 100 Menschen, die heute zu uns kommen, 93 unbestritten Bürgerkriegsflüchtlinge sind und unbestritten nach der Genfer Flüchtlingskonvention völkerrechtlich ein Recht darauf haben, dass wir uns um sie kümmern. Auch das ist Realität. Beides anzuerkennen ist wichtig: die beladenen Schultern der Bürgerinnen und Bürger zu sehen, aber eben auch eine völkerrechtliche Herausforderung, vor der wir uns nicht einfach wegducken können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden heute Abend und morgen in Berlin noch schwierige Debatten darüber haben, ob das, was die Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin am 24. September 2015 vereinbart haben, morgen ins Werk gesetzt werden kann. Wir haben eine **Vereinbarung** getroffen, und zumindest die Länder müssten einmal feststellen, dass es nicht in jedem Punkt so im **Gesetz** steht, wie wir es vereinbart haben. Das ist für uns schon ein großer Anhang, so will ich es einmal sagen, wenn 16 Länder mit der Bundeskanzlerin etwas vereinbaren und sich das nicht so in den Gesetzentwürfen des Bundesinnenministers und dann auch in den Beschlusslagen des Deutschen Bundestages wiederfindet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist für uns alle ein großer Anhang. Denn wenn wir Vereinbarungen treffen, dann gilt unser Wort. Aber wir gingen auch davon aus, dass das Wort der Bundesregierung genauso gilt und nicht etwas anderes beschrieben wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir hatten uns nicht darauf geeinigt, dass es zu einer **ankündigungslosen Abschiebung** kommen soll. Wir haben uns nicht darauf geeinigt. Das ist rechtlich extrem problematisch. So etwas in einem Paket zu finden, verlangt und fordert einem wirklich alles ab. Heute Abend werden es keine leichten Gespräche zwischen den Ländern sein, weder auf der A-Seite noch auf der B-Seite und auch nicht auf der immer größeren gemischten Seite.

Aber Schleswig-Holstein wird am Ende mithelfen, dass das erfolgt, was wir am 24. September 2015 als Signal geben wollten, dass wir unsere Hausaufgaben in Deutschland machen, dass wir auch in der Art und Weise, wie wir Menschen wieder zurückführen, aufeinander zugehen - auch in den unterschiedlichen Sichtweisen auf die Problemlage. Wenn es nicht noch zu schwerwiegenden Veränderungen in der Debattenlage heute im **Deutschen Bundestag** kommt, dann wird Schleswig-Holstein die Hand reichen und sagen: Wir wollen, dass wir eine Antwort geben und dass die Menschen das auch sehen.

Das heißt, es wird Erleichterungen geben. Wir werden Leistungskürzungen vorsehen - das fällt uns wahnsinnig schwer -, aber erst dann, wenn vollziehbare Abschiebungsanordnungen vorliegen. Wir werden Sachleistungen anstelle von Geldleistungen haben, was wir nicht unbedingt für klug halten. Die Vereinbarung und die Formulierung, die wir getroffen haben, machen es aber möglich. Dort, wo die Formulierungen dem nicht entsprechen, werden es morgen zumindest die Ministerpräsidenten der SPD- und grünengeführten Länder sehr deutlich machen.

Ein Punkt, der für uns nicht verhandelbar ist - darauf haben wir bei den Gesprächen Wert gelegt und werden es auch nicht loslassen -, ist, dass wir zwar akzeptieren können, dass es **sichere Herkunftsstaaten** gibt, dass wir aber sehen, dass es auch in sicheren Herkunftsstaaten verfolgte Menschen geben kann, für die es nicht sicher ist, in diesen Herkunftsstaaten zu leben. Diese Menschen haben wir bewusst unter den Schutz unserer Verfassung gestellt. Für diese Menschen - das wird morgen die zentrale Forderung des Ministerpräsidenten von

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Schleswig-Holstein sein - muss die Zusage der Bundesregierung gelten, dass wir uns in den Herkunftsländern um die **Roma** so kümmern, dass diese Zustände von Verfolgung im jetzigen Europa eingedämmt und zurückgedrängt werden. Wir dürfen vor dieser Herausforderung nicht fliehen und so tun, als gebe es sie nicht. Es gibt sie, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Migration ist - auch das macht mir in der Debatte Sorge - kein Thema von drei oder sechs Wochen oder von drei Monaten. Es ist ein Thema, das uns nicht mehr loslassen wird. Europa muss sich darauf einstellen - auch das ist Realität und gehört zum Aussprechen von Realität -, dass dies nicht mehr enden wird. Wir werden erleben, dass Klimaflüchtlinge nach Europa kommen, wir werden erleben, dass es andere Kriegsgründe gibt, die andere Menschen völkerrechtlich dazu berechtigen, sich auf den Weg zu machen und ihr Leben und ihre Integrität zu schützen. Wir werden das erleben.

Wir merken, dass das, was wir seit 30 Jahren diskutieren, dass auf Ost West, Nord Süd oder Süd Nord folgt, nicht in einer intellektuellen Debatte einfach so dahergesagt war. Das hatte Gründe. Dies geschieht nun. Wir werden uns in Europa darauf einzustellen haben. Auch das gehört zur Realität. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger darauf vorbereiten müssen, dass das so ist und dass wir als Europa darauf Antworten geben müssen.

Das **Global Economic Symposium** hat sich gerade in diesen Tagen damit beschäftigt und genau diesen **Megatrend der Weltpolitik** beschrieben, übrigens auch mit seinen Chancen für einen alternden Kontinent Europa und seinen Chancen für das alternde Deutschland. Das hilft uns nicht bei der Beantwortung der Fragen bis morgen, übermorgen oder bis Weihnachten, aber auch dies ist Realität. Wir müssen dies anerkennen und nicht nur so tun, als müssten wir nur die nächsten sechs Wochen überbrücken, dann verschwinde das Thema. Nein, es wird nicht wieder verschwinden, und wir sollten uns nichts vormachen.

Zur Wahrheit gehört, und niemand redet dies klein, dass wir an **Grenzen** sind, dass wir Grenzen überschreiten. Was den **Wohnraum** angeht: Wir können diesen Wohnraum gar nicht in vernünftiger Geschwindigkeit bauen. Wir können es nicht, niemand kann das. Das überfordert unsere Kommunen, das überfordert die Handlungsfähigkeit von Märkten.

Wir sehen bei **Containern** und bei **Zelten** und bei allem, was wir bauen und kaufen müssen: Wir müssen als Gesellschaft lernen, Kompromisse einzugehen, die wir gestern noch für unerträglich gehalten haben. Das gilt auch für mich. Vor einem Jahr hätte ich die Worte „Zelte für den Winter“ nicht in den Mund genommen, weil ich dies für falsch halte. Heute kann ich Ihnen nicht versprechen, dass es in diesem Winter nicht auch Zeltlager geben muss, weil wir gar nicht schnell genug hinterherkommen, Container bereitzustellen, weil es die auf dem Markt nicht gibt, weil ich den Kommunen nicht abverlangen kann, was nicht abzuverlangen ist, weil Wohnraum endlich ist. Wir werden möglicherweise Zeltlager haben, die ich nicht will, aber auf die ich nicht verzichten kann, wenn ich nicht möchte, dass die Menschen einfach auf dem Acker oder auf der Wiese stehen.

Ich hätte mir nicht vorstellen können zu sagen, dass ich traumatisierten jungen Flüchtlingen, bei denen es keinen Zweifel geben kann, dass sie in eine **Traumabehandlung** gehören, die Antwort geben muss: Ihr werdet wahrscheinlich lange auf diese euch vernünftigerweise zustehende Behandlung warten müssen, weil die Menschen, die diese leisten, gar nicht da sind, weil die Menschen, die dies leisten könnten, gar nicht ausgebildet sind.

Wir werden als Gesellschaft miteinander ertragen müssen, dass wir Defizite wahrnehmen, die wir politisch und gesellschaftlich für falsch halten, die aber dennoch ausgehalten werden müssen, übrigens auch aus dem Grund, weil es unter denjenigen, die schon hier sind, Menschen gibt, die schon lange auf eine solche Behandlung warten. Diese können nicht einfach von denen überholt werden, die dazukommen. Auch das ist Realität. Das müssen wir ansprechen, und das ist nicht durch Geld oder guten Willen, sondern nur durch ausgebildete Menschen zu verändern, und wir brauchen Zeit und Geduld, um diesen Weg zu gehen.

Das verlangt uns allen gemeinsam viel ab. Ich habe dies sehr bewusst an vielen Stellen gesagt, und ich wiederhole das: Der Maßstab, den ich auch für meine Verwaltung für diesen Winter setze, lautet, dass die, die zu uns kommen, in diesem Winter so wenig wie möglich frieren und so wenig wie möglich hungern. Vor einem halben Jahr hätte ich diesen Satz mit Abscheu und Empörung zurückgewiesen. Jetzt sage ich Ihnen, vor Ihnen stehend als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, weil ich dies weiß: Angesichts der Grenzen, an denen wir momentan stehen, wird es Momente geben, in denen ich mit den Mitteln, die ich habe, die die Kommu-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

nen haben, die die Ehrenamtlichen haben, die wir im Haupt- und Ehrenamt organisieren können, nicht mehr machen kann, weil wir nicht mehr haben. Mehr wird nicht gehen. Das ist immer noch viel mehr als das, was die Menschen in einer Welt zurückgelassen haben, in der es darum geht, ihr Leben zu beschützen. Wir wollen uns um sie kümmern, aber wir können nicht unendlich viel leisten, auch in diesem Winter nicht. Deshalb müssen wir das leisten, was unbedingt zu leisten ist.

Was tun wir konkret? - Wir haben mit den **Kommunen** vereinbart, dass die Integrationspauschale, die wir schon in unserem Flüchtlingspakt beschlossen haben, auf 1.000 € erhöht wird. Dreißig Koordinatoren helfen in den Kreisen und in den kreisfreien Städten, das Zusammenwirken aller Akteure in der Flüchtlingsarbeit zu verbessern.

Wir arbeiten intensiv an der Realisierung von **neuen Wohnformen** für Flüchtlinge und an der weiteren Öffnung der sozialen Wohnraumförderung für Flüchtlinge. Wir erweitern den **Sprachunterricht** für Kinder und Jugendliche auch auf den Nachmittag und auf die Ferien. Wir helfen den Kommunen, die Anzahl der Kitaplätze anzuheben. Wir helfen dabei, Sprachfördermaßnahmen schon in die Kitas zu bringen und Fortbildungsmaßnahmen für **Traumapädagogen** zu beschreiben, wissend, dass all dies lange Wege sind, die wir gehen.

Mit der Bundesagentur haben wir **Profiling-Stellen** vorbereitet, und wir sind dabei, sie für eine Integration in den Arbeitsmarkt einzusetzen, damit wir möglichst schnell diejenigen identifizieren, die uns hier auf dem Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein helfen können.

Die **Gesundheitskarte** wurde endlich umgesetzt, wir kriegen sie. Das wird in der kommunalen Welt für Erleichterung und für Kostensenkungen sorgen.

Ich habe darüber berichtet, wir schaffen die personellen Voraussetzungen: Hunderte zusätzlicher **Lehrerstellen** sowohl im DaZ-Bereich als auch im ordentlichen Lehrerbetrieb werden geschaffen. Wir setzen 2016 diesen Weg fort. Das ist ein zentraler Weg, weil es an allen zentralen Schnittstellen darum geht, dass wir mit Menschen auf Menschen reagieren müssen, nicht mit politischer Rede und auch nicht mit Geld. Vielmehr müssen es immer Leute mit Ausbildungen sein, die helfen.

Man kann es uns gern vorwerfen, dass wir vor zehn Jahren nicht angefangen haben, dies vorzubereiten, aber ich gestehe ein: Wir wussten das zu dieser Zeit nicht, wir haben das Problem des Nord-Süd-Kon-

flikts nicht ordentlich eingeschätzt. Vielleicht hätte man das können, wir haben das nicht.

Wir passen unsere Planungen laufend an die Realität an, auch das habe ich in der Regierungserklärung geschildert. Es ist mir aber wichtig, dies zu wiederholen, weil es auch etwas mit der Realität und dem Vorwurf der Realitätsverweigerung zu tun hat. Wir in Schleswig-Holstein waren es, die schon Anfang des Jahres eine mehr als doppelt so hohe Anzahl an Flüchtlingen wie der Bund angenommen haben. Wir waren es, die darauf gedrängt haben, dass die Verhandlungen geführt werden, die wir erst im September zum Abschluss gebracht haben.

Wir haben innerhalb von wenigen Monaten unter extremster Belastung der Menschen vor Ort und in den kleinen Kommunen - ich habe dies eben angesprochen - **Erstaufnahmeplätze** aus dem Boden gestampft. Weil wir dabei viele Beteiligungsformen missachten müssen, hätte ich auch dies vor einem Jahr für undenkbar gehalten. Hätte man dies gesagt, so hätte ich gesagt: Das kann so nicht gehen, man kann die Menschen nicht mit Erstaufnahmeplätzen überrollen. Wir haben das getan, weil das die einzige Möglichkeit ist, die wir im Moment haben, um den Kommunen zu helfen.

Wir werden in unserem kleinen Land 25.000 Erstaufnahmeplätze haben, um damit auch den Kommunen über den Winter und über die heute geltenden fünf Wochen hinaus einen Puffer zu geben, weil in den Kommunen kein Wohnraum ist. Ich will nicht, dass wir die letzte Turnhalle in unserem Land belegen, weil das ein falsches Signal ist. Aber 25.000 Erstaufnahmeplätze zu schaffen, ist Anerkennung von Realität, nicht Realitätsverweigerung. Ich bitte, dies im Vergleich zu anderen Dingen, die Sie sonst in der Republik sehen, zu sehen. Sie müssen dies nicht wertschätzen, aber man sollte neutral und vernünftig zur Kenntnis nehmen, was hier gerade im Bereich des Innenministeriums und von den vielen anderen, ich nenne hier die Bundeswehr als einen Partner, in den letzten Monaten geleistet wurde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Daniel Günther [CDU], Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wir unterstützen die Kommunen bei der Schaffung von Gemeinschaftsunterkünften sowohl in den Kreisen als auch in den kreisfreien Städten. Wir bringen ein nennenswertes Wohnungsbauprogramm auf den Weg. Wir legen das Zuschussprogramm zur Herrichtung von dezentralen Unterkünften neu auf

(Ministerpräsident Torsten Albig)

und stocken es deutlich auf. Im Innenministerium gibt es eine weitere Stabsstelle als zentralen Ansprechpartner für alle **Unterbringungsfragen** der **Kommunen**. Wir stehen mit der Bauwirtschaft in intensiven Gesprächen, um schnell und in hoher Stückzahl realisierbare Bauten entwickeln zu können. Auch da müssen wir uns aus dem Gewohnten heraus bewegen. Wir können das nicht in unseren normalen Planungsrhythmen machen und auch nicht nach unseren Vorstellungen von Ästhetik, die wir bisher gehabt haben. An jeder Stelle werden wir uns bewegen. Das, was wir morgen im Bundesrat beschließen werden, wird uns baurechtlich bei jeder Regel quasi die Freiheit geben, diese auch unbeachtet zu lassen, und das werden wir miteinander auch tun müssen. Wir werden das in Schleswig-Holstein miteinander umsetzen.

Wir unterstützen die **Kommunen** auch mit **Geld**, mit viel Geld. Der Bund hat für 2015 beschlossen, neben der 1 Milliarde €, die wir schon je zur Hälfte durch die Länder und den Bund mobilisierten, eine weitere Milliarde € zu geben. An dieser Stelle habe ich eine dringende Bitte an die Kommunen: Diese Vergabe scheitert im Moment daran, dass wir von den Kommunen noch keinen Verteilschlüssel dahin gehend bekommen haben, wie wir die 1 Milliarde € jetzt verteilen. Wir wollen und möchten sie gern verteilen, aber ohne einen **Verteilschlüssel** kann ich das nicht. Das ist eine Aufgabe, die die kommunale Familie leisten muss. Sobald diese uns sagt, wie das Geld verteilt werden soll, geschieht das. Das Geld steht zur Verfügung.

Wir haben uns mit der Bundesregierung geeinigt, und das ist gut, weil wir endlich eine strukturelle, dauerhafte Finanzierungszusage haben, nämlich 670 € pro Asylbewerber über fünf Monate. Dieses Geld soll den Kommunen auch dort helfen, wo die Aufgaben bei den Kommunen liegen. Wir stehen im Augenblick in Gesprächen mit den Kommunen darüber, ob wir das bewährte 70 zu 30 Verhältnis an der einen oder anderen Stelle verändern können, um die Kommunen noch weiter zu entlasten, immer jedoch in der Abwägung der Frage, was wirklich hilft. Hilft es, dass ich einen Puffer durch längere Erstaufnahmen schaffe? Oder hilft Geld vor Ort, wohl sehend, dass das Geld gar nicht in Wohnungen umgesetzt werden kann, weil hier nichts ist. Das ist die zentrale Abwägung. Würde eine langgestreckte Erstaufnahmesituation den Kommunen mehr helfen? - Dann liegt die Aufgabe bei uns. Oder kriegen wir andere Lösungen hin? Am Ende wird es von Kommune zu Kommune, von Kreis zu Kreis unterschiedliche Antworten geben können.

Wir haben am 30. September 2015 eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Land und Kommunen zum Thema Finanzierung eingesetzt. Dort werden diese Fragen geklärt, wir werden dies bis Anfang November 2015 umgesetzt haben.

Wir werden ein großes Wohnraumförderungsprogramm aufsetzen, das das Ziel hat, 20.000 zusätzliche Wohnungen zu schaffen. Dieses Programm hat ein Gesamtinvestitionsfördervolumen von 1,5 Milliarden €. Dahinter steckt viel positive Wertschöpfung, aber eben auch viel Herausforderung für die Veränderung von Städten in unserem Land.

Für kurzfristige Unterkünfte werden wir 50 Millionen € zur Verfügung stellen, um damit 10.000 Flüchtlingen auch kurzfristig Wohnraum zu geben. Für die Ausstattung dezentraler kommunaler Unterkünfte werden wir eine Erhöhung der Summe auf 6 Millionen € vornehmen.

Wir werden einen Typenkatalog für Bauten auflegen, die nicht dem bisherigen Regelwerk entsprechen. Ich freue mich, dass wir für all dies extrem positive Rückmeldungen aus der kommunalen Familie bekommen. Es wird gesagt, dass dies Hilfen seien, die in ihrer Realität ganz konkret helfen.

Ich höre immer wieder - auch als Vorwurf -, wir würden die Kommunen alleinlassen bei der Frage, welche exakten **Zahlen** diese denn zu bewältigen hätten. Wer auch immer mir dies vorwerfen mag, der möge sich dann doch an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wenden oder an das Innenministerium des Bundes.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn mehr kann ich nicht tun, als mit den Zahlen umzugehen, die ich von dort bekomme. Ich bekomme Zahlen, die nie richtig sind, die von meinem Innenministerium immer wieder korrigiert werden müssen. Wir sind immer präziser gewesen. Aber wir tun das immer auf der Basis der Zahlen, die uns vorgegeben worden sind. Die Menschen fliehen ja nicht nach Schleswig-Holstein, sondern nach Deutschland. Sie werden in Deutschland verteilt. Sie stehen bei uns vor der Tür, und wir müssen dann mit ihnen umgehen. Bei uns stehen sie übrigens ebenso wie bei den Kollegen in Bayern oftmals ohne jede Voranmeldung vor der Tür. Wir erreichen es als eines der wenigen Länder, dass wir die Menschen etwa fünf Wochen bei uns in der Erstaufnahme haben, bevor sie dann in die dezentrale Verteilung der Kommunen weitergehen. Dafür gibt es eine zehntägige Vorankündigung. Es gibt viele Länder in Deutschland, in denen das nicht der

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Fall ist und die über Nacht Zuweisungen an die Kommunen machen. Für uns ist es wichtig, dies anders zu machen.

Das aber kann ich nicht bei Erstaufnahmen einhalten; ich habe es eben schon geschildert. Aber wenn wir bei den Verteilungen in ganz Deutschland so verfahren, wie wir das hier in Schleswig-Holstein machen, dann wären wir schon einen ganzen Schritt weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verbindliche Zahlen bis zum Jahresende zu nennen oder darüber hinaus, ist immer verkehrt, egal, wie du es machst. Ich habe auch in den letzten Gesprächsrunden mit den Kommunen beschrieben, dass wir dann, wenn wir die Zahl von 400 am Tag, die wir heute erleben, einfach hochrechnen, auf eine Größenordnung von mehr als 50.000 Flüchtlingen kommen werden. Ob das dann auch wirklich der Fall sein wird oder ob die Zahl noch weiter ansteigt, kann ich Ihnen nicht sagen. Das kann Ihnen im Augenblick niemand sagen. Am berufensten wäre dafür ein Außenministerium, das beobachtet, wie die Lage ist. Aber niemand kann das vernünftig sagen, weder für Deutschland noch für Europa. Deswegen können wir uns immer nur auf dieser unsicheren Zahlenbasis bewegen und darauf planen. Auch das ist Realität und nicht Realitätsverweigerung, meine Damen und Herren.

Noch einmal: Wir wissen, dass viele gerade der kleineren Kommunen an der Grenze dessen sind, was sie im Augenblick leisten können. Umso mehr erkenne ich an, was deren **Bürgermeisterinnen und Bürgermeister** Großartiges leisten, auch in der Mobilisierung von Ehrenamt und von Bereitschaft vor Ort.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Sie machen sich jeden Tag auf den Weg, um immer wieder neuen Wohnraum zu suchen und immer wieder nach neuen Lösungen zu suchen, um immer wieder zu werben. Ohne diese Menschen wäre all das nicht leistbar. Sie verdienen unsere Unterstützung und nicht die öffentliche Organisation von Gefühlen, die ihnen dann am Ende eher im Weg stehen, als dass sie ihnen helfen würden, auch in ihrer Mobilisierung vor Ort.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu dem, was auch heute und morgen in der Debatte ein Thema sein wird. Dies betrifft die Frage: Wie geht dieses Land eigentlich mit **Abschiebungen** um? Müssen wir

nicht viel schneller diejenigen, die kein Bleiberecht haben, wieder nach Hause bringen?

Es gibt keinen Streit zwischen uns darüber, dass diejenigen, die kein Bleiberecht haben, auch wieder zurückgeführt werden. Es gibt keinen Dissens; dies muss so sein. Einen Dissens gibt es aber darüber, dass es mir nichts nützt, wenn mir populistische Einwände, populistische Bilder von Flüchtlings-TV oder Abschiebe-TV oder anderer Unfug entgegengehalten wird, wohl wissend, dass das mit der Realität von Abschiebung nichts zu tun hat, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Abschiebehinderungsgründe sind keine, die bestehen, weil einer von uns dort sitzt und sagt: „Heute habe ich mal keine Lust abzuschieben, weil ich in einem so schön sozialdemokratisch und grün geführten Land zu Hause bin.“ Nein, die Abschiebehinderungsgründe sind welche, die vor deutschen Verwaltungsgerichten durchgesetzt werden, auf die es aufgrund deutscher Gesetze Rechtsansprüche gibt, nicht aber, weil irgendwelche Leute von uns sagen: „Dazu habe ich politisch keine Lust.“

Ich finde, wir sollten solche Debatten auch nicht so führen, als würden die Menschen glauben, das sei der Schlüssel. Das ist schon einmal gar nicht der Schlüssel für diejenigen, die gerade kommen. Noch einmal, damit auch die Zahl deutlich wird: Von 100 Flüchtlingen, die kommen, kommen im Augenblick sieben aus den Westbalkanländern, bei denen also fraglich ist, ob sie eine Bleibeperspektive haben. 93 haben erkennbar eine Bürgerkriegsflüchtlingsbleibeperspektive. Was soll denn eine Debatte, die so tut, als wären Transitzone die Antwort für diejenigen, die aus Syrien kommen? Das ist doch Unfug, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Denen, die glauben, dass sie mit dieser Realitätsbeschreibung Menschen wieder aus ihrer Resignation zurückholen können, sage ich: Es nützt nichts, wenn man sagt: „Endlich tut der Staat etwas.“ Durch so einen Satz werden all die bitter enttäuscht werden, die jetzt glauben: Oh, da haben welche einen Weg gefunden; oh, jetzt kommen alle Syrer in Transitzone hinein! Wissen Sie, was mit syrischen Flüchtlingen in Transitzone passiert? Die kommen dann noch schneller nach Deutschland, weil sie einen völkerrechtlichen Anspruch haben, nach Deutschland zu kommen. Sie werden selbst Ihre Klientel bitter enttäuschen. Führen Sie doch

(Ministerpräsident Torsten Albig)

keine realitätsfremden Debatten über Worte, die Ihnen nicht helfen, die uns nicht helfen, die die Menschen nur verwirren und durcheinanderbringen! Seien wir doch so ehrlich, in der Realität, in der wir leben, zu beschreiben, was geht und was nicht geht. Sie haben alle meine Unterstützung, ebenso wie die Frau Bundeskanzlerin, wenn es darum geht, in Europa Solidarität zu organisieren.

Wenn Sie mir schon nicht glauben, dann sollten Sie zumindest aus der Sicht der CDU den Worten Ihrer Parteivorsitzenden und Ihrer Bundeskanzlerin Glauben schenken, die sagt: Das ist kein Problem von Außengrenzen. An den Außengrenzen wird das nicht entschieden. Es ist ja nicht die Frage, ob man jemanden abschrecken kann, sondern die Menschen haben ein Recht, zu uns zu kommen.

Wenn wir das nicht europäisch organisiert bekommen, dann werden wir in Deutschland ein großes Problem haben; das sehe auch ich. Wir müssen dieses Problem europäisch lösen und nicht mit irgendwelchen Fata-Morgana-Lösungen von Außengrenz-sicherungen, die nur in die Irre führen.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und um auch dies nicht unausgesprochen zu lassen: Ja, wir schieben ab, und wir werden abschieben: Humanitär, vernünftig und menschlich verantwortlich werden wir das tun. Übrigens geht die größere Zahl derjenigen, die uns verlässt, freiwillig. Auch das gilt es bitte zu erwähnen;

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

freiwillige Rückführung ist der eigentliche Schlüssel. Wir werden das tun, und wir werden darin noch besser werden. Es würde uns helfen, wenn endlich das Bundesamt für Migration nicht mehr sechs oder neun Monate brauchen würde, um Entscheidungen herbeizuführen. Einem nämlich werde ich mich in der Tat entgegensetzen, auch ohne dass wir Rechtsgrundlagen haben, nach dem Motto: Wo kommen Sie eigentlich her? - Ach ja, und Tschüss! So werden wir in Schleswig-Holstein nicht verfahren.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hoffe, so wird auch Deutschland nicht verfahren, meine Damen und Herren.

Wenn wir dazu kämen, dass das hart errungene Grundrecht auf Asyl, das besagt, dass jeder behaupten darf, dass er verfolgt wird, was dann geprüft wird, und zwar rechtsstaatlich einwandfrei, zu ei-

nem Institut degeneriert wird, bei dem mir ein Grenzer sagt: „So, wie du aussiehst, hast du dieses Recht wohl nicht!“, dann verändert sich unsere Republik, und diese Veränderung möchte ich in meiner Realität nie erleben. - Vielen herzlichen Dank.

(Stürmischer Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat der CDU-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer Daniel Günther. - Die Redezeit beträgt nun 35 Minuten.

Daniel Günther [CDU]:

Da bin ich beruhigt.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, auf der Grundlage dieser Regierungserklärung des Ministerpräsidenten können wir zumindest beginnen, im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine vernünftige Debatte darüber zu führen, wie wir diese großartige Herausforderung, vor der wir in Schleswig-Holstein stehen, wirklich bewältigen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, die Anzahl der Anträge, die wir für diese Sitzung bekommen haben, und die Tatsache, dass wir diesen Donnerstag komplett dafür nutzen, uns über die Flüchtlingspolitik zu unterhalten, machen sehr deutlich, dass dem Landtag bewusst ist, dass dies das **entscheidende Thema** ist, das für die Menschen in unserem Land im Moment die absolut dominierende Rolle spielt.

Ich sage das auch für mich selbst. Im Moment bin ich viel in der CDU unterwegs, aber auch im Land, weil wir im Rahmen der Programmkommission für die Landtagswahl Ideen für Schleswig-Holstein sammeln. Als wir Anfang September diese Debatte geführt haben, da haben wir an den Ständen festgestellt, dass es ein ganzer Strauß von Themen ist, über die die Menschen reden wollen. Seit Mitte September gibt es kein anderes Thema mehr, das die Menschen bewegt.

Ich formuliere das sehr bewusst, weil wir viele auch bei uns in der Christlich-Demokratischen Union haben, die sich persönlich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Es gibt wahnsinnig viele tatkräftige Ortsvorsitzende der CDU, die diesem Thema unglaublich positiv gegenüberstehen. Ich möchte bewusst darauf hinweisen, dass natürlich die Menschen insbesondere an die Stände der Union kommen. Da wir die Bundeskanzlerin stellen, werden die Sorgen

(Daniel Günther)

natürlich insbesondere bei der CDU abgeladen. Es wird gefragt, ob wir das schaffen, wie es Frau Merkel formuliert hat. Ich finde es bewundernswert, wie die Ortsvorsitzenden meiner Partei diesen Menschen entgegengetreten, die die Sorge umtreibt, dass wir das nicht schaffen.

Gemeinsam mit dem Ortsvorsitzenden waren wir, Peter Sönnichsen, und ich in Wankendorf. Dieser hat jedem, der an den Stand gekommen ist, sofort die Gegenfrage gestellt: Wie sind Sie persönlich denn betroffen? Worunter leiden Sie persönlich, wenn Sie sagen, das sei eine große Herausforderung, die wir nicht schaffen? Inwiefern sind Sie betroffen? - Alle haben erst einmal gestutzt und mussten dann sagen: Für mich persönlich ändert sich im Moment überhaupt nichts.

Deshalb sage ich sehr bewusst als Christdemokrat, weil wir derzeit schwierige öffentliche Debatten führen, dass es natürlich unsere Pflicht als Schleswig-Holsteinischer Landtag ist, gerade angesichts der Sorgen, die die Menschen in unserem Land haben, unmissverständlich deutlich zu machen, dass wir diese Herausforderungen natürlich bewältigen können. Schleswig-Holstein ist ein starkes Land. Deutschland ist ein starkes Land. Wir können diese **Herausforderungen** gemeinsam **bewältigen**. Natürlich bieten die Menschen, die zu uns kommen, auch viele Chancen. Auch das sollten wir heute unmissverständlich deutlich machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mehr Sorgen macht mir die gefühlte Debatte über eine kippende Stimmung. Deshalb ist es wichtig, denjenigen zuzuhören, die in diesem Bereich unterwegs sind und die sich um die Integration von Flüchtlingen kümmern. Damit meine ich sowohl die Hauptamtlichen, Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, als auch diejenigen, die sich freiwillig beim Deutschen Roten Kreuz und bei anderen Institutionen engagieren. Diese kommen auch zu uns und sagen: Liebe Leute, das ist wirklich eine Herausforderung. Ich habe mich von meinem Arbeitgeber freistellen lassen, aber ich kann das nicht auf Dauer.

Natürlich gibt es Schwierigkeiten, immer wieder ehrenamtliche Helfer zu rekrutieren. Ich glaube, das ist etwas, worum wir uns kümmern müssen. Ich finde, der gemeinsame Dank dieses Hauses muss den Menschen gelten, die im Moment hauptamtlich oder ehrenamtlich diese Herausforderung gemein-

sam für uns alle bewerkstelligen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Die Menschen erwarten Antworten auf dieses Problem. Ich glaube, wir merken alle miteinander - das werden Sie genauso in Ihren Veranstaltungen merken, wie wir es bei uns feststellen -: Mit reinen **Appellen** an die **Willkommenskultur**, mit manchmal meines Erachtens etwas resignierenden Formulierungen, die würden halt alle zu uns kommen, und wir müssten uns auf eine Dekade einstellen, in der die Flüchtlingszahlen so hoch seien, kommen wir in der Argumentation an unsere Grenzen. Ich glaube, dass es richtig ist, was die Kanzlerin sagt. Dies sagt sie durchaus auch gegen die Widerstände in der Union. Das müssen wir gar nicht vertuschen. Natürlich gibt es hierzu andere Auffassungen.

Richtig ist aber, dass kurzfristig alle bisher dazu vorgeschlagenen Maßnahmen nicht dazu führen werden, dass die Flüchtlingszahlen sinken werden. Gerade dann, wenn man regiert, darf man den Menschen nicht vorgaukeln, dass es schnelle Lösungen gibt, und nach drei Monaten stellen die Leute fest, dass das, was von der Politik versprochen worden ist, überhaupt nicht eingehalten wird. Wir müssen doch ehrlich zueinander sein.

Der Ministerpräsident hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, dass Schleswig-Holstein die Zahlen realistischer eingeschätzt hat. Aber auch Schleswig-Holstein hat völlig danebengelegen.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

Ich sage das durchaus selbstkritisch. Wir haben Sie ja dafür kritisiert, dass Sie so große Zahlen genannt haben. Deshalb ist das gar kein Vorwurf von unserer Seite.

In einer solchen Situation fragen sich die Menschen natürlich, ob die Politik dieses Problem in den Griff bekommt. Den Menschen wurde von den Entscheidern im Februar die Zahl 200.000 genannt. Im April war von 400.000 die Rede. Vor der Sommerpause wurden 600.000 genannt. Im September waren es 800.000. Jetzt reden wir über 1 Million.

Insofern macht sich ein Gefühl der **Hilflosigkeit** breit. Hinzu kommt die **Angst**, die in den Worten zum Ausdruck kommt: Wenn das jetzt schon in diesem Jahr immer weitergeht, geht das dann in den nächsten Jahren auch so weiter? - Das ist die Sorge, die die Menschen umtreibt. Es ist doch nicht so, dass die Menschen glauben, dass uns 1 Million Flüchtlinge überfordern. Die Menschen glauben sehr wohl, dass wir das schaffen. Die Menschen ha-

(Daniel Günther)

ben aber Angst davor, dass in jedem Jahr so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Wir sollten das als Politiker nicht einfach als die Sorgen der Menschen abtun. Auch ich als Politiker habe Sorge, ob wir dieser Herausforderung gewachsen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen finde ich es gut, dass wir unsere Debatte an dieser Stelle weiterentwickelt haben. Wir sollten auf keinen Fall versuchen, den Menschen zu vermitteln, dass diese Herausforderungen leicht zu bewältigen seien. Wir müssten nur die Zugangsberechtigungen zu den Hochschulen absenken. Die Flüchtlinge würden uns beim demografischen Wandel helfen. Sie seien alle hoch qualifiziert.

Dem ist natürlich nicht so. Das wissen wir auch alle. Jeder, der vor Ort unterwegs ist, der mit den Arbeitsämtern spricht, der weiß, dass im bayerischen Handwerk sieben von zehn Flüchtlingen ihre Ausbildung abrechnen, der weiß doch: Die wirkliche Integrationsleistung besteht nicht darin, Erstaufnahmeeinrichtungen zu schaffen und Wohnraum bereitzustellen, sondern die wirkliche Integrationsleistung erfolgt erst in den folgenden Jahren, wenn es darum geht zu verhindern, dass diejenigen, die hier sind, nicht in unsere Sozialsysteme wandern, sondern dass sie mit ihrer Arbeitskraft dazu beitragen können, für unseren gemeinsamen Wohlstand zu sorgen. Das ist die Herausforderung in den nächsten Jahren, um die wir uns kümmern müssen.

(Beifall CDU und FDP)

Natürlich ist es richtig, dass wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag heute mit unseren Beschlüssen nicht die entscheidenden Beiträge leisten werden, sodass die Anzahl derjenigen, die nach Deutschland kommen, sinkt. Wir müssen das aber gemeinsam mit dem Bund und der Europäischen Union schaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es muss doch unser Ziel sein, dass sich dieser Zuzug nicht in dem Maße fortsetzt, wie er in diesem Jahr begonnen hat. Deswegen brauchen wir gemeinsame **europäische Lösungen**. Da dürfen sich andere Länder nicht der Verantwortung entziehen.

Ich sage das durchaus auch mit einem kritischen Blick auf eigene Parteifreunde: Natürlich ist die Situation in Europa schon auch deswegen ein Stück festgefahren, weil wir als Deutsche in der Vergangenheit auch diejenigen gewesen sind, die das, was wir jetzt von anderen europäischen Ländern erwarten, selbst auch ein Stück weit blockiert haben; denn wir sind es immer gewesen, die gesagt haben:

Wir brauchen Dublin, es können sich ja die EU-Staaten an den Außengrenzen ein Stück stärker in der Sache engagieren. - Wir sind diejenigen, die gesagt haben: Bitte keine Kontingente, lass sich doch andere Länder darum kümmern. Und natürlich sagen in dieser Situation andere europäische Länder: Jetzt, wo Deutschland das größte Problem hat, schauen wir uns das erst einmal ein bisschen von unserer Seite aus an. - Nur kann das natürlich keine dauerhafte Lösung sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Deswegen hat der Kollege Stegner auch mit seiner Formulierung in den letzten Tagen völlig recht: Es kann nicht sein, dass in Europa derzeit Deutschland, Österreich und Schweden die einzigen Länder sind, die diese Lasten zu tragen haben, mehrere tausend Flüchtlinge, die an jedem Tag in diese Länder kommen. Herr Dr. Stegner, da haben Sie völlig recht, das ist eine Herausforderung, die wir dauerhaft nicht alleine bewältigen können.

(Beifall)

Aber wir brauchen eben auch eine **langfristige Strategie**, wie wir die **Situation** in den **Herkunfts-ländern** verbessern können. Ich erhoffe mir durch diese Diskussion in Deutschland, dass die derzeitige Situation das Bewusstsein bei uns stärkt, dass natürlich Entwicklungshilfe, dass Hilfe in anderen Ländern tatsächlich etwas ist, was unserem eigenen Land auch dient. Das haben wir in vielen Debatten ausgeblendet und gefragt: Warum müssen wir unsere Sicherheit ganz weit entfernt von uns verteidigen, warum müssen wir uns überhaupt um diese Regionen kümmern? - Das ist damals schon richtig gewesen.

Wir haben es nur in den letzten Jahren zu wenig gemacht; denn wir wissen doch alle auch, dass sich viele Flüchtlinge nicht direkt aus den Kriegsgebieten auf den Weg gemacht haben, sondern dass die in den letzten Monaten und Jahren ihre Zeit schon dort in den Zeltstädten im Libanon und in Jordanien verbracht haben. Weil wir zu wenig Geld für bestimmte Programme zur Verfügung gestellt haben, haben die Menschen eben gesagt: Wir können in diesen Lagern nicht mehr vernünftig leben. - Sie haben sich deswegen auf den Weg nach Deutschland gemacht. Deswegen muss doch unser erster Ansatz sein, uns darum zu kümmern, dort zu helfen, damit die Menschen eben nicht alle hier nach Deutschland oder nach Europa kommen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

(Daniel Günther)

Ich wünsche mir, dass wir uns durchaus auch auf europäischer Ebene über gemeinsame Standards für die Unterbringung von Flüchtlingen verständigen. Ich weiß, dass das Wort **Anreize** immer gleich zu großem Erschrecken führt, weil es immer den Eindruck erweckt, die ließen sich anlocken durch unsere Leistungen. Aber natürlich ist auch ein Grund, warum Flüchtlinge durchaus den Wunsch haben, nach Deutschland zu kommen, dass wir hier andere und bessere Leistungen gewähren als andere europäische Länder. Insofern finde ich die Debatte absolut legitim, sich auf europäischer Ebene darauf zu verständigen, ob wir nicht auch eine bessere Verteilung darüber hinbekommen, dass wir dort die **Standards** einigermaßen anpassen. Das heißt übrigens sehr bewusst: nicht die Standards auf dem niedrigsten Niveau. Das muss auch völlig klar sein. Aber wir können uns auch nicht an dem höchsten Niveau orientieren, das wir hier in Deutschland im Moment bieten. Damit meine ich nicht anerkannte Flüchtlinge - das ist eine andere Debatte -, sondern ich rede über den Zeitraum bis zur offiziellen Anerkennung. Ich glaube, da muss man auch über bestimmte Standards reden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich weiß, dass wir in der Debatte immer eine etwas schwierige Situation haben, weil wir auf der einen Seite, in einem politischen Lager, zu dem ich mich auch zähle, im Moment viele Leute haben, durch die auch großartige Forderungen das Licht der Öffentlichkeit erblicken, die aber auch Punkte vorschlagen, die vielleicht in der Praxis gar nicht so gut umzusetzen sind. Ich finde, darauf sollten wir bei der Dimension, die dieses Thema hat, vielleicht zukünftig nicht unbedingt den größten Schwerpunkt legen.

Ich würde mir aber umgekehrt auch wünschen, dass sozusagen auf der anderen Seite des politischen Lagers nicht jeder Vorschlag, der gemacht wird, um den **Zuzug** zu **begrenzen**, immer sofort in einer Art und Weise in Bausch und Bogen abgelehnt wird, dass wir überhaupt keine vernünftigen Debatten mehr in solchen Themenbereichen führen können.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Denn im Moment merken wir ja dadurch, dass dieses Thema immer virulenter wird, dass plötzlich Debatten, die vor vier Wochen noch völlig undenkbar erschienen, nach zwei Wochen von einem politischen Lager geführt werden und plötzlich im linken politischen Lager - so nenne ich es einmal - nach vier Wochen auch diskutiert werden, weil man merkt, dass man an bestimmte Grenzen kommt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Beispiel?)

- Na ja, ich nenne einmal das, was der Ministerpräsident zu den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels gesagt hat und dem Sie morgen zustimmen wollen. Ich erinnere mich an Debatten vor einigen Monaten, wo Sie das alles noch in Bausch und Bogen abgelehnt haben.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich nenne da bewusst auch sogenannte **Transitzonen**. Ich kenne natürlich viele gute Argumente, die da gebracht werden und die lauten: Das ist auch nicht der Schlüssel zur Lösung. - Aber ich finde schon, dass diejenigen, die das in Bausch und Bogen ablehnen, mehr machen müssen als nur auf die Gesetzeslage hinzuweisen und zu sagen: Man kann ja die Leute auch jetzt schon abschieben, dafür brauchen wir gar keine Transitzonen. - Das wird auch nicht ausreichen. In Schleswig-Holstein ist die Stimmung vielleicht auch deswegen noch eine andere, weil wir anders als in Bayern eine deutlich bessere Steuerung der Flüchtlingsströme nach Schleswig-Holstein haben. Man darf nicht vergessen, dass es zwischen München und Salzburg überhaupt keinen geregelten Zugverkehr mehr gibt,

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fahren Sie mal zum Bahnhof!)

weil dort jeden Tag so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Wie soll man denn vor Ort eine schnelle Prüfung durchführen und eine schnellere Entscheidung zu denjenigen durchführen, die absehbar kein Bleiberecht bekommen? Herr Ministerpräsident, in dem Punkt fand ich es ein bisschen schief zu argumentieren: Was soll denn mit den Syrern dort in den Transitzonen passieren? - Es geht doch darum, dass wir uns hierbei um diejenigen kümmern, die absehbar kein Bleiberecht haben. Da geht es ja nicht um Kriegsflüchtlinge, die hierherkommen. Die werden natürlich danach verteilt. Diese Transitzonen werden doch eingerichtet, damit man sich dort um diejenigen kümmert, die ohne Pässe hierherkommen, die aus sicheren Herkunftsländern hierher kommen und bei denen wir versuchen zu schaffen, dass sie so schnell wie möglich in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden können. Ansonsten werden wir doch mit den Zahlen nicht herunterkommen. Da kann die Transitzone eine Lösung sein.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Daniel Günther [CDU]:

Herr Kollege Kubicki, ich würde das ganz gern im Zusammenhang darstellen. Sie haben nachher die Möglichkeit, darauf zu reagieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine Frage, keine Bemerkung! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die Frage nach dem rechtlichen Hintergrund hätte ich jetzt auch nicht beantworten wollen!)

- Nein, Herr Dr. Dolgner ist auch nicht gefragt worden, aber das hindert ihn ja häufig nicht daran, trotzdem seine Meinung zu sagen.

Ich nenne ein zweites Beispiel, zu dem auch schnell und reflexartig gesagt worden ist: Ist das alles so umsetzbar, müssen wir das machen? Wir haben mit unserem Antrag auch auf eine Debatte reagiert, als wir gesagt haben: Wir wollen, dass die Menschen, die zu uns kommen, sich von Anfang an zu unserem **Grundgesetz**, zu unseren **Werten** in unserem Land bekennen, weil wir doch Akzeptanzprobleme bekommen, wenn wir solche Debatten führen wie: Lasst uns die Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen nach Ethnien und Religionen trennen. - Darüber machen sich Menschen in Deutschland Sorgen oder haben logischerweise Angst davor, wenn diese Menschen herkommen und nicht akzeptieren, dass wir in Deutschland gewachsene Werte haben, dass wir ein Grundgesetz haben. Wir erwarten doch nicht von denen, dass die alle Artikel aus dem Grundgesetz aufzählen können. Das kann keiner von uns.

(Martin Habersaat [SPD]: Artikel 1, unterschreiben Sie den mal!)

- Wozu hat denn Herr Gabriel, Ihr Parteivorsitzender, angefangen, Grundgesetze in arabischer Sprache in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu verteilen? - Weil er sich genau diesem Gedanken auch verpflichtet fühlt.

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist doch völlig in Ordnung!)

Es ist wichtig, dass wir wirklich von Anfang an auch dadurch, dass wir eben nicht trennen, diesen Menschen deutlich machen: Wenn ihr hier zu uns nach Deutschland kommt, wenn ihr euch auf Asylrecht beruft, wenn ihr euch darauf beruft, dass ihr aus Kriegsgebieten kommt, dann können wir doch guten Gewissens auch von euch - von diesen Men-

schen - erwarten, dass ihr euch ohne Wenn und Aber zu unseren Grundregeln und zu unseren Werten bekennt. Was ist daran falsch? - Das erwarten die Menschen von uns, dass wir das tun.

(Beifall CDU)

Und deswegen freue ich mich auch darüber, dass im Moment auf Bundesebene genau dieser Punkt aus unserem Antrag auch außerhalb des politischen Bereiches ernsthaft diskutiert wird. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, appelliert: Flüchtlinge müssen frühzeitig über Gesetze und Ordnungen in Deutschland aufgeklärt werden. Das ist nicht damit getan, dass wir ihnen das Grundgesetz in die Hand drücken. Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, sagt:

„Für diejenigen, die trotz eindeutiger Aufklärung nicht bereit sind, sich rechtstreu und gewaltfrei zu verhalten, sollte die Prüfung von Asylbegehren unter Ausschluss weiterer Rechtswege im Eilverfahren erfolgen. Nach negativem Bescheid muss die sofortige Abschiebung erfolgen.“

(Vereinzelter Beifall CDU)

Von daher geht die Debatte genau in die Richtung, die wir vorgeschlagen haben. Wir erheben im Übrigen als CDU-Landtagsfraktion nicht den Anspruch, dass unsere Vorschläge der Weisheit letzter Schluss sind. Aber beteiligen Sie sich bitte - -

(Unterhaltung auf der Regierungsbank)

Präsident Klaus Schlie:

Sie müssen das hier vorne ein bisschen einstellen.

Daniel Günther [CDU]:

Also nicht ich, sondern - -

Präsident Klaus Schlie:

Nein, ich meine nicht Sie, sondern die Regierungsbank.

Daniel Günther [CDU]:

Ich würde mich darüber freuen, wenn wir diese Debatte ernsthaft führen. Wir erwarten eine Achtung unseres Grundgesetzes: Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Frau und Mann - das haben wir uns über Jahrzehnte in unserem Land erkämpft. Ich möchte bewusst nicht, was von vielen formuliert worden ist: Wenn die Flüchtlinge hierherkommen,

(Daniel Günther)

ist das ja so positiv, weil sich unsere Gesellschaft verändert. Ich finde, wir haben ein Recht darauf, dass sich diejenigen genau an die Regeln anpassen, die wir hier in Deutschland haben, und nicht umgekehrt.

(Beifall CDU und FDP)

Die **Vereinbarungen**, die auf **Bundesebene** getroffen wurden, sind richtig: 670 € pro Flüchtling und Monat. Albanien, Montenegro und Kosovo werden als sichere Herkunftsstaaten definiert. Die Maßnahmen für schnellere Abschiebungen sind miteinander vereinbart; aus Brüssel haben wir schon einen Rüffel für unsere mangelnde Abschiebep Praxis bekommen. Abweichungen von Baustandards sollen geregelt werden.

Herr Ministerpräsident, ich erwarte in dieser schwierigen Situation, dass Sie den Vereinbarungen, die dort im Bund getroffen worden sind, morgen unmissverständlich Ihre Zustimmung geben. Diese Vereinbarungen müssen schnellstmöglich umgesetzt werden, damit wir diese Situation regeln können. Ich erwarte auch - -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben aber keinen Gesetzesvorschlag!)

- Doch, der liegt vor.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben nur eine Vereinbarung!)

Ich erwarte auch, dass die gleichen klaren Ansagen, die Sie immer von der Bundesebene einfordern, jetzt in Schleswig-Holstein unmissverständlich gegenüber den **Kommunen** gemacht werden.

(Beate Raudies [SPD]: Hat er doch gerade gemacht!)

Bei dem Gipfel, der hier stattgefunden hat, hat der Ministerpräsident den Kommunen am Anfang gesagt: Lassen Sie uns mal heute nicht über Geld sprechen. - Ich stelle mir nur einmal vor, stellen Sie sich einmal vor, am 24. September 2015 hätte Angela Merkel den Gipfel mit den Ministerpräsidenten eröffnet und gesagt: Lassen Sie uns mal nicht über Geld sprechen, das werden wir regeln.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat sie!)

- Nein, das hat sie nicht gesagt. Dort sind ganz klare Vereinbarungen getroffen worden, auf deren Umsetzung die Kommunen bis heute immer noch warten, Herr Ministerpräsident, und das macht unsicher.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie sind mit einer Erwartungshaltung dorthin gekommen und sind weggefahren mit der klaren Zusage, wie viel Geld es gibt. Das erwarten unsere Kommunen auch.

Ich frage mich, ob Sie im Moment in Ihren Parteien keine kommunalen Vertreter haben, denn die stehen im Moment konkret vor der Situation, dass sie jetzt ihre Haushalte aufstellen müssen.

(Beate Raudies [SPD]: Ach, das ist Ihnen neu? - Weiterer Zuruf SPD: So ein Blödsinn!)

- Doch, das scheint Ihnen neu zu sein. Es nützt überhaupt nichts, wenn immer nur gesagt wird, dass wir uns über das Geld nicht streiten werden und es am Geld alles nicht scheitern werde. Wie wollen Sie denn so einen Haushalt aufstellen? Was soll denn der Kreis Rendsburg-Eckernförde machen, der 2014 1,6 Millionen € für Asylbewerberleistungskosten hatte und im Jahr 2016 absehbar 10,6 Millionen € haben wird? Was sollen die denn machen, außer mit Ihnen über die Erhöhung der Kreisumlage zu diskutieren? Sollen die in ihren Haushalt reinschreiben: Herr Stegner hat gesagt, das wird am Geld nicht scheitern? Das wird nicht funktionieren!

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen brauchen wir jetzt eine klare Zusage, dass das, was Sie auf Bundesebene eingefordert haben: „Der Bund muss sich stärker beteiligen!“, auch in Schleswig-Holstein gilt. Und deswegen reicht ein Verhältnis von 30 zu 70 in dieser Situation nicht mehr. Die Kommunen brauchen eine stärkere Unterstützung, und das müssen Sie unmissverständlich zusagen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP])

Genauso brauchen wir auch klare Festlegungen, was die ganzen Vereinfachungen im **Baurecht** angehen. Darüber reden wir auch schon seit Monaten. Wo ist denn das Standardabweichungsgesetz, das Sie eigentlich mit auf den Weg bringen wollten? Das brauchen die Kommunen jetzt im Moment. Es ist ja eben richtig beschrieben worden: Die Containerlösung funktioniert im Moment nicht, weil es keine Container gibt. Das heißt, wir brauchen jetzt richtige Bautätigkeit. Da reichen im Moment eben befristete Baugenehmigungen nicht mehr aus. Das können Sie beim Container noch machen, aber wenn Sie Festbauten machen, geht das eben nicht.

(Daniel Günther)

Von daher brauchen wir hier sehr viel konkretere Zusagen.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Was ich mir auch wünsche, ist, dass wir noch stärker versuchen, die Flüchtlinge in diese Arbeit mit einzubinden. Ich höre immer wieder - das wird Ihnen auch so gehen - -

(Zuruf SPD: Sollen die Häuser errichten, oder was?)

- Nein, ich höre das immer wieder in Erstaufnahmeeinrichtungen. Das kann man sich ja auch vorstellen: Die kommen aus Kriegsgebieten, kommen aus anderen Ländern, aus schwierigster Situation hier nach Deutschland. Aber wenn sie in so einer Erstaufnahmeeinrichtung nach zwei, drei Wochen - ich sage es einmal deutlich - nichts zu tun haben, wenn sie auf der Straße unterwegs sind, sich irgendwo treffen, was ja auch zu einer gefühlten Bedrohungssituation in der Bevölkerung führt - völlig unverdientermaßen - -

(Zurufe SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich sage einmal sehr deutlich: Ich bin total froh darüber, wie wenig **Gewaltdelikte**, wie wenig Straftaten wir im Moment haben. Und ich sage sehr deutlich: Das hat mit Flüchtlingen doch überhaupt nichts zu tun.

(Beate Raudies [SPD]: Ach was!)

Stellen Sie sich das einmal vor: Wenn wir die Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster anschauen, die für 1.500 Plätze ausgelegt ist, in der derzeit 6.500 Menschen sind, dann muss man doch wirklich froh und dankbar sein, dass es dort wenig Gewaltbereitschaft gibt, wo sie nicht viel zu tun haben und immer untereinander sind. Ich meine das wirklich durchaus positiv.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Deswegen wünsche ich mir, dass in diesen Bereichen die **Kommunikation** vonseiten der Landesregierung gegenüber den **Kommunen** verbessert wird. Ich sage das mit Blick auf Boostedt: Man kann da sagen, das Boot ist noch lange nicht voll, aber ich finde, bei dem Verhältnis von Bevölkerung und Erstaufnahmeeinrichtung kommen die auch objektiv an ihre Grenzen. Auch in Seeth beklagen sie sich. Wir haben in der „Landeszeitung“ alle Bürgermeister gesehen, die sagen: Wir werden zu spät und zu schlecht informiert.

Ich gucke mir das sehr konkret in Itzehoe an: Da erfolgt per Presseerklärung die Ankündigung, dass sich die Anzahl der Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung verdoppelt - verdoppelt! -, per Presseerklärung und mit dem Hinweis, dass die Bürgerversammlung noch nachgeholt wird, das hat man wegen Kommunikationsproblemen nicht geschafft. Der Bürgermeister ist überhaupt nicht informiert und hat es in der Zeitung gelesen.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass wir - ich meine das für das ganze Haus - wie bisher sowohl bei der Rede des Ministerpräsidenten als auch jetzt versuchen, das in Ruhe und in Sachlichkeit weiter miteinander zu erörtern. Es werden heute Vormittag jede Fraktion und heute Nachmittag auch jeder Abgeordnete noch zu Wort kommen.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Ministerpräsident, Sie haben beim Empfang der Landespressekonferenz ja gut formuliert, was Ihnen an Tageszeitungen wichtig ist und wie Sie Tageszeitungen lesen, und Sie haben gesagt: Sie möchten gern, dass die Tageszeitung Entscheidungen der Bundes- und auch Landesebene für Sie persönlich in Suchsdorf runterbricht. Ich würde mir dann aber wünschen, dass sich Torsten Albig auch in die Itzehoe hineinversetzt, die einfach kurz über eine Presseerklärung mitgeteilt bekommen: Am nächsten Tag sind hier doppelt so viele in Ihrer Einrichtung, die Einwohnerbeteiligung konnte leider wegen Kommunikationsproblemen nicht stattfinden. Wie würde sich Torsten Albig fühlen, wenn er das einfach so in der Zeitung liest? - Das ist ein unglaublich sensibles Thema, und man kann von der Landesregierung einfach eine deutlich bessere Kommunikation mit unseren Kommunen, die diese ganze Arbeit leisten, erwarten.

(Beifall CDU, FDP und Torge Schmidt [PIRATEN])

Wir müssen auf Landesebene das tun, was wir tun können, um die Situation zu meistern. Das haben wir auch mit unseren Vorschlägen bei den Polizisten noch einmal eindeutig unterlegt. Wir haben erhebliche Teile der **Polizei** für die Flüchtlingsarbeit abgezogen. Wir fragen uns, ob bestimmte Tätigkeiten wirklich von Polizistinnen und Polizisten wahrgenommen werden müssen. Ich sehe, dass die am Ostseekai mit dem Schipper fegen, dass die Betten

(Daniel Günther)

in Flüchtlingsunterkünften aufstellen. Das muss man ein Stück weit anders regeln. Die Menschen erwarten, dass sich die Polizisten um die Aufrechterhaltung unserer inneren Sicherheit in Schleswig-Holstein kümmern.

Wir müssen jetzt Schluss machen mit den Debatten über Stellenkürzungen. Wir brauchen 100 zusätzliche Anwärterstellen. Auch wir unterstützen Reaktivierungsprogramme für in den Ruhestand gegangene Polizisten genauso wie für Lehrkräfte. Unser Vorschlag, 480 zusätzliche Lehrerplanstellen zu schaffen, ist mit der Kapazität an ausgebildeten **Lehrkräften** schwer zu erreichen. Deswegen brauchen wir Seiteneinsteigerprogramme und pensionierte Lehrkräfte, die zurückkommen.

Wir brauchen auch - darum bitte ich Sie herzlich - eine bessere **Qualifizierung** in den **DaZ-Zentren**. Sie bekommen es hin, Deutsch zu unterrichten. Da haben wir mittlerweile tolle Literatur. Ich habe mir das selbst in Bad Schwartau angeguckt. Weil wir aber zu wenig Lehrkräfte und zu wenig DaZ-Zentren haben, sind die Klassen zu groß. Die Lehrkräfte sind nicht dafür ausgebildet, sich um traumatisierte Flüchtlinge zu kümmern. In dem Bereich müssen wir deutlich schneller Fortbildungen anbieten, damit dieses Problem nicht noch größer wird.

(Beifall CDU)

Ich bin davon überzeugt, dass wir die Herausforderungen meistern können. Ich will noch einmal ausdrücklich sagen, was ich zu Beginn meiner Rede gesagt habe: Ja, Schleswig-Holstein schafft es, 60.000 Flüchtlinge, die im Jahr 2015 kommen, in unserem Land zu integrieren. Ich habe aber eine herzliche Bitte. Gucken Sie sich Ihren Antrag an, den Sie heute als Gegenentwurf vorgelegt haben. Mag bei uns auch etwas drin sein, was Sie ablehnen oder worüber man noch einmal debattieren muss. Aber drücken Sie sich nicht davor, über eigene Verantwortung im Land zu sprechen, wie wir die Zahl der Abschiebungen tatsächlich praktizieren können, und wie wir nachhaltig dafür sorgen können, dass wir die Zahl von 60.000 Flüchtlingen in diesem Jahr schaffen. Wir können die Bereitschaft in der Bevölkerung nur hoch halten, wenn die Menschen wissen, dass es in den nächsten Jahren weniger werden. Wir müssen uns auf glaubwürdige Maßnahmen verständigen.

Ich freue mich weiter auf eine sachliche Debatte darüber. Ich glaube, dass wir das gemeinsam bewerkstelligen können, und wünsche mir, dass wir gemeinsam daran arbeiten, diese Herausforderung für Schleswig-Holstein zu schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne die Mitglieder des Seniorenbeirats Bad Schwartau und den Landesvorsitzenden der Piratenpartei, Herrn Christian Thiessen. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort hat der SPD-Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit wir im vergangenen Monat in diesem Haus über Flüchtlingspolitik gesprochen haben, ist die Zahl derjenigen Menschen, die bei uns Schutz suchen, nicht nur unverändert hoch geblieben, sondern es sind noch mehr gekommen, und die Debatte hat sich weiterentwickelt. Deshalb ist es gut, dass wir uns heute Zeit nehmen, zu beraten und im Landtag ausführlich über die verschiedenen Aspekte der Flüchtlingspolitik zu debattieren.

Gleichzeitig bleibt vieles richtig, was im September gesagt worden ist. Ich bleibe dabei - ohne mich wiederholen zu wollen -: Der Grundsatz lautet, dass wir weder mit der rosaroten Brille, die die Probleme negiert, noch mit Ressentiments die Herausforderungen meistern können, sondern nur mit Tatkraft, Besonnenheit und einer Politik, die auf Zusammenhalt und nicht auf Spaltung setzt.

Viele Menschen haben im vergangenen Monat bei uns eine Unterbringung gefunden. Viele **Bürgerinnen und Bürger** haben ihnen ehrenamtlich oder auch hauptamtlich bei der Aufnahme, Betreuung, Versorgung und Integration geholfen. Das Engagement derjenigen, die sich um den Zusammenhalt in unserem Land bemühen, ist ungebrochen groß. Ihnen gilt - das können wir gar nicht oft genug betonen - unser herzlicher Dank.

(Beifall)

Sie alle helfen, den guten **Flüchtlingspakt**, den wir zwischen der Landesregierung, den Kommunen und Verbänden geschlossen haben, gemeinsam mit Leben zu füllen. Die durch das Land geförderte Internetplattform „engagiert-in-SH.de“ dient nicht nur der Vernetzung, sondern zeigt auch auf beeindruckende Art die ganze Vielfalt des bürgerschaftli-

(Dr. Ralf Stegner)

chen Engagements. Ich freue mich darüber, wenn der Offene Kanal solche Beispiele öffentlich darstellt, weil sie ein anderes Bild der Realität zeigen, als wir es gelegentlich zu sehen kriegen. Gute Beispiele kann man gar nicht oft genug zeigen, sie ermuntern Menschen, sie machen ihnen Mut, dass es geht, und sie machen ihnen keine Ängste. Das finde ich wichtig. Deswegen begrüße ich es ausdrücklich, wenn es so etwas gibt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer in der Republik viel unterwegs ist - was ich bin -, stellt fest, dass bei allen Problemen, die wir haben, in Schleswig-Holstein im Ländervergleich manches ein ganzes Stück besser läuft als anderswo - auch weil das ehrenamtliche Engagement hier stärker ist, aber auch weil die Planungen früh und vernünftig sind und vielleicht auch weil wir manche Debatte so nicht führen.

Und doch nimmt die **Debatte in Deutschland** und auch hier inzwischen zunehmend negative, manchmal sogar rassistische Töne auf. Wir müssen sehr sorgfältig hinsehen, sorgfältiger als bisher. Wo Bürgerinnen und Bürger berechnete **Sorgen** haben, müssen wir diese immer ansprechen und die Debatte zulassen. Nicht jeder, der sich Sorgen macht und sie äußert, gehört in die rechte Ecke. Das will ich ausdrücklich sagen. Es wäre falsch, das zu tun.

(Beifall)

Aber - ich würde mir wünschen, dass Sie auch da applaudieren - wir müssen auch darauf achten, dass da, wo Menschenhasser irrationale Ängste schüren, Politik dafür sorgt, dass die Angst nicht vergrößert wird, sondern die konkreten Probleme gelöst werden.

(Beifall)

Wir reden im Landtag jetzt jeden Monat darüber. Das wird noch eine Weile so bleiben. Die **Herausforderungen** ändern sich täglich. Manchmal muss man sich auch anpassen in der Frage, was konkret zu tun ist. Nicht anpassen muss man sich in der **Haltung**, mit der man diese Aufgaben angeht.

Herr Oppositionsführer, ich begrüße es sehr, dass Sie in Ihrer heutigen Rede einen sehr besonnenen Ton gewählt haben. Das war ein angenehmer Unterschied. Auch wenn ich nicht alles teile, was Sie sagen - ich komme darauf noch im Detail zu sprechen -, ist das gemessen an der Aufgabe, die wir miteinander zu bewältigen haben, der richtige Weg. Dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich danken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage aber auch: Wir brauchen eine stimmige **Kommunikation** im Landtag und in dem, was wir draußen sagen, auch in unseren Presseerklärungen und dem, was Parteikollegen tun. Da wünsche ich mir, dass wir stärker die Möglichkeiten, die Chancen, die Herausforderungen, die wir bewältigen können, und weniger die Abschottung oder Angst vor der Öffnung betonen.

Die Integrationsverständnisse sind in Teilen unterschiedlich. Ich hoffe trotzdem, dass wir in manchen Punkten der Anträge Übereinstimmung finden können. Ich bin ein wenig optimistischer als heute Morgen, dass das gelingen kann. An manchen Stellen gibt es aber auch Unterschiede, und die müssen auch deswegen angesprochen werden, weil sie die Menschen in Deutschland bewegen.

Ich freue mich darüber, dass die Frau Bundeskanzlerin, die ich nicht jeden Tag verteidige, in der Flüchtlingspolitik weitgehend das vertritt, was meine Partei seit Monaten für richtig hält. Darüber freue ich mich sehr. In der Union wird darüber heftig gestritten. Wer den Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zuhört, kommt nicht auf die Idee, dass das dieselbe Partei ist. Über die CSU hier zu reden, hieße, zur Kenntnis zu nehmen, dass die bayrische Schwesterpartei die Bundesregierung des Verfassungsbruchs bezichtigt. Ich stelle mir einmal vor, dass die SPD das gemacht hätte - an dem Tag wäre die Koalition zu Ende gewesen. Das ist schon bemerkenswert.

Herr Kollege Günther - auch wenn Sie es nicht erwähnt haben -, auch manche Idee aus Schleswig-Holstein finde ich alles andere als hilfreich. Wenn der Landesvorsitzende der Union von Fernschiebungen redet und davon, Abschiebungen zu privatisieren, oder Transitzone lobt, sage ich: An der Stelle sind wir komplett anderer Auffassung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was sollen denn die sogenannten **Transitzone** sein? Es sind massenhaft Internierungslager an den Grenzen. Machen wir uns nichts vor. Das müssen wir nicht schönreden. Es sind massenhaft Internierungslager an den Grenzen. Gilt da das Asylrecht? Wenn ja, warum klappt das eigentlich nicht in den zentralen Aufnahmestellen von Passau bis Neumünster, frage ich mich, wenn das da gilt. Warum nicht?

(Beifall SPD, FDP, PIRATEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Oder gilt es nicht? Da kann ich Ihnen nur sagen: Mit uns wird es das nicht geben. In der Sekunde, wo das umgesetzt würde, wären wir beim Bundesverfassungsgericht, wenn das Asylrecht de facto ausgehöhlt würde.

Ich glaube aber, es geht um etwas anderes. Es geht um **Abschottung**, es geht um **Abschreckung**. Wollen wir ernsthaft Flüchtlingsfamilien, die aus Bürgerkriegsgebieten kommen - der Ministerpräsident hat es gesagt - zu über 90 % inhaftieren, wenn sie zu uns kommen? Das kann doch nicht allen Ernstes auch nur diskutiert werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da wir grüne Grenzen haben, müsste man, wenn man das wollte - die Menschen haben alle Handys -, Zäune oder Mauern bauen, ein ganzes Stück an der Grenze. Wollen wir so etwas allen Ernstes diskutieren? Ich kann Ihnen nur sagen: Mit uns wird es nicht einmal einen Ansatz von irgendwelchen Dingen geben, die in diese Richtung gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen, Herr Kollege Günther, muss man, wenn man Ihre Anträge liest, sagen: Wenn Sie Maßnahmen fordern, dann will ich Ihnen sagen, was die allerbeste Maßnahme wäre: Das, was wir seit Monaten hier beständig wiederholen, nämlich dass endlich die **Asylverfahren beschleunigt** werden. Warum - ich frage das noch einmal - ist das in den Niederlanden in zweieinhalb Wochen möglich und bei uns im Schnitt in fünfeneinhalb Monaten? Warum ist das so? Nicht, weil die Niederlande kein sozialer Rechtsstaat wären, meine sehr verehrten Damen und Herren - das kann nicht der Grund sein -, sondern weil man sehen muss: Warum ist Herr Weise eingesetzt worden? Warum hat Frau Merkel das zu Herrn Altmaier ins Kanzleramt geholt? Vermutlich deswegen, weil es immer noch nicht funktioniert. Die Computersysteme in diesem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind offenkundig eine Katastrophe. Das ist eine wirkliche Katastrophe.

Präsident Klaus Schlie:

Pardon, Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung, eine Frage des Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Dr. Stegner, wider Erwarten bin ich in vielen Fragen, die angesprochen sind, mit Ihnen einer Auffassung. Würden Sie mir freundlicherweise erklären, wie Sie ein **Asylverfahren** in Deutschland innerhalb von drei Wochen abschließen wollen, wenn wir **Rechtsmittelsysteme** haben, die dazu beitragen, dass sie bis zu zwei Jahre darauf warten müssen, eine rechtskräftige Entscheidung zu bekommen?

- Ich habe die Rechtsverfahren gar nicht gemeint. Ich habe die **Verwaltungsverfahren** gemeint. Da kann ich jedenfalls nicht erklären, warum Verwaltungsverfahren an der einen Stelle zweieinhalb Wochen und an der anderen Stelle fünfeneinhalb Monate dauern. Das kann nicht richtig sein. Ich will keine Rechtswegbeschneidung machen. Davon kann hier überhaupt nicht die Rede sein. Im Übrigen geht auch das schnell.

Wir erhöhen da Stellen und machen alles Mögliche, was wir können. Aber ohne das **Bundesamt** geht es nicht. Und wenn da die Computer nicht in Ordnung gebracht werden und die Verteilung nicht besser wird, dann werden sich unsere Probleme auch nicht lösen lassen. Und das ist klipp und klar die Verantwortung des Herrn Bundesinnenministers, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Ich sage ja, das ist auch deswegen wichtig, weil die Menschen erfahren müssen, ob sie hierbleiben können und dann integriert werden oder ob sie eben nicht hierbleiben. Die Kommunen wünschen sich von uns nichts mehr, als dass wir ihnen möglichst nur Menschen schicken, die auch integriert werden, und nicht solche, die nicht hierbleiben. Das können wir aber gar nicht, wenn das mit dem Bundesamt nicht klappt. Deswegen sage ich: schnelle Verfahren immer - ich füge hinzu -, aber nicht durch den Abbau rechtsstaatlicher Verfahrensstandards, sondern durch die überfällige Anpassung der Personalausstattung des BAMF. Da füge ich hinzu: Beschlüsse gibt es schon lange. Es hapert an der praktischen Umsetzung.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Wie sollen wir eigentlich in Griechenland und Italien und sonstwo Hotspots machen, wenn wir es nicht einmal in Deutschland schaffen, die Personalausstattung hinzukriegen? Da frage ich mich wirklich, wie das gehen soll.

(Dr. Ralf Stegner)

Die **Einigungen der Ministerpräsidenten** mit der **Bundesregierung** stellen einen wichtigen **Kompromiss** dar. Nicht alles daran ist gut, füge ich hinzu. Aber es ist insgesamt eine vertretbare Lösung. Und wir haben im Bundesrat noch Veränderungen bewirkt. Ich wünsche mir so sehr, dass das Wort, das man gibt, auch gehalten wird. Wenn man etwas vereinbart, dann sollte man es auch, wenn man es zu Papier bringt, so machen, wie man es vereinbart hat. Ich finde, es ist ein guter Grundsatz, dass man sich an das hält, was man vereinbart. Das gilt immer. Das muss erst recht gelten zwischen den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin.

Schon lange haben wir gefordert, dass der Bund die **Flüchtlingspolitik** als **nationale Aufgabe** begreift und finanzielle Hilfen bereitstellt. Die Opposition hat uns damals belächelt. Herr Kollege Günther, Sie haben das netterweise hier eingeräumt. Jetzt geschieht genau dieses: dauerhaft, dynamisch und strukturell. Dazu kommen viele weitere positive und konkrete Ergebnisse: Bereits anerkannte Flüchtlinge erhalten endlich bessere Zugänge zu Bildung und Arbeit.

Das Asylrecht im Grundgesetz wird nicht angetastet, und für die Minderheiten, insbesondere die **Roma**, werden Maßnahmen ergriffen. Das halte ich übrigens wirklich - denken Sie ein bisschen an deutsche Geschichte! - für einen Punkt, über den wir nicht großzügig hinweggehen sollten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist ein wichtiger Punkt, dafür zu sorgen, dass Minderheiten ordentlich behandelt werden. Wir wissen in diesem Land, was das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sprach- und Integrationskurse werden geöffnet. Und ja, die **Gesundheitskarte** kommt. Aber, Frau Kollegin Damerow, ich frage mich, warum man dann Presseerklärungen machen muss, in denen man darauf hinweist, dass die Flüchtlinge ja nicht zu viele Leistungen bekommen. Sie bekommen keine extra Leistungen. Aber muss man das immer in der Tonlage sagen? Ich finde, man muss das nicht. Denn es erleichtert in allererster Linie den Kommunen die Verwaltung, es sind nicht einmal Verwaltungsbeamte, sondern Ärzte, die entscheiden, was nötig ist. Und das ist auch richtig so. Am Ende spart das sogar Geld. Da muss man nicht noch einen Kleinen mitgeben nach dem Motto: Kann man da vielleicht doch noch einen Unterschied herausarbeiten?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bedanke mich sehr bei der Sozialministerin, dass das hier geschafft worden ist, liebe Kristin Alheit. Es ist eine gute Sache, und es hilft allen.

Ich möchte an der Stelle auch dem Ministerpräsidenten danken, für seine Rede, aber auch für das, was gemeinsam auf der Bundesebene und mit den Kolleginnen und Kollegen im Innenministerium bewirkt worden ist. Wenn der Innenminister vielleicht auch an dem Abend vorgestern mit zwiespältigen Gefühlen diese Presse-Enten begleitet hat, wird er es doch als Anerkennung empfunden haben, dass der Kern der Aussage war, wie gut das in Fahrt gekommen ist, lieber Stefan Studt. Lass mich das an dieser Stelle auch sagen - und die tüchtige Staatssekretärin meine ich natürlich mit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Günther, lassen Sie mich das sagen, weil Sie den Punkt mit den **Kommunen** hier wieder herausgearbeitet haben. Ich glaube, jetzt ist wirklich nicht die Zeit, über die Erhöhung von Kreisumlagen und über finanzielles Fingerhakeln zu reden. Ich sage klipp und klar:

(Tobias Koch [CDU]: Es wird aber getan!)

Sie können doch Einnahmeerwartungen in die **Haushalte** hineinschreiben. Das müssen Sie doch wissen. Sie waren doch einmal Bürgermeister in Henstedt-Ulzburg, wenn mich nicht alles täuscht, Herr Kollege.

Es ist doch klipp und klar, dass sich die Kommunen nun wirklich nicht sorgen müssen. Sie werden aufgabengerecht die Mittel bekommen, sobald man das klar absehen kann. Da gilt ohne Wenn und Aber: Kein Euro, kein Cent wird daran durch das Land verdient. Das will ich hier klipp und klar sagen. Das gilt für die Koalitionsfraktionen. Die Landesregierung hat nichts anderes gesagt. Warum sollten wir das auch tun, wo wir genau wissen: Wir können den Zusammenhalt nur gemeinsam sichern? Warum sollten wir das anders machen?

Diese **Quotenfragen**, Herr Kollege Günther, taugen doch gar nichts, weil sie gar nichts aussagen. Denn der, der die Aufgabe erledigt, der muss das Geld haben. Wenn sie länger in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen bleiben, ist es eine andere Geschichte, als wenn sie auf die Kommunen verteilt werden. Wenn Integrationsarbeit geleistet werden muss, ist es etwas anderes, als wenn wir zum Bei-

(Dr. Ralf Stegner)

spiel Wohnungsbau und andere Dinge in Angriff nehmen.

Lehrer und Polizei müssen bereitgestellt werden, Justizbeamte und auch Angestellte in den Ausländerämtern. Das muss man doch einmal bei aller Oppositionsneigung, die ich ja verstehe - ich habe so etwas auch einmal machen dürfen, kurze Zeit - zur Kenntnis nehmen. Aber in der Sache wird man sich doch darauf verständigen können, dass man sagt: Das Wort gilt!

Ich sage Ihnen: Das Wort gilt. Messen Sie uns am Ende daran! Wir lassen uns daran messen. Die Kommunen kriegen genau das, was sie brauchen, um ihre Aufgaben zu erledigen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns ist aber auch bewusst: Der Druck ist so groß, dass wir darauf achten müssen, unser System, die vielen Helferinnen und Helfer, ob ehrenamtlich oder hauptamtlich, bei den Verbänden, bei der Polizei, bei der Bundeswehr, bei den Kommunalverwaltungen nicht zu überfordern. Deshalb muss der Bund seiner Verantwortung da gerecht werden, wo wir ihn brauchen. Das Wort der Belastungsgrenze ist in diesem Zusammenhang intensiv diskutiert worden.

Wir alle haben **Belastungsgrenzen**, jeder und jede. Das spüren wir auch ohne Flüchtlingspolitik oftmals im Alltag. Aber was mir in den vergangenen Wochen manchmal zu kurz gekommen ist, ist: Wo sind denn die wirklichen Belastungsgrenzen? Die Kinder, Frauen und Männer aus Syrien, die vor den Mörderbanden des IS, den Fassbomben Assads oder Al-Qaida fliehen, haben Belastungsgrenzen. Oder denken wir an die Belastungsgrenzen der Menschen, die aus ihrer ganz persönlichen Hölle im Irak, in Afghanistan, Eritrea oder Pakistan fliehen, oder die Belastungsgrenzen derer, die ihre Kinder vor dem Hungertod bewahren wollen, während wir unsere billigen Lebensmittel wegschmeißen. Oder vielleicht die Belastungsgrenzen derer, die aus Gegenden fliehen, in die wir unsere todbringenden Waffen liefern. Oder vielleicht die, die aus Ländern, mit denen wir enge Verbündete sind, kommen, obwohl sie dort Frauen unterdrücken, Kinder arbeiten lassen, Kritiker auspeitschen, steinigen oder anderswie barbarisch hinrichten. Von diesen Belastungsgrenzen, meine Damen und Herren, reden wir ein bisschen wenig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen sage ich: Ja, wir haben Belastungsgrenzen. Ich will das einmal an einem Zahlenbeispiel deutlich machen. Ich lasse jetzt einmal die Millionen weg und sage es einmal ohne die Millionen. Die Lage ist doch so: Wir sind zurzeit 80, dieses Jahr kommen vielleicht anderthalb dazu, nächstes Jahr vielleicht noch einmal so viel, im übernächsten Jahr vielleicht auch. Am Ende sind wir 80 plus vier oder 80 plus fünf. - Davon geht die Welt nicht unter und auch unser christliches Abendland nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will auch nicht verschweigen, weil mich das einfach ärgert und ich das jeden Tag lese und die Menschen es im Fernsehen auch sehen können: Meine intellektuelle Belastungsgrenze ist dann erreicht, wenn der ungarische Ministerpräsident Orbán zu „Orientierungszwecken“ eingeladen wird, wenn neue Grenzzäune gefordert werden, wenn über Waffengebrauch an den Grenzen geschwafelt wird, wenn angebliche Anreize unserer „sozialen Hängematte“ für vom Schicksal gepeinigten Menschen in Elendsregionen beschworen werden oder - ich kann es Ihnen nicht ersparen, das zu sagen - wenn ein Bundestagsabgeordneter vor zwei Tagen im Deutschen Bundestag sagt, in den Transitlagern könne man die Flüchtlinge besser „selektieren“. Das ist aus dem Wörterbuch des Unmenschen und sozial instinkt- und geschichtslos. So etwas zu lesen, macht einen fassungslos. Wir sind auch verantwortlich für das, was wir bei diesem Thema **öffentlich sagen**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Heike Franzen [CDU])

- Auch wenn Sie sich darüber aufregen, Frau Kollegin Franzen, es ist trotzdem so. - Einen Teil will ich Ihnen auch nicht ersparen, auch wenn das kaum noch einer kommentiert. Meine Belastungsgrenze ist auch erreicht, wenn hunderte **Anschläge** rechter Hohlköpfe und Gewalttäter auf **Flüchtlingsunterkünfte** kaum noch mehr als ein Schulterzucken auslösen, wenn es dabei glücklicherweise keine Todesfälle gibt. Die Absicht ist schlimm genug. Und es hat drastisch zugenommen. Ich glaube, es hat auch deswegen zugenommen, weil wir in Teilen in der Kommunikation nicht darauf achten, welche Sprache wir anwenden.

Aber ich sage ausdrücklich: Ja, auch wir haben Belastungsgrenzen. Wir werden auf Dauer nicht fast im Alleingang mit Schweden und Österreich tausende Flüchtlinge in Tagesfrist aufnehmen, anstän-

(Dr. Ralf Stegner)

dig unterbringen oder gar integrieren können. Und ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er das in der Offenheit formuliert hat, allerdings ohne Unterton, sondern er hat es auf das faktisch Mögliche bezogen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist neu!)

Auf Dauer kommen die zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfer, Verbände, Polizei, Bundeswehr und die Kommunen an die Grenze dessen, was sie leisten können. Ich sage aber: Die Antworten, die wir darauf geben, müssen etwas mit den Problemen und möglichst auch mit der Problemlösung zu tun haben und nicht mit Scheinlösungen, von denen man sich eine öffentliche Zustimmung erhofft. Damit nicht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir Sozialdemokraten - und ich bin sicher, das gilt nicht nur für die Koalitionsfraktionen, sondern sicher auch für die FDP, und ich hoffe, Herr Kollege Günther, auch für die Union - werden das **Individualrecht auf Asyl** in Deutschland nicht mehr infrage stellen. Definitiv nicht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dieses Verfassungsgebot darf nicht angetastet werden. Die Genfer Konvention für Kriegsflüchtlinge können wir nicht ignorieren, und zwar auch deswegen nicht, weil wir ein blutiges 20. Jahrhundert hinter uns haben, in dem Deutsche Kriegsschuld und Vernichtungswahn zu verantworten hatten. Also müssen die Lösungen andere sein, als Asylrecht oder Genfer Flüchtlingskonvention anzutasten.

Eines muss klar sein - ich sage das ganz deutlich, weil die Debatte so geführt wird; das ist der springende Punkt -: Eine **Begrenzung der Flüchtlingszahlen** ohne **außenpolitische Erfolge** und ohne **europäische Einigung** ist auf friedlichem Wege nicht möglich. Sie können Menschen nicht davon abhalten, ihrer Not zu entfliehen, mit Zäunen oder sonst etwas. Das wird nicht funktionieren. Das sollten wir den Menschen auch nicht suggerieren, dass das funktionieren könnte. Das ist nicht möglich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb ist die Obergrenzendebatte so gefährlich. Wenn wir es nicht sein lassen, den Menschen zu suggerieren, das ginge irgendwie mit ein bisschen Schikane da, mit ein bisschen Drehen dort, mit ein bisschen Reden da, dann werden der Bürgerfrust

und die Protestbewegung zunehmen. Deswegen dürfen wir nur Antworten geben, die mit der Problemlösung in Einklang gebracht werden können und nicht mit Stimmungsmache. Diese Stimmungsmache nützt politisch niemandem, sondern am Ende nützt es nur den Verfassungsfeinden, den Demokratiefeinden, denen, die rechts von uns allen stehen. Denen nützt es. Deswegen dürfen wir das nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was sind also die Antworten?

Erstens. Wir brauchen gemeinsame **internationale Anstrengungen gegen die Fluchtursachen**, nicht gegen die Flüchtlinge. Das muss man immer wieder sagen, auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Die Menschen sind nicht dumm. Sie wissen das. Man kann nicht nur über regionale Dinge reden. Dafür werden wir nicht nur mit Friedensnobelpreisträgern reden können, nicht, wenn wir die Konflikte auf der Welt entschärfen wollen. Die Stichworte sind bekannt, aber wo sind die konkreten Taten? Die Stichworte sind: weniger Waffenexporte, Stärkung der Vereinten Nationen, Einbindung von Regionalmächten, Realpolitik mit Russland, der Türkei, Iran, Saudi-Arabien, Katar, und zwar - das füge ich hinzu - nie ohne Wertekompass, aber doch in der Einsicht: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Wir brauchen eine gemeinsame **europäische humanitäre Flüchtlingspolitik**. Was soll das für ein Europa sein, wo Staaten nur in Europa sind, um an Förderprogrammen und der Wirtschafts- und Währungsunion zu partizipieren. Ich finde eine gemeinsame europäische Währung wirklich wichtig, aber wenn ich manchmal an die Erregung denke, mit der wir über Währungsfragen diskutieren, wünschte ich mir die gleiche Erregung, wenn wir hier über menschliche Dinge reden.

Wir dürfen nicht glauben, dass Europa eine Zugehörigkeitsgemeinschaft ist, wo man eben dazugehört, wenn man etwas davon hat. Europa hat im letzten Jahrhundert so viel erlebt, uns geht es in Europa so gut, viel besser als anderen Kontinenten, dass ich sage: Wir brauchen eine **Wertegemeinschaft** statt Nationalismus. Wir brauchen **humanitäre Hilfen** und keinen Stacheldraht an den Grenzen und Tränengas oder Knüppel gegen Flüchtlingsfamilien, die bei uns ankommen. Das gefällt mir nicht in Ungarn, das gefällt mir nirgendwo. Das will ich nir-

(Dr. Ralf Stegner)

gendwo in Europa sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, die Europäer haben genug Geld, um in den **Flüchtlingslagern** in der Türkei, in Jordanien und Libanon mehr zu tun. Warum ist das eigentlich fast unbemerkt geblieben, dass das so zusammengekürzt wurde? Ich frage mich das wirklich. Ich stelle die Frage auch an die eigene Adresse: Warum haben wir das nicht gemerkt? Aber wenn man es merkt, dann muss man es abstellen, und zwar sofort, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das können wir in Europa, nicht nur Deutschland kann das. Wir haben das übrigens auf Bundesebene schon beschlossen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir brauchen also ein menschenwürdiges Konzept und keine egoistische Wirtschafts- und Währungszone. Nur das wird den Frieden und den Wohlstand in Europa sichern. Wenn irgendjemand in Zeiten der Globalisierung glaubt, wir könnten auf Dauer in Wohlstand und Frieden und andere Teile der Welt in Krieg und Not leben, dann kann ich Ihnen sagen, dass das ein Irrglaube ist. Das wird sich ändern. Dann werden die Menschen zu uns kommen. Das lassen sie sich nicht gefallen, und ich habe Verständnis dafür, dass sie sich das nicht gefallen lassen. Wir müssen das gemeinsam ändern, wenn wir unseren Wohlstand und unseren Frieden sichern wollen. Und Teilen werden wir lernen müssen.

Deswegen finde ich es auch richtig, dass wir am Ende darauf bestehen müssen, dass in Griechenland, in Italien und vielleicht auch in Ungarn, wenn es dort irgendwann einmal wieder eine einigermaßen zurechnungsfähige Regierung gibt, **Hotspots** eingerichtet werden, in denen über die Verteilung von Flüchtlingen entschieden werden kann. Wichtig ist mir dabei aber, dass wir vom Europäischen Parlament festgelegte Mindeststandards bei den Verfahren haben und die Familienzusammenführung ermöglichen.

Auch da, Herr Kollege Günther, frage ich mich, was die Stimmen aus Ihrer Partei sollen. Sie reden doch immer über Familienzusammenführung und sagen, wie wichtig Familie ist. Nun wollen Sie ernsthaft bestreiten, dass Eltern und Kinder zusammengehören. Das passt nicht zu einer Partei mit einem „C“ vorne. Ich finde, die **Familienzusammenführung** darf nicht infrage gestellt werden, egal, was wir miteinander tun. Das muss doch wohl ge-

meinsame Linie in diesem Haus und im Deutschen Bundestag sein.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das - jetzt kommt wieder die andere Seite, der Realismus - mit diesen Standards funktioniert, dann kann man auch den Arbeitsmarktzugang und die Sozialtransfers auf das Land konzentrieren, wohin der jeweilige Flüchtling zugewiesen wird. Dann werden wir den Menschen ehrlich sagen müssen: Totale Freizügigkeit schaffen wir nicht, so wie wir jetzt schon in der Europäischen Union Menschen aus anderen europäischen Staaten Sozialzahlungen verweigern. Das geht ja jetzt schon in der Europäischen Union. Das könnte man dann auch machen, sodass die Steuerung nicht so ist, dass alle sagen, ich nehme den höchsten Standard, denn in Deutschland wollen wir die Standards nicht absenken, sondern wir wollen Mindeststandards in Europa.

Drittens. Nein, nicht alle Menschen, die zu uns kommen, werden hierbleiben können. Auch das ist hier oft gesagt worden. Herr Kollege Günther, ich habe von niemandem anderes gehört. Das sage ich auch heute. Auch deshalb brauchen wir in Deutschland **schnelle und grundgesetzkonforme Prüfverfahren** und Arbeitsmarktzugänge für Menschen aus den Balkanstaaten, die in die EU wollen und für deren Bürger das Asylverfahren der falsche Weg ist. Man kann nicht in die EU wollen und gleichzeitig Menschen verfolgen. Das passt nicht zusammen. Das ist ein guter Schritt. Und das mit den sicheren Drittstaaten würde man sehr viel unbedenklicher machen, wenn das, was wir für Sinti und Roma beschlossen haben, faktisch passieren und nicht nur auf dem Papier stehen würde. Darauf, dass das auch so ist, werden wir bestehen müssen.

Und es kommt noch etwas anderes hinzu: Ja, Deutschland ist ein **Einwanderungsland**. Leider sind die rechtlichen Bedingungen für die legale Einreise, um hier zu leben und zu arbeiten, nicht angepasst worden. Da sind wir noch vorsintflutartig. Wir brauchen endlich ein **modernes Einwanderungsrecht**. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, machen Sie doch mit. Die anderen Teile des Hauses sind davon schon überzeugt. Machen Sie mit. Wir brauchen ein Einwanderungsrecht, auch in Zeiten hoher Zuwanderungszahlen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn mir meine Frau, die Lehrerin ist, erzählt, dass sie teilweise Kinder trifft, die gerade Deutsch gelernt haben und die ehrgeiziger und schneller Dinge

(Dr. Ralf Stegner)

tun als diejenigen, die schon lange Deutsch können, dann sieht man daran auch, was damit bei denen, die gekommen sind und es in ihrer Kindheit ganz schwer hatten, teilweise an Chancen und Möglichkeiten verbunden ist. Das finde ich bewundernswürdig. Das sollte uns ermutigen und nicht erschrecken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will noch einen Punkt ansprechen, der mich sehr besorgt macht. Da habe ich eine Bitte an Sie, Herr Kollege Günther, weil die Vorschläge aus Ihrer Partei kommen. Ich denke, wir müssen vor allen Dingen handeln, um **soziale Verteilungskämpfe** zu vermeiden, die nach dem Motto laufen: Wir geben den Flüchtlingen etwas und den anderen nichts. Es wird jetzt vorgeschlagen, den Mindestlohn für Flüchtlinge zu senken oder, wie Herr Schäuble gesagt hat, Hartz IV abzusenken. - Das ist in etwa so, als wenn man mit einem Streichholz am Benzinkanister vorbeigeht. Das setzt den Laden in Brand.

Ich sage Ihnen auch, warum: Das führt zu den Verteilungskämpfen, die genau diejenigen ansprechen, die damit werben - diese Pegidioten, AfD-isten, Alfa-Menschen oder die NPD und wie sie alle heißen. Die werben genau damit, dass sie sagen: Schaut, sie geben das den Flüchtlingen und nicht euch.

Ich gebe zu, darunter sind viele Menschen, die auch zu unserer Klientel gehören und vielleicht sozialdemokratisch wählen würden oder gar nicht. Mir macht es große Sorgen, wenn sie nichtdemokratische Parteien wählen. Deswegen müssen diese Verteilungskämpfe vermieden werden. Ich sage: Ja, Deutschland wird zweistellige Milliardenbeträge in den nächsten Jahren zur Verfügung stellen müssen - zusätzlich, nicht zulasten anderer sozialer Zusammenhänge in Deutschland.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viele Fragen, die sich heute umso drängender stellen, sind auf der Agenda: bezahlbarer Wohnraum, neue Ausbildungs- und Arbeitsperspektiven, bessere soziale Sicherheit. Wir haben oft darüber gesprochen. Der Handlungsdruck ist groß. Wir sind bei professioneller Soforthilfe mächtig gefordert. Die eigentliche Aufgabe ist die **langfristige Integration**. Das sollten wir nicht unterschätzen.

Aber warum sollten wir das eigentlich nicht schaffen? Wir leben eben nicht in Verhältnissen wie im kriegszerstörten Schleswig-Holstein, als wir ganz viele Flüchtlinge aufgenommen haben. Wir haben

klaglos ganz viele Aussiedler aufgenommen. Wir sehen Länder, die ganz viele Menschen aufnehmen. Wir wollen das nicht zu den Standards tun, zu denen sie es in Jordanien machen, obwohl ich Bewunderung für solche Länder habe, das will ich schon sagen. Aber wir wollen es nicht zu diesen Standards tun. Aber warum sollten wir das eigentlich nicht schaffen? Ich meine, wir schaffen das mit Vernunft, ohne Naivität und sicherlich nur gemeinsam.

Die aktuelle Flüchtlingssituation ist für unser Land eine große Herausforderung. Wir sollten sie annehmen. Denn wir sind überzeugt, dass wir hier nicht nur eine humanitäre Verantwortung haben, sondern dass darin eine große Chance für unser Land liegt. Die demografische Entwicklung sagt uns: Wir müssen mehr Menschen gewinnen, um sie auszubilden. Die **Struktur unserer Gesellschaft**, der eigentlich eine - so nenne ich es einmal - „Unterjüngung“ droht, könnte sich ändern. Arbeitsbereiche im Sozialen und in der Pflege brauchen Personal. Woher soll das kommen?

Franz Müntefering hat in der vergangenen Woche mit Recht darauf hingewiesen: Integration kostet Geld - Kinder zu haben aber auch. Wir haben eine Mitverantwortung für die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Gleichzeitig sparen wir ungewollt an unserer eigenen Zukunft, weil wir zu wenige Kinder haben. Die Hälfte der Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist unter 25. Was für eine großartige Chance ist damit verbunden, wenn sie hierbleiben, unsere Mitbürger und unsere Nachbarn werden und mitmachen wollen, dass das ein gutes Deutschland ist.

Unser Land steht vor einer großen Herausforderung, ja. Aber weniger Kinder, weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weniger Fachkräfte und mehr Ältere, die mehr Unterstützung und Pflege brauchen - vielleicht haben wir uns diese Herausforderungen in der Vergangenheit nicht deutlich genug vor Augen geführt. Jetzt ergeben sich auch Möglichkeiten, die Zuversicht erlauben.

Ja, die Antworten müssen flexibler werden, übrigens auch, was unsere **Stellenabbaupläne** angeht. Ja, wir brauchen den Stellennachschlag bei Lehrern und Polizei. Jetzt ist nicht die Zeit, mit Scheuklappen an Stellenabbaupläne und Stabilitätsratsorthodoxie festzuhalten. Wir werden das tun und peu à peu konkretisieren - davor muss niemand Sorge haben - bei der Nachschiebeliste der Landesregierung, bei den Haushaltsberatungen im kommenden Jahr und, wenn es sein muss, auch mit Nachtragshaushalten. Das werden wir tun.

(Dr. Ralf Stegner)

Wir werden auch das Ausführungsgesetz zur **Schuldenbremse** den Realitäten und Verhältnissen anzupassen haben, weil wir nicht stringenter sein können als alle anderen Länder in Deutschland. Das wird nicht gehen. In dieser Zeit kann man sich so etwas nicht leisten. Das werden wir tun. Aber ich füge hinzu: Wir streiten darüber gar nicht, sondern wir haben darüber in der Koalition große Einigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sehr dankbar, dass die Finanzministerin genauso verantwortlich damit umgeht, wie wir es gemeinschaftlich verabreden. Wir werden das immer dann konkretisieren, wenn wir uns geeinigt haben, und nicht vorher. Seien Sie deshalb unbesorgt: Wir werden das tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Integration gelingt nur dann, wenn die Menschen, die zu uns kommen, auch eine Chance zur Integration bekommen. Sprache ist ein wichtiger Schlüssel. Möglichkeiten zum Erlernen dieser Sprache müssen wir verbessern. Auch Arbeit ist wichtig und der richtige Weg. Wir müssen Zugänge öffnen und Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote ausbauen.

Ja - auch das haben Sie angesprochen, Herr Kollege Günther -, zur Integrationsbereitschaft gehört auch das **Anerkennen der Grundlagen des Zusammenlebens** in unserer Gesellschaft durch die Flüchtlinge. Hierüber gibt es einen großen Konsens. Aber ich sage Ihnen: Wir brauchen die Leitkultur nicht. Wir brauchen keine Kampfbegriffe. Menschenwürde, Gleichheit von Mann und Frau, Religions- und Meinungsfreiheit, Gewaltmonopol des Staates - in den ersten 20 Artikeln des Grundgesetzes steht alles, was wir brauchen - in arabischer Sprache, in türkischer Sprache, meinethalben auch in bayerischer Sprache, das muss gelegentlich ja auch einmal sein. Das müssen wir miteinander klar sagen. Das gilt hier für alle. Ich füge aber hinzu: Das gilt für alle, die zu uns kommen, und für alle, die hier sind. Wer mit Galgen auf Demonstrationen herumläuft, der macht nicht das, was unser Grundgesetz bei freier Meinungsäußerung verlangt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Volker Dornquast [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Ja, wir sollten das auch vorleben. Herr Kollege Günther, wir brauchen keine Treueschwüre auf das Grundgesetz durch die Flüchtlinge. Das brauchen wir wirklich nicht. Ich finde, wir machen das am Ende, wenn sie eingebürgert werden. Da passiert das übrigens auch. Davon haben wir übrigens nicht

zu viele, sondern eher zu wenige. Das sollten wir tun.

Wir schlagen stattdessen vor, möglichst vielen Menschen die Teilnahme an **Sprach- und Integrationskursen** zu ermöglichen, sie vor Ort aufzunehmen, sie zu unterstützen, ihnen zu helfen. Das wird Geld und auch Engagement kosten. Aber es wird ertragreicher sein als der Jubel des Stammtisches über populistische Vorschläge. Da bin ich ganz sicher.

Unser Antrag enthält einige konkrete Punkte. Da geht es um Kitas, Migrationsberatungsstellen, Fachkräfte und DaZ-Lehrkräfte. Es geht auch um die Kinder, die aus Traumatisierungen kommen und für die wir wirklich etwas tun müssen. Es geht um eine Querschnittsaufgabe. Serpil Midyatli, meine Kollegin, die das mit großem Engagement in unserer Fraktion tut, sagt immer: Das ist eine Querschnittsaufgabe; das muss man bei den anderen auch einmal merken. Überlasst das nicht immer nur Einzelnen! - Sie hat völlig recht, das müssen wir alle miteinander noch ein bisschen lernen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

All das, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir leisten. Finden Sie es nicht wunderbar, dass dieses Deutschland, in dem unsere Generation in Frieden, Freiheit und Wohlstand lebt, nicht mehr das Land des letzten Jahrhunderts ist, vor dem die Menschen sich fürchten mussten, sondern in das sie heute Hoffnungen setzen, wenn sie hier herkommen? Ist das nicht eine wunderbare Entwicklung? Heute ist es ein Land, auf das die Menschen weltweit Hoffnungen setzen, auch wenn wir sie nicht alle werden erfüllen können. Aber das sollte der Geist sein, mit dem wir die Herausforderungen angehen. Wir können es schaffen. Die Herausforderungen sind groß, aber gemeinsam schaffen wir es - mit Tatkraft, Herz und Verstand. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Landtags den Flüchtlingsbeauftragten Stefan Schmidt und Torsten Döhring. Sie sind schon seit Längerem anwesend. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

(Präsident Klaus Schlie)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das weltweite **Fluchtproblem** hat uns erreicht. Es ist nicht mehr eine Frage des afrikanischen Kontinents oder der Flüchtlingslager im Nahen Osten, sondern es ist zu einer europäischen und zu einer deutschen Frage und auch zu einer Frage hier in Schleswig-Holstein geworden. Die Debatte darum hat sich verändert. Am Anfang haben wir fast nur von der großen Chance gesprochen. Dann gab es die Unterbringungskrise. Mittlerweile gibt es an manchen Stellen auch die Diskussion um Katastrophenfälle. **Sorgen** anzusprechen und ernst zu nehmen und den Fokus auch auf die Probleme zuzulassen, ohne gleichzeitig die Stimmung an die Wand zu reden - das ist der Drahtseilakt, in dem wir uns befinden.

Unsere **Diskussion** ist wichtig, damit wir als demokratische Parteien zusammenbleiben. Ich finde, das ist heute in der Debatte schon sehr gut gelungen. Wie wollen wir von der Gesellschaft erwarten, dass sie zusammen und bei der Stange bleibt, wenn wir uns im Parlament nicht auf einen konstruktiven Umgang miteinander einigen können?

Unsere Diskussionen sind wichtig, weil wir fertige Lösungen nur im Diskurs miteinander erarbeiten können. Wer den Menschen erzählt, dass er fertige Lösungen schon in der Tasche hat, streut Ihnen Sand in die Augen.

Unsere Diskussion ist aber auch für die Laufrichtung der gesellschaftlichen Debatte wichtig. Die **Stimmung der Bevölkerung** ist unser wichtigstes Pfund. Denjenigen, die für sich in Anspruch nehmen, orakelgleich die Stimmung der Bevölkerung zu kennen, sei gesagt: Das Einflüstern von Stimmungen und Umfragen wird an unserer Haltung zu unserer humanitären Flüchtlingspolitik nichts ändern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Den Propheten, die schon jetzt wissen, dass die Stimmung gekippt ist oder kippen wird, sage ich: Ich bin fest davon überzeugt, genau diese Prophezeiungen können die Angst entfachen oder steigern. Deshalb sind sie gefährlich.

Meine Damen und Herren, wir erleben eine Stimmung in Deutschland, die von bunt bis schwarzbraun reicht, eine Stimmung, die von engagierten

Menschen an den Bahnhöfen und in den Erstaufnahmeeinrichtungen geprägt ist.

(Unruhe)

- Ich habe nicht auf Sie gezeigt. Entschuldigen Sie. Ich zeige leider vielleicht auch Richtung Osten. - Wir erleben eine Stimmung, die geprägt ist von engagierten Menschen an den Bahnhöfen, in den Erstaufnahmen, in den Kommunen vor Ort.

Wenn ich mit der Bezeichnung schwarz-braun hier Unmut ausgelöst habe, dann bitte ich, das zu verzeihen. Ich meinte wirklich tiefbraun, und ich meine damit Menschen, die zum Glück in diesem Parlament nicht vertreten sind. Dies sage ich, um das in aller Deutlichkeit klarzumachen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Daniel Günther [CDU])

Meine Damen und Herren, die Stimmung ist geprägt von den Menschen an den Bahnhöfen, die Stimmung ist geprägt von den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Menschen in den Erstaufnahmen. Es gibt viele, die sich hier Sorgen machen, da haben Sie recht, Herr Günther. Es gibt aber auch sehr viele, die davor warnen, ständig die Krise heraufzubeschwören. Auch sie schreiben uns Mails und sagen: Redet das nicht schlecht. Es ist auch eine gute, eine wunderbare Erfahrung, dort ehrenamtlich tätig zu sein. Auch das müssen wir sagen. Es gibt eben einfach beides.

Es gibt auch viele, die ganz sachlich, ohne dass sie vielleicht Kontakt zu den Einzelschicksalen haben, einfach darauf hinweisen, dass das **Grundgesetz** den Schutz von Flüchtlingen bei uns garantiert. Herr Günther, das ist das gleiche Grundgesetz, auf das Sie alle schwören lassen wollen. Dieses Grundgesetz spricht in Artikel 16 ausdrücklich nicht von Obergrenzen. Auf diesen Bekenntnisunsinn wird später noch mein Kollege Peters eingehen. Ich freue mich schon jetzt darauf.

Es gibt in Deutschland auch andere Stimmungen, nämlich die derjenigen, die unter dem Beifall vieler durch die Straßen ziehen und an der Lunte zündeln, oder noch schlimmer derjenigen, die Häuser anzünden und uns allen Angst machen, berechtigte Angst. Zu verhindern, dass sie Zulauf finden, ist die schwierigste Herausforderung, vor der wir stehen. Meine Damen und Herren, bedrückend an der Sache ist, dass es mittlerweile so viele Menschen gibt, die daneben stehen, die mitlaufen und klatschen, von denen wir sagen müssen: Das sind Bevölkerungsgruppen, bei denen wir bisher nicht davon ausgegangen sind, dass sie zum rechtsradikalen La-

(Eka von Kalben)

ger gehören. Das ist etwas, was mich wirklich beängstigt, und ich finde, da müssen wir sehr stark gegensteuern, nämlich gegen die **Faktenleugnung** der Rechten und gegen die **Gerüchte**, die sie streuen.

Es ist sehr schwierig, gegen diese Gerüchte anzuarbeiten. Ich habe in der letzten Woche auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, auf der ich war, ein Beispiel gehört. Dort wurde gesagt, dass vor einer Erstaufnahmeeinrichtung ein Edeka-Laden aufgemacht habe, der am Ende des Monats immer die Rechnungen an den Betreiber schicke, weil in dem Laden nicht mehr bezahlt werde. Dies sei gar nicht so, weil die Flüchtlinge klauen würden, sondern weil dort so viele Menschen seien, dass es dort so eng und so voll sei, dass es unklar sei, dass dies ein Laden sei. Dieser Besitzer des Ladens hat daraufhin auf Facebook geschrieben, dass all dies ein einziges Gerücht sei. Er betreibe diesen Laden, es gebe überhaupt kein Problem, es kämen freundliche Menschen, die bei ihm von ihrem Taschengeld Artikel ihres persönlichen Bedarfs wie Duschartikel kauften.

Dieses Gerücht ist jedoch in einem Kreis politisch tätiger Menschen so angekommen, ohne dass es einen Funken Wahrheit hat. Das ist gefährlich. Gefährlich ist, dass Dinge zum Teil als Fakten hingestellt werden, die keine Fakten sind. Daher müssen wir sehr skeptisch sein, ohne - und das sage ich auch - zu verleugnen, dass es an der einen oder anderen Stelle Probleme gibt. Auch das dürfen wir nicht leugnen, aber wir müssen diese prüfen und über Fakten diskutieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können noch etwas anderes tun, um uns gegen die Rechten zu wehren. Wir können dafür sorgen, dass wir uns nicht vereinnahmen lassen, wir können unsere Zunge hüten und nicht weiter Öl ins Feuer gießen, mit Fakten argumentieren, Haltung bewahren und für unsere Überzeugung eintreten. Die **politische Debatte** ist zurzeit ein Kampf um **Worte**, und es ist eine Binsenwahrheit: Diese Worte machen Politik. Ich bin überzeugt davon: Wer immer wieder die kippende Stimmung beschreibt, stößt sie selbst um. Wenn wir hier nur über vermeintliche Stimmungen streiten, helfen wir niemandem, weder den Flüchtlingen, die ein Dach über dem Kopf, einen Sprachkurs und eine rasche Entscheidung über ihren Status erwarten, noch den Menschen vor Ort, die sich im Ehrenamt erschöpfen oder nicht wissen, wo sie die nächste Wohnung für die fünfköpfige Familie

mit dem behinderten Sohn finden sollen, noch helfen wir denjenigen, die Angst haben, dass für sie nicht genügend übrig bleibt bei der Verteilung endlicher Ressourcen.

Deshalb bin ich nach wie vor der Meinung, dass wir aus dem Zuzug das Beste machen sollten, das möglich ist; für uns und für die, die zu uns kommen. Die Kanzlerin hat recht mit dem Satz, dass wir das schaffen. Bei ihr schwingt da der Nebensatz mit „weil wir es müssen“. - Ja, die Alternativen sind tatsächlich begrenzt.

Viele Lösungsvorschläge sind eher langfristig und beschränken sich meist auf **internationales Agieren**. Da heißt es: Wir müssen die Situation in den Herkunftsländern verändern. Natürlich müssen wir das, das müssen wir schon lange. Das wissen wir schon lange, und das ist immer noch richtig, aber das liegt nicht allein in unserer Macht, und vor allem geht es nicht besonders schnell. Und, dieser Vorschlag hilft in diesem Winter weder dem Landrat noch der Bürgermeisterin vor Ort und den Flüchtlingen schon einmal gar nicht.

Ansatz Nummer zwei heißt: Wir müssen uns für eine **gerechtere Verteilung** von Flüchtlingen in Europa und in der Welt einsetzen. Auch das ist leichter gefordert als umgesetzt. Herr Günther hat darauf hingewiesen: Deutschland hat sich in anderen Jahren, als die Lasten in Europa noch anders verteilt waren, rigoros dagegen gewehrt. Das ging so lange gut, bis die Flüchtlinge sich auf den Weg gemacht haben und so viele waren, dass sie bis vor unsere Haustür gekommen sind. Sie stimmen mit den Füßen ab und haben auch gute Gründe, in einige europäische Länder nicht zu gehen. Ich würde als Flüchtling auch nicht nach Ungarn gehen wollen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Drittens kommt die Forderung nach **konsequenten Abschiebungen**. Bravo, das ist auch so eine Scheindebatte. Ich danke dem Ministerpräsidenten, der dazu schon viel Richtiges gesagt hat. Der Rechtsstaat gilt auch bei Abschiebung, und das muss auch so bleiben. Viele vollmundige Erklärungen laufen in der Praxis ins Leere. Es ist einfach rein technisch so, dass es viele private Fluggesellschaften gibt, die sagen: Wir transportieren keine Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen. Es ist auch so, dass aufnehmende Länder sich weigern, die Menschen aufzunehmen, auch wenn sie Ersatzpapiere haben. Insofern können wir dies immer wieder fordern. Wir können versuchen, Bilder zu

(Eka von Kalben)

kreieren oder sonst welche Forderungen aufzustellen. Wir streuen den Menschen aber Sand in die Augen, wenn wir meinen, dass das Problem dadurch gelöst wird.

Viele Forderungen, die wir neuerdings von der CDU hören, haben aus unserer Sicht nichts mit einer ernsthaften Debatte zu tun, wie zum Beispiel die neu geforderten Transitlager, bei denen uns Herr Liebing um Zustimmung bittet. Aus den Augen, aus dem Sinn als sinnvolle Lösung? - Meinetwegen Transitzone, aber ich weiß nicht, wie der Unterschied faktisch sein soll, weil die Menschen sich in einer Zone fließend von einem Punkt zum anderen bewegen. Wie das faktisch gehen soll, ist mir bei dieser Frage unklar. Ich bin hier skeptisch. Außerdem hat das Wort „Zone“ eine komische Bedeutung, jedenfalls für diejenigen, die vor 1989 schon erwachsen waren.

Aus den Augen, aus dem Sinn als sinnvolle Lösung? - Sollen die Menschen, die täglich in Bayern ankommen, alle interniert werden? Wie groß soll so eine Einrichtung sein bei den vielen Menschen, die im Moment täglich kommen? Das ist ein riesiges Flüchtlingslager, wie anders soll man das nennen. Wie viele Polizistinnen und Polizisten sollen so eine Einrichtungen bitte schützen? Wo kommen auf einmal all diese Menschen her, die so viel Zeit haben, jetzt aber nicht beim BAMF aushelfen? Das ist erstaunlich, dass es all diese Menschen geben soll. Bleiben dadurch die Flüchtlinge auf dem Balkan? Wer entscheidet das? - Auf diese Selektion können wir verzichten. Wir brauchen einen Ausbau der Erstaufnahmen, und wir brauchen ihn rasch. Neue Lager brauchen wir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das **Paket**, das dieser Tage, heute abschließend, in **Berlin** geschnürt wird, ist aus unserer Sicht nur bedingt hilfreich, um wieder vor die Lage zu kommen: Integrationsmaßnahmen, ein kleiner Einwanderungskorridor, finanzielle Unterstützung für die Länder und Kommunen und hoffentlich bald schnellere Verfahren beim Bundesamt für Migration; und daneben ein Bündel Maßnahmen, die der Theorie der Konservativen folgen: Je mehr wir abschrecken, umso weniger Menschen machen sich auf die Flucht. Als ob die Flucht von einem Selfie mit der Kanzlerin oder - genauso absurd - vom Taschengeld abhängt. Wissen Sie, wie viel Taschengeld ein Erwachsener in der Erstaufnahme bekommt? Wissen Sie, wie viel eine Handykarte, eine Fahrkarte in den nächsten Ort zum Amt, ein Duschgel, eine Packung Tampons oder Aspirin oder, ganz

profan, eine Schachtel Zigaretten kosten? Wenn die Menschen Zigtausende € für Schlepper ausgeben, glauben Sie im Ernst, sie gehen auf die Flucht, um in einer Erstaufnahme mit zehn Leuten im Zimmer zu leben und ein Taschengeld von 4,60 € am Tag zu bekommen? Das ist doch wirklich Absurdistan.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es ist gut, dass im Kompromiss ein **Ermessen** vereinbart wurde, und wir werden dieses ganz sicher nutzen. Das **Sachleistungsprinzip** ist nicht nur inhuman, es ist auch bürokratisch. Und Bürokratie kostet Geld und übrigens auch Menschen, die das bearbeiten, Geld, das wir lieber für etwas anderes ausgeben. Wir lehnen das Sachleistungsprinzip ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will es nicht verhehlen: Die Ausweitung der sogenannten **sicheren Herkunftsstaaten** ist eine besonders bittere Pille.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich werde darauf gleich noch zu sprechen kommen, Herr Kubicki.

Ich habe die Diskussion meist als Scheindebatte bezeichnet, als Scheindebatte deshalb, weil natürlich viele Menschen aus dem Westbalkan hier sind, die sowieso kein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, und weil auf der anderen Seite die Einführung der sicheren Herkunftsstaaten auch keine erheblichen Auswirkungen auf die Zugangszahlen hat. Die beste Beschleunigung von Verfahren entsteht, wenn mehr Entscheiderinnen und Entscheider eingestellt werden. Das ist in einem Rechtsstaat auch angemessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben uns dennoch entschieden, einem Kompromiss zuzustimmen, weil wir es für falsch halten, bei einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung im Bundesrat ein Gesamtpaket zu blockieren. Wir wollen eine humanitäre Flüchtlingspolitik, aber wir sind auch Teil des demokratischen Systems und damit gezwungen, Kompromisse einzugehen.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Ja, das ist eine wirklich schwierige und gerade auch für uns Grüne extrem schwierige Herausforderung. Angesichts dessen, was wir im Moment erleben, sage ich Ihnen aber auch: Angesichts der Aufmärsche

(Eka von Kalben)

von PEGIDA und anderen rechtsgerichteten Strömungen, angesichts derjenigen, die auf die Straße gehen, können wir nicht den Eindruck erwecken, dass Politik nicht handlungsfähig wäre.

Wenn es nicht zu einer Zustimmung im Bundesrat käme und wenn es konsequenterweise im Bundesrat auch langfristig nicht zu einer Zustimmung käme, weil es in der Frage der sicheren Herkunftsstaaten gar keinen Kompromiss gibt, weil das ein bescheuertes Prinzip ist - entweder muss man diese bittere Pille schlucken, oder man schluckt sie nicht; es gibt da gar keinen Verhandlungsspielraum; entweder man lehnt es ab, oder man lehnt es nicht ab -, wenn man also diese Pille schluckt und sagt, man wolle mit Nein stimmen, dann muss man in der Konsequenz bis zum Ende bei seinem Nein bleiben. Dann frage ich Sie aber, meine Damen und Herren: Was bedeutet das für die Politik in der Bundesrepublik angesichts der Menschen, die sich Sorgen machen, angesichts der Menschen, die verlangen, dass wir Lösungen finden, für die Unterbringung in den Kommunen für die Integration der Menschen?

- Herr Kubicki, lassen Sie mich den Gedanken bitte eben noch zu Ende bringen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann passt es nicht mehr!)

Was also bedeutet das für die Integration der Menschen, für alles das, was wir jetzt zu leisten haben, um die zu uns gekommenen Menschen so gut wie möglich unterzubringen?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, wenn Sie mir doch bitte einen Moment zuhören würden, dann würden Sie vielleicht verstehen, was ich zum Ausdruck bringen möchte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort, sonst niemand.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn Sie mir vielleicht einmal zuhören würden, Herr Kubicki, dann könnten Sie vielleicht verstehen, wie ich das gemeint habe. Aber daran scheinen Sie kein Interesse zu haben. Deshalb gebe ich Ihnen gleich die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen.

Meine Damen und Herren, für uns ist das ein schwieriger Punkt. Deshalb ist es mir wichtig, das in Ruhe auszuführen. Wenn wir also ein **Signal an die Bevölkerung** senden, dass wir die politischen Probleme in diesem Land nicht lösen können, weil

sich **Bundestag und Bundesrat** nicht einigen können, wie wir die politischen Probleme in diesem Land angehen wollen, dann ist das aus meiner Sicht ein fatales Signal und eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Demokratie in diesem Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, all dies sind Scheinlösungen; dabei bleibt es trotzdem. Weder Zäune noch die Deklaration als sicherer Herkunftsstaat ändern etwas an den Fluchtursachen. Diese Scheindebatten gehen an den Realitäten vorbei.

Es bleibt Fakt: Wir werden in den nächsten Jahren sehr, sehr viele Zuwandernde in Deutschland haben. Deshalb ist der Satz der Kanzlerin „Wir schaffen das!“ kein politisches Bekenntnis, sondern eine Wahrheit. Wir müssen das schaffen, weil wir müssen, weil es gar keine Alternative gibt. Und wir schaffen es, weil wir es wollen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gestatten Sie mir noch einen Satz zu den **Belastungsgrenzen**. Dazu hat Herr Stegner bereits sehr interessante Ausführungen gemacht, wie ich finde; diese haben mir sehr gut gefallen. Aber es gab ja auch den Hinweis in der Presse, man würde bei seiner eigenen Wohnung ja auch erst einmal prüfen, ob man überhaupt Platz habe, wenn man Gäste einlade.

In einem Haus mit 80 Menschen - bei uns gibt es ungefähr 80 Millionen Einwohner, und es kommen etwa eine Million Menschen hinzu - findet sich doch wohl immer noch ein Platz für einen Gast. Wenn sich ein solcher Platz nicht findet, dann ist es kein besonders gastfreundliches Haus. Insofern glaube ich, dass die Belastungsgrenzen manchmal überzogen dargestellt werden. Zumindest wenn man solche Beispiele mit Wohnungen bildet, dann muss man schauen, ob das Bild auch auf der Seite passt.

Meine Damen und Herren, unser Blick muss sich nach vorn richten. Aus Gästen müssen Bürgerinnen und Bürger werden. Und genau das tut diese Regierung neben dem täglichen Ad-hoc-Management. Dies wurde heute und in den vergangenen Monaten ausreichend ausgeführt. Diese Regierung muss sich wahrlich keine Tatenlosigkeit vorwerfen lassen.

Und, liebe Opposition, wir wissen, dass wir bei **Lehrer- und Polizeistellen** nachlegen müssen, ebenso wie in vielen anderen Bereichen. Dafür

(Eka von Kalben)

brauchen wir keine Nachhilfe von Ihnen. Wir brauchen nicht nur die Stellen, sondern wir brauchen auch die Köpfe und Fortbildungen für die bei uns lebenden Menschen.

Gerade weil es am Ende tatsächlich nicht nur eine Frage des Geldes ist, wie wir die Hilfe und wie wir die Integration bewältigen, müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir das **Potenzial der Flüchtlinge** noch besser nutzen können. Sie sollen ja nicht Gäste auf Dauer sein. Wenn sie wollen, sollen sie als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bleiben dürfen. Aber eine echte Bürgerin oder ein echter Bürger dieses Landes wird man nicht mit irgendwelchen Gelöbnissen auf etwas, was man genauso wenig kennt wie vermutlich viele deutsche Bürgerinnen und Bürger, sondern das geschieht dadurch, dass wir ihnen etwas zutrauen, dass wir den Zuwandernden die Gelegenheit geben, sich einzubringen.

Deshalb ist es wirklich unglaublich, dass entgegen dem Wunsch aller Länder, fast aller Länder, die **Vorrangprüfung für arbeitssuchende Flüchtlinge** immer noch nicht vollständig aufgehoben worden ist. Handwerkskammer, IHK, Unternehmerverband, alle betonen, wie groß die Bereitschaft der Betriebe ist, Flüchtlinge zu beschäftigen und auszubilden. Nur Bayern und die Bundesregierung haben diese wirtschaftsfreundliche Lösung verhindert. Es konnte nicht erreicht werden, dieses bürokratische Hemmnis zu senken. Aus Angst, dass eine Horde Menschen anderen die Arbeitsplätze wegnimmt? - Das ist doch total absurd.

Wenn wir nicht wollen, dass auf allen Seiten Frust entsteht, dann müssen in einem neuen **Gesetzesvorschlag der Bundesregierung** keine sinnlosen Abschottungsversuche stehen, sondern die Abschaffung der Vorrangprüfung, die Aufenthaltssicherheit für Auszubildende während der Ausbildung und auch beim Start in den Job und die finanzielle Absicherung in Schule, im Übergang und in der Ausbildung. Das wäre hilfreich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist wirklich wichtig, für die Menschen eine **winterfeste Unterkunft** zu schaffen. Was unser Innenministerium mit Stefan Studt und Manuela Söllner-Winkler hier leisten, ist unglaublich. Ich danke beiden an dieser Stelle ausdrücklich.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es ist eine enorme Leistung, die Zahl der Erstaufnahmeplätze in extrem kurzer Zeit zu verzehnfachen. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Natürlich gibt es immer Missstände, und von außen hat man tausend Ideen, wie das alles viel besser ginge. Ich kann Ihnen sagen, liebe Opposition: Das ist nicht nur bei Ihnen so. Auch uns erreichen täglich Mails, in denen steht, dass etwas anders laufen könnte. Ja, es fehlt aller Orten an **Personal**, nicht nur beim Landesamt. Aber eingearbeitete, möglichst krisenerprobte Leitungskräfte, Polizistinnen und Polizisten sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter kann niemand von uns schnitzen, auch nicht die Opposition.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen, die ein Teil des freundlichen Gesichts Schleswig-Holsteins sind.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können es gar nicht oft genug betonen: Ohne diejenigen vor Ort - sei es im Ehrenamt oder im Hauptamt - ginge es sicher nicht. Jede Unterstützung, die wir den Helfenden geben, zahlt sich doppelt aus.

Meine Damen und Herren, Erstaufnahmeplätze zu schaffen allein reicht nicht. Überfüllte Gemeinschaftsunterkünfte sind inhuman. Sie erzeugen Frust, Krankheit und leider auch manchmal Gewalt. Deshalb muss es unser Ziel sein, so schnell wie möglich **bezahlbaren Wohnraum** zu schaffen und Leerstände zu nutzen, und zwar auch, um den Konkurrenzdruck auf dem Wohnungsmarkt mit anderen Bevölkerungsgruppen einschließlich Studierenden nicht zu verstärken.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss auf die **Macht der Worte** zurückkommen. Nicht nur die Rechten beschwören die Angst vor dem Fremden. Auch manche Äußerungen von Vertretern von Bundestagsfraktionen und auch manche Passagen in Landtagsanträgen lassen vermuten, dass Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein kommen, die keine Zivilisation kennen. Menschen, die zu uns kommen, sind nicht per se besser oder schlechter als wir. Menschen, die zu uns kommen, können andere Prägungen haben, aber viele sind bereit, sich auf Neues einzulassen.

Wir wollen den Flüchtlingen eine Chance geben, gemeinsam mit uns dieses Land fit für die Zukunft zu machen. Dieses Land wird sich verändern, wie es sich durch die Digitalisierung, die Energiewende oder den demografischen Wandel verändert. Das

(Eka von Kalben)

stellt uns vor Herausforderungen. Aber Veränderungen verhindern auch Stillstand, und Stillstand ist häufig Rückschritt. Wir werden diese Herausforderung schaffen, nicht nur, weil wir es müssen, sondern auch, weil wir es wollen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor einem Monat meinen Redebeitrag begonnen habe, habe ich erklärt, Herr Ministerpräsident, dass mich zum ersten Mal in meiner politischen Laufbahn die Sorge beziehungsweise die Furcht erfasst hat, dass ein Problem, vor dem wir stehen, so groß sein könnte, dass ich selbst, aber auch die staatlichen Organe, die ich kenne, unter Umständen an diesem Problem scheitern könnten. Ich muss Ihnen heute sagen, dass sich meine Furcht nicht vermindert, sondern intensiviert hat. Ich bin dankbar, in der heutigen Debatte mitbekommen zu haben, dass bei aller Empathie, bei allem Wollen, dass das gelingt, andere gelegentlich auch die Sorge ereilt, dass wir scheitern könnten.

Ich bin dem Kollegen Dr. Stegner außerordentlich dankbar, dass wir zumindest in der Debatte in diesem Haus nicht mehr die reflexartigen Bedingungen aufrechterhalten, dass man diejenigen moralisch in den Senkel stellt, die anderer Meinung sind. Ich finde den Beitrag der Union zur Einrichtung von Transitzonen genauso bescheuert wie Sie. Ich würde dem Kollegen Günther und Herrn Liebing, zu dem ich auch eine spezielle Meinung habe, aber nie unterstellen, dass sie damit weniger menschlich oder inhumaner als andere seien, die andere Vorschläge haben.

Wenn wir von der **moralischen Kategorisierung** wegkommen und uns rational den Problemen widmen, dann haben wir die Chance, das zu schaffen. Das bedeutet aber auch, dass wir auf dem Weg dorthin scheitern können; denn die Menschen draußen im Land sind nicht so blöd, wie manche das gelegentlich glauben.

Frau von Kalben, deshalb habe ich mich gemeldet. Wenn Frau von Kalben erklärt, das, was morgen verabschiedet wird, seien **Scheinlösungen**, wenn Sie der Bevölkerung das Gefühl geben, der Staat

reagiere darauf, weil PEGIDA-Demonstranten unterwegs seien, dann fehlt mir das Verständnis. Wir reagieren doch nicht auf PEGIDA-Demonstrationen, sondern wir reagieren, weil wir Probleme sehen und weil wir die Probleme bewältigen wollen.

(Beifall FDP)

Wir beteiligen uns nicht an Scheinlösungen. Es darf nicht passieren, dass die Bevölkerung irgendwann merkt, dass wir sie veralbert haben, sodass sie das **Vertrauen in demokratische Institutionen** und in **rechtstaatliche Institutionen** verliert.

Frau von Kalben, die Menschen in diesem Land sind auf dem Weg dorthin, das Vertrauen in die staatlichen Einrichtungen zu verlieren, weil die Menschen wie wir alle, wenn wir vernünftig und ehrlich miteinander sind, ein gewisses Unmutgefühl haben, dass angesichts der Entwicklung und der Dramatik das Zeit- und Mengenproblem nicht so einfach gelöst werden kann durch Appelle, die mehr Pathos beinhalten als realistische Beschreibungen.

Herr Ministerpräsident, bei einigen Ihrer Reden - und darauf komme ich gleich noch einmal zurück - hat man gelegentlich den Eindruck - und das verstehe ich durchaus -, Sie wären doch lieber Landespastor geworden als Ministerpräsident dieses Landes. Wir können mit Pathos und mit dem christlichen Glauben, Glaube könne Berge versetzen, das Problem nicht bewältigen. Berge versetzen Sie nur, indem Sie anpacken und anfangen zu graben.

Den Appell an die **Leistungsbereitschaft** der **Ehrenamtlichen** finde ich sehr vernünftig. Hätten wir sie nicht, wäre das System schon längst kollabiert. Die Menschen überall im Land sind aber mittlerweile an einer mentalen und psychischen Belastungsgrenze angelangt. Niemand, der seine Abende und Wochenenden so verbringt, wird das jahrelang tun können. Die Leute überlegen sich heute schon, ob sie in Urlaub fahren können, weil sie in einigen Einrichtungen durch niemanden ersetzt werden.

Ich will zu dem **Mengenproblem** kommen. Außerdem möchte ich die Bewegten mit Fakten konfrontieren, die uns nachdenklich machen müssen. Wenn wir diese Form des Zustroms nicht stoppen beziehungsweise begrenzen, erreichen uns nur noch Überlastanzeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Schleswig-Holstein hatten wir im Jahr 2015 folgende Aufnahmementwicklungen. Im Januar waren es 1.087. Im Februar waren es 1.262. Im März waren es 1.058. Im April waren es 1.028. Im Mai waren es 1.145.

(Wolfgang Kubicki)

Im Juni waren es 1.709. Im Juli waren es 2.620. Im August waren es 5.600. Im September waren es nahezu 12.000. Bis zum 14. Oktober 2015 sind 4.300 Flüchtlinge aufgenommen worden. Jeden Tag kommen 400 bis 450 hinzu. Rechnen Sie das einmal hoch. Wenn Sie das bis zum Jahresende hochrechnen, dann stellen Sie fest, dass bis zum Jahresende noch 32.000 Menschen zu uns kommen werden.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das hat der Ministerpräsident gesagt!)

- Ja, das ist ein toller Einwand. Frau Midyatli, dann sagen Sie mir aber bitte einmal, wie wir **32.000 Menschen** bei **11.000 Plätzen** in **Erstaufnahme-einrichtungen** unterbringen sollen. Das ist kein Vorwurf. Wir müssen diese Frage beantworten. Die Erklärung, das werde schon irgendwie gehen, wird nicht funktionieren. Sie wissen das doch genauso gut wie ich. Sie erreichen doch auch Überlastanzeigen aus fast allen Kommunen, und zwar nicht, weil die Menschen böse sind, nicht weil sich etwas gegen Flüchtlinge richtet, sondern weil die Menschen sagen: Sagt mir doch einmal, wie ich mit dem Problem vor Ort fertig werden soll.

Deshalb appelliere ich wie vor vier Wochen dringend nicht nur an Sie, sondern auch an alle anderen Verantwortlichen. Wir müssen uns verabschieden von **Regularien**, die viel Zeit in Anspruch nehmen, weil wir sonst schlicht und ergreifend die Menschen auf der Wiese oder auf der Straße stehen lassen müssen. Dies hätte fatale Konsequenzen für die Menschen, die davon betroffen sind. Das hätte aber auch fatale Konsequenzen für die Bevölkerung, die nicht versteht, warum der Staat nicht mit diesem Problem fertig wird.

(Beifall FDP)

Ich richte meinen Appell an alle Beteiligten, weil ich zum ersten Mal das Gefühl habe, dass wir ein **Demokratieproblem** bekommen werden. Wir müssen mit gegenseitigen Schuldzuweisungen aufhören. Herr Ministerpräsident, es wäre vielleicht auch angebracht - ich versuche, das auch in meiner Partei zu machen -, nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen. Sie haben am Freitag in Pinneberg erklärt, die nächsten Wahlen seien entscheidend für die Richtung zwischen **rechtspopulistisch** und **sozialdemokratisch**. Ich stehe nicht in der Verantwortung zwischen rechtspopulistisch und sozialdemokratisch. Ich will weder das eine noch das andere. Das müssen Sie mir nachsehen. Deshalb bin ich Mitglied der FDP.

(Beifall und Heiterkeit FDP)

Ich finde, aber auch eine ganze Reihe anderer Menschen stehen nicht vor dieser Alternative. Wir müssen diesen auch eine Möglichkeit geben, am demokratischen Diskurs beteiligt zu bleiben. Gestern haben wir darüber diskutiert, dass Demokratie von Beteiligung lebt. Insofern kann man nicht auf der einen Seite die Rechtspopulisten und auf der anderen Seite die Sozialdemokraten sehen, und die große breite Mitte, die mehr umfasst als 25 % Sozialdemokraten und 13 % Rechtspopulisten, fällt dann einfach raus.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aber eine FDP-geführte Regierung wird es nicht geben!)

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich bedaure das genauso, wie Sie das bedauern.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Also gar nicht!)

Das werden Sie verstehen. Wir können aber gemeinsam daran arbeiten, dass sich das ändert.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch das sage ich in allem Ernst. Das ist auch nicht als Vorwurf gemeint. Es hilft den Menschen in Schleswig-Holstein nicht weiter zu erklären, sie sollten Verständnis haben für Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen. Dieses Verständnis haben die Menschen. Sie sollten dankbar sein, dass jeder, der zu uns kommt, eine Vitaminspritze sei und außerdem eine Form der Bewältigung des demografischen Wandels. Wir wissen, dass das in dieser Konsequenz so nicht stimmt.

Unsere Menschen wollen diesen Menschen helfen. Ich bin froh, dass sich der Unmut, den ich erlebe, nicht gegen die Flüchtlinge richtet, sondern eigentlich gegen uns. Sie haben das Gefühl, dass die Regierung planlos ist, obwohl Sie gesagt haben, Sie hätten einen Plan. Sie haben das Gefühl, es werden dauernd Lösungen angeboten, die sich aber als Scheinlösungen herausstellen. Außerdem haben die Menschen nicht das Gefühl, dass ihnen ernsthaft erklärt wird, wie Integration wirklich funktionieren soll. Dazu komme ich gleich noch.

Was wir fürchten müssen - und das ist keine Frage von Parteipolitik -: Wenn dieser Staat nicht in der Lage ist, in den nächsten Monaten zu dokumentieren, dass das, was wir vollmundig hier erklären, auch wirklich faktisch umgesetzt werden kann, wird es einen Sturm der Antidemokraten geben oder einen Sturm von Menschen, die sagen: Mit dieser Demokratie habe ich nichts mehr am Hut, wir brauchen andere Systeme, von denen wir momentan noch gar keine Ahnung haben. - Das sind keine Rechtsradikalen oder Rechtspopulisten, die

(Wolfgang Kubicki)

sagen: Das Staatsversagen nehmen wir schlicht und ergreifend nicht mehr hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das eigentliche Problem - so finde ich - liegt woanders. Es ist momentan tatsächlich die Hilflosigkeit zu erklären, wie wir Herr des Problems werden. Ich habe vernommen, dass Menschen schon sagen: Wir als Parlamentarier dürfen doch nicht die weiße Flagge hissen.

Aber wir hissen sie momentan. Wenn wir sagen, wir könnten den Flüchtlingsstrom nicht begrenzen, hissen wir die weiße Flagge; denn die Erklärung, Transitzone zu schaffen, ist schon faktisch nicht möglich. Bei 10.000 ankommenden Flüchtlingen pro Tag und einer Verweildauer von mindestens vier Wochen bis zur Selektierung - ich gebrauche einmal dieses Wort: du bist kein Syrer, du bist kein Eritreer, du bist kein Afghane -, wenn man das hochrechnet, über vier Wochen 10.000 Flüchtlinge pro Tag, müssten Sie ein Lager für 280.000 Menschen errichten. Wie soll das funktionieren? Unsere **Erstaufnahmeeinrichtungen** sind eigentlich **Transitzonen**. In den Erstaufnahmeeinrichtungen wird ja bereits festgestellt, wer woher kommt und wer im Zweifel in welches Verfahren kommt.

Herr Kollege Dr. Stegner, zu den Appellen an oder Beschimpfungen von anderen Ländern und Regierungen: Ich teile vieles von dem, was Sie gesagt haben, was Herrn Orbán als Regierungschef angeht, aber Ungarn ist kein rechtspopulistisches Land. Das sind keine Rechten dort. Ich war am Wochenende in Polen und habe mich mit polnischen Kolleginnen und Kollegen darüber unterhalten, wie sie die Sache sehen. Dann sagen sie interessanterweise: Ja, auch wir haben eine humanitäre Verpflichtung. - Aber die moralische Attitüde, mit der Deutschland momentan versucht, anderen Ländern zu erklären, wie sie sich zu verhalten haben, stößt ihnen schon sauer auf. Das erleben Sie, Herr Kollege Stegner, Sie sind ja auch bundesweit unterwegs, wenn Sie in andere Länder fahren. Wir müssen auch dort dafür werben, dass etwas anderes geschieht, und nicht mit einem moralischen Impetus auftreten, der an ganz andere Zeiten erinnert, als Deutschland schon einmal versucht hat, die Welt am deutschen Wesen genesen zu lassen.

Wir sind 28 Länder in der **Europäischen Union**. 25 davon haben eine völlig andere **Asylpolitik** und einen völlig anderen Zulauf an Flüchtlingen. Wir müssen uns schon die Frage stellen: Warum konzentriert sich das auf Österreich, Deutschland und Schweden?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Fraktionsvorsitzender, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden der SPD?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Stegner, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Ich glaube übrigens, dass die Beiträge, die es in Deutschland teilweise zum Thema Griechenland und zum Thema Währungsunion gegeben hat, diese Aufgabe nicht erleichtert haben, für die eigene Position zu werben. Ich glaube trotzdem: In der Sache selbst muss man ohne diese Attitüde, aber doch sehr klar sagen, dass dieses Europa nur eine Zukunft hat, wenn es sich auf gemeinschaftliche Solidarität stützt. Die muss man auch einfordern. In der Tat sollte Deutschland das weniger mit einem Megafon tun, sondern man muss das auf den möglichen Wegen tun.

Der Bundesaußenminister macht das übrigens genau so, wenn ich das richtig sehe. Das scheint mir auch der richtige Weg zu sein.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, ich will mich dem Lob an den Bundesaußenminister nicht anschließen, das aber auch nicht zurückweisen. Ich empfinde auch, dass Sie sich jetzt so zu Wort gemeldet haben, als deutliche Klarstellung gegenüber einigen Aussagen aus Ihrer Rede, was ich wirklich für vernünftig halte. Es gibt auch Möglichkeiten, unsere europäischen Partner zu veranlassen, sich wieder an Europarecht zu halten, wenn wir - Deutschland - bereit sind, uns ebenfalls wieder an Europarecht zu halten. Darauf komme ich zurück.

(Beifall FDP)

Ich will auch ganz klar sagen, was ich meine, weil die Behauptung, alle die, die zu uns kommen, seien Menschen, die tatsächlich vor Krieg und Terror fliehen - - Sie können sich wieder setzen, das ist jetzt meine Fortsetzung, Entschuldigung, dass ich das so sage, aber Sie müssen jetzt nicht während meiner ganzen Rede stehen bleiben, obwohl ich das angemessen fände.

(Wolfgang Kubicki)

(Heiterkeit - Zuruf: Das hätten Sie wohl gern!)

Nicht alle die, die zu uns kommen, fliehen unmittelbar vor terroristischer Bedrohung, vor Krieg oder vor Verfolgung, sondern es kommt - das habe ich ja gesagt - eine Reihe von Menschen auch aus den Lagern, bei denen das nicht unmittelbar besteht. Jetzt können wir uns darüber unterhalten: Würden die in der Türkei in den Lagern bleiben, wenn die statt 9 € 32 € bekommen würden oder wenn die Container besser aussehen würden? - Ich vermute eher nicht, und zwar deshalb - ich habe es vor vier Wochen schon gesagt -, weil viele von denen begriffen haben, dass eine Lebensperspektive in ihrem Heimatland für sie dauerhaft nicht zu erreichen ist. Die **Integrationsfähigkeit** der türkischen Gesellschaft unterscheidet sich von der Integrationsfähigkeit der deutschen in dieser Frage fundamental. Das heißt, die Menschen, die sich entscheiden, ein besseres neues Leben zu haben, wofür ich sehr viel Verständnis habe, werden sich dadurch nicht davon abbringen lassen, nach Deutschland oder in andere Länder zu kommen, ähnlich wie das für viele andere Länder des afrikanischen Kontinents und der arabischen Halbinsel gilt. Da müssen wir schon fragen, woran das liegt.

Ich will ausdrücklich betonen, dass ich das sehr bewegend fand und immer noch bewegend finde, dass wir „Refugees welcome“ geschrieben haben als Reaktion auf das, was in Ungarn, Mazedonien und Serbien passiert ist. Aber es hat in bestimmten Gegenden unserer Welt einen völlig falschen Eindruck hinterlassen, nämlich den, dass wir nahezu händeringend darum bitten, dass Menschen nach Deutschland kommen, weil wir ja jeden brauchen.

Ich sage ihnen ganz ausdrücklich: Wenn Sie sich einmal CNN ansehen - unsere amerikanischen Freunde machen das sehr subtil -, wenn Sie sich französische Fernsehnachrichten ansehen, die nach Mali einstrahlen, dann stellen Sie fest, dass dort jeden Tag zu jeder Stunde das wunderbare Bild gesendet wird, dass Deutschland jeden willkommen heißt, der nach Deutschland kommen will. Das setzt Leute in Marsch, von denen es sinnvoller wäre, sie würden in ihren Heimatländern bleiben, weil sie dort eben nicht von Krieg und Terror bedroht sind, sondern weil sie sich ein neues und besseres Leben versprechen. Das müssen Sie ansprechen. Wenn wir hier keine Bilder schaffen, dass bei uns auch die Grenze der Integrationsfähigkeit erreicht ist, dann wird das Mengenproblem nicht zu bewältigen sein.

Wir können Menschen Hoffnung geben - Sie haben es heute dankenswerterweise angesprochen -, indem wir ein Zuwanderungs- oder **Einwanderungsgesetz** schaffen und auch mitteilen, wer wie mit welchen Qualifikationen legal zu uns kommen kann. Wir haben das schon 1992 vorgeschlagen. Ich habe den Antrag, den wir als FDP im Landtag gestellt haben, vor mir. Sie können dann zu Kontingenten kommen und damit den Leuten eine Perspektive vermitteln, sodass wir das Mengenproblem in den Griff bekommen und auch Zeit genug haben, die Integrationsleistungen zu erbringen, die die Menschen, die zu uns kommen, erwarten können und zu denen wir auch faktisch in der Lage sind.

Kollege Dr. Stegner, auch da wäre es ganz schön, Sie würden den Bundesaußenminister und Ihren Bundesvorsitzenden einmal darauf hinweisen, dass dieses Spiel - wir schreiben im „Spiegel“, das Boot sei voll, mehr als eine Million gehe nicht und gleichzeitig: jeder kann zu uns kommen - bei den Sozialdemokraten auf Dauer nicht funktionieren kann.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn der Bundeswirtschaftsminister erklärt, Deutschland sei in der Lage, auf Dauer 500.000 Menschen - seine Erklärung - zu „verkräften“, sagt er damit gleichzeitig, dass mehr als 500.000 Menschen nicht zu verkräften seien, was dann auch intellektuell eine Herausforderung ist, wenn man gleichzeitig erklärt, wir würden mit allem fertig.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner!

(Christopher Vogt [FDP]: Ich gebe zurück an Stegner! - Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie gestatten - dann bitte schön, Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Der alte Fuchs hier am Rednerpult kann mich natürlich nicht in die Situation bringen, dass ich die Bundeskanzlerin verteidige, aber meinen Bundesvorsitzenden und meinen Außenminister nicht. Deswegen will ich hinzufügen, dass ich gegen den Text dessen, was da im „Spiegel“ geschrieben steht, gegen kein Wort davon etwas einzuwenden habe. Die Anmutung der damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit konnte diesen fälschlichen Eindruck erwecken, den Sie eben dankbar aufgegriffen

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

haben. Aber der Text gibt das nicht her, was Sie gerade gesagt haben.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, ich möchte Ihnen darauf gern antworten. Ich habe gerade verstanden: Sie haben Angela Merkel mit Herz verteidigt und Sigmar Gabriel mit Verstand.

(Heiterkeit und Beifall FDP)

Das ist auch schon eine Erkenntnis, die mich und alle anderen heute weiterbringt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Menschen aufrichtig sagen, dass es schwierig wird, dass wir es aber schaffen können. Die apodiktische Erklärung „Wir schaffen das“, schafft mehr Unruhe als Verständnis. Wir können es schaffen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Grundbedingung für die Bewältigung der Herausforderungen ist eine starke **Wirtschaft**. Gott können wir heute danken, dass wir eine starke Wirtschaft haben, dass wir sprudelnde Steuereinnahmen haben. Man stelle sich vor, wir hätten eine Situation wie 2003, 2004 oder 2005. Ich glaube, die Herzlichkeit und die Art der Debatte würden sich bei uns völlig anders gestalten, als wir es dank einer starken und aufnahmebereiten Wirtschaft beobachten können.

Deshalb müssen wir doch auch alles dafür tun - Herr Ministerpräsident, ich wiederhole mich da -, dafür Sorge zu tragen, dass die Wirtschaft stark bleiben kann. Da würde ich in dieser Situation auch einmal auf diejenigen hören, die tatsächlich durch ihr Unternehmen und die Mitarbeiter dort in der Lage sind, die Wertschöpfung zu generieren, was sie denn brauchen, um diesen Prozess fortsetzen und intensivieren zu können; denn mit einer noch stärkeren Wirtschaft wird es uns leichter fallen, die Probleme auch finanziell zu bewältigen, als mit einer Wirtschaft, die in den Knick geht.

Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen in die Lage versetzen, **Flüchtlinge** in den **Arbeitsmarkt** zu integrieren. Wir machen momentan das genaue Gegenteil. Wir müssten den Arbeitsmarkt flexibilisieren. Die größte soziale Eingliederungshilfe für Flüchtlinge ist es, in einem Unternehmen tätig zu sein oder in einem Handwerksbetrieb tätig zu sein, wenn man dann acht oder neun Stunden mit Menschen zusammen ist, mit denen man sich beschäftigen muss, die einem auch ihr Lebensgefühl vermitteln, die einen auch anlernen, selbstständig in der Gemeinschaft leben zu können. Also müssen wir dafür alles tun, dass möglichst

vom ersten Tag an Flüchtlinge in Unternehmen - ich sage es einmal so - zunächst mitgeschleppt werden, weil sie ja logischerweise aufgrund ihrer mangelnden Ausbildungsfähigkeit und ihrer mangelnden Sprachkenntnisse zur Wertschöpfung im Unternehmen noch nicht beitragen können.

Wir hatten früher einmal die Idee, wie man Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert. Die Idee bestand darin - die war, wie ich weiß, sehr erfolgreich -, dass man Unternehmen, die Langzeitarbeitslose eingestellt haben, zunächst von den Lohnkosten im ersten halben Jahr vollständig befreit hat und dann degressiv für zwölf Monate. Nach zwölf Monaten war die volle Lohnhöhe erreicht. Ich sage Ihnen: Ein ähnliches Modell müssen wir für Flüchtlinge anwenden, die in Unternehmen beschäftigt werden, weil die Integrationsleistung, die Unternehmen erbringen, von ihnen nicht finanziert werden können.

Wir brauchen uns über den **Mindestlohn** gar nicht mehr zu unterhalten, Herr Kollege Dr. Stegner. Sie werden erleben, dass wir spätestens in drei Monaten über die Frage des Mindestlohns wegen Handwerksbetrieben, die ausbilden wollen, gar nicht mehr diskutieren. Viele von denen, die bei uns sind, schwirren nach drei, vier Monaten wieder ab, weil sie festgestellt haben, dass sie deutlich mehr Geld als Helfer auf einem Gemüsemarkt verdienen als in einer Ausbildung. Das mögen wir dumm finden, aber die Perspektive der Nachhaltigkeit ist für viele von denen, die zu uns kommen, nachrangig. Die Perspektive, möglichst schnell die Familie zu Hause unterstützen zu können, ist vorrangig. Wenn wir diesen Prozess durchbrechen wollen, müssen wir zu anderen Lösungen kommen als gegenwärtig, oder es wird nicht funktionieren.

(Beifall FDP)

Genauso müssen wir im Bereich des Wohnungsbaus Anreize schaffen. Standardabsenkungen werden unumgänglich sein, Sie haben es heute dankenswerterweise angesprochen. Ich teile nicht alles, was Ihr ehemaliger Innenminister Breitner sagt, aber die Erklärung von ihm, der Klimaschutz müsse jetzt einmal fünf Jahre warten, halte ich für durchgreifend, weil wir dem Klimaschutz keinen Gefallen tun, wenn Flüchtlinge auf der Wiese stehen. Auch dem mitmenschlichen Zusammenhalt tun wir so keinen Gefallen.

Bei allem wird aber entscheidend sein - das ist zwar nicht nachhaltig, aber es löst zunächst das Mengen- und Zeitproblem, und vor dieser Aufgabe stehen wir -, dass wir den Rechtsstaat durchsetzen, und

(Wolfgang Kubicki)

zwar auf allen Ebenen. Im Baurecht müssen wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die wir haben, um so schnell wie nur möglich bezahlbaren **Wohnraum** zu schaffen. Dafür wird es erforderlich sein, das Recht an vielen Stellen anzupassen. Das ist übrigens auch eine Aufforderung an die Kommunen, ihre Grundstücke endlich zur Verfügung zu stellen, damit dort Bauten errichtet werden können, anstatt mit ihnen zu spekulieren, damit zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht höhere Erträge erzielt werden können. Diese Zeit haben wir gegenwärtig nicht.

Wir müssen und würden damit auch gar nicht erst in die Verlegenheit kommen, den **Rechtsstaat** zu beugen. Wir bekommen ein Riesenproblem, wenn die Menschen in unserem Lande das Gefühl haben, dass der Staat Recht brechen kann, wie es ihm gefällt. Lieber Recht anpassen und sich daran halten, als zu dokumentieren: Wir als Staat müssen uns an die gegebenen Vorgaben nicht halten. Wenn wir Wohncontainer aus Frankreich nicht einführen dürfen, weil sie unseren Normen nicht entsprechen, dann müssen wir die Normen ändern, und zwar sofort, damit Menschen untergebracht werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch eine Änderung des Bauplanungsrechts wird unausweichlich sein, denn im Moment verstoßen wir rein objektiv dagegen. Frau Staatssekretärin, Herr Innenminister, ich bezweifle, dass alle Erstaufnahmeeinrichtungen im Land im Sinne des Bauplanungsrechts konkret gebietsverträglich sind. Ich weiß nicht, ob man in Boostedt eine Baugenehmigung für eine Wohnanlage für 2.500 Personen direkt neben einer Schießanlage bekommen würde. Ich spreche das nicht an, um es zu kritisieren, sondern ich sage nur: Wir müssen aufpassen, dass wir bei dieser Form der Gestaltung, innerhalb derer wir uns gerade bewegen und die nahezu willkürlich ist, bei Menschen nicht das Gefühl erzeugen: Ich möchte seit mehreren Jahren gern an mein Haus anbauen, das wurde aber unter Hinweis auf die bestehende Rechtslage verboten, und für den Staat ist das relativ wurscht. Wir müssen die Normen anpassen und dürfen nicht so tun, als würden sie für uns nicht gelten.

Wir müssen den Rechtsstaat auch dort durchsetzen, wo es dem einen oder anderen vielleicht schwerfällt. Der Rechtsstaat funktioniert nur, wenn er ideologische und moralische Positionen souverän missachtet. Wer glaubt, aufgrund moralischer Indikation über dem Recht zu stehen, hat mit unserer Rechtsordnung nichts gemein. In diesem Zusammenhang, Herr Dr. Stegner, will ich nur kurz eine

Ihrer Äußerungen aus der letzten Plenartagung ansprechen: Man darf Recht auch dann nicht brechen, wenn man sich im Gefühl einer sicheren moralischen Position befindet. Auch Menschlichkeit darf Recht nicht brechen, jedenfalls nicht in einem Rechtsstaat, weil ansonsten der Hinweis auf Menschlichkeit immer dazu führen würde, dass wir zu willkürlichen Lösungen kommen.

Wir werden deshalb um konsequente **Abschiebung** und Rückführung nicht herumkommen. Aber, Frau von Kalben, in dem Punkt gebe ich Ihnen recht: Wohin schieben wir denn Menschen ab, die keine Ausweispapiere haben? Welchen Staat wollen wir veranlassen, diese Menschen aufzunehmen? Wollen wir dann sagen: „Wenn ihr die Menschen jetzt nicht zurücknehmt, dann marschiert die Bundeswehr ein“? Die Idee, dass wir Menschen, von denen wir gar nicht wissen, woher sie kommen, ohne Weiteres dorthin zurücktransportieren können, sobald wir festgestellt haben, sie haben kein Asylrecht, ist schon logisch nicht umsetzbar.

Das ist ja das große Problem in Deutschland: Von den 190.000 abgelehnten Asylbewerbern werden nur 8.000 zurückgeführt, weil die anderen aus verschiedenen Gründen nicht zurückgeführt werden können. Deshalb ist die Überlegung absurd, wir hätten das Problem gelöst, wenn wir die **Asylverfahren** beschleunigen. Auch wenn es mehr Entscheider über Asylanträge geben würde, kann das nur dazu führen, dass wir entweder mehr Leute haben, die abgeschoben werden müssen, weil sie in schnelleren Verfahren verhandelt werden, oder aber dazu, dass Menschen schneller als Bleibeberechtigte anerkannt werden.

Bei den Syrern erkennen wir im Moment alle an. Da brauche ich kein schnelleres Verfahren. Bei den Afghanen, die zu uns kommen, wird das in gleicher Weise der Fall sein. Bei denen, die aus Eritrea kommen, ist es zu 93 % der Fall, weshalb wir als FDP gesagt haben: Die Altfälle pauschal weg, damit wir nicht 300.000 Fälle vor uns herschieben. Ich finde schnellere Verfahren ja auch vernünftig, aber die Idee, wir beschleunigen die Asylverfahren und damit lösen wir das Problem, ist absurd. Sie führt nur dazu, dass Menschen vielleicht schneller einen Bleibestatus bekommen. Momentan bekommen aber diejenigen, bei denen es darauf ankommt, einen sofortigen Bleibestatus, weil sie aus entsprechenden Regionen kommen. Keine Prüfung mehr durchzuführen, ist, was das Asylverfahrensrecht angeht, übrigens auch sehr umstritten. Aber egal, sie bekommen sofort ein Bleiberecht und haben keine weiteren Probleme.

(Wolfgang Kubicki)

Die Idee mit den Transitzonen habe ich bereits angesprochen. Ich finde auch die Grenzkontrollen ganz toll. Was sollen die bewirken, außer dass auf den Autobahnen große Staus entstehen? Wenn ich Grenzkontrollen einrichte, dann muss ich an der Grenze auch zurückweisen können. Jetzt kommen wir zu dem Punkt.

Wir könnten heute nach Dublin III alle diejenigen zurückweisen, die aus einem EU-Staat kommen, in dem sie nicht registriert worden sind. Deutschland hat dank der Kanzlerin die Schleusen komplett geöffnet. Wir haben jetzt mehrere Hunderttausend Menschen, die nicht registriert worden sind. Die stehen in Berlin vor der Registrierungsstelle, bei ihr werden sie registriert, in Bayern werden sie teilweise registriert, teilweise auch gleich durchgeleitet - völlig egal. Wir verlieren unterwegs auf der Strecke von Bayern in die anderen Bundesländer fast die Hälfte der Leute. Aber wir könnten an der Grenze nach Dublin III diejenigen zurückweisen, die keine **Registrierung** in einem anderen EU-Staat haben.

Warum machen wir das nicht? Herr Dr. Stegner, das ist eine ganz interessante Frage. Weil dann nämlich die europäische Frage wirklich zentral würde. Unsere österreichischen Nachbarn würden sofort sagen: „Ihr Deutschen habt wohl eine Pfeile im Kopf. Erst macht ihr die Grenzen auf, und jetzt sollen die alle bei uns bleiben.“ Dann würden die versuchen, sie nach Ungarn weiterzuschieben und und und.

Dann könnten wir zu der Frage kommen: Was ist eigentlich eine vernünftige europäische Lösung? Oder aber - das ist die Befürchtung der Kanzlerin - **Europa** bricht vollends auseinander, weil dann die nationalen Interessenlagen so manifest werden, dass es eine gemeinsame Lösung nicht mehr gibt. Aber ohne eine solche angekündigte Maßnahme zwingen wir unsere europäischen Partner auch nicht, sich mit uns über eine vernünftige Lösung zu unterhalten. Solange nicht dokumentiert wird, wir seien auch bereit, uns wieder an **Dublin III** zu halten und das Problem zu exportieren, solange dieses Gefühl nicht entsteht, entsteht bei unseren europäischen Partnern gar kein Druck, sich mit uns auf eine vernünftige Lösung einzulassen. Es muss nach Europa das Signal geben, dass Deutschland tatsächlich bereit ist, die größte Masse an Flüchtlingen aufzunehmen, aber das Problem nicht allein mit Schweden und Österreich bewältigen kann. Das geht nur, wenn wir auch deutlich machen: Wir werden Dublin III wieder in Kraft setzen, was zunächst einmal eine böse Ankündigung ist, aber dazu führen würde, dass die rechtsstaatliche Ordnung, der

wir uns unterworfen haben, wieder in Kraft gesetzt wird.

Wir brauchen, wie ich finde, keine Verschärfung des Asylrechts, weil die Asylbewerber, die politisch verfolgt werden, etwa einen Anteil in der Größenordnung von 3 % haben. Wir wissen, dass sie aus Ländern kommen, in denen sie politisch verfolgt werden. Bei den Bürgerchristlichen spielt diese Frage überhaupt keine Rolle. Wir sind nach der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet, Leute aufzunehmen. Dankenswerterweise haben wir durch Dublin III erklärt, dass zunächst die anderen aufnehmen müssen und dann verteilt werden kann. Das war ursprünglich die deutsche Idee, erst einmal die anderen in die Pflicht zu nehmen. Jetzt haben die gesagt: Gut, wenn ihr Dublin III nicht mehr wollt, nehmen wir euch jetzt in die Pflicht. - Auch wunderbar! Wir könnten das alles wiederherstellen. Wir müssen das tun, weil - noch einmal - diese Gesellschaft, Herr Ministerpräsident, die sehr willig ist, langsam wirklich das Gefühl hat: Vielmehr als das, was wir jetzt leisten, ist nicht zu schaffen, und zwar on top - bei allen Appellen und allem Wunsch der Menschen, sich hier einzubringen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, unser Rechtsstaatsprinzip gebietet einen effektiven Rechtsschutz - das gilt auch für Flüchtlinge, die wir nicht ausweisen können. Wir können eine bestimmte Gruppe von Flüchtlingen nicht einfach rechtlos stellen. Auch **Flüchtlinge** oder **Asylbewerber**, die in vermeintlichen Transitzonen oder Erstaufnahmeeinrichtungen keine weiter gehende Bleibeperspektive haben, haben schlicht und ergreifend das Recht auf die Durchführung eines geordneten Verfahrens.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Egal, wie die Chancen stehen!)

- Wer entscheidet, wie die Chancen stehen?

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Egal, wie die Chancen stehen!)

- Ja, natürlich, aber ich stelle mir die Situation vor, dass ein Grenzbeamter der Bundespolizei sagt: „Du hast keine Bleibeance - nach links“, und der nächste sagt: „Du hast eine Bleibeance - nach rechts“. Das hat mit Verfahren überhaupt nichts mehr zu tun, sondern das öffnet persönlicher Willkür Tür und Tor und ist das Unmenschlichste, was man sich vorstellen kann.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Jeder Flüchtling, jeder Asylbewerber in Einrichtungen hat bei uns auch ein Recht auf Schutz vor

(Wolfgang Kubicki)

körperlicher, sexistischer oder religiöser **Gewalt** - genauso wie die Freiheit, die Traditionen und Gebräuche seiner Gemeinschaften auszuüben. Machen wir uns nichts vor: Es häufen sich die Berichte darüber, dass es gerade in den **Flüchtlingseinrichtungen** Hierarchien der unterschiedlichen Ethnien gibt, dass in den Flüchtlingseinrichtungen, auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen - Herr Kollege Peters, wir kommen nicht darum herum - Lesben und Schwule von denjenigen, die moralisch und religiös anders denken - wie übrigens auch in dem Heimatland, aus dem sie kommen -, drangsaliert werden, bespuckt werden, körperlich attackiert werden. Wir müssen dokumentieren, dass es dies in Deutschland nicht geben darf, weder außerhalb von Flüchtlingseinrichtungen noch in Flüchtlingseinrichtungen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen denjenigen, die zu uns kommen und nicht integrationswillig sind - davon gibt es auch einige -, dokumentieren: Wenn ihr nicht integrationswillig seid, wenn ihr an Sprachkursen nicht teilnehmen wollt, wenn ihr die Rechtsordnung nicht beachten wollt, habt ihr in Deutschland kein Bleibe-recht, egal wie das Verfahren ausgeht.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist aus diesem Grund wichtig, den Asylsuchenden so früh wie möglich durch verpflichtende **Integrationskurse** das Weltbild, die Sprache und die Rechtsordnung zu vermitteln. Ich werfe niemandem vor, der aus Syrien, Irak, Afghanistan oder Eritrea kommt, dass er nicht weiß, wie die deutsche Rechtsordnung funktioniert. Ich werfe unseren Behörden vor, dass sie nicht in der Lage sind, relativ zeitnah zu vermitteln, wie gesellschaftliches Leben in Deutschland funktioniert. Deshalb brauchen wir verpflichtende Integrationskurse angesichts der Menge der zu uns Kommenden. Sonst werden sich Parallelgesellschaften herausbilden, auf die wir uns auf keinen Fall zurückziehen lassen dürfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn unsere staatlichen Organe aus falsch verstandener Gutmütigkeit unsere **Rechtsordnung** nicht mehr gegen jedermann zu jeder Zeit durchsetzen, senden wir fatale Signale. Wollen wir ein Einwanderungsland - und wir sind es, das haben wir schon in den 90er-Jahren formuliert -, müssen wir unmissverständlich die Regeln vorgeben und die Einwanderer zugleich zu Eigenverantwortung und Mitwirkung befähigen. Dazu brauchen wir einen geachteten, rechtstreuen Staat. Nicht die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes muss sich anpassen, son-

dern diejenigen, die zu uns kommen aus anderen Rechtsordnungen und anderen Überzeugungen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich sage das ausdrücklich auch in Richtung der Grünen, Frau von Kalben. Wenn Frau Künast Polizeibeamten empfiehlt, die Schuhe auszuziehen, wenn sie zu einem Einsatz bei Muslimen gerufen werden, kommt das der staatlichen Selbstaufgabe gleich. Das ist kein Beitrag zur kulturellen Vielfalt, sondern staatliche Selbstaufgabe.

(Beifall FDP und CDU)

Eine solche Toleranz ist auch ein Mittel, um der Realität zu entfliehen und sich dabei gleichzeitig moralisch überlegen zu fühlen. So riskiert unsere Gesellschaft einen Bankrott.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal: Wir werden das Problem nur lösen und die Integration nur bewältigen können, wenn es uns gelingt, dass die Zahl der Menschen, die sich auf den Weg zu uns machen, wieder sinkt oder jedenfalls nicht weiter anschwillt. Das ist kein Appell in Sachen „Boot ist voll“. Es gibt keine Grenze „Boot ist voll“. Wir können nicht gleichzeitig erklären, das Boot sei nicht voll, aber alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Anker gelichtet wird. Das ist eine ganz interessante Geschichte.

Was morgen verabschiedet wird, was ist das eigentlich? Es dient teilweise der Beschleunigung und teilweise dem, was Frau von Kalben so genannt hat: Wir beruhigen die Bevölkerung. Ich weiß nicht, ob die Bevölkerung dadurch beruhigt wird, dass das Sachleistungsprinzip eingeführt wird. Die Bevölkerung wird dadurch beruhigt, dass sie das Gefühl hat, es gibt einen geregelten Zuzug, eine geregelte Einwanderung, wir können die Menge in der vorhandenen Zeit abarbeiten.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch, Frau von Kalben, aber wir können das ja noch weiter erörtern. - Dafür ist eine Politik des Dialogs und der Verständigung alternativlos.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns schon mit der wunderbaren Phrase auseinandersetzen, wir müssten die **Fluchtursachen** bekämpfen, kann ich Ihnen sicher sagen, Herr Kollege Dr. Stegner, dass Sie die Fluchtursachen in Syrien, Irak und Afghanistan mit Entwicklungshilfe momentan nicht beseitigen. Die beseitigen Sie nur, wenn Sie Zonen der Sicherheit schaffen. Auch das habe ich angesprochen. Wenn behauptet wird, wir müssten uns

(Wolfgang Kubicki)

um die Fluchtursachen kümmern, wird das in Syrien, in Afghanistan und im Irak ohne den Einsatz militärischer Gewalt nicht funktionieren.

Wir lesen und hören von der Deutschen Botschaft, dass sich jeden Monat 100.000 Afghanen auf den Weg machen, nicht weil sie vor Krieg und Vertreibung fliehen, sondern weil sie das Gefühl haben, seitdem die Taliban wieder dabei sind, eine Stadt nach der anderen zu erobern, ihr Land verlassen zu müssen, weil ihre Lebensweise in den letzten zwölf Jahren dazu führt, dass diese „netten“ Menschen mit ihrem kulturellen Hintergrund dazu übergehen, westlich geprägte Menschen in **Afghanistan** zu malträtieren, und das wollen sie nicht. Wenn wir das verhindern wollen, muss die NATO länger da bleiben.

Wenn Sie verhindern wollen, dass weiter Menschen aus **Syrien** fliehen, müssen Sie dazu beitragen, dass der Krieg dort beendet wird, und zwar nicht durch Reden - das dauert drei Jahre, sondern dadurch, dass Sie schnell stabile Zonen schaffen. Das wird Fluchtursachen bekämpfen, das gibt Menschen möglicherweise wieder Hoffnung, dass sie in Sicherheit leben und eine eigene Lebensperspektive aufbauen können, dass es sich lohnt, sich wieder in die Gesellschaft einzubringen. Alles andere ist Schimäre und Augenwischerei.

(Beifall FDP)

Obwohl es Herrn Obama und Herrn Putin überhaupt nicht interessieren wird, was der Schleswig-Holsteinische Landtag dazu sagt - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wenn du das sagst, doch! - Weitere Zurufe)

- Ja, vielleicht, wenn Herr Dr. Stegner es sagen würde; der steht ja unter Beobachtung der NSA.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Direktleitung nach Harvard!)

Ich appelliere an die beiden Großmächte, sich darauf zu verständigen, wie sie Sicherheit in Syrien, im Irak garantieren können, ohne wechselseitig ihre Spielchen zu treiben, wer Weltmacht ist und wer nicht Weltmacht ist. Es ist eine Aufgabe der Weltgemeinschaft insgesamt. Das kann nur von diesen beiden Großmächten im Kontext gelöst werden und nicht gegeneinander. Sonst werden wir erleben, dass die Anzahl der Flüchtlinge weiter steigen und damit unsere Gesellschaft schlicht und ergreifend die weiße Fahne hissen wird, was ihre eigene Leistungsfähigkeit angeht.

(Beifall FDP)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Zu den einzelnen Punkten kommen wir nachher.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich den Ministerpräsidenten ansprechen. Ich fand Ihre Rede heute, wie es auch der Kollege Kubicki schon gesagt hat, durchaus gut. Ich hätte mir eine solche ehrlichere Rede, die die Realitäten und die tatsächliche Situation anerkennt, auch vor einem Monat gewünscht. Daher bin ich froh, dass die Debatte heute anders geführt wird.

(Zurufe SPD)

Zu Beginn möchte ich ein Jahr zurückschauen. Wir haben vor einem Jahr einen Antrag mit 13 Punkten eingereicht, der heute aktueller denn je ist. Wir haben damals gefordert, Botschafts asyl einzurichten. Heute reden wir von Hot Spots. Wir haben die Abschaffung von Eurosur und Frontex gefordert. Der Kollege Stegner hat heute beschrieben, wie sehr ihn die Bilder an den Außengrenzen in Ungarn schockiert haben. Wir haben die Abschaffung der Residenzpflicht und Abschiebehaft gefordert. Das ist zum größten Teil erledigt. Wir haben damals die Abschaffung der Dublin-Verordnung gefordert. Darüber wird heute immer noch diskutiert, auch gerade von der Kanzlerin. Wir haben gefordert, die Kommunen stärker zu unterstützen, gerade um die Willkommenskultur zu etablieren. Wir haben vor einem Jahr gefordert, dass wir Wohnraumförderprogramme brauchen. Das ehrenamtliche Engagement muss gestärkt werden. Wir haben ein Konzept für minderjährige **Flüchtlinge** gefordert, die frühzeitig in den Schulalltag integriert werden sollen. Wir haben Projekte für traumatisierte Flüchtlinge gefordert. Genauso haben wir die Förderung des Vereins lifeline e.V. gefordert, um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu unterstützen, ebenso die Aufstockung des Personals beim BAMF, eine proaktive, enge Abstimmung mit den zuständigen Gemeinden und so weiter und so fort. Wir haben auch das Wintermoratorium gefordert, das Sie vor ein paar Wochen im Kabinett kassiert haben.

Vieles von dem knapp ein Jahr alten Antrag ist sehr aktuell. Einiges wurde umgesetzt. Der Antrag, den wir vor einem Jahr gestellt haben, wurde in den

(Torge Schmidt)

Ausschuss abgeschoben und dort ruhen gelassen und nicht wirklich behandelt. Damit haben wir eine große Chance vertan.

(Beifall PIRATEN)

Mittlerweile liegen die Zahlen bei knapp 60.000 Flüchtlingen, die wir in diesem Jahr in Schleswig-Holstein erwarten. Es wird zu Recht davon gesprochen, dass wir die Verfahrensdauer beschleunigen müssen. Denn wenn Menschen lange im Ungewissen sind und nicht wissen, wie ihre persönliche Zukunft aussieht, ist das eine psychologische Belastung und kann durchaus zu Frustrationen und dazu führen, dass Situationen eskalieren.

Deswegen müssen wir uns dafür einsetzen, dass auch diese Leute möglichst schnell und früh Klarheit bekommen. Genauso müssen wir uns Gedanken machen, wie wir diese Kapazitäten schaffen. Natürlich ist es gut, dass jetzt weitere Personalstellen im **BAMF** geschaffen werden, dass die Stellen zusätzlich besetzt werden, auch dass die Agentur für Arbeit dafür sorgt, dass dort mehr Kapazitäten geschaffen werden. Die Stellen müssen aber auch besetzt werden. Dafür muss auch die Bundesregierung sorgen.

Wir können uns aber auch darüber Gedanken machen, wie wir die Verfahren beschleunigen. Zum Beispiel kann man darüber nachdenken, wie wir mit den ganzen Asylfolgeanträgen umgehen, die kommen. Da muss man sich irgendwann die berechnete Frage stellen, ob wir es nicht zulassen, dass man Leuten, die bereits Asyl in Deutschland bekommen haben, eine dauerhafte Bleiberechtsperspektive gibt. Vor dem Hintergrund, Verfahren zu beschleunigen und Kapazitäten zu schaffen, sehe ich auch die Forderung von **Transitzonen** als keine Lösung an. Diese Debatte ist stellenweise aberwitzig. Ich stelle mir das einfach einmal ganz praktisch vor.

Wenn ich ein Flüchtling bin, der nach Deutschland einreisen will, an der Grenze bin und weiß, dass da eine Transitzone ist, dass ich an der Grenze abgefangen werde, dann gehe ich doch einfach außen rum über die grüne Grenze. Wenn wir die Transitzone wirklich durchsetzen wollen, dann müssen wir einen Zaun um Deutschland bauen, dann brauchen wir Grenzkontrollen - und das flächendeckend an der kompletten Grenze von Deutschland. Ich glaube nicht, dass wir diese Kapazitäten haben.

Wie der Kollege Kubicki schon richtig gesagt hat: Die Aufgaben, die in den Transitzonen übernommen werden sollen, werden bei uns in der Erstauf-

nahmeeinrichtung geregelt. Deswegen ist das keine Lösung.

(Beifall PIRATEN)

Auch die Debatte um die sicheren **Herkunftsländer** halte ich persönlich für falsch. Herr Kubicki hat es gerade angedeutet: Ich bin der felsenfesten Meinung, dass jeder Mensch, der versucht, in Deutschland Asyl zu finden, auch das Recht darauf haben sollte, ein faires Verfahren zu bekommen - dabei ist es egal, wie die Chancen stehen. Selbst wenn nur drei von 100 Flüchtlingen aus einem Land anerkannt werden, dann haben die drei Leute, die die Chance haben, hier Asyl zu bekommen, das Recht auf ein faires Verfahren und dürfen nicht pauschal abgelehnt werden.

(Beifall PIRATEN)

Von diesem Punkt möchte ich zum Thema **Abschiebung** kommen, das hier heute auch besprochen wird. Ich finde, die Debatte, die wir größtenteils in Deutschland führen, ist fehlgeleitet. Für mich darf es nicht sein, dass Abschiebung ein Wettbewerb ist. Es kann bei Abschiebung nicht darum gehen: höher, breiter, schneller, weiter, mehr und so weiter. Es ist ein rechtsstaatliches Verfahren. Die Leute müssen zurückgeführt werden. Herr Kubicki hat eben die Probleme dabei beschrieben, dass die Leute, die abgeschoben werden sollen, die ausreisen sollen, teilweise gar nicht zurückgeführt werden können. Das ist einfach so. Sie können sie ja nicht einfach sonstwo hinschicken. Deswegen ist die Debatte einfach fehlgeleitet. Es ist falsch, einfach zu fordern, dass wir ganz schnell ganz viele abschieben sollen. Damit kommen wir wirklich nicht weiter.

An dieser Stelle muss ich die CDU ansprechen. Wenn wir die Abschiebung kommerzialisieren, wird uns das nicht weiterbringen. Die Forderungen von Ingbert Liebing sind falsch. Ich bin der Meinung, dass wir das Gewaltmonopol des Staates nicht privatisieren dürfen. Das fordern Sie im Prinzip damit, dass Abschiebungen kommerzialisiert werden.

Gerade wenn wir die Anerkennung unseres Rechtsstaats von den Flüchtlingen einfordern, dann sollten wir doch selbst nicht damit anfangen, diesen Rechtsstaat auszuhöhlen.

(Beifall PIRATEN und Lars Harms [SSW])

Es ist auch egal, in welcher Ausnahmesituation wir uns befinden. Die Menschenrechte und die Menschenwürde dürfen deshalb nicht geopfert werden. Des-

(Torge Schmidt)

wegen darf beim Thema Abschiebung nicht der humane Maßstab verloren gehen.

(Beifall PIRATEN)

Es muss nach wie vor das oberste Ziel bleiben, dass Abschiebung und Rückführung möglichst freiwillig erfolgen und dass die Menschen ihren Weg selbst finden. Dass wir die Leute mit der Polizei morgens abholen und dann rückführen, sollte der Ausnahmefall bleiben. Das ist kein menschenwürdiges Verfahren. Vor dem Hintergrund müssen wir auch den Menschen eine Chance geben, die zu uns kommen, für die das Asylrecht keine Anwendung findet. Auch denen müssen wir die Chance geben, hier Fuß zu fassen, weil die Leute zu uns kommen und eine neue Zukunft suchen. Auch denen müssen wir die Möglichkeit eröffnen, dass sie jenseits vom Asylrecht hier auch eine Chance haben, ihr Leben hier aufzubauen.

Ich komme zum Wintermoratorium, welches, wie gesagt, vor wenigen Monaten per Kabinettsbeschluss ausgehebelt wurde. Da muss man festhalten: Da haben Sie auch hier Ihr Wort gebrochen, Herr Ministerpräsident. Vor ein paar Monaten haben Sie noch fest zum Wintermoratorium gestanden.

An dieser Stelle muss ich sagen: Es fehlt auch ein Automatismus. Es ist ja nicht so, dass wir jedes Jahr die Debatte zum **Winterabschiebestopp** neu führen müssen. Es ist auch nicht so, dass der Winter jedes Jahr plötzlich kommt. Der Winter ist ja ein Automatismus. Es ist nach wie vor so, dass die Lebensbedingungen der Roma in Balkanländern, zum Beispiel gerade in den Wintermonaten, lebensunwürdig sind.

Die Situation, die wir in den **Erstaufnahmeeinrichtungen** haben - da müssen wir uns nichts vormachen -, ist keine einfache. Es gibt zu wenig Plätze. Es kommen noch viel mehr Leute nach Schleswig-Holstein. Wir müssen die Kapazitäten ausweiten. Vor allem haben wir das Problem, dass es in großen Lagern natürlich zu wenig Privatsphäre und Rückzugsräume gibt. Das kann natürlich zu Frustrationen bei den Leuten führen, auch zu einem Lagerkoller. Wir alle, die einmal im Trainingslager waren, auf Klassenfahrt waren, kennen das. Irgendwann ist man so weit, dass man von der Situation, von dem Umfeld einfach genervt wird. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie es ist, wie es sich anfühlt, wenn ich sechs Wochen in einer Erstaufnahmeeinrichtung mit mehreren hundert oder tausend Leuten bin. Das ist schwierig. Dieser Zustand ist für viele Menschen auf Dauer nicht akzeptabel.

An dieser Stelle muss ich der FDP tatsächlich recht geben. Für alle werden wir es nicht schaffen, Rückzugsräume, Privatsphäre in Erstaufnahmeeinrichtungen zu schaffen. Aber wir müssen dafür sorgen, dass gerade Frauen und Kinder diese Möglichkeit bekommen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal daran erinnern, dass wir auch vor einem Jahr in unserem Antrag schon gefordert haben, dass wir neue Erstaufnahmeeinrichtungen schaffen. Man sieht leider, dass die Landesregierung ein bisschen spät gehandelt hat. Sie hat zwar schneller gehandelt als andere Bundesländer; nichtsdestotrotz müssen wir im Moment viele Kapazitäten schaffen. Sie machen sich zudem weitere Probleme, das sind hausgemachte Probleme. Das liegt auch an der Kommunikation, die einfach schlecht ist.

So hat man heute in der Zeitung gelesen, wie die Bürgermeister oder Kommunalvertreter das kommunizieren. Wenn ein Bürgermeister aus Itzehoe aus der Zeitung erfährt, dass die Erstaufnahmeeinrichtung auf 2.000 Plätze erhöht wird, dann ist das keine gute Kommunikation.

(Beifall PIRATEN)

Wir müssen die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen weiter ausbauen. Aber stoßen Sie Menschen und Kommunen nicht dauernd vor den Kopf!

(Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten - Zuruf von Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau von Kalben, wenn Sie jetzt öffentlich sagen, dass der Bürgermeister in der Zeitung die Unwahrheit gesagt hat, dann frage ich mich: Warum sagt er das dann in der Zeitung? Will er Sie nur angreifen, oder ist er selbst mit der Situation überfordert? Ich habe das Gespräch nicht mit dem Bürgermeister geführt. Wenn Sie sagen, dass der schon vor drei Wochen Bescheid wusste, dann frage ich mich tatsächlich, warum es in der Zeitung ganz anders steht.

(Martin Habersaat [SPD]: Reden Sie doch mal mit den Leuten!)

Auch den Kommunen vor Ort muss geholfen werden. Die Frage, die sich alle stellen, ist natürlich: Was passiert mit den Flüchtlingen, wenn sie aus den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen verteilt werden? Wir wissen alle, dass der Wohnraum überall sehr knapp ist. Gerade in großen Städten ist es schwierig, **Wohnraum** zu finden. Viele **Kommunen** sind an der Schmerzgrenze. Da muss man auch sagen, dass wir vor einem Jahr schon gefordert haben, den Wohnungsbau anzukurbeln. Wir

(Torge Schmidt)

hätten jetzt schon so weit sein können, dass wir die ersten Wohnungen errichten. Wir haben tatsächlich ein Jahr verschenkt.

Die Frage der **Integration** ist natürlich auch zu klären. Wir brauchen Menschen, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Das ist sehr klar. Es reicht aber nicht, nur Stellen zu schaffen. Wir müssen auch gucken, dass auch diese Menschen da sind, die diese Stellen besetzen können. In diesem Punkt muss ich dem Antrag der CDU durchaus recht geben.

Auch die Punkte, die die Koalition zur medizinischen Versorgung beantragt hat, sind richtig und wichtig. Ich glaube, dazu gibt es auch keine zwei Meinungen. Und wir müssen den Menschen eine Perspektive geben, die zu uns kommen. Das bedeutet auch, dass wir ihnen die Möglichkeit geben müssen, hier zu studieren, auch dieser Antrag ist richtig.

In diesem Zusammenhang sollten wir vielleicht einmal darüber nachdenken - das ist eine Anregung von unserer Seite -, die Angebote von Studiengängen auf Englisch zu erweitern. Gerade in naturwissenschaftlichen Fächern ist es weltweit gang und gäbe, dass diese auf Englisch gelehrt und studiert werden. Insofern sollten wir diese Angebote erweitern. Viele Flüchtlinge können Englisch. Sie können auch auf Englisch studieren. Sie können mit dem Studium auch gleich beginnen. Natürlich müssen sie weiterhin Deutsch lernen. Ein Studium auf Englisch ist internationaler Standard. Dafür müssen wir die Kapazitäten schaffen.

(Beifall PIRATEN)

Die Bewältigung der Integrationsaufgaben ist natürlich teuer. Insofern müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir das langfristig finanzieren wollen. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht. Der wurde vom Präsidenten als Erstes aufgerufen. Es geht darum, den Solidaritätszuschlag als Steuer zu vereinnahmen, wenn er denn ausläuft, um das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein und in Deutschland zu erhöhen. Wir wissen, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, die zu meistern sind. Wir müssen das Steueraufkommen erhöhen.

Wenn ich mir den Entwurf des Landeshaushalts für das nächste Jahr ansehe, dann stelle ich fest, dass wir noch knapp 54 Millionen € Luft haben. Alleine in diesem Jahr geben wir 330 Millionen € für Flüchtlinge aus. In Anbetracht dessen, dass wir im nächsten Jahr deutlich mehr Flüchtlinge bekommen, frage ich mich, wie wir das finanzieren wollen. Die knapp 100 Millionen € vom Bund reichen

definitiv nicht aus. Der Spielraum, den wir haben, ist begrenzt. Langfristig müssen wir uns fragen, wie wir die Schuldenbremse, die Flüchtlingspolitik und alle Aufgaben, die wir sonst noch haben, finanzieren wollen. Deswegen ist unser Antrag auf einen **Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge** eine Möglichkeit, langfristig Gelder zu bekommen, um diese Aufgabe zu bewältigen.

(Beifall PIRATEN)

Eine weitere Frage, die sich uns stellt, ist, inwieweit sich unsere Gesellschaft verändern wird. Unsere Gesellschaft - da müssen wir uns keine Illusionen machen - wird sich verändern. Das ist aber nichts Schlimmes. Unsere Gesellschaft verändert sich zunehmend. Sie hat sich in den letzten 30, 40 Jahren verändert und wird sich auch in Zukunft verändern, unabhängig davon, ob Leute, die Schutz suchen, zu uns kommen. Man sollte auch keine Angst davor haben, dass sich eine Gesellschaft verändert.

Ich persönlich kann mit der Panikmache vom rechten Rand nichts anfangen. Ich sehe nicht die Gefahr einer **Überfremdung**. Ich sage Ihnen auch, warum ich diese Angst vor einer Überfremdung nicht habe. Man muss sich nur einmal ansehen, wie der syrische Konflikt begann: Es war der arabische Frühling. Den arabischen Frühling haben wir damals alle begrüßt. Die Länder, die sich aufgemacht haben, haben wir unterstützt. Wir haben uns gefreut, dass sie diesen Weg gehen. Die Menschen gingen damals auf die Straße, weil sie Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Trennung von Staat und Kirche, Pressefreiheit und so weiter eingefordert haben. Das war deren zentrales Ziel. Und das sind genau die Leute, die heute vor Krieg und Terror fliehen.

Leider haben wir damals die Menschen alleingelassen. Dass der Syrienkonflikt eskaliert ist, ist gewissermaßen auch unsere Schuld. Diese Menschen fliehen jetzt vor dem Terror des IS und vor der Unterdrückung des Assad-Regimes. Man muss festhalten: Das sind keine Islamisten. All die Werte, für die beim Arabischen Frühling eingetreten wurde, sind zu unseren nicht sehr unterschiedlich. Natürlich gibt es Unterschiede, aber ich sehe keine unüberbrückbaren Gräben oder große Konflikte auf uns zukommen. Natürlich haben Menschen, die zu uns kommen, eine andere Kultur - das ist keine Frage -, aber das haben Menschen in Bayern und Sachsen auch. Die Menschen, die zu uns kommen, sollten eine faire Chance bekommen und nicht vorverurteilt werden.

(Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Ich möchte Daniel Günther und der CDU-Fraktion eine Frage stellen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Soll die beantwortet werden?)

- Ja, die kann er gern beantworten. - Die Frage ist natürlich, auf welcher Seite Sie stehen. Unterstützen Sie Kanzlerin Angela Merkel, die sich für die Aufnahme der Flüchtlinge ausspricht und sagt „Wir schaffen das“, oder sind Sie auf der Seite Ihres Landesvorsitzenden Ingbert Liebing, der sich offen gegen die Kanzlerin stellt und eine Abschiebungspredigt hält? Ich frage mich tatsächlich: Wo steht die CDU im Lande Schleswig-Holstein hier im Landtag?

(Beifall PIRATEN und SSW)

Aber auch die Koalition muss sich entscheiden. Die Frage ist, ob sie dem Landtagsbeschluss vom Mai dieses Jahres folgen will oder die Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl im Bundesrat morgen mitträgt. Den Antrag dazu haben wir eingebracht. In diesem Zusammenhang möchte ich einige Worte an Frau von Kalben richten. Ich frage mich, ob Sie bezogen auf die morgige Abstimmung wirklich alles geschluckt hätten, nur damit Sie die Handlungsfähigkeit des Staates zeigen. Hätten Sie also jeden Kompromiss mitgetragen, hätten Sie wirklich jede Entscheidung mitgetragen, nur damit der Staat handlungsfähig ist? Mit der Argumentation, die Sie gebracht haben, Frau von Kalben, geben Sie doch den Leuten von PEGIDA, der AfD, der NPD eigentlich erst die Macht, auf die aktuelle Politik einzuwirken. Es gibt Möglichkeiten im Bundesrat, Vermittlungsausschuss. Man kann sich dagegen positionieren und noch einmal verhandeln. Aber zu sagen, wir müssen die Handlungsfähigkeit des Staates demonstrieren, das halte ich für falsch.

Zum Schluss möchte ich die Frage aufwerfen, ob wir nicht erneut darüber nachdenken sollten, einen **Ausschuss für Integration und Flüchtlingspolitik** einzurichten. Ich weiß, dieser Vorschlag wurde im Frühjahr abgelehnt. Allerdings zeigt sich gerade heute, an einem Tag, an dem wir den ganzen Tag nur über das Thema Flüchtlinge debattieren, wie dominant das Thema derzeit ist. Die Aufgaben werden nicht weniger, sondern mehr. Wir sehen auch, dass der Innen- und Rechtsausschuss mit dem Thema überlastet ist. Allein die Anzahl der Anträge, die wir heute überweisen werden, ist nicht klein. Außerdem wären wir nicht die Einzigen, die einen solchen Ausschuss schaffen. Das kleine Saarland hat sich gerade diese Woche für einen solchen Ausschuss ausgesprochen.

Eines möchte ich an dieser Stelle auch noch sagen: Wir dürfen trotz des Drangs zu handeln und der akuten Ausnahmesituation die parlamentarische Kontrolle nicht aus der Hand geben. Das ist etwas ganz Wichtiges.

(Beifall PIRATEN)

Wir müssen weiterhin eine parlamentarische Kontrolle leben. Wir müssen gemeinsam hier im Parlament diskutieren, arbeiten und auch die Regierung kontrollieren. Denn eines ist klar: Wir schaffen es nur gemeinsam, die Herausforderungen, die vor uns liegen, zu meistern, wenn wir die parlamentarische Kontrolle beibehalten, wenn wir in der Politik sachlich diskutieren. Nur dann schaffen wir es, auch die Menschen draußen mitzunehmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weise Sie darauf hin, dass die für heute angesetzte Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses entfällt.

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Beginn des Jahres verzeichnen wir in Schleswig-Holstein anhaltend hohe **Flüchtlingszahlen**. Auch wenn der Sommer definitiv vorbei ist, kommen weiter viele Menschen zu uns, sogar noch mehr als in den Anfangsmonaten dieses Jahres. Der Strom reißt nicht ab, und er wird in naher Zukunft auch nicht abreißen. Die jetzigen Krisenherde liegen in Syrien, Afghanistan und dem Irak. Wo die zukünftigen Krisenregionen liegen werden, ist ungewiss. Gewiss ist jedoch, dass weiterhin Menschen ihre Heimat verlassen werden, um Schutz und Frieden zu suchen.

Die Weltpolitik findet nun ganz deutlich vor unserer eigenen Haustür statt. Was vorher nur über TV-Bildschirme zu sehen war, begegnet uns nun im Alltag. Umschalten oder wegzappen ausgeschlossen! Nun gilt es, diesen Menschen die Hand zu reichen. Natürlich läuft das nicht immer so reibungslos, wie wir uns das alle anfangs noch vorgestellt haben. Die Ereignisse überschlagen sich, und einige Vorstellungen von gestern sind morgen schon überholt.

(Lars Harms)

Dabei ist es mir wichtig zu betonen, dass die Ideen und Annahmen von dazumal, wenn man es so sagen will, nicht unbedingt falsch gewesen sein müssen, sondern sie beruhten seinerzeit schlichtweg auf anderen Tatsachen und Annahmen. Die Menschen, die zu uns kommen, sind schlichtweg nicht zählbar. Dessen muss man sich immer wieder bewusst sein. Die Zahlen ändern sich manchmal täglich.

Was wir jetzt erleben, ist, dass **Erstaufnahmeeinrichtungen**, die gerade erst eröffnet wurden, immer wieder um zusätzliche Plätze erweitert werden müssen. Unterstützung bleibt aber weiterhin nötig, gerade vonseiten der helfenden Hände vor Ort, egal ob Landesregierung, Polizei, Rotes Kreuz, Stadtvertretung oder auch Dolmetscher. Wir sind alle aufeinander angewiesen.

Auch wenn es in den kommenden Wochen nicht unbedingt einfacher werden wird, sind nach meiner Erfahrung alle Beteiligten sehr bemüht, dem humanitären Anspruch Tag für Tag gerecht zu werden. Hierfür möchten wir uns als SSW bei allen ausdrücklich bedanken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die eben zitierten Tage sind lang. Sie werden immer länger. Flüchtlingshilfe ist kein Nine-to-five-Job. Da werden die Fragen nach den Grenzen der Machbarkeit natürlich lauter. Ob wir schon an dieser Grenze sind, lässt sich schwer feststellen. Zudem lässt sich auch nur schwer feststellen oder gar beziffern, ob eine solche Grenze denn tatsächlich etwas nützt, meine Damen und Herren. Es hilft jedenfalls nicht, die Menschen zu verunsichern.

Klar ist, dass eine solche Debatte Verunsicherung schafft. Deshalb lässt sich natürlich nicht von einem Zustand träumen, in dem alles sicher und überschaubar ist. Ich bezweifle stark, dass wir in absehbarer Zeit mehr Sicherheit oder Überschaubarkeit bekommen. Denn es wird so sein, dass all die Menschen, die zu uns kommen, nicht steuerbar sein werden. Sie werden sich auch von Grenzen, von guten Worten oder gar Werbeanzeigen, die einige Länder bereits schalten, nicht aufhalten lassen, sondern die Menschen werden aus den Regionen flüchten, aus denen sie kommen. Die Welt, wenn man es so sagen will, wird kleiner, nicht nur digital, sondern inzwischen auch physisch. Dessen müssen wir gewahr sein. Deswegen müssen wir uns auch entsprechend darauf vorbereiten und nicht lamentieren.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich den Bundesfinanzminister zitieren, den ich sonst nicht so häufig zitiere. Er hat in diesem Zusammenhang klare Worte formuliert. Er hat gesagt:

„Wir lösen die Aufgabe. Und wir müssen das mit aller Entschiedenheit tun. Wir brauchen übrigens auch nicht gleich vor der Aufgabe zu verzweifeln.“

Also kein Reden davon, dass irgendetwas in irgendeiner Art und Weise begrenzt ist oder dass irgendwie ein großes Problem kommt, sondern er sagt einfach: Die Aufgabe kommt, ob wir sie haben wollen oder nicht. Deshalb müssen wir sie lösen. Deshalb muss man sich ja auch an die Lösung heranzumachen, meine Damen und Herren.

Was wir jetzt zur Lösung beitragen können und müssen, ist, die derzeitigen Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen. Die Einführung eines europäischen Quotensystems sollte in der jetzigen Zeit nicht eine Möglichkeit sein, sondern schlichtweg eine umzusetzende Maßnahme. Bislang hat Deutschland den Mammutanteil der Solidarität in der Flüchtlingsfrage getragen. Dabei wird die Partizipation der Mehrheit der **EU-Mitglieder** bisweilen schmerzlich vermisst.

Wir als Land sind in dieser Situation maßgeblich von der Bundesregierung abhängig. Aus Sicht des SSW muss diese den Druck auf EU-Ebene erhöhen, damit sich in dieser Frage etwas tut. Das ist mit Sicherheit eine schwierige Diskussion, vor der sich die Bundesregierung jedoch nicht verstecken sollte. Deutschland braucht ein Mehr an Bündnispartnern und eine klare Sprache. Wir können uns nicht länger nur mit uns selber beschäftigen, sondern müssen auf andere Mitgliedstaaten zugehen. Konflikte sind dabei gewissermaßen vorprogrammiert. Jedoch ist die Ausgangslage zu ernst, als dass man der Frage nach der Wiederaufnahme der Gespräche um ein solches Quotensystem ausweichen könnte.

Darüber hinaus muss die EU endlich eine vernünftige Kooperation mit der Türkei auf die Beine stellen, aber nicht nur mit der Türkei, sondern auch mit den anderen Staaten im Nahen Osten, die ebenfalls richtig hart in dieser Frage arbeiten und wirklich Vorbildliches leisten. Wenn man sich vor Augen hält, dass sich die Bevölkerung des Libanons aufgrund der Flüchtlinge im Prinzip verdoppelt hat, dann weiß man, dass da wirklich eine Riesearbeit geleistet wird, und zwar von einem Staat, der wirklich nichts zu bieten und keine Ressourcen hat. Das ist aller Ehren wert. Ich denke, dann ist es auch nur richtig und wahr, dass wir versuchen müssen, auch

(Lars Harms)

auf europäischer Ebene dazu beizutragen, dass diese Länder finanziell unterstützt werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, trotzdem ist Fakt: Solange es keine europäische Handhabung in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen gibt, so lange werden wir in Deutschland und auch bei uns im Land weiterhin hohe Zahlen von zu uns kommenden Menschen haben.

Wenn sich die EU wirklich als Wertegemeinschaft begreift, dann muss die EU hier gemeinsam handeln und ein gemeinsames System aufstellen. Wenn sie das nicht will, dann bin ich davon überzeugt, dass die europäische Idee gescheitert ist. Das muss sich jeder vor Augen halten. Wenn wir es nicht hinbekommen und meinen, dass die EU nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, eine Gemeinschaft ist, die dafür da ist, in irgendeiner Art und Weise Subventionen für bestimmte Branchen zu verabreichen oder Ähnliches, dann ist das nicht mehr die EU, von der die Menschen noch vor 50 Jahren geträumt haben, die den Friedensnobelpreis bekommen hat und die daher jetzt auch zeigen muss, dass sie diesen Friedensnobelpreis auch angesichts einer Krise wirklich verdient hat.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich glaube, ich habe „Friedensnobelpreis“ gesagt. Den sollte es nach meiner Überzeugung auch geben. Ich hätte dafür auch schon einen sehr guten Preisträger.

Es ist wirklich eine ernste Krise der EU. Die EU muss sehr stark handeln und eine vernünftige einheitliche Haltung in der Flüchtlingsfrage auf die Beine stellen. Sonst ist die EU in der Tat gescheitert. Es wäre schade, wenn die europäische Idee gescheitert wäre, meine Damen und Herren.

Zudem werden schnellere Verfahren vonseiten der Behörden gebraucht. Dazu ist vor allem eines nötig, meine Damen und Herren: mehr Personal. Auch da spielt der Bund eine entscheidende Rolle. Das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** ist das nationale Drehkreuz, wenn es um Verfahrensfragen geht. Der Bedarf nach mehr Personal ist in Berlin angekommen und wird in einer Aufstockung der Belegschaft des BAMF münden. So sollen bis Ende nächsten Monats 1.000 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Nürnberg eingestellt und dann auf die Erstaufnahmeeinrichtungen verteilt werden. Das ist eine richtige Entscheidung, die nun auf anderen behördlichen Ebenen fortgesetzt werden muss.

Schnellere Verfahren bedeuten für uns als SSW keineswegs eine Aushöhlung des Asylrechts. Das möchte ich hier auch noch einmal in aller Deutlichkeit betonen. Schnelligkeit hat nichts mit dem Reduzieren von rechtlichen Verfahren und Anrechten zu tun. Sondern es geht hier lediglich um Manpower. Das individuelle **Asylrecht** und auch die damit verbundenen Rechtswege sind für uns nicht anastastbar.

(Beifall SSW und SPD)

Die Landesregierung hat die kürzlich getroffenen Entscheidungen auf Bundesebene im Blick und hat bereits vor geraumer Zeit im Bereich der Gerichte, der Polizei und auch der Schulen mehr Mitarbeiter eingestellt. Hier möchte ich natürlich besonders hervorheben, dass auch Justizministerin Spoorendonk dafür Sorge getragen hat, dass eine weitere Kammer zur Abarbeitung der Asylanträge an unseren Gerichten geschaffen wird. Damit wird ein Engpass gelöst. Ob wir im neuen Jahr noch mehr Richterstellen und noch mehr Lehrer- und Polizistenstellen brauchen, müssen wir prüfen, meine Damen und Herren.

Aber was beispielsweise die Richterstellen angeht, muss man sehen, dass die meisten Flüchtlinge schon einen Anspruch haben. Sie werden gar nicht vor Gericht landen, sondern schon in den normalen BAMF-Verfahren ihre Bleibeberechtigung bekommen. Ich denke, das muss man auch immer wieder sagen: Es ist in der Tat so, über 90 % derjenigen, die zu uns kommen, werden bleiben. Wir müssen sie hier integrieren. Wir müssen ihnen helfen. Die Diskussion darüber, ob man die Menschen abschieben oder in irgendwelchen Sammellagern unterbringen kann, ist da natürlich die falsche Diskussion, meine Damen und Herren.

Leider muss man aber auch so ehrlich sein und davon Abstand nehmen, dass mit einer Neueinstellung von Mitarbeitern die Entlastungen per Fingerschnipp kommen werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir ein großes Problem haben. Denn Fakt ist, dass sämtliche öffentlichen Einrichtungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern berührt sind. Hier kann es immer Engpässe geben. Diese Engpässe ziehen sich dann durch das gesamte öffentliche Leben. Das ist nicht die individuelle Schuld von Flüchtlingen. Die einzelnen Ansprüche auf Asyl bleiben natürlich bestehen.

Aber wir müssen schon so ehrlich sein, uns einzugestehen, dass unsere **Infrastruktur** für die **Flüchtlinge** und auch unsere Integrationsmöglichkeiten begrenzt ist. Hierauf müssen wir ehrliche

(Lars Harms)

Antworten finden und manchmal auch unangenehme Entscheidungen treffen. Der Kompromiss zwischen Bund und Ländern beinhaltet solche Kompromisse. Solche Kompromisse zwischen Demokraten wird es weiterhin geben müssen, damit wir die Udemokraten kleinhalten können, meine Damen und Herren.

Was langfristig aus SSW-Sicht mitgedacht gehört, ist die Bekämpfung der **Fluchtursachen**. Wir müssen einen ehrlichen Beitrag dazu leisten, den Menschen in ihren Heimatländern eine Lebensperspektive bieten zu können. Das ist ein ehrenwertes Ziel, das in Anbetracht der Krisenherde der Welt zuweilen unerreichbar erscheint. Doch anstatt uns mit Blick auf die Ausgangslage zu verlieren, sollten wir Kräfte bündeln. Dazu gehört es, Bündnispartner an seine Seite zu holen und gegebenenfalls dort einen draufzulegen, wo bisherige Maßnahmen schon gefruchtet haben.

Als nördlichstes Bundesland in der Republik sind wir auf dem **Balkan** vergleichsweise gut aufgestellt. Man glaubt es kaum. Dank „Schüler Helfen Leben“, der FUEV und dem ECMI und auch manch anderer Organisation werden Beispiele aufgezeigt, wie ein wenig mehr Licht in den Alltag der Menschen auf dem Westbalkan gebracht werden kann.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

Manchmal ist es banal. Man kann mit einer gesicherten Fahrt mit dem Bus zur Schule oder mit etwas Nachhilfeunterricht viel ausrichten. Manchmal ist es komplizierter. Auch das ist klar. Doch wir brauchen auch nicht gleich zu verzweifeln. Denn klar ist auch: Allgemeine Verzweiflung wird nicht die Lösung bringen, im Gegenteil. Projekte, die jetzt schon auf dem Balkan zugunsten der Roma-Minderheiten laufen, sind ermutigend. Deshalb war es wichtig, dass sich unsere rot-grün-blaue Regierung auf Bundesebene für die Finanzierung genau solcher Roma-Projekte eingesetzt hat.

Formalrechtlich haben wir natürlich nur für unsere eigenen Sinti und Roma einen Verfassungsauftrag. Natürlich wissen wir, dass andere Roma-Minderheiten riesige Probleme haben. Das ist vielleicht keine formale staatliche Verfolgung, dort herrscht auch kein Bürgerkrieg, der automatisch zu einem Bleiberecht führen würde, aber es gibt eine faktische Verfolgung, und diesen Menschen müssen wir helfen. Wir haben vor Ort gute Leute, die dort schon etwas tun. Dort muss mehr getan werden, dafür müssen Finanzmittel bereitgestellt werden. Ich bin froh, dass dies vonseiten des Landes Schleswig-Holstein ein Kern der Verhandlungen mit dem

Bund war. Ich bin guter Hoffnung, dass hier Projekte vernünftig angeschoben und verstetigt werden können.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, als Verzweiflungsruf kommt für uns als SSW auch die Debatte um die Transitzone daher. **Transitzonen**, ähnlich wie die an den Flughäfen, würden keine Entlastung bringen. Klar, sie sammeln erst einmal die Flüchtlinge und Asylbewerber und konzentrieren diese an einem bestimmten Ort, um den dann auch noch ein riesiger Zaun gebaut werden muss mit Stacheldraht und Wachposten. Mindestens fünf Monate lang müssten die Menschen dort verbringen, wahrscheinlich auf engstem Raum und mit einem extrem beschränkten Bewegungsradius. Ich bezweifle stark, dass die Transitzone eine zielführende Lösung bewirken können. Asylverfahren verlaufen nicht schneller, wenn man die Betroffenen massenhaft wegsperrt.

Rein faktisch ist es doch so, dass die Menschen über alle möglichen Wege zu uns kommen und nicht per se über einen bestimmten Abschnitt an der Bundesgrenze. Schnellere Verfahren kann es nur mit mehr Personal geben, da werden auch die Transitzone meiner Meinung nach wenig bewirken können, denn das Asylrecht selbst ändert sich nicht, egal ob der Betroffene nun in einer Erstaufnahmeeinrichtung lebt oder sich in einer sogenannten Transitzone befindet. Außerdem hat die EU-Kommission gerade darauf hingewiesen, dass dies ohnehin nur als eine zeitlich befristete Maßnahme gehandhabt werden darf. Das ist wieder ein Einfall, der mit großer Wahrscheinlichkeit leider keine Entlastung mit sich führen wird. Deswegen braucht kein Mensch Transitzone oder Sonderlager. Diese wäre nach unserer Auffassung unmenschlich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was nach unserer Auffassung auch nichts bringen wird, ist die Reduzierung von sogenannten Einreiseanreizen, falls es so etwas überhaupt gibt. Sachleistungen sind absurd. Sie blähen die Verwaltungsorgane unnötig auf und würden dazu beitragen, die Handlungsschritte zu verlangsamen. Neben Essensversorgung und dem Aufstellen von Betten soll nun also auch noch das Verteilen von Zahnbürsten und Nagelscheren verwaltet und dokumentiert werden?

Das ist einfach nur lebensfremd. Ich erinnere an dieser Stelle gern an die Debatte in den 90er-Jahren. Dabei haben sich einige Landräte bequem hin-

(Lars Harms)

ter diesen **Sachleistungen** versteckt. So weit wollen wir es in Schleswig-Holstein nicht wieder kommen lassen. So ist es den Ländern selbst überlassen, ob sie tatsächlich Sach- oder Geldleistungen an die **Flüchtlinge** und Asylbewerber aushändigen wollen. Wir in Schleswig-Holstein sollten uns nicht in der Verwaltung von Hygieneartikeln und Kaugummi verlieren und stattdessen die Ressourcen besser zielgerecht einsetzen. Deshalb dürfen die Kommunen nicht mit zusätzlichen Verwaltungsaufgaben belegt werden. Bürokratieabbau und nicht -aufbau ist auch in der Flüchtlingsfrage die Lösung. Deshalb: Geldleistungen statt Sachleistungen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Beer?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte.

Angelika Beer [PIRATEN]: Lieber Kollege Harms, in diesem Punkt sind wir uns vollkommen einig. Ich gehöre zu denjenigen, die vor vielen Jahren Sachleistungsgutscheine gegen Geld getauscht haben, um Flüchtlingen bei uns ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Daraus möchte ich meine Frage ableiten. Es gibt die Vereinbarung der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin vom 24. September. In dieser wurde schriftlich abgelehnt, Fehlanreize aufrechtzuerhalten. Dies wurde als Begründung genommen, um Sachmittel statt Bargeld einzuführen. Dies ist ein Konsensprotokoll, das auch vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten unterzeichnet ist. Wie bringen Sie Ihre Aussage von eben damit überein?

Lars Harms [SSW]:

Das kann ich Ihnen relativ genau sagen. Ihre Frage kann ich beantworten, indem ich sage, was ich schon vorhin gesagt habe. Es ist unheimlich schwierig, unter Demokraten einen Konsens hinzukriegen, aber man muss einen Konsens hinkriegen. Manchmal ist ein Kompromiss eine richtig harte Kiste. Das war auch ein Kompromiss, der eine rich-

tig harte Kiste ist. Dieser Kompromiss mündete aber in Folgendes: Sachleistungen können gewährt werden, aber auch Geldleistungen können gewährt werden, und wir können das selbst entscheiden.

Klar, auch ich finde es ganz fürchterlich, dass man als Asylbewerber in Bayern in Zukunft Sachleistungen bekommt. Ich finde es auch ganz fürchterlich, dass schwarze Landräte in Schleswig-Holstein auf die Idee kommen könnten, Sachleistungen in ihren Einrichtungen einzuführen, die sie betreiben. Das finde ich nicht gut. Ich weiß aber, dass wir als Land Schleswig-Holstein das Recht haben, in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen Geldleistungen zu gewähren. Ich habe zum Ausdruck gebracht, dass wir das auch tun wollen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werben dafür, dass sämtliche Landräte und Oberbürgermeister in Schleswig-Holstein, sofern sie Gemeinschaftseinrichtungen betreiben, Geldleistungen gewähren. Hier sind wir mit Sicherheit auf einer Seite.

Meine Damen und Herren, die Ressourcen zielgerecht einzusetzen, heißt auch, die dafür benötigten Mittel systematisch zu verteilen. Das Land steht - wie in der Vergangenheit auch - zu seiner 70-30-Finanzierung, und hier gilt der Leitsatz: Das Geld folgt den Aufgaben. Die Versorgung von Flüchtlingen in den Kitas, Schulen und in den Unterbringungseinrichtungen gehört zweifelsfrei dazu. In den vergangenen vier Monaten ist das Land in Vorleistung gegangen, und auch in Zukunft muss das Land weiterhin viele Aufgaben in punkto Flüchtlingshilfe übernehmen und ausführen. Von daher ist die bisherige und künftige finanzielle Regelung absolut sinnvoll. Wir haben es vorhin gehört: Der Ministerpräsident steht in ständigen Gesprächen mit den Kommunen, um möglicherweise zu sehen, ob es noch etwas gibt, was die Kommunen über das normale Maß hinaus erbringen. Hier wird es sicher viele Dinge geben, und hier werden wir sicher zu einer vernünftigen Regelung kommen.

Allerdings ist auch klar: Das **Land** hat schon finanzielle Vorleistungen erbracht, und das Land erbringt Leistungen in der Flüchtlingsfrage, wenn man allein an die Erstaufnahmeeinrichtungen denkt. Auch dies muss finanziert werden. Ich glaube, wir werden mit den **Kommunen** in einem Kompromiss zu einer fairen **Lastenverteilung** kommen.

Wenn wir nun über Lastenverteilung reden, dann reden wir möglicherweise auch über den **Solidaritätszuschlag** und darüber, diesen nach dessen Aus-

(Lars Harms)

laufen in einen Flüchtlingszuschlag umzumünzen. Das lehnen wir als SSW klar ab. Wir sehen den guten Willen, der hinter dieser Idee steckt, nämlich Sicherheit in der Finanzierung zu erhalten. Das ist gar keine Frage, jedoch würde dies eine ganz bestimmte Gruppe nur zusätzlich stigmatisieren, und ein solches Szenario wollen wir vermeiden. Das sage ich ganz bewusst. Es geht darum, dass in der öffentlichen Debatte gesagt wird, Geld, das vorher für Straßen und Schienenwege ausgegeben wurde, wird nun für die Flüchtlinge ausgegeben. Die Diskussion wird sein: Hier werden Steuern extra für die Flüchtlinge gezahlt und so weiter. Genau diese Diktion wollen wir vermeiden. Wir sehen selbstverständlich, dass bei den PIRATEN der gute Wille dahintersteht, das ist nichts Bösesartiges, aber wir haben einfach das Gefühl, dass die öffentliche Diskussion eine völlig andere werden und auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen werden würde. Deswegen haben wir sehr große Schwierigkeiten mit dieser Idee.

Meine Damen und Herren, es geht aber auch um eine grundsätzliche Frage. Grundsätzlich finden wir, dass die Behandlung der Flüchtlingsfrage eine nationale Aufgabe ist, die primär aus dem **Bundeshaushalt**, aus dem allgemeinen Haushalt heraus finanziert gehört. So, wie ich die Bundeskanzlerin in ihren letzten Äußerungen verstanden habe, ist auch sie der Auffassung, dass man diese Aufgabe durchaus aus dem Bundeshaushalt finanzieren kann.

Eine Aufgabe, die uns noch in den nächsten Jahren begleiten wird, ist, bleibt und wird dauerhaft **Humanität** sein. Humanität ist harte Arbeit, doch sie ist ein Ziel, für das es sich einzusetzen lohnt. Daran sollten wir nicht nur heute, sondern auch in Zukunft festhalten. Deshalb gilt für uns auch, dass das Recht auf Asyl unantastbar ist. Wir wollen nicht, dass das **Asylrecht** systematisch ausgehöhlt wird. Natürlich müssen abgelehnte Asylbewerber, die auch im Widerspruchsverfahren abgelehnt worden sind, zurückgeführt werden. Das ist bei uns aber eine Aufgabe der Kreise, und diese können eigenständig entscheiden, wie sie das tun.

Nach unserer Auffassung darf dies allerdings nur in Sicherheit und Würde geschehen. Deshalb finden wir es gut, dass wir uns in der Frage, ob Menschen im Winter abgeschoben werden können, darauf geeinigt haben, dass diejenigen, die körperlich dazu nicht in der Lage sind, aber auch kleine Kinder, Jugendliche und Unbegleitete, nicht zurückgeführt werden, sondern den Winter über hierbleiben können. Ich glaube, das war eine richtige Entschei-

dung. Ich bin froh, dass wir eine so humanitär orientierte Koalition beziehungsweise Landesregierung haben. Vielen Dank!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Hauptpunkt ist aber, dass wir uns um die Menschen kümmern, die bleiben. Hier geht es um Schulbildung, Kindergartenbetreuung, Deutschkurse, Arbeitsplätze, ja selbst um die Gesundheitskarte und um vieles mehr. Wir haben als Koalition schon viel getan, und wir werden Weiteres tun. **Integration** wird eine dauerhafte Aufgabe, für uns ist die Flüchtlingsfrage zuallererst eine Frage der Humanität, und Humanität kennt keine Grenzen, genauso wenig, wie das Recht auf Asyl Grenzen kennt. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:40 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung. Wir fahren in den Beratungen fort. In der zweiten Runde hat jetzt die Frau Abgeordnete Astrid Damerow für die CDU-Fraktion das Wort.

Bevor die Frau Abgeordnete zu reden beginnt, gestatten Sie mir noch eine kurze Anmerkung. Nach der ersten Runde aller Fraktionen wird der mündliche Bericht, der heute Morgen beschlossen worden ist, vom Innenminister gehalten. Danach kommen wir zur Abarbeitung der noch verbliebenen Redezeiten.

Frau Abgeordnete, jetzt wird Ihr Mikrofon freigeschaltet. Sie haben nun das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte heute Vormittag waren wir uns fraktionsübergreifend darin einig, dass die vor uns liegenden Aufgaben große Aufgaben sind, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise eine Aufgabe der Weltgemeinschaft ist und dass die Europäische Union vor einer großen Herausforderung, wenn nicht sogar vor einer Zerreißprobe steht.

(Astrid Damerow)

Wir alle erinnern uns noch an unsere Gespräche, die wir anlässlich unserer Ausschussreise nach Brüssel im Sommer mit unseren schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten hatten. An den großen Befürchtungen, die diese damals geäußert haben, hat sich leider bis heute auch nichts geändert.

Ich finde es ausgesprochen klug, dass man auf europäischer Ebene nun auch das Gespräch mit anderen Staaten im arabischen Raum, mit der Türkei sucht, um zu besseren Lösungen zu kommen.

Allen ist auch bewusst - das hat der Kollege Dr. Stegner heute Morgen sehr deutlich gemacht -, dass wir dabei auch mit Staaten reden werden, deren politische Führung wir durchaus kritisch sehen. Aber im nationalen Interesse, auch im europäischen Interesse werden wir dies tun müssen. Das ist gut, und das ist auch richtig.

(Vereinzelter Beifall CDU)

In unserem Land führen wir eine etwas andere Debatte. Wir diskutieren in den letzten Tagen sehr häufig über Belastungsgrenzen, über Flüchtlingswellen, über die Geschwindigkeit, in der die Flüchtlinge bei uns in Deutschland ankommen. Auch das war heute Morgen Thema.

Der Kollege Dr. Stegner sagte in einem Satz, dass wir konstatieren müssten, dass eine **Belastungsgrenze** erreicht sei. Er hat allerdings einen Satz später auch gesagt, eine Debatte über Obergrenzen halte er für falsch. Diesen Satz habe ich nicht verstanden, und ich glaube, diesen Satz verstehen auch unsere Bürger nicht. Denn wenn wir konstatieren, dass wir eine Belastungsgrenze erreicht haben oder dass wir Obergrenzen brauchen oder eben auch nicht, dann müssen wir unseren Bürgern auch erklären, wie wir das erreichen und umsetzen wollen. Dazu war heute Morgen gerade von den Sprechern der Koalitionsfraktionen eher weniger zu hören. Das finde ich sehr bedauerlich.

Wir haben sehr viel Raum darauf verwandt, Ihnen zuzuhören, wenn Sie sagten, dass Sie zum Beispiel **Transitzonen** per se schlecht finden. Das haben Sie sehr ausführlich dargelegt. Ich habe mich die ganze Zeit über gewundert, woher Sie eigentlich die Kenntnisse darüber haben, wie diese Transitzonen konkret aussehen sollen; uns sind sie nämlich nicht bekannt, denn dies wird in Berlin im Moment erarbeitet.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Deswegen finde ich es sehr bedauerlich, Herr Kollege, dass Sie dagegen sind, wenn man gar nicht weiß, wie das aussieht.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Astrid Damerow [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Damerow, niemand weiß, wie das aussehen kann. Aber wenn in einem Gesetzentwurf, der von Herrn de Maizière stammt, steht, dass das eine Hafteinrichtung sein soll, die dann für alle gilt, die da in Haft genommen werden, und dass man eine grüne Grenze hat, dann wird man doch fragen dürfen - und mehr haben wir gar nicht getan -: Gilt in diesem Fall das Asylrecht, oder gilt es nicht? Wollen Sie Bürgerkriegsfamilien in Haft nehmen, oder wollen Sie Zäune oder eine Mauer bauen? Das sind die Fragen, die wir gestellt haben. Wenn man die nicht beantworten kann, Frau Kollegin Damerow, dann kann man doch nicht auf die Idee kommen, das für eine gute Idee zu halten. Darum geht es doch im Ernst, um nichts anderes.

(Beifall SPD)

- Herr Dr. Stegner, ich denke, Fragen kann man stellen. Auch wir werden einige Fragen dazu haben. So ist das aber heute Morgen leider nicht bei uns angekommen. Auch der Kollege Harms hat in seinem Redebeitrag sehr deutlich gemacht, wie das alles aussehen würde. Er hat von 5 m hohen Zäunen gesprochen, von Stacheldraht und so weiter. Ich weiß das nicht. Fragen kann man stellen, ja. Aber auch in Ihrem Antrag schreiben Sie, dass Sie Transitzonen ablehnen.

Auch Ihre Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene wissen schon jetzt ganz genau, dass sie Transitzonen ablehnen werden. Ich will damit sagen, Herr Kollege, dass ich es für falsch halte, einzelne Dinge schon im Vorhinein abzulehnen, bevor wir inhaltlich darüber diskutiert haben.

(Beifall CDU)

Dieses reflexartige Ablehnen von Vorschlägen halte ich für problematisch.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Astrid Damerow [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Damerow, dann lassen Sie uns das doch andersherum machen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie hier erklären würden, dass Sie gegen Haftanstalten für Bürgerkriegsflüchtlinge sind, dass Sie gegen Zäune und Mauern sind und dass Sie dafür sind, das Asylrecht anzuwenden. Wenn Sie mir dann auch noch erklären, warum wir das dann nicht in den zentralen Aufnahmestellen von Passau bis Neumünster machen, dann bin ich heute Nachmittag richtig glücklich.

- Herr Kollege Stegner, Sie werden dazu von mir nichts hören, weil ich mich zu den Transitzone abschließend überhaupt noch nicht festlegen werde - genauso wenig wie meine Fraktion, weil wir einfach noch nicht wissen, wie die Praxis aussehen wird. - Das war meine Antwort. Danke.

Im Übrigen weise ich auch noch darauf hin, dass wir im selben Atemzug Hotspots in Griechenland und in Italien begrüßen. Ein **Hotspot** geht mit Verlaub ohne Zaun. Da bin ich aber mal sehr gespannt. Der einzige Unterschied ist, dass ein solches „Lager“ nicht auf deutschem Boden ist.

Aber auch hier höre ich nicht, dass wir das ganz teuflisch finden. Deshalb bitte ich darum, ein Stück weit Sachlichkeit walten zu lassen und zunächst abzuwarten, wie die Dinge konkret aussehen sollen, bevor wir sie pauschal ablehnen.

Das gilt - dies möchte ich bei der Gelegenheit auch sagen - vielleicht auch für Anträge, die wir in diesem Hohen Hause jeweils stellen. Ich fand es schon sehr merkwürdig, als wir vor 14 Tagen unseren Antrag, den wir heute diskutieren, der Presse vorgestellt haben, aber schon am Abend alle Kollegen wussten, dass sie den ganz schrecklich fänden, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem der Antrag dem Landtag noch gar nicht zugeleitet worden war. Ich finde diese reflexartige Ablehnung von **Vorschlägen** der jeweils **anderen Fraktionen** höchst problematisch. Es empfiehlt sich manchmal, Anträge zunächst zu lesen, bevor man sie ablehnt.

(Beifall CDU)

Wir haben heute Vormittag viel darüber diskutiert, was auf Bundesebene passieren muss. Es sind viele Forderungen in Richtung Bund gestellt worden, auch was die Organisation und die Personalstärke des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge angeht. Wir teilen die Kritik am **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** durchaus zum Teil. Aber ich finde, an der Stelle gehört auch zur Wahrheit, zu konstatieren, dass auch das Bundesamt für Migration **Personal** für die Stellen, die ihm bewilligt worden sind, erst einmal finden muss. Dieser Gedankengang kann uns doch gar nicht so fremd sein, weil wir ähnliche Probleme in unserem Land ja auch mit unserer Landesbehörde haben. Auch hier möchte ich also ein wenig mehr Fairness anmahnen in der Kritik Richtung Bundesamt für Migration.

Genauso intensiv, wie wir Richtung Bund schauen, müssen wir aber auch in unserem eigenen Land Richtung **Kommunen** schauen. Dabei beginnt für uns in Zukunft doch erst die richtige Herausforderung. In den vergangenen Tagen haben wir sehr viel über die Unterbringung der Flüchtlinge gesprochen, die bei uns ankommen, weil das derzeit die Hauptherausforderung ist.

Dabei gerät jedoch ins Hintertreffen, dass die wirkliche echte große Herausforderung, nämlich die **Integration** dieser Menschen, erst noch kommt, nämlich dann, wenn diese Menschen in den Kommunen ankommen. Dann brauchen wir dort funktionierende Strukturen. Dann brauchen wir Amtsverwaltungen, Bürgermeister, Gemeindevertreter und so weiter, die sich engagieren, die sich gut informiert fühlen, die sich unterstützt fühlen. Wir brauchen nach wie vor unsere ehrenamtlichen Helfer, nicht nur in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Wir brauchen die vielen Bürger, die sich bei den Tafeln, Runden und so weiter engagieren, denen ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank aussprechen möchte. Sie alle brauchen wir auch in Zukunft.

(Beifall CDU)

Sie alle brauchen **Strukturen**, die ihnen dabei helfen. Wir werden auch überprüfen müssen, ob die Instrumente, die wir bisher für die Integration erarbeitet haben, für diese Herausforderung geeignet sind.

Heute Morgen hat der Ministerpräsident zahlreiche Maßnahmen aufgezählt, die die Landesregierung ergreift. Große Teile davon sind bereits bekannt. Einige sind bereits auf dem Flüchtlingsgipfel Anfang Mai mit den Gemeinden verabredet worden. Wir haben im September einen Umsetzungsbericht

(Astrid Damerow)

über die Vereinbarungen erhalten, die im Rahmen dieses Flüchtlingsgipfels getroffen worden sind.

Ich muss sagen, ich fand ihn etwas enttäuschend. Viele der Punkte, die der Ministerpräsident heute Morgen aufgezählt hat, sind gut und richtig, aber leider noch nicht ausreichend umgesetzt. Ich habe heute Morgen nur gehört, die Landesregierung werde anerkannte **Gemeinschaftsunterkünfte** wieder fördern. Aber noch in keinem Kreis ist ein Angebot angekommen. Wie soll das konkret gehen? Kein Kreis hat bisher wirklich Unterstützung erhalten oder ist gefragt worden: Braucht ihr Gemeinschaftsunterkünfte, oder wollt ihr welche? - Darauf warten die Kreise nach wie vor.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- In derselben wie Sie, Kollegin Midyatli.

Meine Damen und Herren, dasselbe gilt für das Thema **Integrationspauschale**. Wir nehmen zur Kenntnis, dass diese um 100 € erhöht wird. Wir wollen dabei aber nicht vergessen, dass es von Mai bis September gedauert hat, bis ein Durchführungserlass für diese 900 € Integrationspauschale vorgelegen hat. Dabei sind wir zu langsam.

Ich finde, auch das gehört zur Wahrheit. Wenn ich im Land unterwegs bin und vor Ort Gespräche mit Bürgermeistern und Gemeindevertretern führe, dann stelle ich fest, dass sie alle häufig auf Antworten des Landes warten, die sie entweder zu spät oder auch gar nicht bekommen.

Mein Fraktionsvorsitzender hat heute Morgen den **Gipfel mit den Kommunen** Ende September angesprochen. Ich kann durchaus nachvollziehen, dass man bestimmte Bundesgelder im Moment noch nicht verteilen kann. Die Landesregierung kann jedoch eine grundsätzliche Entscheidung treffen. Wenn ich an die vorgeschlagenen 670 € pro Flüchtling und Monat denke, dann kann man sich überlegen, ob das Land grundsätzlich bereit ist, nicht nur 70 % der Kosten zu übernehmen, oder ob man sich als Land bereit erklärt, künftig die Kommunen zu 100 % zu entlasten, wie es andere Bundesländer tun. Das ist eine Grundsatzentscheidung, die wir uns von dieser Landesregierung im Sinne der Kommunen gewünscht hätten. Schließlich brauchen auch unsere Kommunen Planungssicherheit.

Das Letzte, was wir brauchen, ist eine Verteilungsdiskussion in unseren Gemeinden und Kreisen. Wir alle kennen unsere **Kreishaushalte** und unsere **Kommunalhaushalte**. Wir alle wissen, dass unsere Kreise schon seit Jahren an schwierigen **Konsolidierungsprogrammen** teilnehmen. Wir alle wis-

sen, dass unsere Kreise finanziell noch weiter herausgefordert werden. An dieser Stelle wäre also eine Aussage sehr hilfreich gewesen.

Ich kann die Enttäuschung der kommunalen Familie an dieser Stelle sehr gut nachvollziehen. Meine Fraktion wird fordern, dass das Land zukünftig 100 % dieser Kosten übernimmt.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich abschließend zu einem weiteren Thema kommen, das ich für entscheidend halte. Wir haben heute Morgen vielfach gehört, dass unsere **Bürger Sorgen und Ängste** haben. Wir wissen auch, dass die Bürgermeister vor Ort immer die ersten sind, die angesprochen werden, die erklären müssen, was passiert. Wir wissen auch - das war auch heute wieder der Presse zu entnehmen -, dass sie sich nach wie vor häufig nicht genügend informiert fühlen.

Verehrte Landesregierung, das ist ein **Organisationsproblem**. Es kann doch nicht so schwierig sein, Kommunikation Richtung Kommunen zu organisieren. Entschuldigungen, wie wir sie heute der Presse entnehmen konnten, finde ich nicht ausreichend, dass bestimmte Informationsdefizite gegeben seien und deshalb die Kommunikation nicht geklappt habe. Ich finde, das darf uns nicht passieren, schon gar nicht in den Orten, in denen es Erstaufnahmeeinrichtungen gibt; denn die Belastungen und die Ängste, die bei den Bürgern dort entstehen, sind noch einmal ganz andere, als wenn wir von der Verteilung in die Kommunen sprechen.

Ich meine, es darf nicht sein, dass unsere Bürgermeister immer erst im Nachhinein informiert werden. Das war an vielen Orten der Fall. Das war so in Boostedt, in Seeth und Albersdorf und jetzt in Itzehoe. Mir ist sehr wohl klar, dass die Hausspitze auch noch andere Termine hat. An dieser Stelle wünsche ich mir jedoch eine andere Prioritätensetzung oder aber, dass eine andere Kommunikationsebene beziehungsweise eine andere **Kommunikationsstruktur** geschaffen wird.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Möglicherweise brauchen wir ein Kommunikationslagezentrum, das sich nur damit beschäftigt, Kommunikation zu transportieren. Ich denke, das würde mancher Unsicherheit und manchem Unmut die Spitze nehmen.

(Beifall CDU)

Darüber hinaus - und das ist eine Aufgabe, die uns alle betrifft - müssen wir unseren Bürgern ständig

(Astrid Damerow)

erklären: Was ist **Integration**? Was bedeutet die Aufnahme von Flüchtlingen in der Kommune? Was ist eine Erstaufnahmeeinrichtung? Wie geht eine Kommune mit den Bewohnern einer Erstaufnahmeeinrichtung um? Wie geht eine Kommune mit Flüchtlingen um, die dauerhaft einer Kommune zugewiesen werden?

Hierbei gibt es sehr viel **Erklärungsbedarf**. Ich denke, das ist eine unserer Hauptaufgaben, die wir erfüllen müssen, damit wir Verunsicherungen und auch Gerüchten vorbeugen können. Viele Gerüchte, Ängste und Unsicherheiten entstehen einfach durch Unwissenheit.

Wir alle erleben das immer wieder. Ich erinnere an die Einwohnerversammlung in Boostedt und daran, wie häufig dort die Erklärung vonnöten war, was eine Erstaufnahmeeinrichtung ist und wie es mit den Menschen aussieht, die man da integrieren möchte, weil die wenigsten Bürger wissen, dass diese Menschen gar nicht lange da bleiben. Ich finde, hier tut Erklärung not. Wir müssen die Ängste aufnehmen. Es reicht nicht zu sagen: Es gibt keinen Grund, Angst zu haben. Die Menschen haben in vielerlei Hinsicht Angst. Ich halte es schon für wichtig, mit dieser Angst wertschätzend umzugehen, auch wenn für uns, die wir in dem Thema drin sind, manche der Ängste nur schwer nachzuvollziehen sind und wir dann häufig dazu neigen, darüber hinwegzugehen. Ich denke, das darf uns in keiner Weise passieren.

Deshalb auch heute Morgen zu der Diskussion um Begrifflichkeiten: Die **Begriffe** Internierung, Gummiknüppel, Stacheldraht und Zaun fielen heute Morgen, das wurde alles hier aufgezählt. Anschließend hat man das mit Abscheu von sich gewiesen. Ich weiß nicht, warum wir in unseren Debatten immer mit solchen Bildern arbeiten müssen, denn das sind Bilder - -

(Peter Eichstädt [SPD]: Weil sie da sind!)

- Der Kollege Dr. Stegner hat heute Morgen ganz deutlich gesagt, er möchte keine Bilder von Stacheldraht, Gummiknüppeln und so weiter haben, und das an den Grenzen.

(Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN] - Weitere Zurufe)

- Das mag ja alles ein, aber die haben wir hier doch gar nicht.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: An den Grenzen von Ungarn! - Zuruf Lars Winter [SPD])

- Warum, Herr Kollege, müssen wir solche Bilder erzeugen, nur damit wir sie dann mit Abscheu von uns weisen können? - Das tut nicht not. Das schafft Ängste und ist komplett übertrieben.

(Lars Winter [SPD]: Das ist tägliche Praxis! - Zurufe Birte Pauls [SPD] und Tobias von Pein [SPD] - Glocke Präsident)

Nun lassen Sie mich noch einen Nebensatz sagen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort. Allerdings fragt der Herr Abgeordnete Dr. Stegner - -

Astrid Damerow [CDU]:

Nein danke, ich möchte keine weiteren Zwischenfragen zulassen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Keine weiteren Zwischenfragen. - Meine Damen und Herren, die Frau Abgeordnete Damerow hat das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Der Herr Kollege Dr. Stegner hat heute Morgen in seinem Redebeitrag dargestellt, was er an unseren Grenzen - das hat er sehr plastisch geschildert - alles nicht sehen möchte. Das steht überhaupt nicht zur Debatte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das gibt es an den Grenzen in Ungarn und in Mazedonien! Und hier wollen wir das nicht!)

- Ja, das ist ja richtig, aber Sie erwecken permanent den Eindruck, als stünden wir kurz davor, dass wir hier bei uns solche Bilder auch haben. Haben wir nicht!

(Zuruf SPD: Was sollen Sie denn?)

Im Übrigen, um das an der Stelle auch zu sagen: Mein Hinweis auf den **Leistungsumfang der Gesundheitskarte** diene auch dazu, Missverständnissen in der Einwohnerschaft vorzubeugen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Bei uns sind durchaus Fragen gekommen, ob jetzt Flüchtlinge, die zu uns kommen, jetzt mehr Leistungen bekommen als alle anderen. Auch das gehört dazu.

(Peter Eichstädt [SPD]: Nein, die bekommen immer noch weniger!)

(Astrid Damerow)

- Ja, natürlich! Das kann man ja dann einmal klarstellen.

Ich denke, wir sind uns in wesentlichen Punkten einig über die Herausforderung. Wir diskutieren über den Weg. Das ist alles richtig. Aber ich denke, das Ziel muss für uns sein, dass wir diese **Herausforderung bewältigen**. Deshalb schlage ich vor, dass wir alle Anträge, die wir heute vorliegen haben, an die Ausschüsse überweisen, um sie dann dort weiter zu beraten. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Absolventen der Volkshochschule Neumünster, der Albert-Schweitzer-Bildungsstätten in Schleswig-Holstein und den SPD-Landtagsabgeordneten a. D. Helmut Jacobs. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wir brauchen, sind Antworten und **konstruktive Lösungsbeiträge** und keine irgendwie gearteten Aussagen wie: Wir können uns vorstellen, aber wir wissen noch nicht ganz genau wie, und Zäune soll es aber nicht geben. - Wollen Sie die Flüchtlinge dann alle hypnotisieren und dann auf einer Fläche vor der Grenze aufhalten?

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wie wollen Sie Menschen, die schon über 3.500 km unterwegs sind und etliche Grenzen überwunden haben, sonst in diesen **Transitzonen** aufhalten? Ich möchte gern, dass diese Frage hier einmal beantwortet wird, es sei denn, Sie stecken sie wortwörtlich in Gefängnisse. Das, liebe Kollegin Astrid Damerow, muss man hier ganz klar so formulieren. Das haben wir heute Vormittag auch getan.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann möchte ich auch mit einem Märchen aufräumen: Nicht wir sind diejenigen gewesen, die die

ganze Zeit davon geredet haben, dass die **Verfahren beschleunigt** werden sollen, damit die Menschen schneller abgeschoben werden, sondern Sie haben jedes Mal dieses Fass aufgemacht. Daraufhin mussten wir Ihnen erst einmal sagen, wie diese Verfahren funktionieren und dass immer noch nicht genügend BAMF-Mitarbeiter zur Verfügung stehen, damit dieses Verfahren überhaupt starten kann. Wenn Sie heute als Flüchtling registriert werden, wenn Sie heute eine Registrierung in einer Landesunterkunft bekommen, wissen Sie, wann der Termin zur ersten Anhörung beim BAMF ist? - Im März! Im März, liebe Kollegin Damerow, im März! Das ist nicht Aufgabe des Landes. Deswegen werden wir hier auch weiterhin Druck machen beziehungsweise hier die Appelle in Richtung Berlin senden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fakt ist: Wir stehen alle vor einer großen Herausforderung. Wir hier im Parlament, wir **Abgeordnete** müssen auch unseren **Beitrag** dazu leisten, und wer, wenn nicht wir - wer dann? -, soll hier im Land, vor Ort in den Wahlkreisen all die Fragen beantworten, die die Menschen haben zur Gesundheitsversorgung, zu den DaZ-Unterrichten, zu der Frage, wie das in der Kita funktioniert, zu dem, was auf dem Arbeitsmarkt passiert, wie wir organisieren wollen, Unterkünfte zu bauen oder aber auch das mit den Erstaufnahmen. Das ist unsere Aufgabe, und dafür sind wir auch gewählt worden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es reicht nicht, in diesen Zeiten Opposition und Regierungsfaktionen zu spielen. Wir alle müssen hier unseren Beitrag leisten, dass wir genau die Antworten vor Ort liefern. Da bin ich ganz bei Ihnen.

(Johannes Callsen [CDU]: Machen Sie das doch mal! - Volker Dornquast [CDU]: Tun Sie es doch endlich! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Reden Sie doch nicht solch einen Unsinn!)

- Noch einmal im Chor, die Herren!

Die Antworten sind genau die, die wir bereits im Mai schon miteinander hier vereinbart haben. Tun Sie nicht so, als hätten wir dies nicht gemacht. Wir haben im letzten Haushalt 2014 - ich glaube, Sie haben dagegen gestimmt - 2 Millionen € für die Herrichtung kommunaler Unterkünfte beschlossen. So heißt der Titel.

(Serpil Midyatli)

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Gelder sind bereits ausgegeben. Der Titel ist schon überzeichnet. Wir werden diese Mittel im nächsten Haushalt aufstocken, damit dieses Geld weiterhin bei den Kommunen ankommt.

(Zurufe Astrid Damerow [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Erzählen Sie hier keine Märchen. Ich möchte gern zu den Fakten kommen, weil Sie immer so gern wissen möchten, was wir bisher in diesem Land geschafft haben. Die Fakten sind, dass wir noch letztes Jahr 1.350 **Erstaufnahmeplätze** hatten - 1.350! Was hat dieser Innenminister in diesem Sommer geschafft? - Dieser Innenminister hat mit seinem Team innerhalb weniger Monate 11.000 neue Erstaufnahmeplätze in diesem Land geschaffen - 11.000!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Johannes Callsen [CDU])

- Kollege Arp, ich habe zwei Brüder zu Hause, ich kann dagegenhalten. Glauben Sie mir, ich bin lauter.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Sie wollen gern die Fakten hören! Wir haben im Flüchtlingspakt beschlossen - das hat der Ministerpräsident zugesagt -, dass wir 4.000 neue Erstaufnahmeplätze schaffen werden, um den Kommunen Entlastung zu verschaffen. Wir haben relativ schnell gemerkt, dass die 4.000, die wir damals zugesagt haben, nicht ausreichen werden. Deswegen sind aus den 4.000 jetzt schon 11.000 geworden. Das müssen Sie doch auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU] - Zurufe SPD - Glocke Präsident - Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Sie haben es noch nicht verstanden! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Midyatli und niemand anders. - Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind Landeserstaufnahmestellen, und „Land“ sagt ja schon alles. Sie sind in der Zuständigkeit des Landes. Wenn

Sie sich in Ihrer **kommunalen Verantwortung** so fühlen, als wäre es Ihre eigene, dann finde ich das ja gut, weil das ja heißt, dass Sie dann auch Verantwortung übernehmen wollen. Nur tun Sie das dann bitte auch, und dieses auch vor Ort.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Weil wir jetzt aber, wie gesagt, von 1.300 kommend, dann 4.000 zugesagt, jetzt bei 11.000 sind, hat der Ministerpräsident heute zugesagt, dass wir bis zum Ende des Jahres auf 25.000 Erstaufnahmeplätze kommen werden. Das sind Fakten. Die müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen, auch wenn sie Ihnen nicht gefallen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren, in denen Rot-Grün-Blau hier gemeinsam regieren, mit dieser Landesregierung bereits vieles auf den Weg gebracht, ohne zu wissen, dass wir jetzt so viele Flüchtlinge haben würden. Ich weiß nicht, wer uns dort sozusagen beraten hat, oder wir hatten das Glück auf unserer Seite - wie auch immer: Wir haben bereits in den vergangenen Jahren viel in **Kitas** investiert, und das wird uns jetzt auch zugutekommen.

Um hier einmal nur einige Zahlen zu nennen: Allein 2015 haben wir 52 Millionen € Betriebskostenzuschüsse bei den Null- bis Dreijährigen und 70 Millionen € Förderung für die Drei- bis Sechsjährigen investiert. Die Erhöhung der Sprachförderung ist schon beschlossen. Dies alles wird nicht nur den Flüchtlingskindern, sondern allen Kindern in diesem Lande zugutekommen. Es ist vorausschauende Politik gewesen, dass wir gesagt haben: Wir wollen von Anfang an in **Bildung** investieren. Es war sehr vorausschauend und wird uns jetzt auch helfen, weil wir jetzt viel mehr Kita- und Krippenplätze haben. Sie tun ja immer so, als wären wir nicht vorbereitet auf das, was kommt. Doch, sind wir!

(Beifall SPD - Zurufe CDU)

- Lesen Sie mal Ihren eigenen Antrag!

Ich komme zum Thema **Schule**. Was haben wir für Prügel einstecken müssen, als wir die Bafög-Millionen in die **Lehrerversorgung** gesteckt haben. Wie klug, wie weise war es von dieser Landesregierung, dieses Geld in die Lehrerversorgung zu stecken!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU - Unruhe)

(Serpil Midyatli)

Ja, es kann sich keiner mehr daran erinnern: Wie klug, wie weise, dass wir dieses Geld in die Lehrerversorgung investiert haben. Und wir gehen weiter: Wir werden jetzt 280 **neue Lehrerstellen** schaffen. Diese Lehrkräfte sind auch bereits gefunden, wir müssen hier also nicht großartig auf die Suche gehen. Der Kollege Torge Schmidt wollte ja heute wissen, ob diese Lehrkräfte schon da sind. 80 weitere Lehrkräfte für die Regionalen Bildungszentren werden in der Nachschiebeliste kommen. Wir haben hier bereits eine gute Versorgung auf den Weg gebracht, und sie wird auch den gestiegenen Flüchtlingszahlen angepasst.

Oftmals wird etwas verdrängt, dass wir in diesem Lande wissen, wie **Integration** geht, weil wir das schon mehr als 20, 30 Jahre lang machen. Wir wissen genau: es gibt die Sprint-Fördermaßnahmen, die jetzt Sprachprogramme heißen sollen, es gibt die DaZ-Klassen, die mussten wir ja gar nicht erfinden. Die gab es schon, stellt euch das mal vor! Es gab schon **Deutsch als Zweitsprache** in diesem Land, bevor die Flüchtlinge gekommen sind. Da heißt es doch, dass wir das weiter aufstocken, was wir schon können und auch gut können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt gute Beispiele dafür, wie das in diesem Lande funktioniert. In den Städten und größeren Gemeinden haben sie schon längst Erfahrung damit gemacht, wie man Menschen integrieren kann, die schon seit Jahrzehnten zu uns nach Deutschland kommen. Das ist doch nichts Neues. Teilweise hat man manchmal das Gefühl, als hätten die Menschen zum ersten Mal einen Menschen mit Migrationshintergrund gesehen. So wird die Debatte im Moment geführt, das ist wirklich etwas traurig.

(Zurufe CDU - Unruhe)

Ein Stück weit ist das wirklich mein Gefühl. Die Menschen kommen zu mir und sagen: „Ogottogott, Serpil, was sollen wir denn jetzt machen? Jetzt kommen so viele Flüchtlingskinder in die Kita, und wie sollen wir die nur alle integrieren?“ Da frage ich dann: „Ja, wie viele Flüchtlingskinder sind denn bei euch in der Kita?“ Und sie antworten: „Zwei!“ - Zwei Kinder sind in der Kita! Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns hier besonnen darauf reagieren. Ich rate zur Gelassenheit, hätte Hans Müller jetzt gesagt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir sind im Bereich Schule schon gut aufgestellt. - Herr Präsident, ich glaube, ich werde jetzt meine

Zeit hier voll ausnutzen, weil ich gerade so gut in Fahrt bin. Ich werde hier keine Unterbrechungen mehr machen.

Sie sagen ja alle, dass **Sprache** der beste Weg ist, um sich integrieren zu können. Endlich haben wir es geschafft, auch dank des Einsatzes des Ministerpräsidenten, dass die Sprach- und Integrationskurse - die BAMF-Kurse, für die Kenner unter Ihnen - für die Flüchtlinge geöffnet werden. Stellen Sie es sich einmal vor: Diese Kurse wurden den Flüchtlingen bisher verwehrt. Man muss leider dazu sagen: Es gibt eine Einschränkung, denn nur die Flüchtlinge, die eine hohe Bleiberechtsperspektive haben, werden von diesen Kursen profitieren können. Aber was hat diese Landesregierung gemacht? Schon 2014 hatten wir Mittel für Sprach- und Integrationskurse im Haushalt eingestellt. Diese Kurse hießen STAFF-Kurse.

(Unruhe - Beifall SPD und SSW)

- Ja, das müssen Sie sich anhören! Für diejenigen, die das nicht glauben möchten: Sie heißen STAFF-Kurse und werden und wurden von der VHS angeboten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Das passt Ihnen alles nicht. Wenn man von Fakten redet, dann gibt es irgendwie überhaupt kein Interesse von Ihrer Seite. Die Fakten sind auch, dass wir schon 2014 Mittel hatten, im Jahr 2015 diese Mittel eingestellt hatten, und schauen Sie einmal in den Haushalt: Statt 1,9 Millionen € sind jetzt 4 Millionen € für die Sprach- und Integrationskurse eingestellt. Wir reden von Integration, und wir machen Integration, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zugang zum **Arbeitsmarkt**! Jetzt tun alle so: Wie toll, jetzt sind die Flüchtlinge da, und jetzt müssen wir nur dafür sorgen, dass die gefälligst auch arbeiten, weil sich viele drücken und vielleicht gar nicht wollen. Ich erinnere Sie daran, dass wir bis vor kurzer Zeit noch ein Verbot hatten. Flüchtlinge durften in diesem Land gar nicht arbeiten. Wir haben es geschafft, dass dieses Verbot mittlerweile auf drei Monate verkürzt worden ist. Leider ist es auch durch harte Verhandlungen in Berlin nicht gelungen, die Regelungen bezüglich des nachrangigen Arbeitsmarkts zurückzunehmen.

Ich bin fest davon überzeugt - das ist meine Prophezeiung - dass der **nachrangige Arbeitsmarkt** auf Druck der Wirtschaft - wahrscheinlich nicht der Grünen und der Sozialdemokraten, aber der Wirt-

(Serpil Midyatli)

schaft - spätestens nächstes Jahr im Sommer fallen wird. Das prophezeie ich Ihnen hier.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben noch mehrere Bremsen, was die Integration anbelangt. Wir wären schon viel weiter, wenn wir, wie wir hier schon oft gemeinsam beraten haben, die ganzen Integrationsbremsen herausgenommen hätten. Gucken Sie sich bitte die Zahlen an, die wir immer noch haben. Dann werden Sie sehr schnell sehen, dass es die Menschen, die eine Migrationsgeschichte beziehungsweise einen Flüchtlingshintergrund haben, sehr viel schwerer haben, sich in unserer Gesellschaft zu integrieren.

Lassen sie uns die Fehler, die wir vor 20, 30 Jahren gemacht haben, nicht wiederholen. Wir wissen, wie es geht. Lassen Sie uns alle gemeinsam den Menschen Mut zusprechen und ihnen sagen, wie es funktioniert. Denn wir müssen es wissen. Wir müssen das, was wir alle gemeinsam an Erfahrung haben, nach draußen tragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deutschland ist ein **Einwanderungsland**. Das hat Kollege Kubicki heute Vormittag auch schon gesagt. Leider - das hat mein Kollege Dr. Stegner gesagt - haben wir es immer noch nicht geschafft, dass die Hürden fallen. Wir haben immer noch keine Einwanderungskorridore für Menschen, um hier einen Arbeitsplatz zu suchen. Wir haben diese Hürden für die Hochqualifizierten abgeschafft. Wenn Sie einmal mit dem Handwerk oder den kleinen und mittelständischen Betrieben sprechen, werden Sie feststellen, dass in diesem Land nicht nur Hochqualifizierte leben. Wir hatten am Montag eine Fachtagung von „Mehr Land in Sicht!“. Das ist eine Initiative, die aus ESF-Mitteln, aber auch vom Bund gefördert wird, die sozusagen Zugänge von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt organisiert. Da macht die Handwerkskammer in Lübeck einen richtig großartigen Job, und das auch nicht erst seit gestern, sondern seit 2006.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbek [PIRATEN])

Das ganze heißt „Handwerk ist interkulturell“. Lieber Kollege Günther, Sie brauchen nicht bis nach Bayern zu gucken, um zwei oder vier oder sechs Flüchtlinge zu finden, die ihre **Ausbildungen** abgebrochen haben. Sprechen Sie einmal mit der Handwerkskammer Lübeck. Sie werden dann dort hören, wie begeistert sie von den Flüchtlingen sind, die sie

auf den ersten Arbeitsmarkt beziehungsweise in Ausbildung vermittelt haben, und wie großartig das Ganze funktioniert. Denn sonst würde das **Handwerk** hier auch nicht mitmachen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anita Klahn [FDP]: 70 %! Haben Sie die Zahlen gehört?)

Ich rate uns allen einfach nur, dass wir auf das, was an fachlichen Fragen aufgeworfen wird und bei dem manchmal vielleicht auch Unsicherheit mitschwingt, kompetente Antworten geben. Auf das, was bezüglich der nächsten zwei oder drei Jahre gefragt wird, sollten wir ganz ehrlich sagen: Wir wissen nicht, wie sich die Zahlen entwickeln werden, wir wissen nicht, ob es eine Einigung innerhalb Europas geben wird und wie schnell diese Einigung kommen wird.

Ich möchte hier gern ein, zwei Sätze darüber verlieren, warum. Eine Erklärung dafür - ich sage nicht, dass es eine ist -, warum sich unsere europäischen Nachbarn so verhalten, könnte Folgende sein: Ich erinnere daran, dass im Juni 2012 auf **EU-Ebene** ein **Asylpaket** verabschiedet worden ist - nach acht Jahren langer und intensiver Beratung. Durch alle NGOs, durch die Europäische Kommission ist ein richtig gutes Paket vorgelegt worden, das eine Quotenregelung - die wir jetzt verlangen - beinhaltet hatte, einen erleichterten Arbeitsmarktzugang, aber auch ein transparentes Asylsystem, ein Asylverfahren, das Anerkennung innerhalb Europas hat.

Und dann sind die Regierungschefs eingeflogen, vorneweg Kanzlerin Merkel. Und die hat dagegen gestimmt. Sie war gegen die Quotenregelung. Sie war dagegen, dass man ein transparentes Asylverfahren hat. Vielleicht könnte das eine Reaktion darauf oder eine Erklärung dafür sein, warum sich unsere europäischen Nachbarn jetzt ein bisschen schwertun.

Jahrelang haben wir alle gemeinsam zugeschaut, wie Italien und Griechenland gesagt haben: Wir können es nicht mehr, wir schaffen es nicht mehr. Da wurde gesagt: Wir haben doch Dublin III, darauf ruhen wir uns jetzt ein bisschen aus. Jetzt, wo die Flüchtlinge bei uns angekommen sind, wollen wir eine **Quotenregelung** und ein **transparentes System**. Ich finde es gut, dass wir jetzt zu einer Einigung kommen, und ich bin auch fest davon überzeugt, dass unsere europäischen Nachbarn uns in dieser Frage nicht alleinlassen werden. Das erklärt vielleicht ein bisschen, dass hier etwas „Bockigkeit“ auf der anderen Seite besteht. Es ist wichtig, dies in der Debatte im Hinterkopf zu haben.

(Serpil Midyatli)

Ich weiß, dass wir alle vor einer großen Herausforderung stehen, und viele wurden hier schon oft gelobt. Ich werde mein Lob heute nur an eine Adresse richten. Ich hoffe, Sie nehmen mir das nicht übel. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesämter bedanken. Die machen wirklich einen großartigen Job. Weil die das schon immer gemacht haben und für den Bereich Landesunterkünfte zuständig gewesen sind, habe ich manchmal das Gefühl, dass wir sie ein bisschen aus den Augen verlieren. Sie sind diejenigen, die in den elf Einrichtungen vor Ort sind, ganz viel Herzblut - ich habe schon mehrere Einrichtungen besucht - hineinstecken und einen großen Beitrag dazu leisten, dass auch in diesem Bereich eine Willkommenskultur im Land Schleswig-Holstein gelebt wird. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nicht, wie bei mir aufgezeichnet, die Fraktionsvorsitzende, sondern - wie ich gerade sehe - der Abgeordnete Burkhard Peters. Bitte schön.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich auf den Aspekt der **Sicherheit** kaprizieren. An diesem Aspekt kann man exemplarisch deutlich machen, wie wir über Flüchtlingspolitik reden können, sollten und wie wir es besser nicht tun.

Letzte Woche fand in diesem Zusammenhang eine Veranstaltung in Kiel statt, die mich sehr beeindruckt hat - einige Kolleginnen und Kollegen waren dabei -, nämlich der parlamentarische Abend des Richterverbandes und des Deutschen Beamtenbundes am 7. Oktober zum Thema Gewalt in der Gesellschaft.

Die Veranstaltung war geprägt von der Konfrontation zweier Experten über die Frage, ob die aktuelle Flüchtlingssituation im Hinblick auf das Phänomen der **Gewalttätigkeit in der deutschen Gesellschaft** eine Auswirkung habe. Die beiden Referenten konnten bei der Herangehensweise an diese Frage unterschiedlicher kaum sein. Auf der einen Seite war da der Kriminologe Christian Pfeiffer aus Hannover - sehr bekannt -, auf der anderen Seite der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft

Rainer Wendt, der fast täglich mit dezidierten Aussagen zur Sprache kommt.

Während der Kriminologe Pfeiffer faktenorientiert, differenzierend und aufklärend argumentierte, erlebte man bei Herrn Wendt eine zugespitzte, mehr von groben Argumentationsmustern geprägte Darstellung seiner polizei-gewerkschaftlichen Sicht der Dinge.

Pfeiffer wies darauf hin, dass die eigentliche **Gewaltgefahr für Flüchtlingsunterkünfte** nicht bei den Geflüchteten selbst zu suchen sei. Angesichts der gehäuften Brandanschläge auf geplante und auch bewohnte Flüchtlingsunterkünfte drohe die Gefahr vielmehr von außen durch deutsche Täter. Diese Einschätzung wurde von Bundesinnenminister de Maizière gestützt, der letzte Woche berichtete, dass es in diesem Jahr bereits 490 Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte gegeben hat - 490! Inzwischen dürften es über 500 sein. Im ganzen Jahr 2014 waren es noch 153, was schon schlimm genug ist.

Bemerkenswert ist die Aussage des Ministers, dass zwei Drittel der **Tatverdächtigen** aus der jeweiligen Region stammten und sich bis dahin noch nichts hatten zuschulden kommen lassen. So viel zum Thema „Extremismus der Mitte“. Der biedere Steuerbeamte, der im Februar in Escheburg im Kreis Herzogtum Lauenburg eine Unterkunft anzündete, repräsentiert einen offenbar sehr weit verbreiteten Tätertyp.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Polizeigewerkschaftler Wendt malte dagegen ein Bild, das von schweren **Straftaten der Flüchtlinge** in den Einrichtungen mit „selbst gezimmerten und mitgebrachten Waffen“ gekennzeichnet war. Er sprach von vielen sexuellen Übergriffen auf Frauen und gewalttätig ausgetragenen Konflikten zwischen verschiedenen Nationalitäten und Ethnien. Dabei verwies er auf viele ihm angeblich vorliegende Ermittlungsberichte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wovon müssen wir in Schleswig-Holstein ausgehen? Welche konkreten Erkenntnisse haben wir von der **Sicherheitslage** in unseren Einrichtungen und Unterkünften? Wie spiegelt sich die geschilderte Debatte in den Anträgen von FDP und CDU wider? Beruhen sie auf zutreffenden Analysen, und enthalten sie vernünftige Rezepte? Das sind die Fragen, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen.

Für die FDP scheint es schon heute eine ausgemachte Sache zu sein, dass **rechtsfreie Räume** und **Parallelgesellschaften** durch die Einwanderung

(Burkhard Peters)

von Flüchtlingen entstehen. Wofür wäre sonst zum Beispiel der Aufbau mindestens einer weiteren Einsatzhundertschaft der Polizei vonnöten?

Bei dem Antrag der CDU kommt ein grundsätzliches **Misstrauen** gegenüber den Flüchtenden zum Ausdruck, dass sie die Kerninhalte des Grundgesetzes nicht akzeptieren wollen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Extrem platt, was Sie da vortragen! - Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, das ist nicht extrem. - Darum soll den Geflüchteten als Voraussetzung für die Anerkennung ein Bekenntnis zum Grundgesetz abverlangt werden. Wenn das kein Misstrauen ist, weiß ich nicht, was Misstrauen ist, Herr Kollege Garg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Gibt es denn hinreichende Anhaltspunkte für die Behauptung, dass Flüchtlinge in Schleswig-Holstein massenhaft dem deutschen Recht entzogene Parallelgesellschaften schaffen wollen oder grundsätzlich dazu neigen, Weltbilder und Ansichten zu vertreten, die mit unserer Verfassung nicht übereinstimmen?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Können Sie vielleicht einfach mal lesen, was in Berlin inzwischen los ist!)

Oder handelt es sich bei diesen mit sorgenvoller Miene beziehungsweise Geschrei vorgetragenen Szenarien vielmehr um einen Ausdruck von Xenophobie, also Angst vor dem Fremden nach dem Motto, die Menschen aus Syrien, aus dem Irak, aus Afghanistan oder aus Eritrea, bei denen weiß man ja nie so genau, wie die so ticken?

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, sind die von FDP und CDU vorgeschlagenen Rezepte, zum Beispiel eine weitere Einsatzhundertschaft der Polizei oder ein Eid auf die Verfassung als **Voraussetzung** für die **Anerkennung**, rational begründbare Vorsorgemaßnahmen, oder handelt es sich vielmehr um Scheinlösungen, die nur reflexhaft an wachsende fremdenfeindliche Stereotype in der Gesellschaft anknüpfen und sie möglicherweise noch bestärken?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage, -bemerkung oder was auch immer des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Peters, ist Ihnen bekannt, dass beispielsweise in Berlin inzwischen regelhaft - und das ist nicht die Ausnahme - der Übergriff auf homosexuelle, bisexuelle und transsexuelle Flüchtlinge zumeist durch Landsleute oder andere Menschen, die in derselben Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht sind, stattfindet? Darüber muss man offen sprechen und natürlich auch Schutzmaßnahmen ergreifen. Es ist schlichtweg unsinnig, der FDP vorzuwerfen, wir würden ein Horrorszenario aufbauen. Das Horrorszenario findet für die Menschen, die ich gerade genannt habe, in den Einrichtungen statt, und davor sind sie zu schützen.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Zum Letzten sage ich uneingeschränkt Ja, davor sind sie zu schützen, in der Tat.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber nicht mit Polizei?)

Ich weiß allerdings nicht, ob das so ist, was Sie gerade berichtet haben. Ich weiß aber, dass es in Schleswig-Holstein - und darüber spreche ich im Augenblick - nicht so ist.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich tendiere bis zum Beweis des Gegenteils zu der Annahme, dass schon die dargelegten Grundannahmen Ihrer Anträge unzutreffend sind. Erst recht scheinen mir Ihre Rezepte fragwürdig.

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Klug, was soll ausgerechnet eine Einsatzhundertschaft von jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die ja für Großlagen wie Demonstrationen oder Randalispiele in Fußballstadien ausgebildet und eingesetzt werden, bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in Erstaufnahmeeinrichtungen bewirken? Gibt es Anhaltspunkte für das Eintreten von Einsatzszenarien in Flüchtlingsunterkünften, die derartige Großeinsätze von geschlossenen Einheiten in

(Burkhard Peters)

Neumünster oder sonst wo im Lande rechtfertigen?
- Ich meine nein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Peters, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Immer.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, lieber Kollege. - Herr Peters, ich habe es schon in der „FördeRunde“, in der Sie diesen Vorwurf auch schon geäußert haben, dass es uns darum gehe, Stimmung zu machen und ein Problem zu verschärfen, das es aus Ihrer Sicht überhaupt nicht gibt, gesagt. Ich frage Sie, wenn das alles völlig unproblematisch ist - so ist ja die Aussage, die Sie uns mitgeben wollen -, warum überhaupt **Polizei** in den **Erstaufnahmeeinrichtungen** abgestellt ist. Wozu braucht man das denn, wenn das aus Ihrer Sicht alles völlig problemfrei läuft? Das verstehe ich nicht.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- Herr Kollege, wenn Sie mir zugehört hätten, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass es zwischen Einsatzhundertschaften und der normalen Schutzpolizei einen gewissen Unterschied gibt. Die sind nämlich für unterschiedliche Einsatzarten ausgebildet und werden dafür eingesetzt. Was ist in einer Unterkunft im Augenblick so, dass es einer Polizeihundertschaft bedarf? Das ist doch die Frage.

Ich unterstelle mal zu Ihren Gunsten, dass Sie meinen, die regulären polizeilichen Einsatzkräfte hätten durch den häufigen Einsatz bei Großlagen nicht mehr ausreichend Zeit für ihre eigentliche Aufgabe und müssten deswegen durch eine neue Einsatzhundertschaft entlastet werden. Das ist ja mal ein Argument, was sich hören lässt. Das fordern Kollege Kubicki und Herr Kalinka und Sie, Herr Dr. Klug, schon seit einigen Jahren, und zwar völlig unabhängig von der aktuellen Flüchtlingssituation.

(Christopher Vogt [FDP]: Das war jetzt gemein! Jetzt hast du dich entlarvt!)

Dann schreiben Sie das doch bitte auch so hin! Mit dem jetzt vorliegenden Antrag suggerieren Sie, die Flüchtlinge könnten sich in ihren rechtsfreien Parallelwelten so zusammenrotten, dass man der Lage nur noch durch Einsatzhundertschaften Herr werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit solchen Bildern heizen Sie die Stimmung gegen Flüchtlinge in diesem Land nur unnötig an.

(Anita Klahn [FDP]: Das machen Sie doch! - Christopher Vogt [FDP]: Wir können nichts für Ihre Unterstellungen!)

- Ja, ja, Herr Dr. Klug, auch die Begründung Ihres Antrags zur **Verhinderung rechtsfreier Räume** im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage ist reichlich schief. Sie berufen sich auf einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. Das ist immer von besonderer Dignität gezeichnet. Wenn die das schon sagen, dann ist das ja richtig.

Dieser Beschluss bezog sich aber überhaupt nicht auf Parallelgesellschaften migrantischen Ursprungs. Es ging darum, ob die Durchsetzung der Schulpflicht mittels einer Strafrechtsnorm verfassungsgemäß ist. Und die Adressaten der Entscheidung waren deutsche Evangelikale, die ihre Kinder zu Hause ausbilden wollten. Ich habe bisher noch nicht gehört, dass Geflüchtete ihre Kinder hier nicht in die Schule schicken wollen. Bei der absoluten Mehrheit von ihnen ist das genaue Gegenteil der Fall. Eltern und Kinder aus Flüchtlingsfamilien sind in aller Regel überdurchschnittlich bildungsbegierig. Das heißt, Sie bauen mit Ihrer Argumentation hier schon wieder völlig schiefe Bilder auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Bezug auf Kriminalität von Flüchtlingen führte der Kriminologe Pfeiffer in der eingangs erwähnten Veranstaltung aus, dass die Gruppe der Geflüchteten unterdurchschnittlich durch Kriminalität auffällt. Dies ergaben Forschungen seines Instituts aus den 90er-Jahren. Er begründete dies damit, dass Flüchtlinge im Anerkennungsverfahren in aller Regel überangepasst und unauffällig seien - ganz einfach deswegen, weil sie sich ihre Chancen auf den Verbleib in Deutschland nicht vermessen wollen. Das entspricht auch meiner langjährigen Erfahrung als Anwalt in asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren.

Auch der Direktor der Polizeidirektion Segeberg, Herr Görs, wies letzte Woche auf der Einwohnerversammlung zum Thema Erstaufnahmeeinrichtung in Boostedt darauf hin, dass die **Kriminalitätsfälle** in Boostedt im Jahr 2015 im Verhältnis zu 2014 so-

(Burkhard Peters)

gar zurückgegangen seien. Nur gelegentlich müssten die Polizeikräfte vor Ort bei kleineren Auseinandersetzungen in der Einrichtung schlichtend eingreifen.

Meine Damen und Herren, auch die Annahme, Flüchtende ständen unseren **Verfassungswerten** in besonderer Weise distanziert bis feindlich gegenüber, erscheint mir nicht besonders schlüssig zu sein. Die meisten Flüchtlinge sehnen sich aufgrund bitterer Erfahrungen im Heimatland nach Grundrechten und verfassungsrechtlichen Garantien. So tragen sie es meistens vor dem Bundesamt auch vor. Es ist auch genau der Grund, warum sie so gern nach Deutschland wollen, weil sie nämlich wissen, dass hier die Grundrechte garantiert sind und dass es hier ein ordentliches rechtsstaatliches Verfahren gibt.

Warum diese Flüchtlinge in besonderer Weise unseren Verfassungswerten ablehnend gegenüber stehen sollen, erscheint mir wenig plausibel zu sein. Aus diesem Grund halte ich auch die im FDP-Antrag enthaltene Forderung zur personellen Aufstockung des Verfassungsschutzes für nicht besonders zielführend. Die Menschen aus dem Vorderen Orient sind meistens vor dem Dschihad geflohen. Warum ausgerechnet sie in Deutschland besonders empfänglich für salafistische Anwerberversuche sein sollten, konnte mir bisher noch niemand plausibel erklären.

Meine Damen und Herren, auch das von der CDU ins Spiel gebrachte förmliche **Bekanntnis** von Geflüchteten zur **Verfassung** ist ein Vorschlag, der wenig tauglich erscheint. Die Geflüchteten sollen noch im Anerkennungsverfahren ein Bekenntnis zu einem Text abgeben, dessen Inhalt und Bedeutung sie schon sprachlich nicht erfassen können. Wer soll ihnen das übersetzen und erklären?

Ich kann mir nicht vorstellen, wie unter den Bedingungen einer Erstaufnahmeeinrichtung Staatsbürgerkunde so vermittelt werden kann, dass eine tragfähige Wissensgrundlage für eine Bekenntniserklärung - und jetzt das Wichtige - mit weitreichenden rechtlichen Folgen geschaffen wird. Denn die Anerkennung als Asylbewerber, als Asylberechtigte oder als Flüchtlinge soll ja an die Abgabe dieser Erklärung geknüpft werden. Das ist also eine rechtsverbindliche Erklärung.

Die Menschen haben nach den Strapazen und Gefahren der Flucht erst einmal völlig andere Sorgen und Nöte. Viele vordringliche Probleme müssen vorrangig geklärt werden. Würden die Menschen für den Erhalt des ersehnten Schutzstatus in

Deutschland nicht alles unterschreiben, was man ihnen vorlegt? Eine unter diesen Umständen abgegebene Treueerklärung auf die Verfassung wäre das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie fordern eine völlig sinnlose und wertlose Unterwerfungserklärung zur Unzeit. Später, wenn man eingebürgert werden will, wenn man fünf, acht Jahre hier in Deutschland gelebt hat, einen Integrationskurs hinter sich gebracht hat, dann kann man darüber diskutieren, ob das sinnvoll ist. Ich meine, das ist dann sinnvoll. Aber in diesem Verfahren, in den ersten fünf Monaten, wenn die Menschen kaum Deutsch sprechen können, so eine Erklärung mit einer solchen weitreichenden Folge unterschreiben zu lassen, ist letztlich nicht besonders sinnvoll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sehr geehrte Damen und Herren, Bürgermeister Hartmut König aus Boostedt, CDU, hat in einer Einwohnerfragestunde seiner Gemeinde in der letzten Woche an alle Fraktionen im Landtag appelliert, die bestehenden Probleme bei der Bewältigung der **Unterbringung, Betreuung und Integration** der Flüchtenden nicht für Parteiengezänk zu nutzen, sondern gemeinsam und sachorientiert an vernünftigen Lösungen zu arbeiten. Ich verstehe diesen Appell so, dass wir uns als Abgeordnete dieses Landtags in dieser Debatte in besonderer Weise von der Vernunft leiten lassen müssen. Dazu gehört auch die ständige Bereitschaft, unsere eigenen Vorstellungen, Einstellungen und Informationen über die nach Deutschland flüchtenden Menschen, ihre Motive und ihr vorgebliches kulturelles Gepäck kritisch zu überprüfen.

Angesichts der in Teilen der Bevölkerung verbreiteten Befürchtungen, Vorurteile und Abneigungen gegen die Fremden wächst uns eine besondere Verantwortung in der Debatte zu. Es kommt auf den Zungenschlag an. Wir brauchen mehr Informationen, und wir brauchen weniger vorgefestigte Meinungen. Die unselige Asyldebatte aus den 90er-Jahren darf sich nicht wiederholen. Das, was ich heute Morgen hier erlebt habe, ist ein großer Schritt nach vorne, weil wir es über die Parteigrenzen hinweg geschafft haben, einen sehr vernunftbetonten, wenn auch in sachlichen Einzelpunkten strittigen Diskurs zu führen. Ich bin sehr glücklich über den Verlauf der Debatte bisher.

Ich bitte Sie daher inständig: Versuchen wir gemeinsam auf Grundlage einer möglichst genauen

(Burkhard Peters)

Analyse der Fakten, die notwendigen Schritte und Maßnahmen zu beschließen.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der jetzt vorliegende Änderungsantrag der Koalition zum Antrag der CDU stellt dafür eine sehr gute Grundlage dar, zum Beispiel im Unterpunkt zur Sicherheit durch mehr Polizeikräfte. Der Ministerpräsident hat heute Morgen schon einiges dazu gesagt. Wir werden uns im Innen- und Rechtsausschuss aber auch sehr ernsthaft mit allen anderen Vorschlägen auseinandersetzen haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich greife auf, was Ministerpräsident Albig heute Vormittag in der ersten Debattenrunde zu Beginn gesagt hat: Die erste Sorge zum jetzigen Zeitpunkt muss die sein, dass wir uns Gedanken um die **Menschen** machen, die bei uns **Zuflucht** gesucht und gefunden haben, dass keiner in diesem Winter, der bevorsteht, erfrieren muss und dass keiner in den Unterkünften Hunger leiden muss und dass die gesundheitliche Versorgung sichergestellt sein muss.

Gleichwohl ist es schon bedrückend, wenn man damit im Grunde sagt - das hat Herr Ministerpräsident Albig heute Morgen auch angesprochen -, dass wir uns allmählich dem Standard, dem Niveau der großen Flüchtlingscamps des UN-Hochkommissars für die Flüchtlinge im Libanon und in der Türkei annähern. Die Menschen glauben, sie kämen quasi in Angela Merkels Schlaraffenland, und finden sich dann in den Zeltstädten von Olaf Scholz und vielleicht bald auch von Torsten Albig im norddeutschen Winter wieder.

(Beate Raudies [SPD]: Von Ihnen nicht?)

Die **Entscheidung** der **Bundeskanzlerin** Anfang März zur Grenzöffnung hat vielen Menschen den Eindruck vermittelt, jeder, der nach Deutschland kommen wolle, könne dies und sei herzlich willkommen. Wolfgang Kubicki hat heute Vormittag auf einen Bericht in der „Welt“ hingewiesen, wonach mittlerweile Frau Merkels Einladung nach

Deutschland - so wird das wahrgenommen - Gesprächsthema Nummer eins in der westafrikanischen Republik Mali sei.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Schilderung von Frau Söller-Winkler in der Einwohnerversammlung in Boostedt begann mit der Entwicklung im Jahr 2015. Anschließend kam sie zu dem Ereignis Anfang September, zu jener Nacht, in der - Frau Söller-Winkler hat das in Boostedt als historisches Datum bezeichnet - die Erklärung der Bundeskanzlerin de facto das Dublin-III-Abkommen außer Kraft gesetzt hat. Ich gebe nur wieder, wie es die Staatssekretärin in Boostedt am vergangenen Freitagabend den Bürgern beschrieben hat. Das hat in der Folge letzten Endes die große Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge bewirkt. So ist die Situationsbeschreibung, wie sie auch den Bürgern vor Ort an Standorten, die heute besonders betroffen sind, gegeben wird.

Natürlich darf man schon die Frage stellen, ob das Anfang September eine alternativlose Entscheidung der Kanzlerin gewesen ist oder ob nicht auch eine Lösung darin hätte bestehen können, dass man Hilfe an die ungarisch-österreichische Grenze schickt. Wie auch immer. Wir stellen heute fest: **Deutschlands Flüchtlings- und Asylpolitik** ist anders als die von 25 oder mindestens 23 anderen Mitgliedstaaten der **Europäischen Union**. Natürlich darf man fragen, ob diese 23 oder 25 anderen EU-Mitgliedstaaten alles Länder mit einer inhumanen Politik sind, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Es handelt sich schließlich um unsere Partner in der Europäischen Union, die zum Teil relativ nah an den Grenzen dieses Landes sind.

Der **deutsche Alleingang** Anfang September hat - das ist mein Urteil - das Erreichen einer **europäischen Lösung** noch einmal massiv erschwert - das ist die Ausgangssituation -, wenn nicht sogar - das wissen wir noch nicht - unmöglich gemacht. Deutschland war früher - das wissen wir alle - ein begeisterter Verfechter des Dublin-III-Abkommens. Darauf hat man sich hier in Deutschland bequem zurückgezogen, weil die Probleme ja dann in den Ländern an der Peripherie, in Südeuropa, in den Ländern, in denen die Flüchtlinge zuerst angekommen sind, gelandet sind. Das war die langjährige deutsche Position. Dann folgte das de facto Außerkraftsetzen des Dublin-III-Vertrages. Und jetzt ist man empört darüber, dass sich andere europäische Staaten - ich sage das salopp - in dieser Situation angesichts dieses deutschen Alleingangs ausruhen und sagen, dann mögen doch die Deutschen sehen,

(Dr. Ekkehard Klug)

wie sie damit zurechtkommen. Das ist ein bequemes Alibi für die Verweigerung der Solidarität. Es geht ja so weit, dass man mit staatlichen Mitteln Transporte durch EU-Mitgliedstaaten an die deutsche Grenze organisiert und durchführt. Es findet also derzeit ein Abladen der Probleme statt, diesmal in die andere Richtung. Früher haben wir Deutsche mit dem Beharren auf Dublin-III die Probleme bei anderen EU-Mitgliedsländern abgeladen, beispielsweise Griechenland, Italien, jetzt geht das in die andere Richtung. Nationaler Egoismus triumphiert über europäische Solidarität. Ich beschreibe nur die Situation.

Ich zitiere einmal den Vizekanzler und SPD-Partei-vorsitzenden Sigmar Gabriel aus einem Medienbericht vom 15. September 2015:

„Wenn wir uns nicht einigen,“

- er meint, in Europa -

„dann ist die mittelfristige Finanzplanung Europas Schall und Rauch.“

Mit anderen Worten: Wir drohen anderen Mitgliedsländern mit dem Entzug der EU-Fördermittel, wenn die nicht die Flüchtlingspolitik akzeptieren und betreiben, die wir wollen. Ich frage mich, ob das ein Angebot an die Partner in der EU ist, solidarisch mit uns Lasten zu teilen.

Die Situation ist so vertrackt, so verfahren, dass ich die große Hoffnung auf eine europäische Lösung, die auch hier in Redebeiträgen zum Ausdruck kam und die auch Frau Söller-Winkler am Freitagabend in Boostedt den Bürgern vorgetragen hat, nicht teile. Ich möchte sie ja gern teilen, aber mit dem realistischen Blick auf die Situation, wie sie ist, kann ich nur davor warnen, sich darauf zu verlassen, dass wir wirklich in absehbarer Zeit zu einer solidarischen Lösung kommen. Es ist schon angesprochen worden, was wir Kollegen aus dem Europaausschuss bei unseren Gesprächen in Brüssel gehört haben, die ja zu einem Zeitpunkt stattfanden, als schon die Verhandlungen zwischen den Mitgliedsländern über eine solidarische Verteilung, über eine Quotenregelung bei der Aufnahme der Flüchtlinge geführt worden sind. Das macht mich noch skeptischer, was die europäische Einigung angeht.

Wenn wir beispielsweise beim Briefing in der deutschen EU-Botschaft hören, dass in den EU-Botschafterkonferenzen, in denen die Diskussionen über das Thema „solidarische Quotenregelung bei der Aufnahme von Flüchtlingen“ für die Regierungen vorbereitet wurden, gesagt wurde - ich will das wörtlich so zitieren, wie uns das von dem Botschaf-

ter aus Prag berichtet wurde -: „Wir nehmen alle, die Christen sind und die tschechisch sprechen“ - ähnliche Äußerungen kamen auch von anderen -, dann kann man verstehen, warum inzwischen bei den **Akteuren in Brüssel** - das haben wir ebenfalls bei Gesprächen mit den norddeutschen Europaabgeordneten wahrgenommen - ein hoher Grad an Frustration und geradezu Verzweiflung eingetreten ist, sodass man sich über den Zusammenhalt dieses geeinten Europas wirklich Sorgen machen muss. Liebe Kollegen auf der linken Seite dieses Hauses, es war ein norddeutscher SPD-Europaabgeordneter, der diese Verzweiflung am drastischsten zum Ausdruck gebracht hat. Das ist also durchaus nichts, was die üblichen Parteigrenzen trennt oder widerspiegelt.

Wir müssen uns heute in erster Linie Sorgen um diejenigen machen, die schon hier sind. Das habe ich bereits eingangs gesagt. Zum Teil geht es um das nackte Überleben, um Schutz vor Frost, Kälte, Hunger und Krankheit. Die **Integrationsleistung**, die dann folgen muss, ist schon jetzt enorm.

Die zweite Frage ist nach meiner festen Überzeugung: Wie erreicht man, dass in den kommenden Jahren der **Zustrom** wenigstens im Umfang spürbar **geringer wird**? In Boostedt hat man gehört, wie die Menschen ihre Entwicklung sehen. Noch vor knapp einem Jahr war von 500 Plätzen in der Erstaufnahmeeinrichtung die Rede, jetzt sind es 2.000, 2.500. Und die Fragen, die dann kamen, waren, ob es nächstes Jahr 5.000 sein werden in einer kleinen Gemeinde mit viereinhalbtausend Einwohnern, ob irgendwann 8.000 kommen. Die Gerüchte kursieren vor Ort, werden angesprochen. Und dann hört man von der Vertreterin des Landes auf solche Bemerkungen wie: „Das Boot ist voll“, man könne nur sagen, so Frau Söller-Winkler, das Boot sei noch lange nicht voll. Das war eine der Situationen, bei denen es unruhig wurde.

- Frau Beer lacht auch. Man muss zumindest sagen: Wenn die Bürger nicht den Eindruck bekommen, dass die Politik mit dem Thema anders umgeht als mit einem unabwendbaren **Naturereignis**, dass sich immer weiter entfaltet, und wenn die Politik nicht in der Lage ist, aufzuzeigen, dass dieser Umfang - dass immer Flüchtlinge kommen werden, ist uns allen klar -, den wir jetzt konstatieren müssen, kein Dauerzustand für die folgenden Jahre wird, dann wird es politisch dramatisch gefährlich. Das ist meine feste Überzeugung. Das ist auch die Erfahrung aus früheren Zeiten, zu denen ja nicht alle hier im Haus bereits dem Parlament angehört haben. Ich

(Dr. Ekkehard Klug)

komme darauf nachher noch einmal in anderem Zusammenhang zurück.

Wenn Torsten Albig, unser Ministerpräsident also, auf der jüngsten Flüchtlingskonferenz im Land sagt - das geht jedenfalls aus dem Brief hervor, den der Landrat des Kreises Herzogtum Lauenburg an die Kreistagsabgeordneten in seinem Kreis verschickt hat -, dass vor uns eine Dekade liege, in der pro Jahr nicht signifikant weniger als 1 Millionen Menschen kommen werden, dann muss man sich das einfach einmal ausrechnen. Ohne Familiennachzug wäre das im Laufe dieser zehn Jahre eine Zahl von 10 Millionen Menschen. Für Schleswig-Holstein wären das dann zehnmal 50.000 Menschen. Das ist eine konservative Schätzung. Das wären eine halbe Million Menschen. Dann muss man sich fragen, ob dieses Land in der Lage ist, für so viele Menschen Arbeitsplätze, ordentliche Wohnungen und schulische Versorgung bereitzustellen. Wir haben in den allgemeinbildenden Schulen im Lande jetzt etwas mehr als 300.000 Schüler. Einhunderttausend dazugerechnet - das kann man ja sehr leicht über den Daumen peilen -, das wäre eine Situation, die wir schlicht nicht mehr bewältigen könnten. Ich kenne die Situation im Schulbereich ein wenig aus eigenem Einblick. Man muss sich darüber klar werden.

Mittlerweile sprechen ja auch sozialdemokratische Politiker offen davon, dass es eine Grenze der Aufnahmefähigkeit gibt. Ich denke, man lügt sich etwas vor, wenn man nicht auch über diese Frage und über die Frage, wie man das dann erreichen will, diskutiert.

Herr Kollege Peters, jetzt komme ich zu unseren Anträgen. Wenn man diese Situation sieht und erkennt, dass es nicht von heute auf morgen eine Änderung geben wird, auch nicht im Zuzug weiterer Menschen, um die wir uns dann zu kümmern haben, dann muss man auch einen kleinen Blick in die **Zukunft** werfen. Deshalb meinen wir, dass auch Maßnahmen zur **Vorsorge** wichtig sind, um in der Lage in den nächsten Jahren vernünftig handeln zu können.

Dazu gehört zum einen, dass man klar die **rechtsstaatlichen Regelungen** einfordert, die bei uns nun einmal gelten. Das Grundgesetz steht in Deutschland - darüber mögen sich einige nicht freuen, aber es ist so - über der Bibel, aber auch über dem Koran. Die Regelungen, die die Verfassung und die Gesetze vorgeben, gelten für alle. Männer und Frauen sind gleichberechtigt und vieles andere mehr, was vielleicht in manchen Herkunftsländern nicht selbstverständlich ist. Deshalb meinen wir,

dass das in Integrationskursen thematisiert werden muss.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wird es!)

Wir sind der Meinung, dass man beispielsweise Frauen über die Rechte informieren muss, die sie bei uns haben. Man muss **Frauen**, die in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Unterkünften sind, informieren. Ich sage noch einmal ganz klar: Das gilt allgemein, aber es müssen auch speziell die Frauen wissen, dass sie bestimmte Rechte haben und, wenn sie es wünschen, in besondere, geschützte Umgebungen aufgenommen werden können, in denen sie sicher sind.

(Beifall FDP, CDU und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kollege Peters, nun können Sie sagen: Wir haben in Schleswig-Holstein doch eine vergleichsweise heile Welt. Das alles ist doch noch nicht vorgekommen. - Ich will kurz auf den Brief eingehen, den die hessischen Frauenverbände - Der Paritätische, pro familia, der Landesfrauenrat Hessen und die Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros - an die frauenpolitischen Sprecher im Hessischen Landtag geschickt haben. Ich weiß nicht, ob Sie diesen Brief kennen.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] schüttelt den Kopf)

- Dann besorgen Sie ihn sich. Darin ist die Rede von zahlreichen Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen in hessischen Unterkünften und Aufnahmeeinrichtungen. Zunehmend wird auch von Zwangsprostitution berichtet.

„Es muss deutlich gesagt werden, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt.“

Das war ein wörtliches Zitat. Weiter heißt es:

„Frauen berichten, dass sie, aber auch Kinder, vergewaltigt wurden oder sexuellen Übergriffen ausgesetzt sind.“

Für Berlin hat Kollege Garg Ihnen vorhin in der Frage schon etwas gesagt. Ich meine, wir sollten uns nicht vorstellen, dass Schleswig-Holstein auf Dauer die Insel der Seligen bleiben kann, auch wenn wir glücklicherweise bisher nur vergleichsweise harmlose und auf einem sehr geringen Niveau liegende Vorfälle gehabt haben, in diesem Bereich sogar gar nicht, aber ich spreche von dem, was polizeilich auffällig geworden ist.

(Dr. Ekkehard Klug)

Als in Bremen oder Hamburg Kleinkinder in Verwahrlosungssituationen zu Tode gekommen sind und dann festgestellt wurde, dass Behörden nicht richtig aufgepasst haben, mag sich auch mancher gedacht haben, dass das ein Problem solcher großer Städte mit den schwierigen sozialen Verhältnissen sei, aber in Schleswig-Holstein nicht passieren könne. Dann hatten wir einen Fall in Bad Segeberg. Ich will auch auf den Friesenhof hinweisen. Da dachte jeder, dass solche Zustände - sexuelle Übergriffe auf Mädchen und Freiheitsentzug -, solche wirklich rechtswidrigen Verhältnisse, in diesem Land nicht sein könnten.

Für mich geht es auch darum, dass wir Vorsorge treffen müssen. Dazu gehören eben die Dinge, die beispielsweise Frau Kollegin Klahn in ihrem Antrag, was die Sicherung der Frauen betrifft, angesprochen hat.

(Wortmeldung Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Bevor ich darauf eingehe will ich noch einen zweiten Punkt ansprechen, nämlich die Frage der **Polizei**. Vielleicht wollen Sie ja danach fragen.

Ja, wir wollen die Polizei verstärken. Wir wollen auch eine **zweite**, aktiv handlungsfähige **Einsatzhundertschaft** neben der in Eutin haben und sie zentral in Neumünster stationieren. Ich habe es Ihnen schon einmal erklärt. Aber Wiederholung ist ein pädagogisches Prinzip und hilft. Sie haben mich bei einer anderen Gelegenheit schon einmal danach gefragt. Wir wollen sie in Neumünster stationieren, weil eine solche Einsatzhundertschaft von diesem zentralen Ort in Schleswig-Holstein im Zweifelsfall sehr schnell an andere Plätze im Land gelangen kann, was von Eutin aus jedenfalls nicht in allen Fällen gewährleistet werden kann. Es geht also zum einen um die Verstärkung mit einer zweiten Einheit und zum anderen um die Standortfrage. Das hat nicht in erster Linie mit der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster zu tun. Aber natürlich wäre dort bei der jetzigen dramatischen Lage auch für den Fall aller Fälle eine Präsenz vor Ort hilfreich.

Ich darf Ihnen kurz berichten. An dem Tag, einem Sonnabend, an dem es am **Hamburger Hauptbahnhof** stundenlang **Krawalle** zwischen Neonazis, Anhängern der rechtsradikalen Szene, und linken Chaoten gegeben hat, bin ich mit der Bahn nach Hamburg gefahren. Ich hatte eine Sitzung im Hamburger Rathaus, eine Arbeitsgruppe der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Ich bin gerade noch ein paar Minuten vorher, bevor es dort richtig drastisch losging, aus dem Hamburger Hauptbahn-

hof herausgekommen. Wie Sie vielleicht nachvollziehen können, war ich einigermaßen froh. Die Präsenz der Bundespolizei dort war zu diesem Zeitpunkt dramatisch. Ich hatte vorher nichts darüber gehört, dass da etwas bevorstünde und war schon beeindruckt, was die Bundespolizei dort an Kräften zusammengezogen hatte. So etwas habe ich in dieser Art seit den Brokdorf-Demos - Wolfgang Kubicki, daran können wir uns auch noch erinnern - in diesem Land nicht mehr in dieser massiven Stärke erlebt.

Dann darf ich an **Heidenau** erinnern, den sächsischen Ort, der unrühmlich in Erinnerung geblieben ist. Jeder vierte sächsische Polizeibeamte, der dort eingesetzt wurde, ist verletzt worden, weil rechte und linke Chaoten gleichermaßen auf die Polizei losgegangen sind. Der Dresdner Polizeipräsident hat unmittelbar davor in einem halben Dutzend anderer Bundesländer Unterstützung durch Bereitschaftspolizei erbeten. Sie ist nicht gegeben worden mit der Aussage: Wir können niemanden abordnen, wir brauchen die Leute selber.

Diese Erfahrung zeigt mir, dass angesichts der insgesamt angespannten Lage im Polizeibereich auch wir uns in der Zukunft nicht mehr so wie bisher darauf verlassen können, dass wir schnell Unterstützung von anderswo bekommen. Auch das ist ein Grund, eine zweite Hundertschaft zu fordern.

Der letzte Punkt. Ich gebe einmal wieder, was mir der Revierleiter eines Polizeireviers in Stormarn, ein Vertreter der GdP, neulich gesagt hat. Dann können Sie Ihre Frage stellen. Er hat gesagt: Wenn es diese **zweite Einsatzhundertschaft** gäbe, dann würden wir vor Ort nicht mehr so massiv wie bisher mit Anforderungen belastet werden, für diese und jene Gelegenheit die kräftigeren jungen Leute aus unserer Mitte - ich gebe das mit eigenen Worten wieder - abzugeben, sodass die Polizeistärke vor Ort immer ausgedünnt ist, wenn man Beamte anderswo braucht. Das ist der zweite Nutzeffekt einer solchen zusätzlichen Einsatzhundertschaft. Ich hoffe, ich habe Ihnen das erklärt, Herr Kollege Peters.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Peters hat dennoch den Wunsch, eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen zu machen.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sie lassen diese zu, dann hat Herr Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben im weiteren Verlauf meiner Rede gehört, dass ich Ihnen genau diese goldene Brücke gebaut habe, indem ich gesagt habe: Das, was mich an der Diskussion über eine weitere Einsatzhundertschaft in diesem Zusammenhang stört, ist die Verwurstung mit der Flüchtlingsfrage. Man kann rational und vernünftig aus ganz anderen Gründen über die Notwendigkeit reden, wobei Neumünster möglicherweise als ganz kleiner Aspekt auch eine Rolle spielen kann. Das will ich gar nicht in Zweifel stellen. Es ging mir allein um die Frage: Ist es zulässig, diese Uraltforderung, die möglicherweise richtig und vernünftig ist, jetzt mit diesem Thema zu verwursten?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Zulässig ist alles, natürlich. Die Frage ist, ob dies intellektuell zulässig ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Angesprochen ist der Herr Kollege Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Der Kollege Kubicki hat im Grunde die Antwort, die ich Ihnen geben wollte, schon vorweggenommen. Ich sage: Das hat natürlich etwas mit den Problemen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage zu tun. Wir wissen aus anderen Bundesländern, was dort schon jetzt passiert ist. Wenn, was hoffentlich nicht passiert, das Kind bei uns in den Brunnen gefallen ist, dann will ich nicht, dass wir hinterher sagen: „Oh Gott, oh Gott, hätten wir mal!“, sondern dass wir zu einer handlungsfähigen Politik kommen, die auch der Bevölkerung das Gefühl vermittelt, dass diese Politik handlungsfähig ist. Dazu gehört auch, dass man beizeiten die notwendigen Konsequenzen aus der Gesamtlage zieht.

Beim **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** liegen über 300.000 Anträge auf Asyl auf Halde. Es ist klar, wir haben derzeit den unfähigsten Bundesminister aller Zeiten im Amt. Was der in diesem Bereich alles versiebt hat, geht auf keine Kuhhaut.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD])

- Aber gemacht, liebe Frau Midyatli. Wenn das Bundesamt in die Gänge käme, dann würden all die Ablehnungsbescheide bei uns in Schleswig-Hol-

stein landen. Dann müsste Herr Studt beantworten, wie er dann, wenn ein Aufenthaltsstatus verweigert wird, diesen in Form von Abschiebungen hier im Land umsetzen will. Ich habe in Erstaufnahmeeinrichtungen die Stapel von unbearbeiteter Post unter anderem von Stellen des Bundesamtes gesehen, die deshalb zurzeit nicht bearbeitet werden können, weil unsere Mitarbeiter mit dem aktuellen Flüchtlingsmanagement schon so überlastet sind, dass sie - jedenfalls in vielen Fällen - den Eindruck machen, dass sie möglicherweise in kürzester Zeit zusammenbrechen könnten. So sehr sind sie derzeit überbelastet. Die **Personalfrage** stellt sich also auch hier.

Es stellt sich bei den **Abschiebungsquoten** natürlich die Frage: Warum hat Baden-Württemberg im Zeitraum Januar bis September dieses Jahres in Bezug auf die Erstanträge eine Abschiebequote von 7,1 %? Das ist bundesweit die höchste Quote, und das bei einem grünen Ministerpräsidenten und einem sozialdemokratischen Innenminister. In Schleswig-Holstein beträgt die Quote jedoch nur 1,8 %, das ist neben Thüringen und Bremen bundesweit die drittschlechteste Quote. Diese Frage muss also gestellt werden.

Ich vermute, das hat gar nicht so viel mit der landespolitischen Ausrichtung zu tun, das hat möglicherweise auch mit den Ressourcen der Umsetzung vor Ort zu tun. Ich habe eben die Überbelastung angesprochen.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine - -

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Nein, es tut mir leid, da hätten Sie sich ein bisschen früher bewegen müssen, Herr Kollege Stegner. Sie waren eine ganze Zeitlang nicht da. Es tut mir leid, zu diesem Zeitpunkt nicht.

Ich höre mit großem Interesse und mit einer gewissen Freude, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, an **rechtsstaatlichen Grundsätzen** festhalten wollen, etwa im Zusammenhang mit der Diskussion über die ominösen Transitzone, über die Wolfgang Kubicki vorhin vonseiten der FDP das Nötige gesagt hat. Ich will Ihnen aber auch sagen: Ich bin einer der drei Abgeordneten hier im Landtag, die schon seit 1992 dem Landesparlament angehören. Ja, so lange ist das schon her. Wolfgang Kubicki und Peter Leh-

(Dr. Ekkehard Klug)

nert sind die beiden anderen. Ich habe damals die landespolitische Begleitung der Änderung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz, Stichwort Artikel 16 a Grundgesetz, miterlebt, damals, in der Zeit, als Björn Engholm schleswig-holsteinischer Ministerpräsident und SPD-Bundesvorsitzender gewesen ist. Ich habe am Rednerpult des Landtags im alten Plenarsaal, dem heutigen Schleswig-Holstein-Saal, einen linken SPD-Fraktionsvorsitzenden Gert Börnßen gesehen. Er ging an das Rednerpult und hat uns zu dem Thema gesagt: Björn Engholm habe ihm die Augen geöffnet. Dann gab es eine Kehrtwende in der SPD-Asylrechtspolitik, und zwar binnen 24 Stunden um 180 Grad. Es gab eine Wende in die andere Richtung in der Asylrechtspolitik.

Ich wiederhole dies: Insoweit höre ich heute mit großem Interesse die Bekundung vonseiten der SPD. Ich frage mich aber aufgrund meiner Erfahrung - und ich bitte um Entschuldigung dafür, dass ich dem Parlament schon so lange angehöre, dass ich dies so schildern kann -, also mit einer gewissen Besorgnis: Was geschieht, wenn die SPD die Erosion auch ihrer Wählerschaft bemerken wird?

Dies sind meine Schlussworte. Es darf niemanden täuschen: Die **Stimmung** in der **Bevölkerung** ist mehr als angespannt. Man wartet auf Signale, dass das derzeitige Flüchtlingsgeschehen nicht so wie im jetzigen Maße unverändert weitergeht. Man erwartet, dass die staatlichen Stellen damit nicht bloß so umgehen wie mit einem unabwendbaren Naturereignis wie dem der Oderflut oder dem Elbhochwasser. Wenn sich diese Erwartungen nicht erfüllen, dann - und das ist meine Befürchtung - werden sehr viele Wähler sehr bald politische Konsequenzen ziehen, die uns allen als Demokraten nicht gefallen.

(Beifall FDP und Peter Lehnert [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Frau Abgeordneter Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst auf einen Punkt des Kollegen Kubicki beziehen, der, so habe ich das jedenfalls verstanden, das **Handeln der Bundeskanzlerin im September** infrage gestellt hat, als die Menschen an der Grenzen standen und nicht weiter konnten. Das Wort „alternativlose Entscheidung“ ist gefallen. Ich sage selbst: Ja, das war zu dem Zeitpunkt alternativlos, weil Humanität unser Leit- und Handlungsfaden ist. Es war aber nur des-

halb alternativlos, weil die Kanzlerin viel zu spät gehandelt hat. Trotzdem war dies zu diesem Zeitpunkt richtig.

Ich habe auch heute Morgen, als der Ministerpräsident gesprochen hat, den Eindruck von alternativlosen Entscheidungen gehabt. Ich hatte das Gefühl: Irgendwie hat er heute auch die Reißleine gezogen, und zwar im Gegensatz zu der Regierungserklärung von vor drei Wochen, als noch heile Welt herrschte, als noch alles heil und schön war. Heute hat er zum ersten Mal - ich glaube - fünfmal das Wort **Realität** in den Mund genommen, was sicherlich gut ist.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Ich begrüße, dass er heute in dieser Realität angekommen ist. Allerdings fehlt ihm noch immer der Mut, nach vorn zu gucken. Stattdessen ist er aus meiner Sicht Teil des Problems, denn zwischen heute Morgen und heute Nachmittag ist etwas geschehen. Es gab eine **Bundestagsdebatte** und eine Abstimmung über die morgen bevorstehende **Verschärfung des Asylgesetzes**. Wie erwartet, hat die große Mehrheit von CDU und SPD zugestimmt. Es ist heute Morgen ausgeführt worden: Morgen wird der Ministerpräsident im **Bundesrat** mit Einverständnis der Grünen und des SSW ebenfalls zustimmen. Darin sehe ich einen Teil des Problems und auch ein Stück Ignoranz gegenüber dieser Debatte, denn vieles von dem, was wir heute diskutieren, hätte schon viel früher - vor drei oder vier Wochen - diskutiert werden müssen, als dieser Ministerpräsident sich schlichtweg geweigert hat, Probleme wahrzunehmen.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der Regierungspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier in Schleswig-Holstein hat sich wirklich nicht mit Ruhm bekleckert. Wenn der Grund für eine Zustimmung nur der vermeintliche Sachzwang der Handlungsfähigkeit ist, dann sage ich: Wer Politik so definiert und einfach nur darüber hinwegtäuschen will, dass er einem Placebo zustimmen wird, der ist nicht aufrichtig. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Ich weiß, Sie hören das nicht gern, aber das ist doch ein Hütchenspiel, was die Grünen machen. Im Bundestag haben Sie sich heute enthalten, und mit Ausnahme von Bremen werden Sie morgen im Bundesrat zustimmen. Wo ist denn da die **politische Aufrichtigkeit**?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

(Angelika Beer)

Weil morgen der Bundesrat tagt, haben wir einen Änderungsantrag gestellt, den wir heute als eigenständigen Antrag zur Abstimmung stellen möchten, Frau Präsidentin; denn dieser Änderungsantrag bezieht sich auf das Abstimmungsverhalten der Landesregierung morgen im Bundesrat. Das ist der Antrag Drucksache 18/3477.

Ich möchte in der Replik auf heute Morgen auch noch auf eine Aussage des Herrn Kollegen Kubicki eingehen. Ich freue mich, dass Herr Kubicki jetzt an der Debatte teilnimmt. Gut, es ist nicht die Entscheidung von Schleswig-Holstein, ob wir über militärisch gesicherte Schutzzonen diskutieren; aber auch diese Frage gehört zu einer umfassenden Debatte. Gleichwohl sollten wir das noch einmal gesondert analysieren.

Der Vorschlag, eine **militärische Schutzzone** in **Syrien** einzurichten - so habe ich Sie verstanden -, ist aus meiner Sicht sehr kurzfristig und auch riskant, weil niemand von uns ausschließen kann, dass dadurch eine Eskalation in der Region erst richtig losgetreten oder noch verschärft wird. Wie soll das denn aussehen, wenn auch die Bundeswehr als Partner der NATO zwischen den Fronten von Assad, IS, USA und Russland steht, wenn dort keine politische Einigung darüber erzielt wird, wie man mit Assad umgeht? Was machen wir dann?

Wir sollten gleichzeitig auch nach Afghanistan gucken, wo gerade das Kontingent der NATO reduziert wird und wo bestimmte Teile des Landes dann wieder Bundeswehr- und NATO-frei sind. Sollen wir dann dort auch diese Schutzzonen einrichten? Denn es ist ja absehbar - auch das gehört zur Realität -, dass zukünftig auch aus Afghanistan mehr Flüchtlinge den Weg nach Europa suchen werden, weil die Menschen dort durch die Taliban und den IS gefährdet sind. Auch das können wir militärisch nicht lösen.

Schauen wir weiter nach Ägypten, wo so viele Deutsche so gern Urlaub machen. Dort gibt es, gerade auch im Sinai, zunehmend Konflikte, militärische Auseinandersetzungen und Anschläge auch des IS. Sollen wir dann auch dort Militär einsetzen, um Touristen zu schützen oder zu evakuieren? Das alles ist doch etwas kurzfristig und ohne Strategie. - Herr Kubicki!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Beer lässt eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki zu, dem ich jetzt das Wort erteile.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Beer, ich stimme Ihnen zu, dass das eine kurzfristige Maßnahme wäre wie übrigens auch auf dem Balkan Ende der 90er-Jahre. Ich stimme Ihnen auch zu, dass wir eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten haben müssten, an der alle Beteiligten einschließlich der Weltmächte teilnehmen müssten, um eine langfristige Lösung zu initiieren.

Ich habe mich aber deshalb zu Wort gemeldet, weil Ihnen möglicherweise entgangen ist, dass die Vereinigten Staaten heute entschieden haben, ihre Truppen in Afghanistan länger zu stationieren, weil sie festgestellt haben, dass die afghanische Regierung nicht in der Lage ist, die Sicherheit im eigenen Land zu gewährleisten. Dies geschieht, um genau dem Phänomen vorzubeugen, das Sie beschrieben haben, dass sich nämlich mehrere Hunderttausende oder Millionen Menschen aus Afghanistan auf den Weg machen aus Angst um ihre Sicherheit, die in ihrem eigenen Lande nicht mehr gewährleistet werden kann, wenn die Taliban weiter vorrücken.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Kollege Kubicki, ich weiß, dass so entschieden worden ist. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass die Experten genau dieses schon lange vorausgesagt haben, weil der Rückzug der NATO ein politischer Beschluss war und nicht etwa auf der Grundlage der Sicherheitslage über einen bestimmten Zeitraum in Afghanistan selber erfolgte. Auch wir haben viele Jahre lang den Einsatz in Afghanistan befürwortet, der dem Schutz der Menschen dort dient. Deswegen erwarten wir, dass man auch langfristig überlegen muss, ob man nach politischem Kalkül Sicherheitstruppen einsetzt oder ob man sagt: „Wir können nicht, auch wenn wir gern wollten, wir müssen da bleiben.“ Und die Situation ist jetzt eingetroffen. Ich gehe davon aus, dass die NATO die gleiche Entscheidung treffen wird und auch die Bundeswehr ihr Kontingent wieder aufstocken wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme das Stichwort **Balkan** gern noch einmal auf, weil der Einsatz der NATO und die Unterstützung der Luftangriffe nicht vom Völkerrecht gedeckt sind. Dies führt heute doch zu dieser absolut paradoxen Situation, dass NATO und Bundeswehr auch heute noch im Kosovo stationiert sind, während zeitgleich mit

(Angelika Beer)

großer Unterstützung dieses Hauses der Kosovo als sicheres Herkunftsland anerkannt wird. Wo ist da eigentlich die Logik? Wo ist da die politische Strategie?

(Beifall PIRATEN)

Oder soll die Bundeswehr dort bleiben, damit sie die Leute schützt, die wir dann wieder ins Kosovo abschieben, weil sie uns nicht passen? Das geht überhaupt nicht.

Jetzt komme ich auf die Anträge für die heutige Debatte zu sprechen. Ich möchte mich zunächst auf den **Antrag der CDU-Fraktion** zum Thema „Integration schafft Perspektiven“ konzentrieren. Ich glaube, unser Problem mit diesem Antrag - über Einzelheiten kann man ja reden - ist der **Duktus**. Ich will nur einige Vokabeln nennen, die in dieser Situation, in der jeder darauf achtet, wie Politik diskutiert und wohin sie will, eben falsch sind.

Da heißt es zum Beispiel „Deutschland an die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit stößt“. Das ist nicht unterlegt, keine Fakten, nichts. Zweites Beispiel: „den weiteren Zustrom zu begrenzen, den Flüchtlingsstrom zu begrenzen“. Das sind alles Vokabeln, Ressentiments und Vorurteile, die bei denen, die Angst haben, diese befördern.

Weiter heißt es „den aktuell bestehenden Flüchtlingsstrom einzudämmen und konsequent zurückzuführen“. Das ist nicht die Sprache einer christlich-demokratischen Partei, wie ich sie mir vorstelle, die die jetzige Situation wirklich ernst nimmt. Deswegen bin ich und sind wir PIRATEN wirklich entschiedene Kritiker, wenn vonseiten des Bundeskanzleramtes und der Landesregierung bei uns Worte benutzt werden wie „Fehlansätze abschaffen und beseitigen“. Das schafft den überflüssigen Neid zwischen denen, die sich bei uns benachteiligt fühlen, den Obdachlosen, den sozial Schwachen, und denen, die unsere Überlebenshilfe brauchen. Dieses Vokabular ist eher eine Verschärfung der Situation bei uns als eine Hilfe.

(Beifall PIRATEN)

In Richtung der CDU und des Antrags dieser Fraktion sage ich auch dieses: Gesellschaftliche Überforderung ist es doch nur dann, wenn der Bund und das Land die Menschen vor Ort mit den Herausforderungen alleinlassen. Das ist zurzeit immer noch der Fall. Ich sehe die Gefahr, dass Bund und Land aus Kostengründen die Last durch ehrenamtlich tätige Bürger und Menschen tragen lässt mit der Folge, dass deren Engagement zu sehr überdehnt wird. Das ist heute Morgen sehr konkret beschrieben

worden. Die **Ehrenamtlichen** und auch die **Hauptamtlichen** wissen nicht mehr, wie sie die nächsten Tage die dringend notwendige Unterstützung für die Flüchtlinge leisten können. Dahin gehört die erste Initiative der Landesregierung, auch wenn sie Geld kostet.

Noch einmal zurück zu dem Flüchtlingsstrom. Die Aussage in Ihrem Antrag „kann nicht eingedämmt werden“ widerspricht unserem Grundgesetz. Asylrecht ist ein gesellschaftlicher und kultureller Grundwert und in keiner Weise verhandelbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir PIRATEN vermissen das Bekenntnis der CDU, dass wir auf der Grundlage unseres **Grundgesetzes**, der **Genfer Flüchtlingskonvention** und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, Verfolgten und Vertriebenen den notwendigen Schutz gewähren, gewähren wollen und gewähren müssen. Diese Selbstverständlichkeit findet sich in keinem Ihrer Anträge wieder. Das macht mich nachdenklich.

(Beifall PIRATEN)

Am Grundrecht auf Asyl kann und darf nicht gerüttelt werden. Auch ein Aufnahmestopp ist übrigens rechtlich ohne eine erneute Änderung des Artikels 16 a Grundgesetz nicht umsetzbar. Eine solche werden wir konsequent bekämpfen.

(Beifall PIRATEN)

Noch einmal: Es darf keinen Wettbewerb darin geben, die Flüchtlinge möglichst schnell nach Ungarn, Griechenland oder Italien zurückzuführen. Auch diese Staaten müssen mit den Herausforderungen fertig werden, und eine radikale Umsetzung von Dublin ist diesen Staaten nicht vermittelbar beziehungsweise dient nicht der humanitären Entlastung auch dieser Staaten. Das Recht haben sie durchaus.

Deswegen haben wir gesagt: Fakt ist, **Dublin III** ist gescheitert. Das hat dieser Landtag hier im Mai beschlossen. Es ist dieser Ministerpräsident, der morgen im Bundesrat auch mit seiner Lobhuldigung auf Frau Merkel heute Morgen fortfahren wird, die gesagt hat, sie wolle alle Maßnahmen in Gang setzen, damit Dublin III wieder hält; sie will also eine Verschärfung der Grenzen am Rande Europas. Das stellt zumindest eine Ignoranz gegenüber dem dar, was hier beschlossen worden ist. In Richtung SPD und Grüne muss ich leider sagen: Auch Sie kippen um, und zwar in einer Halbwertzeit von vier Monaten. Das ist verdammt wenig, wenn es um humanitäre Grundrechte geht.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Sehr gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Danke schön, Frau Kollegin. - Ich habe nur eine Verständnisfrage. Ich habe Ihnen vielleicht nicht richtig zugehört. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, dass dieser Landtag wann auch immer beschlossen hat, dass **Dublin III** gescheitert ist.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Was?

Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich kann mich nicht an einen Beschluss des Landtags erinnern, dass Dublin III gescheitert ist.

- Sie haben den Beschluss nicht mit unterstützt, Herr Dr. Garg. Das war ein Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war eine Faktenbeschreibung!)

Darin heißt es:

„... die Dublin-Verordnung abgeschafft und stattdessen ein europaweites solidarisches System der Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedstaaten eingerichtet wird;“

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht auch unter Dublin III!)

Das ist Bestandteil dieses Antrags. Das, was diese Landesregierung, aber auch die Große Koalition in Berlin beschließt, ist genau das Gegenteil von dem, was hier Konsens war.

Ich möchte auf die **traumatisierten Einwanderer und Zuwanderer** eingehen, und zwar unabhängig von Geschlecht und Alter. Sie brauchen geschulte Ansprechpartner und Hilfsangebote. Die Realität sieht jedoch anders aus.

Ich geben dem Ministerpräsidenten recht, dass wir diese Kapazitäten im Moment nicht versprechen können. Das ist richtig. Ich kann mich aber nicht damit zufriedengeben, dass er in seiner Regierungserklärung heute Morgen gesagt hat, es tue ihm

wahnsinnig leid, wenn ein minderjähriger traumatisierter Flüchtling vor ihm stehe und er diesem sagen müsse: Du musst leider ein paar Monate warten, bis du behandelt werden kannst. - Eine solche Aussage zeigt nicht, dass wir die Herausforderungen annehmen, sondern bringt nur zum Ausdruck, dass wir leider nichts ändern können. Das macht misstrauisch, und das ist auch nicht im Interesse der Flüchtlinge.

(Zuruf SPD: Sondern?)

Wir wissen doch alle, dass wir bis vor Kurzem in Boostedt eine Situation mit 2.000 Flüchtlingen hatten. Ich habe gehört, dort sind inzwischen schon mehr Flüchtlinge untergebracht. Am Wochenende war lediglich das Wachpersonal vor Ort. Dort sind 2.000 Flüchtlinge, und wir wissen nicht, wie viele davon traumatisiert sind beziehungsweise waren. Das Wachpersonal hat von sich aus gesagt, dass es sich, wenn ein Flüchtling mit Magenschmerzen oder etwas anderem kommt, nicht in der Lage sehe zu entscheiden, ob dieser ins Krankenhaus gebracht werden solle.

Das sind Sachen, die wir alle zusammen anpacken müssen. Das darf es nicht geben. Das ist nicht weniger schlimm als eine Unterkunft im Zelt, das nicht beheizt ist.

Der Landesvorsitzende der Nord-CDU, Ingbert Liebing, hat mit seiner Forderung nach einer Verabschiedungskultur die christdemokratische Debatte über die **deutsche Leitkultur** eröffnet. Ich bin froh, dass unser Kollege heute Morgen hier einen anderen Ton angeschlagen hat. Ich sehe in der Tat eher die Landes-CDU, und das ist gut so. Zumindest sie unterstützt den humanitären Ansatz von Kanzlerin Merkel. Es geht darum, einer verbalen Abgrenzungskultur eine Absage zu erteilen.

Ich betone das deshalb, weil der zukünftige Spitzenkandidat als Ministerpräsident gewählt werden will. Wenn das passieren sollte, dann sollten sich die Flüchtlinge besser ein anderes Bundesland aussuchen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich komme jetzt zum **Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen**. Ich kann mich kurz fassen. Als ich diesen gelesen habe, habe ich mir gedacht: Okay, das ist ein Wohlfühltext für die Koalition. Wahrscheinlich können wir davon ausgehen, dass wir auch wieder so eine Regierungserklärung vom Ministerpräsidenten bekommen, der eigentlich alles ganz schön bei uns findet.

(Angelika Beer)

Nun hat der Ministerpräsident zum ersten Mal ein bisschen Klartext geredet. Ich sage Ihnen aber: Auch ein Wohlfühltext nach der bisherigen moralischen Aufwertung von Koalitionsseite hilft den Flüchtlingen nicht weiter. Dieser hilft der Politik bei der Suche nach Antworten nicht weiter.

Ich sage auch und stelle dazu für die Fraktion der PIRATEN fest: Eine **Rückkehr in Würde**, das ist doch eine Farce. Man kann nicht zwischen guten und schlechten Flüchtlingen unterscheiden. Eine Abschiebung, eine Rückkehr, kann man nennen, wie man will. Sie selbst haben heute Morgen ausgeführt, dass viele, die zum Beispiel aus den Balkanländern zu uns kommen, keine Überlebensperspektive haben. Dann darf es auch keine Rückkehr in Würde geben, weil es diese im realen Leben nicht gibt.

Integration fängt mit der Sprache an. Bildung ist ein Menschenrecht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, entschuldigen Sie bitte, dass ich mitten im Satz frage: Ich war gerade abgelenkt. Der Herr Kollege Dr. Stegner bittet um eine Bemerkung. Lassen Sie diese zu?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ja, natürlich.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Dr. Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Frau Kollegin Beer, es mag ja sein, dass man die Verhältnisse so beschreibt, wie Sie sie beschreiben. Sie kritisieren jedoch die humanitäre Praxis, die die Landesregierung für sich bei solchen Anstrengungen in Anspruch nimmt. Ich finde, das sollte man nicht kritisieren. Das hätte ich vorhin auch gesagt. Der Kollege Klug hat das aber leider nicht zugelassen, als ich eine Zwischenfrage stellen wollte.

Wenn wir schon hier darüber reden, dass Menschen zurückkehren müssen und nicht alle hierbleiben können, dann kann man sich einerseits darum bemühen, dass die freiwillige Rückkehr den Vorzug vor Zwangsmaßnahmen bekommt. Das gelingt uns in großem Maße. Das könnte ein Grund für die Statistik sein, die Herr Klug vorhin benannt hat.

Wenn man andererseits jedoch nicht die Position vertritt, dass alle Menschen hierbleiben können, ist die humanitäre Praxis, dass es eine Rückkehr in Würde, aber keine Rückkehr in Not gibt, etwas, was ich mir von der Landesregierung als Maßstab wünsche. Das muss man im Landtag nicht kritisieren, finde ich.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Kollege Stegner, solange Sie Mitglied der Landesregierung sind - -

(Zuruf SPD: Ist er nicht!)

- Entschuldigung. Möglicherweise werden Sie es zukünftig sein. Ich wollte jetzt aber über hier und heute reden. Solange Sie in dieser Koalition sind und diese Koalition die Landesregierung stellt, würde ich sagen, dass ich Ihnen vertraue, dass Sie das so meinen und dass das auch so passiert.

Trotzdem bedaure ich zutiefst, dass Sie nicht die Courage hatten, den **Winterabschiebestop** ebenso wie im vergangenen Jahr zu erlassen, dass Sie dabei eingeknickt sind. Wir werden sehr genau aufpassen. Wenn sich die politischen Mehrheitsverhältnisse ändern sollten, dann gibt es keinen Garanten mehr, dass diese Abschiebung in Würde, wie Sie sie definieren, Herr Dr. Stegner, tatsächlich durchgeführt wird. Dafür hätten Sie dann die Verantwortung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Kollegen Dr. Stegner?

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich würde gern bezogen auf den **Winterabschiebestop** ausdrücklich Wert darauf legen - wir haben das auch kommuniziert -, dass wir die Jahreszeit nicht formal festlegen. Das kann man nach geltendem Recht in der Tat für sechs Monate tun. Hinsichtlich der Frage der humanitären Kriterien, wen man zurückschickt und wohin, wird sich in der Praxis aber nichts ändern. Das hat der Innenminister ausdrücklich zugesagt. Wir sind auch nicht daran interessiert, dass der Eindruck entsteht, dass jeder, der keine Berechtigung hat, deswegen nach Schleswig-Holstein kommt, weil Schleswig-Holstein das einzige Land ist, das formal erklärt, dass es für eine bestimmte Frist so ver-

(Angelika Beer)

fährt. Das ist der einzige Grund. Ich will ausdrücklich sagen, dass sich an der humanitären Praxis nichts ändert. Das hat der Innenminister eindeutig hier gesagt. Das sind übrigens die gleichen Kriterien, die wir teilweise als Abschiebehindernisse haben.

Deswegen kann ich auch nichts damit anfangen, wenn hier Statistiken vorgetragen werden, in denen uns vorgehalten wird, wir würden nicht genug abschieben. Dazu kann ich nur sagen: Ich bin stolz auf eine Landesregierung, die humanitäre Kriterien anwendet bei der Frage, ob Menschen in Länder zurückgeschickt werden. Dass das nicht in Not geschieht und dass niemand in elende Verhältnisse abgeschoben wird, darauf ist unsere Koalition jedenfalls stolz, und dabei werden wir auch bleiben.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Stegner, das sei Ihnen zugestanden. Das will ich auch gar nicht strittig stellen. Ich sage ja auch nicht, dass jeder, der kommt, unbedingt bleiben kann. Es ist zu differenzieren. Das ist vollkommen klar. Ich sage Ihnen aber auch als Oppositionsabgeordnete: Solange wir ein Kommunikationsdesaster haben nicht nur gegenüber den Kommunen, sondern auch gegenüber dem Parlament und dem entsprechenden Ausschuss, solange wir als Opposition nicht einmal die Möglichkeit haben, über legale Instrumente wie zum Beispiel den längst überfälligen **Bericht der Härtefallkommission** zu kontrollieren, ob ihre Zusagen eingehalten werden, wenn mir auf eine Anfrage zur Härtefallkommission, warum der Bericht seit über einem halben Jahr säumig ist, vom Innenministerium geantwortet wird, man habe leider keine Kapazitäten, diesen Bericht zu erstellen, woran soll ich denn dann messen, ob die Aussage richtig ist?

Dann kann ich nur raten: Setzen Sie sich einmal mit Herrn Minister Studt und ihrem Ministerpräsidenten hinter verschlossenen Türen zusammen und regeln Sie, wie das Parlament, aber vor allem die Menschen korrekt unterrichtet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte noch die **Sprache und die Bildung** als Menschenrecht ansprechen. Es gibt ein Problem, auf das auch ich keine Antwort habe. Bereits jetzt leidet die Bildung in Schleswig-Holstein unter dem strukturellen Unterrichtsdefizit aufgrund von Krankheiten. Das ist einfach ein Fakt. Die GEW in Schleswig-Holstein geht davon aus, dass zusätzliche 1.000 Lehrerstell-

len notwendig sind. Die gemeinsame Sitzung von Finanzausschuss, Sozialausschuss und Bildungsausschuss hat gezeigt, dass sich die Ministerien nicht einmal auf eine Zahl einigen können. Wie ist das dann mit einem solchen Antrag in Verbindung zu bringen? Wie soll es denn gelingen, wenn nicht einmal innerhalb der Ministerien in diesem engen Bereich der Bildung, der so entscheidend ist, eine Einigung erfolgen kann? - Ich verstehe nicht, wie hier regiert wird. Entschuldigung, das ist mir unbegreiflich - in einer Situation, in der wir sagen: Es ist eine neue Situation entstanden. Das sagen wir doch alle. Aber dann gibt es auch eine Bringschuld der Regierung. Da gibt es eben im Moment mehr Minus als Plus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung ist eine **Voraussetzung für Integration**, und ich sage hier auch ganz kurz: Das Endziel derjenigen, die zu uns kommen, die „Endstation Sehnsucht“, ist doch nicht die Erstaufnahmeeinrichtung. Integration ist eine jahrelange Aufgabe, eine mühsame Aufgabe. Wir können nicht so tun, als wenn in zwei Jahren das Ganze einfach so erledigt wäre. Nein, Jahrzehnte werden wir integrieren müssen, weiter integrieren, um in einer kulturell bereicherten Gesellschaft zusammenzuleben.

An dieser Stelle möchte ich zu unserem **eigenen Antrag** kommen, der sich allerdings auch auf den SPD-Antrag bezieht. Der SPD-Antrag lobt die Seite „engagiert-in-SH.de“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben beantragt, dass die Landesregierung eine **Internetseite einrichtet**, genauso wie die Staatskanzlei NRW es gemacht hat, transparent, man kann alles eingeben: Ich habe Sprachkenntnisse - ich suche Sprachkenntnisse; ich habe die und die Hilfsgegenstände, ich lebe in der und der Region - wir brauchen dieses und jenes. - Das wird alles für das ganze Bundesland zentral aufgezeigt. Jede Hilfe kann koordiniert und zum richtigen Ort gebracht oder angefordert werden. Das ist das, was man braucht, um Ehrenamt zu erleichtern und nicht eine Bleiwüste von Links, bei denen man noch nicht einmal weiß, auf welcher Seite man sich letztlich befindet. Da ist selbst die Wikipedia-Seite der Flüchtlingshilfe Kiel besser, die genau die Kriterien wie die Staatskanzlei NRW hat. Fassen Sie sich ein Herz, und stimmen Sie unserem Antrag zu, machen Sie etwas, was nichts kostet, und entlasten Sie das Ehrenamt von heute auf morgen.

(Beifall PIRATEN)

Dann muss ich auch auf unseren Antrag zum **Soli** eingehen. Lieber Kollege Harms, ich habe Ihnen sehr genau zugehört, Sie sind darauf eingegangen.

(Angelika Beer)

Vielen Dank dafür. Die anderen haben es bisher ignoriert. Aber vielleicht haben Sie nur die Überschrift und nicht unseren Antrag selbst gelesen.

(Lars Harms [SSW]: Doch!)

Ich will den noch einmal vorlesen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Beratung des Länderfinanzausgleiches dafür einzusetzen, den 2019 auslaufenden Solidaritätszuschlag, sogenannten ‚Soli‘, zukünftig als Steuer zu erheben, die dem allgemeinen Steueraufkommen der Länder zugerechnet wird, damit die Länder den Herausforderungen wie zum Beispiel durch Flüchtlinge, Haushaltskonsolidierung und auch Investitionsstau gerecht werden können.“

Es ist kein Antrag, der sich nur auf die Unterstützung der Flüchtlinge richtet, sondern er versucht, eine **strukturelle Haushaltssicherheit** über die Zeit von 2019 hinaus zu geben.

Ich sehe darin keine Stigmatisierung der Flüchtlinge und auch nicht das, was Sie uns heute Morgen vorgeworfen haben, dass wir damit - so sage ich es einmal - Unterschiede zwischen sozial Schwachen und Flüchtlingen verschärfen. Ganz das Gegenteil ist der Fall; denn es geht doch darum, das ist kein Vorwurf an diese Regierung oder wenn, nur an die letzte war -: Über Jahrzehnte haben wir Defizite in Kauf genommen, ignoriert, weggeredet oder schön-geredet - bei der Bildung, beim sozialen Wohnungsbau, bei der inneren Sicherheit, bei der Konsolidierung des Haushaltes. Es ist nun einmal so, dass durch die Flüchtlinge, die Vertriebenen, die jetzt zu uns kommen, die in großen Mengen kommen, diese Defizite, die alle Angehörigen der letzten Regierungen zu verantworten haben, von heute auf morgen auf dem Tisch liegen. Wir haben damals nichts damit zu tun gehabt, aber ich sage auch ganz klar: Wir sind bereit, gemeinsam mit Ihnen allen dazu gute Ideen zu erarbeiten. Das ist das, was wir mit diesem Antrag tun, Kollege Harms: nicht das Schüren von Ungerechtigkeit, sondern wir haben einen Sachantrag gestellt und hoffen auf eine etwas sachlichere Debatte in den Ausschüssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme jetzt auch zum Schluss. Wir hoffen auf eine zügige Beratung. Die ist bisher nicht erfolgt, weil der Innenminister nicht in den Ausschuss kommen konnte und weil jemand, der aus dem Innenministerium geschickt worden war, gerade aus dem Urlaub gekommen war und zu den Sachen nichts sagen konnte. Dafür haben wir Verständnis. Das zeigt die

Überbelastung des Innenministeriums, das zeigt aber auch noch einmal die Notwendigkeit eines eigenen **Integrationsausschusses**.

(Zurufe Peter Eichstädt [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

Wir haben einen **Antrag** gestellt, um eine **Beschleunigung der Asylverfahren** zu erreichen und **sichere Herkunftsländer** zu definieren. Ich glaube, dass das sehr viel mehr zur schnellen Entlastung führen würde. Das ist gar nicht so weit von einigen Aussagen seitens der FDP-Kollegen entfernt. Vielleicht können wir uns da noch einmal zusammensetzen und schauen, ob wir etwas Gemeinsames finden.

Ich will nur unterstreichen, dass das, was hier einmal in der Forderung nach Botschaftsasyl, Kritik an Eurosur, an Frontex, an der Dublin-Verordnung Konsens war, genau heute bei der Sonderkonferenz der Europäischen Union mit den Ministerpräsidenten wieder einkassiert wird. Das ist der Schritt zurück.

Für uns heißt eine neue Flüchtlingspolitik, diese sicheren und unsicheren Herkunftsländer festzulegen. Mein Kollege Torge Schmidt hat die anderen Kriterien schon benannt. Deswegen bleibt mir eigentlich nur die Bitte - zurückkommend auf die Einleitung von Klaus Schlie heute Morgen -: Wir müssen hier schon die **politischen Differenzen diskutieren**. Ich mache das jetzt einmal ähnlich wie der Kollege Klug und sage: Wenn es so ist, dass wir uns im Moment gerade aufgrund der aktuellen Situation verändern, wenn wir wissen, dass wir die Chance haben, dies positiv zu gestalten, dann ist es in der Tat erneut eine historische Aufgabe.

Ich erinnere mich gut daran, als die deutsche Bundesregierung erstmals vor die Frage gestellt war, militärisch einzugreifen, um einen möglichen Völkermord, nämlich in Srebrenica, zu verhindern, als der damalige Bundestagspräsident alle Parteien zusammengerufen und auch sehr klar formuliert hat, welche Verantwortung das für alle politischen Kräfte im Land mit sich bringt. Ich sage im Nachhinein: Wir haben damals Fehler gemacht, auch in den Entscheidungen, weil wir versucht haben, uns mit moralischen Argumenten um Sachentscheidungen herumzudrücken oder die Notwendigkeiten nicht vollends auf den Punkt zu bringen. Ich denke, wir sollten uns immer ehrlich eingestehen, dass es damals immer mahnende Stimmen gab, die auch heute zu hören sein müssen. Damals waren es Herr Genscher, Herr Kinkel und auch führende Sozialde-

(Angelika Beer)

mokraten. Wir haben lange darum gerungen, ob das der richtige Weg ist. Es muss schon auch möglich sein, hier Kontroversen zu führen, denn sonst haben wir einen Konsens, der an der Realität wenige Tage darauf zerbricht, und das möchte ich vermeiden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Bevor ich dem Kollegen Harms das Wort erteile, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne weitere Besucherinnen und Besucher zu begrüßen, es sind Mitglieder des Rotary-Clubs aus Eckernförde sowie der Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Arfst Wagner. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich dem Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vielleicht gleich am Anfang erst einmal versuchen, etwas klarzustellen, weil ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass Beschlüsse, die wir hier gefasst haben, richtig gedeutet werden. Die Kollegin Beer hat den Beschluss von vor vier Monaten eigentlich gerade vorgelesen. Da ging es darum, dass wir festgestellt haben - eine reine Feststellung -, dass das **Dublin-III-Verfahren** gescheitert ist. Ich glaube, das können wir alle so unterschreiben, das ist so. Dann haben wir beschlossen, dass wir ein **europäisches Verteilssystem** für Flüchtlinge anstreben. Ich für meinen Teil kann sagen, dass wir das noch immer anstreben. Ich habe das auch heute Morgen noch einmal gesagt: Das ist nicht unbedingt ein Widerspruch oder ein Einknicken von wem auch immer, sondern es ist einfach so, dass wir das immer noch wollen. Insofern ist der Beschluss, so finde ich, durchaus noch aktuell, aber nicht unbedingt ein Beleg dafür, dass wir in irgendeiner Art und Weise von irgendeiner Form von Politik abgewichen sind.

Frau Beer, was den **Solidaritätszuschlag** angeht, werde ich vielleicht immer missverstanden, obwohl ich heute gar nicht so emotional war. Wir haben einen bestehenden Landtagsbeschluss, der sagt, der Soli solle für die Schuldentilgung genommen werden.

Darüber, ob man das immer noch will, kann man später einmal diskutieren. Dazu, dass wir aufgrund

Ihres Antrages heute im Rahmen einer Flüchtlingsdebatte über den Solidaritätszuschlag diskutieren, habe ich nur eine Sorge geäußert, nämlich dass das, wenn man das so macht, bei den Menschen, die in irgendeiner Art und Weise Befürchtungen und Ängste haben, ihnen könnte irgendetwas genommen werden, dazu führen könnte, dass sie sagen: Guckt mal, da machen sie jetzt eine Extranummer, da machen sie eine Extrasteuer, damit man den Flüchtlingen helfen kann. Ich habe gesagt: Ich habe da meine Bedenken und Sorgen, was den Antrag angeht.

Ich habe extra betont, dass ich den guten Willen und Ihren Hintergrund überhaupt nicht infrage stelle. Das ist klar. Meine Sorge war nur, dass die Diskussion irgendwann in der Öffentlichkeit, nicht hier in diesem Rund, in eine völlig andere Richtung läuft, wenn man so etwas weiter verfolgt. Das ist die einzige Sorge, die ich ausgedrückt habe. Ansonsten können wir uns gern noch in den Ausschüssen darüber unterhalten.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zu dem eigentlichen Thema. Ich bin ein echter Genießer. Das wissen Sie alle. Vorhin habe ich es echt genossen, als die Kollegin Serpil Midyatli hier gesprochen hat. Manchmal steckt man nämlich so tief in der Arbeit drin, dass man glatt vergisst, was alles Gutes getan wird. Ich habe heute schon einmal gesagt: Man sollte immer über die guten Dinge des Lebens sprechen.

Man sollte sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen, dass durch die Tätigkeit unseres Ministeriums, insbesondere unseres Innenministers und seiner Staatssekretärin, aus 1.500 **Erstaufnahmepätzen** tatsächlich auf einmal 11.000 geworden sind. Wir wissen, dass wir uns als Ziel gesetzt haben, daraus 25.000 zu machen, um insbesondere die Kommunen zu entlasten. Es ging also nicht darum, etwas zusammenzuraffen, sondern darum, den Kommunen Luft zu geben, damit sie die Unterbringung regeln können. Das finde ich klasse.

Ich führe mir weiter vor Augen, dass wir tatsächlich die **Förderung kommunaler Unterbringungsmöglichkeiten**, im Übrigen nicht nur die Förderung von Gemeinschaftsunterkünften - damit kann auch anderes gefördert werden - schon rechtzeitig im letzten Jahr per Beschluss für dieses Jahr auf den Weg gebracht haben. Das ist wirklich etwas, was sich sehen lassen kann.

Gleiches gilt für die **DaZ-Lehrer**. Gleiches gilt in der Tat für die **Lehrerversorgung**. Es war klug und

(Lars Harms)

richtig, die BAföG-Mittel erst einmal da hineinstecken. Wir hatten damals natürlich nicht nur die Flüchtlingsfrage vor Augen, sondern insbesondere die Not an den Schulen, was die Lehrerversorgung angeht. Jetzt kommt uns das Ganze in dieser Situation, die wir jetzt haben, zugute. Vor diesem Hintergrund war es eine kluge Entscheidung.

Gleiches gilt für die **Kindergartenförderung**. Wir haben so viele Plätze, wir sind sehr gut aufgestellt, sind unter den westlichen Bundesländern in der Spitzengruppe. Das ist etwas, was uns in der derzeitigen Situation entsprechend hilft. Das darf man auch einmal sagen.

Was im Übrigen vergessen wurde, war die **Gesundheitskarte**. Da reiten wir der gesamten Republik voran. Ich finde, man kann ein bisschen stolz auf das sein, was die Sozialministerin auf den Weg gebracht hat. Es ist keine einfache Kiste, das auszuverhandeln. Unsere kommunalen Verwaltungen sparen dadurch Verwaltungsaufwand, und zwar massiv. Sie sparen vor allen Dingen Kosten, weil sie auf einmal nicht mehr die Privatabrechnung bezahlen müssen, sondern das über das normale Gesundheitssystem läuft. Ich finde, da können wir uns schon einmal sagen: Mensch, das ist richtig klasse gelaufen.

(Beifall SSW und SPD)

Wenn wir uns wirklich über die Flüchtlingsfrage unterhalten, sollte man da mit Realismus herangehen. Es ist so, das 93 % der Menschen, die derzeit bei uns angekommen sind, tatsächlich eine **dauerhafte Bleibeperspektive** haben. Diese ganze Diskussion mit Grenzen hochziehen oder dichtmachen, keinen mehr reinlassen und schnell wieder rauschicken ist völliger Blödsinn. Das würde das Problem nicht lösen, sondern nur die Augen vor dem Problem schließen. Das Problem ist nämlich nicht, dass die Leute hier herkommen, sondern das Problem entsteht immer dann, wenn man sich keine Gedanken darüber macht, wie man die Leute hier integrieren kann. Das ist das entscheidende Thema.

Das entscheidende Thema sind eben nicht die **Obergrenzen**. Obergrenzen, Frau Kollegin Dame-row - - Ist Sie noch da? - Leider nicht mehr. Aber egal. Ich sage es allen anderen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie steht hinter dir!)

- Sie steht hinter mir. Man muss immer aufpassen, was im Rücken passiert, das ist richtig. Das stimmt. Das habe ich heute schon jemandem gesagt.

(Heiterkeit Lars Winter [SPD])

Obergrenzen führen zu nichts, grundsätzlich, inhaltlich nicht. Sie sind rechtlich auch gar nicht zulässig, weil das **Asylrecht** Obergrenzen nicht vorsieht. Das Asylrecht ist ein Teil des Grundgesetzes, der nicht geändert werden darf. Also selbst, wenn man sich hier hinstellt und das fordert: Es wird nicht kommen. Ich persönlich finde es auch ganz gut so, dass es nicht kommt. Ich finde es auch gut, dass wir den Leuten Asyl gewähren können.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn solche Forderungen einfach mal so - ich hätte fast ein anderes Wort benutzt - „hingeschmissen“ werden - das ist mir gerade noch so eingefallen -, muss ich sagen: Das ist gefährlich. Eine solche Äußerung **stellt** definitiv den **Rechtsstaat infrage**. Da sind wir bei dem, auf das der Kollege Kubicki vorhin aufmerksam gemacht hat, nämlich dass man aus irgendeinem gutgemeinten Gedanken heraus einfach einmal sagt: „Wir setzen Rechte außer Kraft“. Das funktioniert so nicht. Es darf in einem Rechtsstaat auch nicht so funktionieren. Insofern kann man diese ganze Obergrenzendiskussion einfach über den Jordan werfen. Sie bringt nichts. Sie bringt inhaltlich nichts und ist rechtlich auch nicht zulässig.

Zu den **Transitzonen**! Ja, ich habe von Zäunen gesprochen, ich habe von Wachen gesprochen. Ich wüsste auch nicht, wie anders man solche Lager einrichten kann. Sie sind nicht mit den sogenannten **Hotspots** vergleichbar, die möglicherweise an anderen Standorten in Europa eingerichtet werden sollen. Wenn die nach dem Motto: „Du kommst hier nur rein, wenn du in eine Zone gehst, dort passen wir auf dich auf und arbeiten daran, dass du wieder gehst“, funktionieren würden, wären das in der Tat Dinge, die so nicht in Ordnung sind. Es geht aber darum - noch haben wir diese Hotspots nicht -, dass man sich einheitliche Asylstandards auf europäischer Ebene gibt, man die Leute in diese Hotspots hineinlaufen lässt, um sie dann auf die einzelnen Länder zu verteilen, damit dort das Asylverfahren nach der dortigen Asylgesetzgebung abgearbeitet werden kann. Das heißt, diese Hotspots dienen dazu, den Leuten ein Asylverfahren zu ermöglichen. Unsere Transitzonen - so, wie sie jetzt diskutiert werden - dienen dazu, Ihnen genau das nicht zu ermöglichen. Das ist der eigentliche Kritikpunkt. Deswegen, glaube ich, sind Transitzonen der falsche Weg.

Ich habe vorhin schon gesagt, dass wir uns darüber zu unterhalten haben, wie wir die Leute am besten integrieren können. Eines, was in dem Kompromiss zwischen dem Bund und den Ländern bisher völlig schiefgelaufen ist, ist, dass es immer noch so ist,

(Lars Harms)

dass es bei der **Arbeitsplatzsuche** tatsächlich einen **Vorrang für Deutsche und EU-Bürger** gibt und erst danach alle anderen kommen. Wenn man in einem Asylverfahren ist und man sowieso keinen sicheren Aufenthaltsstatus hat, wird es noch schwieriger. Man darf erstens den Job nur als Letzter kriegen, und dann ist man zweitens auch noch jemand, der immer damit rechnen muss, in den nächsten Monaten irgendwohin abgeschoben zu werden oder hier keinen sicheren Status zu haben. Das ist das eigentliche Problem.

Ich glaube, daran muss sehr schnell gearbeitet werden, um - ich sage es wieder - die 93 %, die hier sind, integrieren zu können. Mindestens für die muss man es ändern. Deswegen kommen wir an einem **Einwanderungsgesetz** überhaupt nicht vorbei. Wir müssen so etwas machen. Einer der Kernpunkte muss sein, dass der Arbeitsmarkt für alle Menschen, die hier herkommen und legal hier einwandern beziehungsweise als Asylbewerber anerkannt worden sind, ohne Hemmnisse geöffnet wird. Je schneller die Leute in Arbeit kommen, desto besser geht es den Leuten und desto besser geht es auch uns als Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Nun gab es am Anfang immer noch die Diskussion darüber: Wie stellen wir uns eigentlich auf? Welche Bilder senden wir aus? Ich will in der Tat nicht auf die einzelnen Anträge eingehen. Das führt, glaube ich, zu nichts. Darüber sollten wir uns im Ausschuss in Ruhe unterhalten. Für mich ist aber schon wichtig, zwei Kerndinge deutlich zu machen.

Erstens. **Recht und Gesetz** gelten für uns alle **überall in diesem Land**, an jedem Ort und an jedem Platz, sodass ich nicht hervorheben muss, dass es an ganz bestimmten Ecken besonders zu gelten hätte. Im Umkehrschluss wird dann automatisch gesagt: Aha, derzeit scheint es da drunter und drüber zu gehen. Deswegen glaube ich, mit Äußerungen, in Asylbewerbererstaufnahmeeinrichtungen sei es notwendig, besonders darauf hinzuweisen, dass Recht und Gesetz einzuhalten seien, senden wir das falsche Bild aus. Ich verstehe schon, dass man bestimmte Menschen und bestimmte Gruppen entsprechend schützen will. Mir ist auch klar, dass es andere Kulturkreise gibt, die nicht so wie wir denken. Aber letztlich gelten Recht und Gesetz überall im Land und an jeder Stelle. Ich bin davon überzeugt, dass wir als Staat Recht und Gesetz überall entsprechend durchsetzen.

Das Zweite - das ist immer ein bisschen damit verbunden - ist die Diskussion: „Da werden irgendwel-

che Straftaten begangen, da passiert irgendetwas“, und das wird dann besonders hervorgehoben. Meine Damen und Herren, ich war gemeinsam mit dem Kollegen Burkhard Peters auf der Veranstaltung der Richtervereinigung. Ich kann Ihnen sagen: Es ist eindeutig so, dass sich Flüchtlinge wirklich äußerst angepasst verhalten, weil sie alles dafür tun, damit sie anerkannt werden können, damit sie nirgendwo anecken. Wenn es irgendwie geht, hält man sich einfach nur zurück und tut nichts.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Deswegen ist das die Botschaft, die man aussenden soll, nicht, dass die Leute nichts tun und duckmäuserisch sein sollen, sondern dass man deutlich macht: Von den Flüchtlingen geht keine Gefahr aus, jedenfalls keine größere Gefahr als von jedem Menschen, der einen deutschen Pass in der Tasche hat. Das ist eine Aufgabe, die wir als Politik haben.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Da sind wir schnell bei der Frage, ob wir in irgendeiner Art und Weise eine **Belastungsgrenze** haben und ob die gerissen wird. Ich fand das heute vom Ministerpräsidenten sehr vorsichtig und klug formuliert. „Belastungsgrenze“ bedeutet nicht, da kommt eine Masse von Leuten, oh, nun bricht alles zusammen. Nein, wir können es in der Tat schaffen. „Belastungsgrenze“ orientiert sich für mich immer daran: Welche **Infrastruktur** habe ich zur Verfügung, um den Menschen zu helfen? Die Schlussfolgerung, wenn ich merke, dass meine Infrastruktur nicht reicht, muss sein: Dann mache ich etwas an der Infrastruktur, damit ich den Menschen helfen kann. Das ist unsere Aufgabe, das hilft der Gesellschaft. Das ist unsere eigentliche Aufgabe, daran arbeiten wir, und dabei würden wir gern mit dem gesamten Parlament zusammenarbeiten, um es hinzubekommen, dass die Leute hier vernünftig aufgenommen werden, dass ihre Verfahren schnell laufen, dass sie Rechtssicherheit haben und dass sie schnell in die Gesellschaft integriert werden können.

Das ist etwas, was uns alle einen sollte. Es geht darum, das den Bürgern immer wieder deutlich zu machen, damit die Bürger ihre Ängste verlieren und die Willkommenskultur, die wir am Jahresanfang kennengelernt haben, aufrechterhalten werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich nun dem Innenminister Stefan Studt zu seinem mündlichen Bericht das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Herausforderungen**, vor denen der Bund, die Länder und unsere Kommunen angesichts der Flüchtlingsbewegungen stehen, sind ohne Zweifel immens. Um sie zu bewältigen, bedarf es gewaltiger **gemeinsamer Kraftanstrengungen**. Das haben wir hier schon mehrfach gehört.

Auch ich möchte gleich zu Beginn sagen: Die aktuelle Situation ist weder eine Krise noch eine Katastrophe. Dies sind Begriffe, die für die Zustände in den Herkunftsländern, in den Fluchtländern, gelten. Wir haben es hier mit einer großen humanitären und gesellschaftlichen Herausforderung zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wenn ich sehe, wie viele Menschen sich diesen Aufgaben stellen, dann sage ich ganz bewusst: Wir werden diese Aufgabe bewältigen,

(Beifall Lars Winter [SPD])

wenn wir unsere Kräfte richtig einteilen, uns nicht in kleinteiligen Diskussionen aufreiben, aufeinander hören und uns wechselseitig unterstützen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die **Anträge der Opposition**, die der heutigen Debatte im Wesentlichen zugrunde liegen, könnten den Eindruck erwecken, die Landesregierung habe im Rahmen der Flüchtlingspolitik ihre Aufgaben falsch, zu spät oder nicht umfassend wahrgenommen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Gut gelesen!)

Ich möchte jetzt nicht kleinteilig darstellen, dass dieser Ansatz sowohl sachlich nicht gerechtfertigt als auch nicht zielführend ist. Ich räume aber gern ein, dass da, wo in kurzer Zeit in häufig komplexem Zusammenspiel der Institutionen und Ebenen viel und umfänglich zu leisten ist, natürlich Fehler passieren. Herr Arp, es wäre ein Wunder, wenn es nicht so wäre.

Ja, die Abstimmung über die **Kommunikation in Itzehoe** ist falsch gelaufen, die ist nicht richtig gewesen, da haben wir einen Fehler gemacht. Dazu

stehe ich auch an dieser Stelle. Das habe ich auch gegenüber den Medien zum Ausdruck gebracht. Das ist so. Das von Frau Damerow angesprochene Kommunikationslagezentrum haben wir. Wir haben eine besondere Aufbauorganisation. Wir haben einen eigenen Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Da gehört so etwas hin, mit uns abgestimmt. Diesen Fehler - das sage ich Ihnen zu - wollen wir nicht wiederholen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zur weiteren Frage, wo es Informationen gibt, wo die notwendigen Informationen sind, der Hinweis, dass morgen ein **Fragen- und Antwortkatalog** in verschiedenen Sprachen freigeschaltet wird, um all denen, die an diesen Themen interessiert sind, die richtigen Antworten zu geben - zu allgemeinen Lebenslagen, Antragstellung, Verfahren. Das wird ab morgen freigeschaltet und ist etwas, was wir im Flüchtlingspakt vereinbart haben. Ich glaube, dass das der nächste richtige Schritt ist, alle an der Stelle mitzunehmen - gerichtet an die Flüchtlinge, aber natürlich auch an all die, die hier helfen, die selber Fragen haben, wie Beschäftigung, wie Arbeit funktionieren kann. Wie gesagt, Freischaltung ab morgen. Sie sind herzlich eingeladen, sich das anzusehen.

Drei Stichworte sollen hier genügen, um die rechtzeitige und umfassende **Reaktion der Landesregierung** zu verdeutlichen. Es ist schon angesprochen worden: Schleswig-Holstein war das erste Land, das sehr früh in diesem Jahr auf den erhöhten Zugang an Flüchtlingen reagiert hat. Wir haben die Prognose des Bundes sehr früh angezweifelt, der uns noch im März 2015 nur 8.000 Flüchtlinge für dieses Jahr in Aussicht gestellt hat. Schon da haben wir 20.000 angenommen. Auch heute informieren wir jeden Tag öffentlich auf unserer Website über den aktuellen Zugang, über die aktuellen Zahlen.

Wir informieren über die Erstaufnahmeeinrichtungen, über die Belegung und die Planungen, wo neue Erstaufnahmeeinrichtungen vorgesehen sind. Natürlich gehört die Erarbeitung eines **Konzepts** zur Einrichtung von zusätzlichen **Erstaufnahmeeinrichtungen** dazu. Auch das haben wir sehr schnell im Frühjahr auf den Weg gebracht - ebenso wie die Schaffung einer **interministeriellen Arbeitsgruppe**, weil es nicht nur Zuständigkeiten des Innenministeriums, sondern natürlich auch des Jugend- und Sozialministeriums, des Bildungs- und des Arbeitsministeriums gibt. Wir haben **Stabsstellen** im Innenministerium eingerichtet, um alle wichtigen Handlungsfelder der Flüchtlings- und In-

(Minister Stefan Studt)

tegrationspolitik miteinander zu verbinden und zu koordinieren.

Wir haben am 6. Mai 2015 gemeinsam mit Kommunen, Kirchen, Wirtschaft, Ehrenamt, Wohnungswirtschaft, der freien Wohlfahrtspflege, Organisationen, Vereinen, Verbänden und vielen weiteren Beteiligten den **Flüchtlingspakt** geschlossen und damit ein langfristiges Integrationskonzept als Grundlage entwickelt, um den Zugang und das Bleiben der Flüchtlinge zu bewältigen. Ja, vieles von dem ist noch nicht so auf den Weg gebracht, wie wir uns das vorgestellt haben.

Ja, wir sind von den großen **Zahlen der Flüchtlinge**, die in den Wochen und Monaten darauf zu uns gekommen sind, sehr beansprucht worden. Da gibt es manches, was hätte schon weiter sein können, wenn der Zulauf so regelmäßig gewesen wäre, wie wir ihn erwartet haben. Herr Kubicki hat die Monatszahlen in seiner Rede heute Morgen freundlicherweise skizziert.

So bleibt es - auch wenn mit erheblich erhöhten Zahlen von Flüchtlingen zu rechnen ist - das oberste Ziel im gesamten Land ist, die Voraussetzungen für eine ausreichende Zahl von **Unterkünften** zu schaffen. Verbunden damit ist die Absicht, den Druck von den **Kommunen** zu nehmen. Wir haben gehört, wie sich die Zahlen in den Erstaufnahmeeinrichtungen entwickelt haben. Bis März 2015 gab es nur den Standort Neumünster. Im April ist Boostedt hinzugekommen. Seit Juli haben wir die Kapazität kontinuierlich auf über 10.000 Plätze an 12 Standorten gesteigert.

Auch wenn Herr Günther nicht mehr da ist, lassen Sie mich zu Neumünster sagen: Die vorgesehene Belegung dort sind 2.000. Es ist zutreffend, dass wir dort im Moment 5.500 haben. Ja, das ist eine Überbelegung, aber nicht im Verhältnis 1.500 zu 6.000.

Der Leitungsstab der „Besonderen Aufbauorganisation Flüchtlinge“ hat den erweiterten Auftrag - das hat der Ministerpräsident heute Morgen ausgeführt -, weitere Unterbringungsmöglichkeiten zu identifizieren. Unser Ziel ist es, bis zum Jahresende **25.000 Unterbringungsplätze** in den **Erstaufnahmeeinrichtungen** zu schaffen.

Das geht auf verschiedenen Wegen. Das geht natürlich, wenn man weitere Erstaufnahmeeinrichtungen an verschiedenen Orten schafft. Wir sind dabei, Glückstadt, Lütjenburg und andere Orte zu identifizieren und herzurichten. Das geht natürlich über die Verdichtung in den bestehenden Liegenschaften, in denen man schaut, welche Möglichkeiten man dort

noch hat. Das sind die tagesaktuellen Diskussionen über Seeth, über Boostedt und über Itzehoe. Und wir stehen natürlich in intensiven Kontakten mit unserem Landeskommando, wir sind in intensiven Kontakten mit dem Bundesverteidigungsministerium, um zu hören, ob es möglicherweise sogenannte „warme“, bestehende, genutzte Liegenschaften der Bundeswehr geben kann, in denen wir eine Unterbringung realisieren können. Auch daran arbeiten wir intensiv.

Wir wissen auch, dass es nicht reicht, den Asylsuchenden einfach nur ein Dach über dem Kopf zu bieten. Ganz elementar ist in der Tat, dass nach dem strapaziösen Weg nach Deutschland auch die **Sicherheit der Einrichtung** und das Sicherheitsgefühl gewährleistet sind. Dies wird durch eine Polizeipräsenz an jedem Standort abgebildet. Flankiert wird die Arbeit der Polizei insbesondere auch durch Betreuungsverbände, an die sich die Asylsuchenden vertrauensvoll wenden können. Auch eine hausärztliche Betreuung findet an jedem Standort statt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Aber sicher.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Minister, angesichts Ihrer Ankündigung, dass die Erstaufnahmeplätze auf 25.000 erhöht werden sollen, was wahrscheinlich ausreichen wird, um das Auflaufen der Flüchtlinge in diesem Jahr zu bewältigen: Ist die Überlegung, die morgen mit Zustimmung des Bundesrates Gesetz werden soll, dass Flüchtlinge ein halbes Jahr in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben sollen, nicht kontraproduktiv, weil Sie dann deutlich mehr Kapazitäten aufbauen müssen?

- Das will ich gerne beantworten. Sie wissen, dass das eine Formulierung ist, die heißt: Es soll so sein, es ist keine Verpflichtung für das Land und für die landeseigenen Erstaufnahmeeinrichtungen, davon auch Gebrauch zu machen. Wir haben schon in unserem Flüchtlingspakt am 6. Mai 2015 gesagt, dass wir das als Zielvorstellung beschreiben für den Fall, dass die Bearbeitungszeiten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entsprechend reduziert sind und wir die entsprechenden Kapazitäten haben.

(Minister Stefan Studt)

Und so wird es dann in der Praxis auch nach den Rechtsänderungen ab dem 1. November 2015 sein.

In den Einrichtungen finden - das ist mir wichtig - auch **erste Integrationschritte** statt. Hierzu werden Kurse zur sprachlichen Erstorientierung angeboten, noch nicht an allen Standorten, aber es kommen ständig neue dazu. Und an vielen Standorten - und das ist das Bemerkenswerte und das, was wir alle gemeinsam auch sehr wohlwollend empfinden - gibt es auch wunderbare ehrenamtliche Strukturen. Ich nenne nur ein Beispiel aus Albersdorf, weil es mir da gerade direkt begegnet ist, wo Lehrerinnen und Lehrer aus der Region mit ihren Angeboten am Nachmittag großen Zuspruch finden.

An jedem Standort sollen darüber hinaus auch die diversen notwendigen Aufgaben durch die verschiedenen **Behörden**, das Landesamt für Ausländerangelegenheiten, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, **Organisationen und Vertragspartner** wahrgenommen werden. Dazu gehören unter anderem Angebote wie die aufenthaltsrechtliche Betreuung, Kinderbetreuung oder auch qualifizierte Freizeitangebote. Und wir werden auch das schnellstmöglich wiederherstellen, was vor Beginn des Zustroms eine Selbstverständlichkeit in der Landesunterbringung war: Kinder- und Jugendbetreuung, Rückzugs- und Freizeiträume und Ansprechpartner. Mir ist das ein wichtiges Thema. Ich versuche, wo immer wir können, die Turnhallen, die wir in den Kasernen haben, freizuhalten, damit die als Bewegungsräume genutzt werden können. Ob das schlussendlich bis zum Ende gelingen wird, ist eine schwierige Frage. All dies braucht Zeit und geht bei der Geschwindigkeit des Zulaufs gerade nicht so schnell, wie wir uns das alle gemeinsam wünschen.

Umso mehr gilt an dieser Stelle ganz ausdrücklich auch mein ganz persönlicher **Dank** allen **Helfern**, die seit Monaten mit ihrem Einsatz die Willkommenskultur, die wir immer beschreiben, erlebbar machen, diese mit Leben erfüllen. Dieses einzigartige bürgerschaftliche Engagement für Flüchtlinge überall in Schleswig-Holstein schafft die wichtige Grundlage für ein perspektivisch gutes Zusammenleben und steht für das menschliche und hilfsbereite Deutschland.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Betonen will ich aber auch ganz ausdrücklich, dass **Ehrenamt** auch immer Hauptamt braucht. Deshalb bemühen wir uns auf Landesebene nach Kräften, beispielsweise im Bereich der Erstaufnahmeein-

richtungen schnellstmöglich auch **hauptamtliches Personal** einzustellen, entsprechende Verträge zu machen. Das dauert manchmal länger, als sich der eine oder andere wünscht und vorstellt, aber das Ziel ist es, und wir schaffen es auch bislang.

Neben dem Ehrenamt gilt der Dank dann aber auch ausdrücklich den Hauptamtlichen in den Einrichtungen. Einige sind schon genannt worden. Frau Midyatli hat das Landesamt angesprochen. Für mich ist bei meinen Besuchen immer faszinierend, die ich nahezu täglich in diesen Erstaufnahmeeinrichtungen mache, wie professionell und den Flüchtlingen zugewandt alle miteinander arbeiten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine Gruppe ansprechen, die bisher, glaube ich, noch nicht genannt wurde, die auch erst seit kurzer Zeit dabei ist. Das sind die vielen helfenden Hände der **Bundeswehr**, die dieses Bild in dieser Zeit wirklich abrunden.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist faszinierend zu sehen - ich habe es letzte Woche Freitag in einer Kleiderausgabe in Lübeck und erleben dürfen -, wie Nachbarinnen und Nachbarn mit dem Bundeswehrsoldaten daneben, der manchmal sogar auch noch die Landessprache der Flüchtlinge spricht, Bekleidungen ausgeben, wie man da ins Gespräch kommt. Das sind die Bilder, die wir, glaube ich, gerne sehen und die auch für die Bundeswehr gute Bilder sind.

Wir sind jetzt in sehr intensiven Gesprächen mit dem Landeskommmando und dem Bundesverteidigungsministerium darüber, wo Bundeswehr nicht nur als helfende Hand, gelegentlich mal hier und mal dort einspringt, sondern wo Bundeswehr **nachhaltig und strukturell** das **Hauptamt unterstützt**, aber insbesondere das **Ehrenamt entlasten** kann. Es werden die nächsten Schritte sein, dass vielleicht in einer der nächsten Einrichtungen die Bundeswehr schon ganze Teile von Betreuungs- und Arbeitspaketen übernehmen wird.

Überhaupt haben wir im Bereich der Landesregierung begonnen, die personellen Voraussetzungen zu schaffen - das ist hier schon mehrfach angesprochen worden -, um die Situation zu bewältigen. Wir haben hunderte **zusätzlicher Lehrerstellen** sowohl im Bereich DaZ als auch im regulären Lehrbetrieb geschaffen und werden diesen Weg - auch das ist deutlich - 2016 fortsetzen und an die aktuellen Bedarfe anpassen. Darüber hinaus - auch das ist hier schon diskutiert worden, da haben wir auch ein großes Einvernehmen - werden wir bis an die Grenze des Möglichen in Eutin und in Altenholz mög-

(Minister Stefan Studt)

lichst viele **Polizisten** ausbilden und die Zahl der **Verwaltungskräfte** und **Verwaltungsrichter** bedarfsgerecht erhöhen.

Gerade vorgestern hat das Gesundheitsministerium die Übereinkunft zur Einführung der **Gesundheitskarte** für Flüchtlinge unterzeichnet und damit die im Rahmen des Flüchtlingspakts vereinbarte Neuregelung für den Zugang von Flüchtlingen zur Gesundheitsversorgung umgesetzt. Damit wird erstmals ein landesweit einheitliches Verfahren für die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen etabliert. Asylbewerberinnen und Asylbewerber steht damit künftig ab dem Übergang in die Kommunen eine elektronische Gesundheitskarte zur Verfügung. Sie erhalten einen direkten Zugang zu einer Ärztin oder zum Arzt und damit schneller die notwendige medizinische Versorgung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Krankenbehandlung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wird auf die Krankenkassen übertragen. Es erfolgt eine Erstattung der Verwaltungskosten durch die Kommunen.

Zu betonen ist, dass Landesregierung, Kommunen und Versicherungen dabei selbstverständlich die **Vorgaben** des **Asylbewerberleistungsgesetzes** einhalten. Das bedeutet: Die Gesundheitskarte eröffnet keinen Zugang zu gleichen Leistungen wie bei Versicherten und auch nicht unmittelbar auf dem Niveau von Sozialhilfeempfängern. Insofern - das in Ihre Richtung, Frau Damerow, gerichtet - würde sich die CDU sicherlich deutlich erkennbar von Stimmungsmache absetzen, wenn sie nicht wie in ihrer Pressemitteilung vom Dienstag den Eindruck erwecken würde, die Gesundheitskarte würde zu einer substantiellen Leistungsausweitung und zu neuen Fluchtanreizen führen. Das ist erstens nicht richtig und zweitens sicherlich kein Beitrag zur Versachlichung der Debatte, auf die wir uns ja heute verständigt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein besonderes Thema und auch ein wirklich relevantes Thema, das gelegentlich in der Betrachtung zu kurz kommt, ist der Umgang mit **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen**. Nach Auskunft der Jugendämter hier im Land wurden in diesem Jahr bis zum 1. Oktober rund 2.000 unbegleitete Minderjährige betreut. Auch das ist eine Herausforderung, die dazu geführt hat, dass nicht in jedem Fall die gewohnten Standards gehalten werden konnten und gehalten werden können. Auch hier gilt: lieber

eine Inobhutnahme, bei der es auch eine Doppelbelegung gibt, als dass eine Inobhutnahme aus Kapazitätsgründen unterbleibt.

Zum 1. November 2015 soll nun das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher in Kraft treten. Ziel ist eine **bundesweite und landesinterne Umverteilung** der unbegleiteten Minderjährigen. Ob und in welchem Umfang Schleswig-Holstein aufnehmendes oder abgebendes Land sein wird, kann erst nach Erhebung der Zahlen in allen Ländern festgestellt werden. Nach den zuletzt zum Stichtag 31. Mai 2015 bundesweit erhobenen Zahlen hätte Schleswig-Holstein nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel 400 unbegleitete Minderjährige aus anderen Bundesländern aufzunehmen. Das Sozialministerium ist aktuell in Gesprächen mit den Jugendämtern und Trägern und unterstützt natürlich nachhaltig die Schaffung neuer Platzkapazitäten. Morgen findet dazu im Sozialministerium ein Workshop mit den Jugendämtern statt, in dem es um die Details zur Verteilung und das Clearingverfahren gehen soll.

Neben der drängenden Frage der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge hat die Landesregierung eine weitere Aufgabe als vordringlich eingestuft. Es geht - das haben wir heute auch schon mehrfach gehört - um die **Unterstützung** unserer **Kommunen** im Umgang mit den Flüchtlingen. Denn eines ist uns allen klar: Die Mehrzahl derer, die heute zu uns kommen, die heute in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen sind, werden bleiben und werden morgen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sein. Sie werden Wohnraum brauchen. Sie werden arbeiten wollen, ihre Kinder in die Schule, in die Krippen und in die Kindergärten schicken wollen, Freizeit mit Sport und anderen Dingen verbringen wollen.

Das alles ist eine vor uns liegende enorme Aufgabe, mit der wir die Kommunen nicht alleinlassen werden und auch nicht alleinlassen wollen. Das hat der Ministerpräsident in der kommunalen Runde in aller Deutlichkeit gesagt. Das hat er hier wiederholt. Und das wird auch so sein.

Vorhin ist darauf hingewiesen worden, das ginge alles viel zu langsam. Ich glaube, ein jeder, der Gespräche auf Bundesebene kennt, weiß, dass die Vereinbarung, die am 24. September 2015 abgeschlossen wurde, einen monatelangen Vorlauf hatte. Wir haben uns vorgenommen, das in der Tat deutlich schneller hier bei uns mit unseren Kreisen und Kommunen umzusetzen.

(Minister Stefan Studt)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vordringliches Thema ist in diesem Zusammenhang die **Unterbringung der Flüchtlinge** in und durch die Kommunen. Die hohe Zuwanderung stellt nach der Verteilung aus der Erstaufnahme vor allem die kommunalen Zentren, aber auch Kommunen in der Fläche vor große Schwierigkeiten bei der kurz- und langfristigen Unterbringung. Unsere Maßnahmen sind daher vielfältig. Ich möchte Sie nur noch einmal stichwortartig wiederholen, weil der Herr Ministerpräsident sie heute Morgen schon ausgeführt hat.

Wir werden zum einen die **Förderung anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte** mit einem erhöhten Ansatz fortsetzen. Ergänzend werden wir die **Herrichtung dezentraler kommunaler Unterkünfte** weiter unterstützen. Diese Maßnahmen sind am 30. September 2015 angekündigt worden. Sie sind heute angekündigt worden. Zur Frage, wo denn die Hinweise und die Erlasse wären, Frau Damerow: Die Erlasse sind natürlich noch da, weil das Programme sind, die fortgesetzt werden. Hier müssen keine neuen Erlasse gefertigt werden. Es liegt jetzt bei den Kommunen und Kreisen, entsprechende Planungen aufzunehmen, sich mit uns in Kontakt zu setzen. Dann werden wir diese Dinge auch schnell gemeinsam auf den Weg bringen.

Ein wichtiger Schritt ist schließlich die **Stärkung der Wohnraumförderung** des Landes als Mittel zur Förderung des Neubaus von preiswertem Wohnraum. Sie wissen, dass in dem aktuellen Programmansatz 2015 bis 2018 aus dem Wohnungsbauvermögen der Investitionsbank 380 Millionen € für den Bau von 4.200 Wohnungen zur Verfügung stehen. Ziel ist es, dieses bisherige Programm zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in den kommenden Jahren um je 5.000 Wohnungen zu ergänzen. Dabei sind die vom Bund auf dem sogenannten Flüchtlingsgipfel avisierten 12 Millionen € jährlich für Schleswig-Holstein ein überaus überschaubarer Beitrag. Wenn Integration eine nationale Aufgabe ist, wird der Bund da sicher deutlich nachbessern müssen.

(Vereinzelt Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gemeinsames Ziel des Bauministeriums mit den Kreisen und Kommunen ist es, schon im **Winter erste Unterkünfte** anbieten zu können. Helfen soll uns dabei die Entwicklung eines Katalogs kostengünstiger Typenhäuser. Wir wollen den Kommunen einen Katalog mit geeigneten und kurzfristig auch

in hoher Stückzahl umsetzbaren Modellen als Orientierungshilfe und Planungsgrundlage an die Hand geben. Diese Gebäude sollen verschiedene Preiskategorien abdecken und unterschiedlich nutzbar sein.

Um dabei möglichst kurzfristig erste Ergebnisse zu erzielen, hat mein Haus ein Markterkundungsverfahren gestartet. Dabei geht es zur Unterstützung der Kommunen nicht nur um kommunale Unterkünfte zur Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen, es geht auch um **langfristig nutzbare Wohnungen** oder Wohnmodelle. Helfen sollen bei der kurzfristigen Umsetzung auch die Absenkung von Standards, Erleichterung von Genehmigungsverfahren, die Rücknahme von Bauplanungsbeschränkungen und natürlich die Beschleunigung von entsprechenden Bewilligungsverfahren. Bei dieser Gelegenheit - das Standardabsenkungsgesetz ist angemahnt worden. Das machen wir nicht. Wir nutzen die zweite Lesung zur Anpassung der Landesbauordnung. Die wird hier alsbald auf der Tagesordnung stehen. Das wird dann der geeignete Weg sein, diese Dinge dort mit unterzubringen.

In einem ersten Sondierungstreffen mit dem BaugeWERBEverband und dem Bauindustrieverband Schleswig-Holstein ist der Auftakt gemacht worden, um alle Bauschaffenden in Schleswig-Holstein zu erreichen. Auch die IHK und die Verbände der Wohnungswirtschaft sowie die Architekten- und Ingenieurkammer des Landes sind um Mitwirkung gebeten worden und haben diese in Aussicht gestellt.

Auch die **Änderungen des Wohnraumfördergesetzes**, deren Entwurf im Kabinett vorgestern beschlossen wurde, haben das Ziel, angesichts der steigenden Zuwanderungszahlen dem steigenden Druck auf den Wohnungsmarkt insbesondere für Haushalte, die sich nicht aus eigener Kraft mit Wohnraum versorgen können, zu begegnen. So sollen künftig auch Personen in sozialen Notlagen als Zielgruppe für den sozialen Miet- und Genossenschaftsbau gelten.

Schließlich haben wir im **Innenministerium** eine weitere **Stabstelle** eingerichtet, die als **zentraler Ansprechpartner** für sämtliche Unterbringungsfragen der Kommunen fungiert und zu rechtlichen, finanziellen und sonstigen Aspekten berät, also auch da eine Schnittstelle. Sind also die rechtlichen Rahmenbedingungen geklärt, ist die Finanzierung gesichert, ist es an den Kommunen, interessierten Wohnungsbauunternehmen, Wohnungsbaugenossenschaften hinreichend Bauland anzubieten, um den dringend notwendigen Wohnraum zu realisieren.

(Minister Stefan Studt)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf einzelne Anträge eingehen, insbesondere auf den Antrag der FDP, der sich um die Einheit unserer Gesellschaft sorgt und die Landesregierung auffordert, rechtsfreie Räume in Schleswig-Holstein zu verhindern.

Unsere Rechtsstaatlichkeit ist ein zentrales Wesensmerkmal, ja, sie ist Dreh- und Angelpunkt unserer staatlichen Verfasstheit. Die Gewährleistung elementarer Menschenrechte, insbesondere die rechtliche Garantie eines Zusammenlebens der Menschen in gleicher persönlicher Freiheit und die Gewährleistung von Rechtssicherheit sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund ist klar: **Rechtsfreie Räume**, religiös beziehungsweise weltanschaulich motivierte **Parallelgesellschaften** oder eine **Paralleljustiz** außerhalb unserer Rechtsordnung können wir nicht zulassen, und wir lassen sie auch nicht zu.

In dem genannten Antrag sind konkrete Forderungen an die Landesregierung gestellt, zu denen ich nur kurz einige Worte sagen möchte. Das eine oder andere ist ja schon angesprochen worden.

Die Forderung nach einer weiteren **Einsatzhundertschaft**, Herr Dr. Klug, haben wir auch schon im Ausschuss diskutiert. Seit 1992 gerät dieses Thema immer wieder einmal in die politische Diskussion. Damals wurde die in Kiel stationierte zweite Einsatzhundertschaft aufgelöst. Aufgrund der zu geringen Auslastung und der steigenden Anforderungen in den Polizeidienststellen der Fläche war das eine richtige Entscheidung. Und ich sage: Nach meiner Überzeugung, die ich mit der Polizeiführung unseres Landes teile, ist diese Entscheidung auch 23 Jahre später noch richtig. Die Einsatzbelastung für geschlossene Einsätze rechtfertigt nach wie vor nicht das Vorhalten von zwei oder gar weiterer ständiger Einsatzhundertschaften. Natürlich gibt es immer wieder einmal Belastungsspitzen. Gerade in diesem Jahr haben wir über eine Vielzahl von Ereignissen wie G-7-Gipfel, EZB, Fußballereignisse diskutiert. Auf das ganze Jahr gesehen stellt dies meine grundsätzliche Aussage aber nicht infrage. Und lassen Sie es mich klar sagen: Für das aktuelle Einsatzgeschehen hilft uns eine weitere stehende Einsatzhundertschaft nicht.

Ziel muss es sein - das will ich deutlich sagen, weil wir mit unseren Erstaufnahmeeinrichtungen, in die wir jeweils auch eine Polizeistation integrieren, sehr weit gehen -, **Personalverstärkungen** in den **Flächenbehörden** zu erreichen. Dies dient dann auch der Entlastung der dortigen Einzeldiensthundertschaften, die gelegentlich zusammengerufen

und natürlich aus diesen Stationen herausgenommen werden. Wir haben daher beschlossen, die Ausbildungszahlen zu erhöhen, aber das wirkt erst in drei Jahren. Deshalb ist es jetzt notwendig, Möglichkeiten und Anreize für eine Dienstzeitverlängerung als eine Überbrückung zu schaffen. Daran arbeiten wir.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, der Antrag suggeriert darüber hinaus zwei Dinge - Herr Harms hat es bereits angedeutet -: Es herrschen in den Unterkünften haltlose Zustände unter den dort lebenden Menschen. Polizei und Landesamt missachten ihre Pflichten und lassen rechtsfreie Räume zu. - Davon kann wirklich keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Landespolizei hat frühzeitig eine Polizeiwache in der damals einzigen Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster eingerichtet. Sie ist dort seit geraumer Zeit mit Polizeipersonal ständig präsent. Sie ist verstärkt worden, weil eben die Zahlen, die ich eingangs genannt habe, sehr hoch sind. Sie sorgt dort für Sicherheit. Genau diese Sicherheitsphilosophie hat die Polizei auch bei allen anderen Erstaufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsunterkünften konsequent fortgesetzt.

(Beifall SPD und SSW)

Darüber hinaus bringt sich die Landespolizei - auch das ist etwas Ungewöhnliches - seit Mitte August mit erheblichem Aufwand in die gesamtgesellschaftliche Beherrschung dieser Herausforderung ein. Ich habe die **Besondere Aufbauorganisation** schon angesprochen, die nicht selbstständig agiert, sondern in eine zivile Struktur eingebunden ist, die wir bei uns im Ministerium unter der Leitung meiner Staatssekretärin Frau Söller-Winkler eingerichtet haben. Die Polizei, die BAO, bringt sich auch deshalb bewusst ein, um die Grund- und Menschenrechte innerhalb der Einrichtungen zu gewährleisten. Dazu gehören der Minderheitenschutz, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Meinungsfreiheit und die Religionsfreiheit. Wir haben mit diesen Situationen sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich versuche immer wieder, dieses erfolgreiche Modell auch meinen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern ans Herz zu legen.

Als verantwortlicher Minister, als Polizeiminister lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten auch in dieser ihnen an sich erst einmal fremden und neuen Lage außerordentlich Hervorragendes.

(Beifall)

(Minister Stefan Studt)

Es ist faszinierend zu sehen: Ich bin meistens in den ersten Tagen solcher Einrichtungen da und bemerke, dass die Polizei noch etwas mit dieser Aufgabe fremdelt. Wann immer man in den nächsten Tagen und Wochen wiederkommt, sieht man, wie sehr sich die Kolleginnen und Kollegen mit der Aufgabe identifizieren, wie sehr sie mitwirken, wie sehr sie in allen Prozessen unterstützen. Dafür ganz herzlichen Dank!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich - auch das gehört zur Wahrheit - sind unter den herrschenden Bedingungen **Konfliktsituationen in den Unterkünften** nicht immer zu vermeiden, ob es das Gerangel um das Essen oder bei der Taschengeldausgabe ist. Dies vor Ort zu managen, ist für unsere Landespolizei alltägliche Aufgabe, alltägliches Kerngeschäft. Ich sage es über alles hinweg: Unsere Landespolizei hat die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen gut im Griff.

Lassen Sie mich kurz - auch das ist ein Gegenstand des Antrags - auf den Aspekt einer möglichen **Trennung nach Religion oder Ethnien** eingehen. Wir haben wirklich gute Erfahrungen damit gemacht, die Menschen hier so gemischt aufzunehmen, wie sie tatsächlich zu uns kommen. Lassen Sie mich deutlich sagen: Daran werden wir auch festhalten.

(Beifall SPD und SSW)

Ein weiterer Aspekt, auf den ich kurz eingehen will, ist in der Tat etwas, was sicherlich nicht verwundert: Es gibt erste Hinweise, dass **Islamisten**, die unsere gemeinsamen Werte verachten, versuchen, den Integrationsprozess zu stören. Vor allem Salafisten gehen allem Anschein nach planvoll vor. Letztlich darf auch nicht aus den Augen verloren werden, dass es im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften zunehmend Versuche von **Rechtsextremisten** wahrnehmbar sind, sich die Umstände zu eigen zu machen. Das alles - auch da sind wir alle gemeinsam gefordert - gilt es zu verhindern. Dieser Aufgabe müssen wir uns als Gesamtgesellschaft stellen. Gleichwohl will ich sagen: Wo Kritik ist, wo Fragen gestellt werden, wo Ängste artikuliert werden, müssen und wollen wir diese ernstnehmen, wollen wir diese auch beantworten. Das will ich nicht anderen überlassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich sind wir aber auch darauf angewiesen, dass unsere **Sicherheitsbehörden** ihre Aufgaben

weiterhin auf gewohnt hohem Niveau wahrnehmen werden. Deshalb ist - das will ich wiederholen - eine personelle Verstärkung unserer Polizei, aber auch - dieses Thema habe ich gerade angesprochen - des Verfassungsschutzes entsprechend vorgesehen. Herr Kubicki und Herr Dr. Garg, insofern sehe ich Ihren Antrag eigentlich als Bestätigung dieser Linie und der geplanten Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, die heutige Debatte zeigt, warum dieses Thema uns alle so intensiv und oft auch so emotional beschäftigt. Die zahlreichen Facetten der Flüchtlingspolitik berühren nahezu alle Bereiche unseres Zusammenlebens. Wir alle sind betroffen, in der Politik, in der Verwaltung, als Bürgerin und Bürger, als Nachbarin und Nachbar. Das heißt für uns alle auch, dass wir uns dieser großen Herausforderung täglich und ständig stellen.

Weil das so ist und weil die Bedeutung und Reichweite dieses Themas so ungewöhnlich groß ist, ist es, denke ich, ein gutes Signal, dass wir dieses Thema hier gemeinsam und ohne Aufgeregtheit diskutieren. Das darf ich zusammenfassend nach der Beobachtung der gesamten Debatte sagen. Das ist, denke ich, das richtige Rezept, um in dieser Situation mit dem Thema umzugehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Noch einmal: Wenn es uns gelingt, gesellschaftlich und politisch auf allen Ebenen zusammenzustehen, zusammenzuhalten, Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, Dinge zu erklären und zu erläutern, dann werden wir es schaffen. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den weiteren Redebeiträgen. Ich teile Ihnen zunächst mit, dass wir diverse Restredezeiten notiert haben. Für die CDU sind es 14 Minuten, ebenso für die SPD. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat noch 24 Minuten, die FDP 8 Minuten, die PIRATEN 17 Minuten und der SSW 30 Minuten Restredezeit.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hat es bei euch noch nie gegeben! - Heiterkeit)

Darüber hinaus gibt es natürlich die Möglichkeit, Dreiminutenbeiträge anzumelden.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Zunächst erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Axel Bernstein von der CDU-Fraktion.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach bald sieben Stunden Diskussion zum Thema Flüchtlinge - sicherlich ist es angemessen, dass sich der Landtag intensiv mit diesem Thema beschäftigt - muss aber niemand Angst haben, dass ich es darauf anlege, die 14 Minuten Restredezeit auszuschöpfen. Nichtsdestoweniger ist es, denke ich, angemessen, Herr Innenminister, auf Ihre Ausführungen ein paar Worte zu erwidern.

Zunächst einmal möchte ich sagen: Respekt für die Leistung Ihres Hauses und insbesondere auch für die **Leistung der Landespolizei**, für das, was in den vergangenen Wochen geschaffen und aufgebaut worden ist.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es wird Sie nicht wundern, dass ich nicht alle meine Redebeiträge mit positiven Feststellungen füllen werde.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schade, Herr Kollege!)

- Es kommen noch ein paar Überraschungen. - Der eine oder andere kritische Punkt ist sicherlich anzumerken.

Wenn Sie sich hier rühmen, wie frühzeitig das Land **Vorkehrungen** getroffen habe und tätig geworden sei, dann darf ich schon darauf hinweisen, dass das Land zumindest im Bereich der Prognosen ganz weit vorn, im Bereich des Tätigwerdens allerdings ausgesprochen spät dran war. Ich erinnere nur an die Anträge der Kollegin Damerow vor inzwischen bald drei Jahren, dass wir uns mit Hinblick auf die internationale Lage und Situation darauf einstellen müssen, dass die Flüchtlingszahlen steigen werden. Das wurde Monatelang ignoriert. Erst mit dem Ausbau von Boostedt reagierte man endlich.

Nichtsdestoweniger ist mit Blick auf die letzten Wochen die Performance des Innenministeriums sicherlich „Gutt“. Das ist durchaus im doppelten Sinne des Wortes zu verstehen.

Wir sind dann bei der Frage des Ablaufs der **BAO**. Wie stellen Sie sich, wie stellt sich die Landesregierung die Zukunft für diesen Bereich vor? Man plant - das ist sicherlich richtig -, die Anzahl in den Erstaufnahmen weiter zu erhöhen. Nichtsdestoweniger ist es, denke ich, langsam an der Zeit, dass wir er-

warten dürfen, aus der reinen Situationsbewältigung, der reinen Krisenbewältigung in eine Situation zu kommen, in der wir wieder vor der Lage sind und in der planmäßig und organisiert vorgegangen werden kann. Wenn Sie weit von sich weisen, dass Begriffe wie „Krise“ oder „Katastrophe“ die Situation beschreiben würden, dann sage ich: In Ordnung, aber dann müssen wir auch in **geordnete Abläufe** zurückkehren.

Da stellen sich schon die Fragen, welche Maßnahmen wir ergreifen können und welche Maßnahmen die Landesregierung zu ergreifen gedenkt, um die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei, die in der BAO gebunden sind, aus dieser Organisation wieder herauslösen zu können. Die Antworten mögen unterschiedlich sein. Sie können sagen: „Wenn die Aufgabe erledigt ist, mit welchem Zeithorizont auch immer“, oder Sie können Alternativen aufzeigen, was denn möglich ist. Aber ein bisschen mehr Konkretisierung wäre hier schon wichtig gewesen. Zumindest erwarten wir sie für die Zukunft.

Ich darf an die Diskussion erinnern, die wir vor gar nicht langer Zeit hier in diesem Hause geführt haben, als wir darüber gesprochen haben, ob und in welchem Umfang es wohl verträglich wäre, Stellen bei der Landespolizei zu kürzen. Es ist ja noch nicht so lange her, dass das Thema hier im Hause war. Herr Innenminister, damals haben Sie hier im Plenum erklärt, dass die Kürzung um 122 besetzte Stellen in der damaligen Situation als vertretbar angesehen wurde. Wir haben uns darüber ausgetauscht und waren grundsätzlich ausgesprochen anderer Auffassung.

Wenn ich Ihre Beantwortung der Kleinen Anfrage zusammenfasse, dann stelle ich fest, dass Sie dort 165 Beamtinnen und Beamte im Rahmen der BAO, 60 unmittelbar eingesetzt im Rahmen der im Moment bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen und 144 im Bereich der Bereitschaft auflisten. Insgesamt komme ich auf 370 Beamtinnen und Beamte, die gegenwärtig im Bereich der Flüchtlinge eingesetzt sind. In Ordnung, angemessen, richtig. Wenn Sie in der Antwort gleichzeitig sagen, eine **Auswirkung auf andere Bereiche polizeilicher Tätigkeit** wird das nicht haben - wir haben konkret nach dem Thema Wohnungseinbrüche gefragt, das jetzt mit dem beginnenden Herbst wieder eine besondere Bedeutung erlangt -, dann ist es schon wichtig darüber zu diskutieren, wie denn die polizeilichen Aufgaben künftig erledigt werden - die Polizei konnte bislang auch nicht aus dem Vollen schöpfen, sondern die Polizei war am Limit, um den normalen Aufgabenbestand zu erfüllen -, wenn dafür zum jet-

(Dr. Axel Bernstein)

zigen Zeitpunkt 360 Beamte weniger zur Verfügung stehen.

(Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Im Übrigen wäre ich auch dankbar, wenn Sie noch etwas zur Diskrepanz der Zahlen sagen könnten. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage war von 370 Polizeibeamtinnen und -beamten die Rede, Stand Anfang Oktober. Im September sprach der Landespolizeidirektor von 470 Beamtinnen und Beamten. Sind inzwischen 100 Beamtinnen und Beamten weniger in diesem Bereich eingesetzt, oder wie entsteht diese Differenz?

Sie haben gesagt - das halte ich für ausgesprochen richtig -, dass sowohl, was die Bedrohung von Flüchtlingen durch Menschen, die Neonazi-Gedanken im Kopf haben, angeht, aber auch, was den Bereich des Salafismus angeht, eine **Verstärkung beim Verfassungsschutz** angesagt ist. Auch das muss sicherlich jeweils lageabhängig nachgesteuert werden und kann nicht auf einen Schlag dargestellt werden. Das will ich gern zugestehen. Aber es wäre, denke ich, auch hier angemessen, eine Größenordnung zu nennen. Denn es ist ja nicht so lange her, dass wir mit dem Innen- und Rechtsausschuss beim Verfassungsschutz waren. Wir haben durchaus ein Gespür dafür, über welche Größenordnung wir hier sprechen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang - Sicherheit und Polizei - noch ein paar Worte zum Thema zweite **Einsatzhundertschaft** sagen. Ich will für die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich sagen, dass dieses Thema für uns nicht im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation steht und dass wir nach wie vor der Auffassung sind, dass die jetzt hier angekündigten zusätzlichen Anwärterstellen für die Polizei dringend erforderlich sind, im Übrigen auch völlig unabhängig von der Flüchtlingssituation, sondern aufgrund der Situation, wie wir sie auch ohne diese Lage im Land haben. Mit Blick auf zusätzliche Aufgaben, die absehbar sind, sind wir auch der Auffassung, dass eine weitere Erhöhung um 100 Anwärter angezeigt ist. Wir werden dann sehr genau schauen müssen, in welchem zeitlichen Rahmen wir in der Lage sein werden, die Bewerber, die wir an dieser Stelle brauchen, tatsächlich zu gewinnen.

Bevor hier wieder irgendjemand mit dem Vorwurf kommt, wir würden Flüchtlinge und Menschen, die zu uns kommen, unter einen besonderen Verdacht von Kriminalität oder Rechtsuntreue stellen, will ich nur darauf hinweisen: Wenn es stimmt, dass 90 % derjenigen, die im Moment als Flüchtlinge zu

uns kommen, alleinreisende junge Männer im Alter zwischen 16 und 26 Jahren sind, dann ist allein das unter völliger Ausblendung der Frage, woher sie kommen, ein Punkt, der sich aller Voraussicht nach in der Tätigkeit der Polizei bemerkbar machen wird. Das wäre übrigens ganz genauso, wenn es sich um diese Größenordnung einheimischer junger Leute handeln würde.

Vor diesem Hintergrund ist auch das etwas, worauf es zu reagieren gilt. Deswegen noch einmal: Wir sind der Auffassung, die **zusätzlichen Anwärterinnen und Anwärter** braucht unsere **Landespolizei** dringend. Für uns gilt: Als erstes geht es darum, die definierte strategische Lücke zu schließen. Dann geht es darum, defizitäre Bereiche zu hinterlegen und mögliche Fehlentwicklungen der vergangenen Wochen und Monate zu korrigieren. Dann sind wir gern bereit, darüber zu sprechen, ob eine zweite Einsatzhundertschaft nicht angemessen wäre. Ich will mich an dieser Stelle nicht endgültig festlegen. Wenn man sich aber die Steigerung der Einsatzzahlen unserer ersten Einsatzhundertschaft ansieht, dann liegt der Gedanke nicht gerade fern, das will ich gern zugeben. Das Ergebnis muss aber schon sein, dass es zu einer tatsächlichen Entlastung der Einzeldiensthundertschaften, sprich zu einem selteren Abziehen der Kolleginnen und Kollegen aus den Direktionen, kommt.

In diesem Zusammenhang kann ich es Ihnen nicht ersparen, darauf hinzuweisen, dass jetzt wohl der allerspätste Zeitpunkt gekommen ist, an dem die immer noch im Raum stehenden Kürzungen im Bereich der Polizei endgültig vom Tisch gehören.

(Beifall CDU)

Ich möchte abschließend noch ein paar Worte zum Thema **Unterbringung in den Kommunen** sagen. Ich glaube, Anpassungen im Baurecht sind sinnvoll. Ich erinnere mich an einen Ausspruch meines Vaters, der Bauingenieur war und in den 80er-Jahren mit Blick auf den damaligen Rechtsbestand öfter sagte: Wenn wir das heutige Baurecht in den 50er-Jahren gehabt hätten, würden immer noch Millionen Deutsche in Baracken leben. In einer ähnlichen Situation ist es auch jetzt richtig, über Standards nachzudenken, um schneller zur Fertigstellung von Gebäuden kommen zu können. Aber hier müssen wir - so glaube ich - sehr genau hingucken, dass wir am Ende nicht zu Fehlallokationen bekommen, denn wir dürfen nicht davon ausgehen, dass jeder Flüchtling, der das Bleiberecht in Deutschland bekommt, auch dort bleiben möchte, wo er zunächst untergebracht wird.

(Dr. Axel Bernstein)

Sie haben angesprochen, dass Sie die Vereinfachung von Regelungen der Verfahren der **Landesbauordnung** auf den Weg bringen wollen. Ich halte das für richtig. Es ist ein bisschen bizarr, dass wir im Moment noch über den Entwurf einer Landesbauordnung sprechen, der zum Teil Komplizierungen und keine Vereinfachungen mit sich bringt. Daher glaube ich, dies ist ein durchaus richtiger Ansatz. Um im Zeitraum zu bleiben: Wenn ich dies richtig verstehe, dann wird dies ein Änderungsantrag der Fraktionen werden müssen. Ich kann Sie nur ermutigen, aber auch auffordern, ein solches Verfahren in enger Abstimmung mit der Opposition auf den Weg zu bringen. Hier wollen wir rechtzeitig mitdiskutieren, wir bieten dies ausdrücklich an.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Insofern möchte auch ich meinen Beitrag mit einem ausdrücklichen Dank an die Kommunen, an die vielen Ehrenamtler in Schleswig-Holstein, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst und bei der Bundeswehr abschließen, die alle ihren Beitrag dazu leisten, dass wir die Lage bis zu diesem Zeitpunkt so gut bewerkstelligt haben. Natürlich sind wir der Auffassung, dass wir das schaffen können, dass wir das schaffen wollen. Wir als CDU-Landtagsfraktion wollen unseren Beitrag dazu leisten. Wir erwarten aber auch, dass wir - um hier einen gemeinsamen Ansatz über alle Fraktionen hinweg hinzubekommen - pragmatisch an der jeweiligen Lage orientiert arbeiten und nicht eine Debatte führen, die aus der einen oder anderen Richtung gesellschaftspolitische Veränderungswünsche im Hintergrund trägt. Wir haben es nicht zuletzt bei der Einwohnerveranstaltung in Boostedt erlebt, dass die Menschen zu Recht sehr sensibel darauf reagieren, wenn sie das Gefühl haben, mit der jetzigen Situation solle Politik gemacht werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit Sätzen beginnen, die Horst Seehofer gesagt hat; nicht der Horst Seehofer von Anfang Oktober, sondern der Horst

Seehofer von Anfang September. Im September hat er zwei Sätze gesagt, an die er sich vielleicht selbst einmal erinnern sollte. Sie sind es wert, hier noch einmal genannt zu werden und Grundlage für unsere Politik in diesem Bereich zu sein. Er hat nämlich gesagt, dass wir alle Menschen, die hierherkommen, mit Anstand behandeln müssen. Er hat auch gesagt, dass wir alles dafür tun müssen, soziale Spannungen zu vermeiden. Jetzt kann sich jeder selbst überlegen, ob er in den letzten Wochen dementsprechend gehandelt hat. Darauf sind Kollegen schon genug eingegangen.

Nichtsdestotrotz ist der Satz richtig, dass wir alles tun müssen, um **soziale Spannungen** zu vermeiden. Herr Kollege Garg, in Ihre Richtung sei gesagt: Natürlich sind wir eine Partei, die sich für die Rechte von Frauen, von Schwulen und Lesben einsetzt. Dort, wo es Probleme gibt, muss natürlich entschieden gehandelt werden, das ist überhaupt keine Frage. Auch dafür steht diese Koalition natürlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Wenn wir uns den **Kompromiss** angucken, der morgen im Bundesrat beschlossen werden soll und der heute durch den **Bundestag** gegangen ist, dann muss man aber sagen, dass dort Maßnahmen enthalten sind, die aus unserer grünen Sicht soziale Spannungen nicht vermeiden, sondern sie eher fördern könnten. Das ist ein Grund dafür, warum wir Grüne uns sehr schwer mit diesem Kompromiss tun. Da ist zum einen das Thema **Leistungskürzungen**. Es gibt eine Gruppe von geflüchteten Menschen, die unter Leistungskürzungen leiden. Das ist zum Beispiel eine Maßnahme, die wir Grünen nicht richtig, sondern falsch finden, und die zu mehr sozialen Konflikten führen kann. Deshalb bleibt sie falsch.

Wir können auch das Beispiel **sichere Herkunftsstaaten** nehmen. Es muss doch gerade im Landtag unsere Aufgabe sein, dort weiter genau hinzuschauen, weil wir den Schutz von Sinti und Roma in der Verfassung haben. Hier sage ich: Da ist noch nicht alles perfekt. Das, was dort vereinbart ist, bedeutet, dass wir bei den Roma nachlegen und mehr für die Gruppe der Sinti und Roma tun können. Wenn wir uns die Programme angucken, die es schon gegeben hat, dann stellen wir fest, dass sie nicht wirklich funktioniert haben. Hier sind wir in der Pflicht, weiter dranzubleiben. Wir als Koalition werden dies auch tun. Wir werden auch die Bundesregierung daran erinnern, ihre Versprechungen in diesem

(Rasmus Andresen)

Bereich einzulösen und es nicht einfach bei Sonntagsreden zu belassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt, der zu mehr und nicht zu weniger sozialen Spannungen führt, ist das Thema **un-angekündigte Abschiebung**. Diese hilft keinem Menschen. Das ist eine wahnsinnige Härte, die wir Grünen nach wie vor falsch finden, auch wenn wir jetzt zumindest zu einem Großteil sagen, dass dies ein Kompromiss ist. Wir nehmen wahr, dass die CDU-Fraktion hier heute einen ganz anderen Auftritt gehabt hat, als wir das zumindest manchmal gesagt oder in der Vergangenheit wahrgenommen haben. Daher sagen auch wir, dass wir kompromissbereit sind. Daher ist eine deutliche Mehrheit von uns inzwischen bereit, diesen Kompromiss mitzutragen. Nichtsdestotrotz sind das schwierige Punkte, die man nicht kaschieren sollte und bei denen man sagen muss, dass sie keine reine grüne Programmatik sind. Das ist nichts, was sich unsere Koalition allein ausgedacht hätte. Wir werden weiter dranbleiben, und es wird auch in Zukunft Grenzen geben, über die wir nicht gehen werden können.

Wir glauben allerdings auch, dass wir dann, wenn wir über das Vermeiden von sozialen Spannungen reden, in der Haushaltspolitik darauf achten müssen, dass dies unser Kompass bleibt. Das bedeutet, dass wir keine Kompromisse machen. Ich bin Herrn Dr. Stegner dankbar, dass er das heute Morgen gesagt hat. Ich will noch einmal für die Grünen und für mich persönlich nach der Debatte der letzten Tage sagen, dass wir nicht soziale Projekte oder Bildungsprojekte im Haushalt gegen die Flüchtlingsfrage ausspielen. Das wäre falsch, das wäre fatal, und dafür stehen wir Grünen nicht zur Verfügung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn wir **Kompromisse** machen, dann nicht im Sozial- und im Bildungsbereich, sondern einzig und allein in der **Haushaltspolitik**. Da kann es sein, dass es Ziele gibt, die wir zukünftig nicht ganz so schnell erreichen werden, wie wir es gern hätten. Die schwarze Null ist dafür ein Beispiel. Der Kollege Garg hat - ich glaube, es war in der letzten Woche - im Finanzausschuss zum Thema Stellenabbau gesagt: Die Situation hat sich jetzt grundlegend verändert. Was beim demografischen Wandel 2010 noch richtig war, ist jetzt grundlegend anders. Diese Aussage teilen wir. Dies führt dazu, dass wir uns in der Haushalts- und Finanzpolitik ehrlich machen

müssen und dass das, was vielleicht bisher an Haushaltsbeschlüssen gegolten hat, so nicht mehr zu halten sein wird. Das heißt, wenn wir beim Haushalt Kompromisse machen, dann vielleicht beim Ziel der schwarzen Null, aber nicht im Sozialbereich und nicht bei der Lockerung des Personalabbaus oder im Bildungsbereich.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das sind Punkte, die wichtig sind, weil wir in alle Richtungen gucken müssen, damit soziale Spannungen nicht zunehmen. Das bedeutet auch, dass wir das an die Adresse der Bevölkerung richten, die schon länger hier lebt und vielleicht die deutsche Staatsbürgerschaft hat, und dies so umsetzen müssen.

Das gilt nicht nur für die Mehrheit der Bevölkerung bei uns, sondern auch für die Flüchtlinge, vor allem dann, wenn durch Populismus Leistungskürzungen auf der Tagesordnung stehen. Das ist falsch, und das bleibt falsch. Dementsprechend werden wir Grüne auch weiterhin handeln. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat der Kollege Dr. Heiner Garg von der Fraktion der FDP das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Kollege Andresen, ich habe den persönlichen Ton wohl verstanden, habe ihn jedenfalls so empfunden. Ich will trotzdem noch einmal sagen, warum ich mich wirklich maßlos über den Vergleich oder die Parallele des Kollegen Peters geärgert habe, der den Antrag der FDP-Fraktion, keine rechtsfreien Räume zu dulden, mit Xenophobie gleichgesetzt hat. Ich will darauf, Herr Kollege Peters, nur mit einem Zitat aus der „Berliner Zeitung“ vom 9. Oktober 2015 antworten und das dann einfach so stehenlassen:

„Wenn Kussay das Wort ‚Flüchtlingsheim‘ hört, schüttelt sich sein ganzer Körper. Die Erinnerungen sind dann wieder da an die alte Villa in der Klingsorstraße in Lichterfelde, in der er sieben Monate leben musste. Das Gefühl, in einem engen Zimmer eingesperrt zu sein, umgeben von Menschen, für die Homosexualität eine Sünde ist. ‚Das war die schlimmste Zeit meines Lebens‘, sagt der Syrer. ‚Ich musste mir mit den Menschen ein

(Dr. Heiner Garg)

Zimmer teilen, vor denen ich mein ganzes Leben lang davongerannt bin.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist in Berlin inzwischen kein Einzelfall mehr. Genau deswegen dürfen wir von Anfang an solche rechtsfreien Räume nicht dulden.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte aber vor allem eines sagen, und das war der Grund, aus dem ich mich gemeldet habe. Wir hatten ja einmal vereinbart, dass es auch die Möglichkeit gibt, sich noch einmal schwerpunktmäßig zu einzelnen Anträgen zu äußern. Ich möchte mich ganz kurz zu dem Antrag „**Medizinische Versorgung für Flüchtlinge sicherstellen**“ ergänzend äußern, weil der Antrag einige Punkte aufgreift, die ich für richtig halte, weil er aber auch einige beschreibt - Frau Kollegin Bohn, insoweit wende ich mich insbesondere an Sie -, die schwierig in der Umsetzung sein werden, beispielsweise im Hinblick auf die **psychotherapeutische Behandlung von Flüchtlingen**, die dringend erforderlich ist. Sie wissen genauso gut wie ich, wie lange heute schon die Wartezeiten sind. Vor dem Hintergrund der großen Anzahl an Menschen, die traumatisiert sein dürften, ist das ein zwar richtig beschriebenes Ziel, aber man muss wohl auch fairerweise und ehrlicherweise sagen, dass es nicht funktionieren wird, dieses so umzusetzen, wie sich viele oder alle hier das wünschen. Dies wird jedenfalls auf absehbare Zeit so nicht funktionieren.

Ein zweites Problem, das ich nicht verschweigen will, weil es einfach auf uns zuläuft, betrifft die **Gesundheitsprobleme**, die natürlich im besonderen Zusammenhang mit den Menschen stehen, die zu uns kommen. Man kann die Augen davor verschließen, vielleicht auch vor der Angst, Vorurteile zu schüren. Aber ich glaube, die Situation wird weder den Menschen gerecht, die Hilfe und Gesundheitsversorgung brauchen, noch wird sie der heimischen Bevölkerung wirklich gerecht, wenn man sie verschweigt. Ich glaube also, man muss das aktiv angehen, und man muss aktiv darüber diskutieren und nach Lösungen suchen.

Ich will sehr deutlich sagen: Ich finde es richtig, dass Schleswig-Holstein das vierte Bundesland ist, das eine **Gesundheitskarte für Flüchtlinge** einführt, übrigens nicht nur unter dem humanitären Aspekt oder auch unter dem Aspekt, dass in Zukunft bei den Kommunen damit zusätzlicher Aufwand entfällt, sondern ich erhoffe mir von dieser Gesundheitskarte, wenn sie dann ab dem nächsten

Jahr wirkt, auch eine **Steuerung der Patientenströme** heraus aus den Notfallambulanzen der Krankenhäuser, die in der unmittelbaren Umgebung der Erstaufnahmeeinrichtung sind. Da gehören sie nämlich eigentlich nicht hin, sondern da gibt es - im Moment jedenfalls - das gestiegene Problem, mit **multiresistenten Keimen** fertig werden zu müssen, auf die diese Krankenhäuser in dieser Anzahl gar nicht vorbereitet sind. Man müsste also, Frau Gesundheitsministerin, einmal darüber nachdenken, ob man zumindest zeitweise die **Isolierkapazitäten** genau an diesen Brennpunktkrankenhäusern, wie ich sie einmal nennen möchte, nicht erhöhen müsste, notfalls eben auch mithilfe von Containerlösungen wie am UKSH.

Ein zweiter Punkt, der sehr wohl Beachtung und Berücksichtigung finden muss, sind Krankheiten, von denen wir längst gedacht haben, wir müssten gar nicht mehr darüber reden, über die wir jetzt aber wieder reden müssen, beispielsweise über Polio oder Tuberkulose. Das heißt, **nationale Impfstrategien** müssen angepasst werden. Ich bin sehr wohl der Auffassung, dass die entsprechende Aufklärung - ich weiß, dass ich niemanden zum Impfen zwingen kann, auch wenn ich das manchmal am liebsten täte - nicht möglich ist. Aber Impfstrategien müssen angepasst werden. Es müssen massiv **Aufklärungskampagnen in den Erstaufnahmeeinrichtungen** gefahren werden, um die Menschen zu ihrem eigenen Schutz, aber auch zum Schutz der heimischen Bevölkerung impfen zu können.

Dazu möchte ich nach den Erfahrungen von 2009 mit der **Beschaffung von Impfstoffen** durch die Länder einen ganz pragmatischen Vorschlag machen. Sie erinnern sich vielleicht an die Schweinegrippe. Ich schlage vor, dass dieses Mal der Bund die Impfstoffe zentral beschafft und dann an die Länder verteilt, als dass wieder 16 Bundesländer mit pharmazeutischen Unternehmen verhandeln müssen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, genießen Sie zunächst den Applaus und erlauben Sie mir dann die Frage: Gestatten Sie nun eine Bemerkung des Herrn Kollegen Torge Schmidt?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

(Dr. Heiner Garg)

Torge Schmidt [PIRATEN]: Herr Kollege Garg, ich habe keine Frage, sondern möchte nur ein Statement abgeben. Ich möchte auch gar nicht gegen Ihre Ausführungen sprechen. Aber ich möchte sagen, dass gestern das UKSH bekanntgegeben hat, dass man dort bei der Hilfe, die man in Flüchtlingsunterkünften leistet, festgestellt hat, dass sich in Schleswig-Holstein, gerade was die Tuberkulose angeht, in Schleswig-Holstein nur zwei Fälle bestätigt haben und dass generell die Impfquote bei Flüchtlingen, die aus Syrien kommen, sehr hoch ist, weil in Syrien alle Menschen im Alter von fünf bis sechs Jahren geimpft werden. Vielleicht sind also die Probleme, die Sie gerade beschrieben haben, gar nicht so groß. Nichtsdestotrotz muss man das natürlich auch im Auge behalten.

- Ich widerspreche nicht nur Ihnen, sondern ich widerspreche insoweit auch dem UKSH. Das heißt, ich widerspreche denjenigen, die aus dem UKSH mit genau solchen Meldungen jetzt an die Öffentlichkeit gehen. Denn das, was mir aus Krankenhäusern zugetragen wird, ist eben etwas anderes vor dem Hintergrund, dass es diese Probleme gibt, dass sie nicht nur gering sind, sondern dass sie erhöht vorhanden sind. Wir beide werden heute Abend mit Sicherheit nicht entscheiden können, wer recht hat. Ich möchte nur, dass wir darauf vorbereitet sind, und ich möchte, dass wir entsprechend handeln können, und zwar nicht erst dann, wenn wir entdecken, dass möglicherweise die etwas unterschiedlichen Meldungen aus der einen oder anderen Richtung zutreffend sind. Ich möchte, dass dieses Problem in den Blickwinkel genommen wird und nicht einfach vergessen wird.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Kollegen Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Garg, einer meiner Söhne befindet sich in einer Erstaufnahmestelle und untersucht dort Flüchtlinge. Er tut dies schon seit einigen Wochen. Dort gibt es etwa 1.000 Flüchtlinge in der Woche, die dort untersucht werden. Richtig ist schon, dass insgesamt eine bessere Gesundheit festzustellen ist als bei der deutschen Bevölkerung, weil die meisten Er-

krankungen natürlich im hohen Alter vorliegen. Wir haben hier aber einen Durchschnitt, der deutlich jünger ist.

Natürlich müssen wir immer schauen, dass wir in der Beschreibung von Krankheiten, vor denen Menschen Angst haben, sehr vorsichtig sind. Ich glaube, Sie haben aber recht, dass für die problematischen Fälle die Gesundheitskarte die Voraussetzung dafür schafft, dass der Gesundheitszustand durch Ärzte beurteilt wird, und zwar regelhaft durch Ärzte beurteilt wird und nicht administrativ, sodass man da, wo Impfstrategien Lücken haben, diese tatsächlich füllen kann, damit sich bei uns selten gewordene Erkrankungen nicht wieder ausbreiten können.

Ich glaube aber - und darauf wollte ich eigentlich hinaus -, dass man eine besondere Sensibilität an den Tag legen muss, was die Beschreibung dessen angeht. Denn leider hat ein Teil der Medien - ich meine jetzt ausdrücklich nicht die Tageszeitungen in Schleswig-Holstein, sondern einen Teil der Boulevardmedien - ihre bisherige Haltung aufgegeben, die sie während des Sommers über einige Wochen hinweg hatten, indem sie Einzelfälle in einer Form dramatisierend dargestellt haben, die Angst und Schrecken verbreitet hat. Auch das ist ein Teil, den man zur Kenntnis nehmen muss und mit dem die Politik vorsichtig umgehen muss.

Insofern teile ich das, was Sie sagen. Ich glaube aber, es erfordert besondere Umsicht im Umgang, auch was die kommunikative Seite betrifft.

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich gebe mir nicht nur heute, sondern auch in Zukunft größte Mühe, diese Sensibilität an den Tag zu legen. Was ich aber tatsächlich vermeiden will, ist, dass Probleme aus dem Blickfeld geraten, die gelöst werden müssen.

Ich möchte abschließend auf etwas hinweisen und damit uns alle und insbesondere die Landesregierung zum Handeln auffordern. Wir haben die Pflicht, den öffentlichen Gesundheitsdienst in der jetzigen Situation zu stärken. Ebenso wie wir es inzwischen selbstverständlich für den Bereich der Lehrer und der Polizei diskutieren, müssen aus meiner Sicht die Gesundheitsämter, muss das **Landesamt für soziale Dienste** personell verstärkt werden. Selbstverständlich müssen wir im Finanzausschuss darüber diskutieren, dass einmal Verabredetes unter den jetzigen Gegebenheiten so nicht funktionieren

(Dr. Heiner Garg)

kann. Derzeit bezweifle ich - um das einmal sehr sensibel und freundlich auszudrücken -, dass der öffentliche Gesundheitsdienst in der Lage wäre, die ihm aufgetragene Aufgabe tatsächlich mit dem vorhandenen Personal zu erfüllen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Zu einem weiteren Redebeitrag hat der Kollege Bernd Heinemann von der Fraktion der SPD das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass das Thema noch behandelt wird. Außerdem bin ich dankbar für Ihre Ausführungen, Herr Dr. Garg. Ich denke, dass eine ganze Menge Anregungen darin enthalten war. Es gibt aber noch einiges dazu zu sagen.

In den Erstaufnahmeeinrichtungen wurde mithilfe der Kliniken, der Notarztbörse, vieler freiwilliger Ärzte und des medizinischen Fachpersonals die **gesundheitliche Versorgung** ad hoc aufgebaut und sichergestellt. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen für dieses besondere Engagement.

(Vereinzelter Beifall)

Nach den Aussagen des ärztlichen Erstuntersuchungskoordinators Jan-Thorsten Gräsner vom UKSH handelt es sich bei den Flüchtlingen in der Tat um gesunde Menschen. Auch der **Impfschutz** wird von ihm als gut eingestuft. Das wird auch von allen Erstaufnahmeuntersuchungen unterstützt, übrigens auch durch die in Neumünster neu eingerichtete Untersuchungsstraße, die auch über eine umfassende Röntgen- und Impf Abteilung verfügt.

Die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge ist daher aktuell vor allem eine **logistische Herausforderung**. Das ist sie allerdings wirklich. In den in Schleswig-Holstein genutzten Kasernen gibt es häufig noch eine funktionierende Sani-Abteilung, sodass man einiges gut organisieren kann. In Containerdörfern ist das ungleich schwerer. Insbesondere im Wartebereich oder bei Isolationscontainern, die teilweise gar nicht vorhanden sind, ist noch einiges zu tun. Wie gesagt, dieser Bereich ist eine Baustelle.

Die **Versorgung mit Impfstoffen** wird im Großen und Ganzen als ausreichend empfunden. So äußern

sich zumindest die Koordinierer. Besonders die aus Syrien stammenden Flüchtlinge hatten bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs einen sehr guten Impfstatus, der auf diesem hohen Niveau allerdings seit zwei bis drei Jahren nicht mehr existiert. Das muss man einräumen.

Eine große Hilfe der Landesregierung ist die Röntgenstraße beispielsweise in Neumünster. Eine große Hilfe ist auch die sehr schnell und sehr unkonventionell eingerichtete Hilfestellung anderer wie beispielsweise der MARE-Klinik in Kiel, die diese Röntgenreihenuntersuchung durchführt oder auch die Impfleistungen erbringt.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass die Landesregierung und die Krankenkassen mit der Gesundheitskarte einen relativ schnellen und besonderen Weg gefunden haben, der sich von dem Weg der anderen Bundesländer dadurch abhebt, dass beispielsweise die Koordinierung ziemlich klar geregelt ist. Alle Kreise wissen ganz konkret, mit welcher Kasse sie welche Vereinbarungen treffen. Alle sind beteiligt. Diese koordinierende Umfassung aller Bereiche führt dazu, dass wir sehr schnell zu einem Ergebnis kommen werden.

Selbstverständlich ist der neu eingeführte Status 5, der sich ausschließlich auf das Asylbewerberleistungsgesetz bezieht, einen anderen als zum Beispiel der Status 4, bei dem Transferempfänger ihre Gesundheitsleistungen über die Gesundheitskarte empfangen. Bereits diese haben einen abgesenkten Leistungskatalog. Den größten Leistungskatalog haben selbstverständlich die Versicherten mit Status 1 bis 3.

Selbstverständlich ist es so, dass das ausschließlich dazu dient, eine schnellere administrative Gesundheitsleistung zu erbringen. Das ist wunderbar gelungen, weil die Kassen sehr entgegenkommend und auch bereit waren, sich in die Verantwortung für einzelne Kreise und kreisfreien Städte zu begeben. Dadurch wird das Programm in Schleswig-Holstein deutlich besser gestaltet als in anderen Bundesländern.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch beim **Impfprogramm** wollen wir die Landesregierung mit unserem Antrag, den wir heute stellen, unterstützen. Auch Masern, Mumps und Röteln sind in einer Aufnahmeeinrichtung als Epidemieauslöser sehr gefährlich. Deshalb wollen wir dem vorbeugen.

(Bernd Heinemann)

Es ist schön zu wissen, dass die Versorgungskrankenhäuser und unsere Maximalversorger so hilfsbereit bei der Versorgung der Flüchtlinge sind. Jedoch muss ich sagen, dass es sehr wichtig ist, dass wir genau hinschauen, ob die Situation auch immer zu einer angemessenen Bereitstellung stationärer Versorgung führt. Zudem dürfen **Mehrleistungsabschläge** vor dem Hintergrund der besonderen Umstände für die Versorgung von Flüchtlingen nicht angewandt werden. Auch das haben wir in unserem Antrag hervorgehoben. Das ist gegenüber dem Bund durchzusetzen. In diesem Zusammenhang sind Ausnahmetatbestände in geeigneter Form zu formulieren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Bernd Heinemann [SPD]:

Gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Heinemann, ich freue mich über die Formulierung in Ihrem Antrag im Hinblick auf die Mehrleistungsabschläge. Sind Sie mit mir nicht einer Meinung, dass die Idee der Mehrleistungsabschläge grundsätzlich eine schlechte Idee ist, insbesondere dann, wenn man die Qualität an den Kliniken verbessern will?

- Es gibt zwei Probleme. Sie haben recht. Wir müssen über dieses Thema grundsätzlich sprechen. Wir haben im Moment aber eine ganz konkrete Situation, in der wir zunächst einmal vorankommen wollen. Wenn wir die Flüchtlingsdebatte nutzen wollen, um alle diskussionswürdigen Probleme der Gesundheitsversorgung gleichzeitig mit zu lösen, dann gehen wir meines Erachtens einen Schritt zu weit.

Ich hoffe, dass wir mit diesem ersten Schritt - jedenfalls was die Flüchtlingsversorgung betrifft - auf Ihr Wohlwollen treffen. Denn wir haben dabei wirklich einiges erreicht. Das gilt übrigens auch für die **Traumabehandlung**. Deswegen haben wir in unseren Antrag nicht hineingeschrieben, dass das gelöst werden soll, sondern wir wollen die Traumabehandlung fördern. Was das im Einzelnen bedeutet und wie man das erreichen kann, dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Dass wir das Thema Traumabehandlung nicht ausklammern, das ist der Grund, warum wir solche Einzelformulierungen in unserem Antrag stehen haben.

Wir wissen, dass der medizinische Bereich unter einem Fachkräftemangel leidet. Es ist schon jetzt erkennbar, dass eine Reihe von Flüchtlingen über **medizinische Kompetenzen** verfügt. Deshalb wollen wir diese für die Versorgung insgesamt möglichst zügig nutzbar machen. Das Friedrich-Ebert-Krankenhaus ist dabei ein besonderes Vorbild. Davon konnte ich mich bei meinem Besuch vorgestern selbst überzeugen. Die beiden dort angestellten syrischen Flüchtlinge sind jetzt als Ärzte tätig. Die Voraussetzungen sind sehr schnell und sehr unkonventionell geschaffen worden mit der neuen Ambulanz, die dort eingerichtet wurde. Ich denke, so geht es auch. Das ist ein Gegenmodell.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, unsere Initiative zu unterstützen und damit der Landesregierung bei ihren Verhandlungen, insbesondere im Bund, aber auch vor Ort, den Rücken zu stärken. Nur dazu dient dieser Antrag. - Ich danke Ihnen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege.- Ein langer Debattentag neigt sich dem Ende zu. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsansträge Drucksachen 18/3419 und 18/3422 durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir über die vorliegenden Anträge nacheinander abstimmen, damit wir den Überblick behalten.

Wir kommen zunächst zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3396. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, hat die Kollegin Damerow in ihrem Beitrag Ausschussüberweisung beantragt. Wer diesen Antrag dem Finanzausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge zu Tagesordnungspunkt 15. Das sind die Anträge der Fraktion der CDU betreffend Nur Integration schafft Perspektiven, Drucksache 18/3404 (neu), der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3474, und der Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

che 18/3477. Auch hier hatte die Kollegin Damerow Überweisung sämtlicher Anträge an die Ausschüsse beantragt. Ich weise Sie darauf hin, dass die Kollegin Beer

(Zurufe)

- lassen Sie mich einmal ausreden, damit wir nicht durcheinanderkommen - darum gebeten hatte, ihren Änderungsantrag Drucksache 18/3477 zu einem eigenständigen Antrag zu erklären.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Nicht Sie allein können das machen, aber ich frage jetzt einmal alle - außer Herrn Kubicki, von dem ich das jetzt schon weiß -, ob Sie bereit sind, diesen Antrag zu einem eigenständigen Antrag zu erklären. - Okay. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann wird dies so gemacht. Ich würde Ihnen dann im Weiteren vorschlagen, dass wir alle diese Anträge als eigenständige Anträge behandeln und darüber jetzt abstimmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Alle in den Ausschuss!)

- Darf ich das einmal zu Ende sagen, bevor Sie Stopp rufen und Herr Kubicki eigene Regeln formuliert?

(Serpil Midyatli [SPD]: So ist er!)

Wir würden jetzt alle drei Anträge zu eigenständigen Anträgen erklären. Das haben wir soeben gemacht. Für alle drei liegt jetzt zunächst der Antrag von der Kollegin Damerow vor, sie dem Ausschuss zu überweisen. Darüber stimmen wir nacheinander ab. Wenn Sie sich anders entscheiden sollten, können Sie dies gern tun.

(Wortmeldung Astrid Damerow [CDU])

- Jetzt nehme ich gern Ihre Geschäftsordnungsbeobachtung entgegen.

Astrid Damerow [CDU]:

An den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay, dann frage ich Sie zunächst, ob Sie - -

(Wortmeldung Angelika Beer [PIRATEN])

- Frau Kollegin Beer hat noch eine - -

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Ich hatte für meine Fraktion beantragt, dass dieser Antrag eigenständig sein und heute in der Sache abgestimmt werden soll, weil er sich auf einen Termin morgen bezieht. Eine Überweisung an den Ausschuss zur Behandlung im November hat keinen Sinn.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay, das nehme ich zur Kenntnis. Wir haben den Antrag soeben mit der Zustimmung sämtlicher Kolleginnen und Kollegen zu einem eigenständigen Antrag erklärt. Dennoch liegt der Antrag auf Ausschussüberweisung vor. Das ist der weitgehendere Antrag. So sieht es unsere Geschäftsordnung vor. Darüber lasse ich jetzt zunächst abstimmen.

Ich werde jetzt also fragen: Wer den Antrag der Piratenfraktion, Drucksache 18/3477, dem Innenausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die mehrheitlich die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, CDU und FDP. Wer lehnt diese Ausschussüberweisung ab? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion sowie der Kollege Koch von der CDU-Fraktion, der Kollege Kubicki von der FDP-Fraktion und der Kollege Weber von der SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag mehrheitlich dem Innenausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss überwiesen worden.

(Zurufe)

Wir haben soeben auch festgestellt, dass der Änderungsantrag Drucksache 18/3447 der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW auch zu einem eigenständigen Antrag erklärt werden sollte.

(Zuruf)

- Das ist Antrag Drucksache 18/3474. Habe ich eine falsche Nummer genannt? Ich bitte Sie, jetzt darüber abzustimmen, ob Sie diesen Antrag dem Innenausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss überweisen möchten. - Das möchten die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Piratenfraktion, CDU- und FDP-Fraktion. Lehnt jemand diese Ausschussüberweisung ab? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das einstimmig beschlossen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Hauptantrag der CDU, Drucksache 18/3404 (neu). Wer diesen Antrag dem Innenausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Piratenfraktion, CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das ist niemand. Damit ist auch dieses einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 24. Da geht es darum, die Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein zu koordinieren. Das ist ein Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3413. Auch hier wurde Überweisung beantragt. Ich nehme an: dem Innenausschuss? - Wer diesen Antrag dem Innenausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, Piratenfraktion, CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das ist niemand. Damit ist dieses auch einstimmig so beschlossen.

Schließlich kommen wir zu Tagesordnungspunkt 29, Rechtsfreie Räume verhindern, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3421. Wer möchte diesen Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, PIRATEN, CDU- und FDP-Fraktion. Wer enthält sich? - Das ist niemand. Damit ist auch dieses einstimmig überwiesen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 33, Medizinische Versorgung von Flüchtlingen sicherstellen, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3425. Auch hier wurde beantragt, ihn dem Ausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Zunächst liegt der Antrag vor, ihn dem Ausschuss zu überweisen.

(Zuruf Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie müssen dem ja nicht zustimmen. Formal liegt der Antrag auf Ausschussüberweisung vor. Wer diesen Antrag dem Sozialausschuss, so nehme ich an, überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer lehnt eine Ausschussüberweisung ab? -

(Heiterkeit)

Wer enthält sich? - Damit ist eine Ausschussüberweisung einstimmig abgelehnt. Wir haben hier formal völlig korrekt verfahren.

Damit kommen wir zu der Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 18/3425 seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Piratenfraktion und FDP-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag in der Sache ab? - Das ist niemand. Wer enthält sich? - Das ist die CDU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Schließlich kommen wir zu Tagesordnungspunkt 34, Rechtsstaat durchsetzen - Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3426. Auch hier wurde beantragt, diesen Antrag zu überweisen. Ich nehme an, auch da dem Innenausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, Piratenfraktion, CDU- und FDP-Fraktion. Wer lehnt die Ausschussüberweisung ab? - Wer enthält sich? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich komme abschließend zu den Tagesordnungspunkten, zu denen Beschlussempfehlungen aus den Ausschüssen vorliegen, das ist zunächst der Tagesordnungspunkt 36, Bericht der Landesregierung zum Antrag mit dem Titel „Menschenwürdige Unterbringung sichern!“, Drucksache 18/3340. Der Ausschuss empfiehlt die Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 18/3340. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 37, Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2449. Ich lasse über den Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Piratenfraktion. Wer lehnt diese Ausschussempfehlung ab? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von CDU- und FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dies gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW so beschlossen.

Die Abstimmung zu den Anträgen ist abgeschlossen. Mir ist aufgefallen, dass ich bei zwei oder drei Anträgen die Negativvoten nicht abgefragt habe, es ging jeweils um die Ausschussüberweisung, und ich habe, nachdem sich alle gemeldet haben - -

(Zurufe: Das war alles einstimmig!)

- Ja, ich habe es aber nicht abgefragt. Es hätte sich ja jemand so entscheiden können. Wenn Sie mir das jetzt so zurufen, ist das für das Protokoll - so glaube ich - ausreichend, sonst hätten wir das morgen noch einmal aufnehmen müssen. Ich danke Ihnen für diesen Langmut.

Ich schließe die Beratung und weise Sie darauf hin, dass in guter Tradition heute die Übergabe der Erntedankkrone im Foyer des Landtags stattfinden wird. Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen. Ansonsten wünsche ich Ihnen allen einen guten Abend und freue mich, Sie morgen früh um 10 Uhr hier wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:30 Uhr